Dienstag, 15. Oktober 1985 - D * * * •
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 240 - 42.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

Daimler-Neuerwerbungen 1985
MTU Von 50% auf 100%
Dornier Von 0% auf 65,5%
AEG Von 0% auf > 50%
DIE WELT

Nach MTU und Dornier (siehe Grafik) ist AEG für die Daimler-Benz AG die dritte Neuerwerbung in diesem Jahr: Der Automobilkonzern will sich für mindestens 1,6 Milliarden Mark mehrheitlich an der AEG beteiligen. In einem ersten Schritt hat er für rund 700 Millionen Mark einen Anteil von 24,9 Prozent an dem Elektrounternehmen erworben. Daimler Benz will die Mehrheit übernehmen, sobald das Bundeskartellamt dem Erwerb zugestimmt hat. Seite 15

POLITIK

Urteil: Die in Kreditverträgen von Teilzahlungsbanken verwendete sogenannte „Schufa-Klausel" über die Weitergabe von Daten des Kreditnehmers an die Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung ist vom Bundesgerichtshof gestern für unwirksam erklärt worden. (S. 26)

Kooperation: Die Lufthansa wird sich am Bau eines Wartungszentrums der chinesischen Luftfahrt mit 120 Millionen Mark beteiligen, teilte CSU-Chef Strauß nach seiner Rückkehr von einer Ostasienreise mit. (S. 5)

Spionage: Für überflüssig hält der Obmann der Union, Fellner, den auf Verlangen der SPD eingesetzten Spionage-Untersuchungsausschuß, der am Donnerstag seine Arbeit aufnimmt. Die SPD habe alle Fragen beantwortet bekommen, sagte Fellner in einem WELT-Interview. Alles deute darauf hin, daß es ihr nur darum gehe, Innenminister Zimmermann „anzuschießen". (S. 4)

Verzicht: Der zum rechten Parteiflügel der SPD zählende Berliner Bundestagsabgeordnete Lothar Löffler will aus dem Fraktionsvorstand ausscheiden. Die Arbeit im Vorstand sei „politisch nicht sehr ergiebig", die wichtigsten Entscheidungen würden bereits im geschäftsführenden Vorstand getroffen, sagte Löffler.

Terrorismus: Die Islamische Befreiungsorganisation, die in Libanon drei Sowjetdiplomaten als Geiseln hält, hat mit der Ermordung der Diplomaten gedroht, falls die Sowjetbotschaft in Beirut nicht geschlossen wird.

Khadhafi: Ohne die erwartete Unterzeichnung eines seit 1983 geplanten Freundschaftsvertrags zwischen Libyen und der UdSSR hat Staatschef Khadhafi gestern seinen Besuch in Moskau abgeschlossen. Nach Auffassung westlicher Diplomaten gibt es trotz der Freundschaftsbekundungen zwischen beiden Staaten noch zahlreiche Differenzen. (S. 6)

WIRTSCHAFT

Bleifreies Benzin: Wirtschaftsminister Bangemann erwartet für den 1. Januar 1986, wenn die Steuer für den umweltfreundlichen Kraftstoff um weitere drei auf 46 Pfennig je Liter sinkt, einen „Umstellungsschub" bei den Autofahrern. (S. 15)

Werbung: Für 1985 rechnet die Werbewirtschaft mit einer Steigerung der Umsätze um nur drei Prozent auf 15,5 Milliarden DM. 1984 stieg der Umsatz um 5,7, das Jahr zuvor um 6,4 Prozent. (S. 15)

Börse: An den Aktienmärkten begann die Woche mit einer neuen Kaufwelle. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 231,07 (225,68). BHF-Rentenindex 104,784 (104,745). Performance Index 107,803 (107,733). Dollarmittelkurs 2,6560 (2,6595) Mark. Goldpreis pro Feinunze 326,65 (325,60) Dollar.

KULTUR

Oper: Nach 50 Jahren hat die Hamburgische Staatsoper wieder den „Faust" von Charles Gounod auf die Bühne gebracht. Eine Wiederaufführung des Stücks lohnt sich, wie Hamburg zeigt, vorausgesetzt, man verfügt über geeignete Sänger. (S. 25)

Ausstellung: Höfischen Glanz brachte Liechtenstein in das New Yorker Metropolitan Museum mit einer Ausstellung von Gemälden aus den fürstlichen Sammlungen. Gezeigt werden unter anderem 19 Werke von Peter Paul Rubens und sechs von van Dyck. (S. 25)

SPORT

Fußball: Die Weltmeisterschaft im nächsten Jahr wird wie geplant in Mexiko stattfinden. Das teilte FIFA-Präsident Joao Havelange nach einem mehrtägigen Besuch in dem Land mit. (S. 10)

Tennis: Der Deutsche Tennisverband wird heute den Austragungsort des Daviscup-Finales vom 20. bis 22. Dezember bestimmen. Neben München hatte sich auch Dortmund beworben. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Erdbeben: In Los Angeles wächst die Unruhe. Nach Berechnungen von Geophysikern muß die zweitgrößte Stadt der USA jederzeit mit einem Erdbeben rechnen, dessen Folgen noch weit verheerender sein könnten als die Katastrophe von Mexico City. (S. 26)

Aids: In den EG-Ländern (ohne Irland) gab es bis Mitte dieses Jahres 1063 gemeldete Aids-Fälle, fast dreimal so viele wie vor einem Jahr, so die EG-Kommission.

Wetter: Wechselnd bewölkt mit Aufheiterungen. Bis 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kanzler kontert DGB-Vorwürfe: Wirtschaft wächst, Preise stabil

„Jede dritte Mark für soziale Belange" / Schwer vermittelbare Arbeitslose

DW. Bonn

Bundesregierung und Wirtschaftsverbände haben auf die gestern eingeleitete „Aktionswoche" des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit einer nüchternen Aufzählung der jüngsten Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geantwortet. Bundeskanzler Helmut Kohl nahm die Auseinandersetzung über die Wirtschafts- und Sozialpolitik seines Kabinetts „ohne Wenn und Aber" an, wie der Regierungschef auf einer Klausurtagung der CDU-Führung im pfälzischen St. Martin sagte. Kohl zeigte sich selbstbewußt angesichts der Argumente, mit denen er aufwarten kann: Die Wirtschaft wachse, die Preise seien stabil, die Renten sicher, die Zahl der Beschäftigten steige. Für 99,5 Prozent der Jugendlichen gebe es Lehrstellen, und jede dritte Mark im Bundeshaushalt werde für soziale Belange ausgegeben.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm äußerte gegenüber der WELT die Zuversicht, „daß sich die große Mehrheit der Arbeitnehmer nicht durch laute Reden den gesunden Menschenverstand außer Betrieb setzen läßt". Die Halbierung der Preissteigerungsrate, wie sie von der Bundesregierung erreicht worden sei, schaffe mehr Kaufkraft für Arbeitnehmer und Rentner, als alle sozialdemokratischen Verteilungsversprechen ermöglichen würden. Der Arbeitsminister ergänzte: „Wenn die DGB-Konfrontationswoche vorbei ist, muß die Kooperation weitergehen."

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände stellt den Vorwürfen ein Flugblatt „Es geht aufwärts mit Wirtschaft und Arbeit" entgegen. Seit Sommer 1984 seien mehr als 200 000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Bei anhaltendem Wirtschaftswachstum werde die Beschäftigung bis Ende 1986 um insgesamt eine halbe Million neuer Arbeitsplätze zunehmen. Statt diese positive Entwicklung, die unter anderem von einer Rekordzahl von 740 000 Ausbildungsplätzen gekennzeichnet werde, beiseite zu wischen, sollte der DGB „die wirklichen Fakten akzeptieren".

SEITE 14:
Arbeitsplätze gestrichen

Das Institut der deutschen Wirtschaft lieferte einen Beitrag über die „Arbeitsmarktstrukturen im Wandel". Danach können etwa nur 700 000 der knapp 2,15 Millionen Arbeitslosen problemlos einen Arbeitsplatz finden. Die verbleibenden 1,5 Millionen seien schwer vermittelbar, weil sie entweder älter als 55 Jahre alt, krank oder behindert sind oder keine Berufsausbildung haben. Die Arbeitsmarktpolitik wäre aber überfordert, gibt das Institut zu bedenken, diesen 1,5 Millionen Arbeitslosen kurzfristig wieder eine Beschäftigung zu vermitteln.

Das gelte um so mehr, als viele der schwer Vermittelbaren gleichzeitig mehreren Problemgruppen angehörten. So träfen auf bereits 21 Prozent der Erwerbslosen mindestens zwei Merkmale zu, die sie schwer vermittelbar machten, bei 7,5 Prozent der Arbeitslosen seien es drei Merkmale.

Die IW-Studie widerspricht auch der pessimistischen These, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik laufe der Aufschwung am Arbeitsmarkt vorbei. Erstmals habe der Arbeitsmarkt eine Doppelbelastung verkraften müssen: In der Frühphase des Aufschwungs mußte er nicht nur sinkende Beschäftigungsziffern, sondern zugleich auch ein steigendes Arbeitskräfteangebot auffangen. Diese Situation habe es bei den beiden letzten Rezessionen 1966/67 und 1974/75 nicht gegeben.

DER KOMMENTAR

Scheinwahlen

CARL GUSTAF STRÖHM

Zwischen Regierung und Opposition in Polen gibt es erwartungsgemäß keine Übereinstimmung über das Ergebnis der Parlamentswahlen. Während der Sprecher Jaruzelskis der Wahlbeteiligung mit „mehr als 75 Prozent" angab und dies als Zeichen der Stabilisierung wertete, hielt Lech Walesa dem entgegen, in den Städten der Ostseeküste – also dort, wo die „Solidarität" vor fünf Jahren aus dem Massenprotest erwuchs, seien weniger als 50 Prozent an den Urnen erschienen.

Seltsam waren diese Sejm-Wahlen im Polen des Jahres 1985: Niemand interessierte sich für die Resultate – denn die standen laut Einheitsliste bereits vorher fest. Die Wahlbeteiligung wurde vielmehr zum Gradmesser für die Legitimation einer Regierung und einer Partei, die natürlich nicht wagen können, sich einer wirklichen Wahl – etwa im Wettbewerb mit der Opposition – zu stellen.

Wenn aber die Wahlbeteiligung zum Gradmesser wird, dann ist zu bedenken, daß diese sich leicht kontrollieren läßt. Wer in Polen nicht zur Wahl erschien, mußte automatisch als Anhänger des Wahlboykotts und als Oppositioneller erscheinen. Viele Menschen, die einen Posten beim Staat oder in der Industrie haben, die auf eine Wohnung, eine Auslandsreise, ein Stipendium oder andere öffentliche Zuwendungen hoffen, haben natürlich die Gefahren und Nachteile erkannt, die ihnen aus einem Fernbleiben erwachsen konnten.

Walesa, der Arbeiterführer, hat die Situation am nüchternsten und zutreffendsten beschrieben, als er sagte, diese Wahl sei weder ein Plebiszit für die Regierung, noch gegen die Regierung gewesen. Bemerkenswert ist immerhin, daß kein katholischer Würdenträger von Rang an der Wahl teilgenommen hat. Primas Glemp kehrte erst aus Rom in die polnische Hauptstadt zurück, als alles vorbei war. Es war, als wolle der Kardinal damit demonstrieren, daß die wirklichen Probleme Polens anderswo zu suchen sind als in den Lokalen einer Wahl, bei der es nichts zu wählen gab.

Republikaner auf Distanz zu Craxi

Boykott der Kabinettssitzung / Verhältnis zu Washington wieder leicht entspannt

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die Begünstigung der Ausreise des palästinensischen Terroristenführers Abul Abbas aus Italien hat die italienische Regierung an den Rand einer Krise gebracht. Die zur Regierungskoalition gehörende Republikanische Partei beschloß gestern, sich in der für Donnerstag angesetzten Parlamentsdebatte über die Entführung der „Achille Lauro" und die daraus folgenden Ereignisse in aller Form vom Vorgehen der Regierung Craxi zu distanzieren.

Die beiden republikanischen Minister Spadolini (Verteidigung) und Visentini (Finanzen) boykottierten gestern außerdem einen von Craxi einberufenen Kabinettsrat. Schließlich brachte Verteidigungsminister Spadolini in einem Schreiben an Ministerpräsident Craxi seine „totale Mißbilligung" über das italienische Vorgehen im Fall Abul Abbas zum Ausdruck.

Welche Folgen diese Initiativen für die Regierung haben werden, war gestern noch nicht abzusehen. Spadolini, der auch republikanischer Parteisekretär ist, erklärte, es sei jetzt die Sache Craxis und der anderen Koalitionsparteien zu beurteilen, inwieweit das republikanische Vorgehen „Auswirkungen auf die Geschlossenheit der Regierung und deren politische Linie hat".

Er stellte damit indirekt die Frage, ob die Regierung angesichts der offenen koalitionsinternen Gegensätze in wichtigen Fragen der Außenpolitik überhaupt noch handlungsfähig sei. Auch die Liberalen und die Sozialdemokraten haben deutlich zu verstehen gegeben, daß sie mit dem Vorgehen Craxis in der Affäre nicht einverstanden sind.

Diese Zuspitzung der interitalienischen Auseinandersetzung kam insofern etwas überraschend, als in den vorausgegangenen Stunden der Eindruck einer leichten Entspannung im Verhältnis zwischen Rom und Washington entstanden war. Der amerikanische Botschafter Rabb hatte nach einem fast zweieinhalbstündigen Gespräch mit Andreotti zwar die Kritik am italienischen Vorgehen in der Abul-Abbas-Affäre wiederholt, gleichzeitig aber erklärt: „Dieses Treffen hat einiges Gutes gehabt. Wir hoffen, daß die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern weiterhin auf der Basis einer großen Freundschaft stehen werden."

Angeblich hatte Andreotti die Abul Abbas bei der Ausreise aus Italien geleistete Hilfestellung mit dem Argument gerechtfertigt, daß man den ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak als wichtigsten Partner des Westens in Nahost nicht in noch größere Schwierigkeiten im arabischen Lager und in seinem eigenen Land habe bringen wollen.

Die USA haben das Angebot des Palästinenserführers Abul Abbas abgelehnt, unter der Zusicherung freien Geleits in die USA zu kommen und im Zusammenhang mit der Entführung der „Achille Lauro" „alles zu erklären". Washington sieht in Abbas nach wie vor den Drahtzieher der Aktion gegen das Schiff und will alles versuchen, seiner habhaft zu werden.

SPD und Grüne in Hessen verhandeln wieder

DW. Wiesbaden

Die Verhandlungsdelegationen der hessischen SPD und der Grünen sind gestern erstmals nach dem Tod des 36jährigen Schlossers Günter Sare, der bei einer Demonstration in Frankfurt ums Leben gekommen war, zusammengetroffen.

Unmittelbar nach dem Tod Sares hatte sich das Verhandlungsklima zwischen den potentiellen Koalitionspartnern verschlechtert. Die SPD wollte die einseitige Schuldzuweisung der Grünen an die Adresse der Frankfurter Polizei nicht teilen. Vor allem Innenminister Winterstein verwahrte sich gegen die Attacken der Grünen.

Unter strenger Geheimhaltung trafen sich die Politiker in der Dienstvilla von Ministerpräsident Holger Börner. Während die Verhandlungen bereits liefen, hatte ein SPD-Sprecher noch erklärt, es sei ungewiß, ob das Gespräch noch gestern, heute oder erst morgen stattfinden könne.

In Belgien deutlicher Sieg für Martens

DW. Brüssel

Die Parlamentswahlen in Belgien waren ein persönlicher Sieg des bisherigen flämischen Premierministers Wilfried Martens. Gleichzeitig gaben die Bürger den christlich-sozialen und liberalen Koalitionsparteien aber auch ein deutliches Signal, mit ihrer Politik der Sanierung der Wirtschaft und der Finanzen des Landes fortzufahren. „Für mich ist klar, daß wir mit der gleichen Koalition die gleiche Politik weiterführen werden", erklärte der 49 Jahre alte christlich-soziale Politiker, der praktisch seit 1979 mit einer kurzen Unterbrechung das Staatsschiff durch so manche Klippen sicher geführt hat.

Die Belgier haben offensichtlich so viel Vertrauen in die Zukunft mit einer Mitte-Rechts-Regierung, daß sie sich gegen einen Kurswechsel entschieden. Eine Koalition mit den Sozialisten hatte Martens mit der Begründung abgelehnt, sie würde Rückschritt anstatt Fortschritt bedeuten.

Seiten 2 und 14: Weitere Beiträge

Walesa: Das ist kein Ja zum Regime

„Solidarität" widerspricht Warschauer Angaben über die Beteiligung an der „Wahl"

DW. Warschau

Die polnische Führung feiert das Ergebnis der ersten Parlaments-„Wahlen" seit dem Streiksommer vor fünf Jahren als Legitimation ihrer Macht, ja als nachträgliche Billigung ihrer politischen Linie durch die Bevölkerung. Arbeiterführer Lech Walesa widerspricht: Er glaubt nicht an die 78 Prozent Wahlbeteiligung, von der Regierungssprecher Jerzy Urban redet. In seinem Wohnort Danzig will Walesa allenfalls zwischen 45 und 47 Prozent gelten lassen.

Walesa verlas in seiner Wohnung die Berechnungen der Beobachter der „Solidarität". Danach betrug die Wahlbeteiligung im Ostsee-Gebiet, den Städten mit den Zentren der heute verbotenen Gewerkschaftsbewegung, weniger als 50 Prozent. Und Walesa zitiert aus Informationen, die ihm aus Schlesien zugegangen sind. In Breslau kam demnach ebenfalls nur eine Beteiligung von 50 Prozent zustande. Die Ergebnisse will der Arbeiterführer weder als Plebiszit für noch gegen die Regierung in Warschau verstanden wissen. Denn den Menschen war von der staatlichen Propaganda immer wieder eingeschärft worden, es sei ihre Pflicht als Bürger, zu den Urnen zu gehen. Vermutlich wollten viele Polen nicht riskieren, daß ihnen wegen der Wahlabstinenz irgendwelche Nachteile erwachsen, wenn sie etwas von den Behörden wollen. Und fast jeder will einmal etwas von ihnen, einen Reisepaß, Zuteilung von Kunstdünger oder Ferienplätze.

Die Opposition, das kann auch die Regierungspropaganda nicht bestreiten, ist keineswegs isoliert. Immerhin hat kein katholischer Würdenträger von Rang am Sonntag seine Stimme abgegeben, eine stillschweigende Unterstützung der Kirche für die „Solidarität", die einen Boykott-Aufruf veröffentlicht hatte. Primas Kardinal Glemp hielt sich am „Wahltag" in Rom auf. Er kehrte gestern zurück. Deutlicher hätte die Ablehnung dieser „Wahlen" durch den Kardinal und gelegentlichen Gesprächspartner General Jaruzelskis nicht sein können. Das Klima zwischen Kirche und Staat wird noch frostiger werden. Darauf deutet schon die Bemerkung des Regierungssprechers hin, das Ergebnis vom Sonntag sei allein ein politischer Erfolg der Führung ohne jede Schützenhilfe.

Schon gestern zeichnete sich ferner ab, daß Warschau das Resultat der „Wahl" im westlichen Ausland als Argument gegen Wirtschaftssanktionen und Kritik an den inneren Zuständen des Regimes benutzen wird. Die „Reisediplomatie" von Abgesandten des Generals in die NATO-Länder wird verstärkt werden. Einen „Freispruch" für das Regime Jaruzelskis wird dieses alles aber nicht bewirken. Schon wurde, erstmals in Polen, eine „Woche des politischen Häftlings" (3. bis 10. November) angekündigt. In den Kirchen Warschaus sollen Aussprachen über das Los der Gefangenen stattfinden und Messen für die Häftlinge gelesen werden.

Medizin-Nobelpreis an Amerikaner

DW. Stockholm

Der diesjährige Nobelpreis für Medizin wurde gestern in Stockholm den beiden Amerikanern Michael S. Brown (44) und Joseph L. Goldstein (45) zuerkannt. Den Wissenschaftlern wurde damit die Anerkennung für ihre revolutionären Entdeckungen im Bereich der Regulierung des Cholesterin-Stoffwechsels ausgesprochen. Durch diese Erkenntnisse eröffneten sich völlig neue Methoden bei der Behandlung von Krankheiten, die auf einem stark erhöhten Cholesterinspiegel im Blut beruhen, erklärte das Preis-Komitee. Die Arbeiten der beiden Amerikaner hätten außerdem für die Behandlung Arteriosklerose große Bedeutung.

Seite 8: Richtige Ernährung

WELT-Fachmann für Südamerika

DW. Bonn

Werner Thomas (43), bisher Korrespondent des Springer-Auslandsdienstes (SAD), wird von Januar nächsten Jahres an exklusiv für die WELT über Mittel- und Südamerika berichten. Er kennt die Region seit mehr als 20 Jahren. Thomas beobachtete einige der wichtigsten Ereignisse dieser Zeit, so den Militärputsch in Chile (1973), den Nicaraguanischen Bürgerkrieg (1977 und 1978) und den Falkland-Konflikt (1982). Seine jüngste Reise führte ihn in die Erdbebenstadt Mexico City. Wohnsitz soll für den künftigen WELT-Korrespondenten Miami bleiben, eine Stadt mit optimalen Informationsmöglichkeiten und Flugverbindungen.

In Paris Bomben gegen Rundfunk

DW. Paris

Die linksextremistische französische Terrororganisation „Action Directe" hat auf Einrichtungen des staatlichen französischen Rundfunks und Fernsehens in Paris zwei Bombenanschläge verübt. In beiden Fällen wurden mehrere vor den Häusern abgestellte Fahrzeuge beschädigt, Menschen jedoch nicht verletzt. In einem Brief an die französische Nachrichtenagentur AFP erkärte die „Action Directe", die Anschläge begangen zu haben. Sie protestiere gegen zwei für diese Woche geplante Auftritte des Führers der rechtsextremen Nationalen Front, Jean-Marie Le Pen. Der Brief war mit „Kommando Elisabeth van Dyck" unterschrieben. Van Dyck gehörte der Rote Armee Fraktion (RAF) an. Sie wurde 1978 von der Polizei erschossen. Die „Action Directe" unterhält nach eigenen Angaben Verbindungen zur RAF.

Zia verschiebt Bonn-Besuch

DW. Bonn

Der pakistanische Präsident Mohammed Zia-ul-Haq wird aus innenpolitischen Gründen nicht wie geplant morgen zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Eine Gruppe unabhängiger Abgeordneter wehrt sich gegen eine Regierungsvorlage, mit der die Maßnahmen des Präsidenten seit seiner Machtergreifung 1977 legalisiert werden sollen. Hauptgesprächspartner Zias wäre Bundeskanzler Helmut Kohl gewesen. Zia wollte Bonn vor allem über das Problem afghanischer Flüchtlinge in Pakistan informieren. Bis heute sind rund drei Millionen Menschen aus dem von sowjetischen Soldaten besetzten Afghanistan nach Pakistan geflohen. Die Bundesregierung hatte in den vergangenen Jahren zur Linderung der Not für die Flüchtlinge und zu ihrer Versorgung mehr als 200 Millionen Mark bereitgestellt.

EG hält an Treffen mit PLO fest

DW. Brüssel/London

Die EG will an einem Treffen mit PLO-Funktionären festhalten. Ein Gespräch zwischen dem EG-Rats- und -Vorsitzenden soll noch „in dieser Woche" stattfinden. Offen ist jedoch, ob EG-Kommissionsvorsitzender Delors persönlich an der Begegnung teilnehmen wird. Die britische Regierung hat am Montag in London den geplanten Gesprächstermin mit den beiden PLO-Funktionären wegen der Affäre um die „Achille Lauro" kurzfristig abgesagt. Die beiden PLO-Vertreter wollten nicht eine Erklärung unterschreiben, nach der sie eine friedliche Lösung des arabisch-israelischen Konflikts befürworteten, begründet Außenminister Howe die Absage. Das Gespräch wäre der erste offizielle Kontakt der PLO mit London gewesen.

Seite 2: Probe nicht bestanden

Großes Interesse im Kreml an der Befreiungstheologie

Kardinal Höffner zitiert aus Sowjet-Zeitschrift

fac. Bonn

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, hat auf das große Interesse hingewiesen, mit dem die Sowjetunion die Auseinandersetzungen um die „Theologie der Befreiung" verfolgt. Höffner begründete dieses Interesse gegenüber der WELT mit den Bestrebungen des Sowjet-Imperialismus, eine marxistische Revolution in ganz Lateinamerika zu initiieren. Der Kardinal zitierte insbesondere aus der Monatszeitschrift „Fragen der Philosophie", die vom Philosophischen Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegeben wird.

In dieser Zeitschrift wird die „Theologie der Befreiung" als eine „Widerspiegelung des Marxismus eigener Art" gewürdigt, „in der sich marxistische Positionen mit christlichen Vorstellungen, die aber manchmal rein symbolischen Sinn haben, verbinden". Die „Theologie der Befreiung", heißt es in dem Text weiter, suche „aufrichtig eine Annäherung an den Marxismus" und erblicke „in ihm ihren Verbündeten". Die religiöse Motivation erscheine „stets als sekundär", manchmal stelle sie „nur eine verbale Hülle" dar. Die sowjetische Zeitschrift definiert diese umstrittene theologische Richtung bei allen Vorbehalten, die noch bestehen, als eine „Bewegung von der Religion hin zum Sozialismus".

Kardinal Höffner bekräftigte seinen Standpunkt, daß die Soziallehre der Kirche „die wahre Theologie der Befreiung ist". Er grenzte sich damit klar ab von den Thesen Gustavo Gutiérrez', eines der Väter der „Befreiungstheologie", der in der marxistischen Analyse ein notwendiges Instrumentarium sieht, das Heimatrecht in der Kirche erhalten könne.

Die marxistische Analyse, so der Sozialwissenschaftler Höffner, habe sich „in allen wichtigen Aussagen als falsch erwiesen". Als Begriffsverwirrung charakterisierte er die Argumentation von „Befreiungstheologen", daß ihre theologische Richtung zwar die Revolution befürworte, aber nicht die Gewaltanwendung. Revolution sei schließlich „der gewaltsame Wechsel des Machtträgers".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Spanien und die NATO

Von Rolf Görtz

Vor den befreundeten Tories im britischen Blackpool und der eigenen Klientel im spanischen Torremolinos versprach Fraga Iribarne, der Chef der konservativen Opposition in Spanien, er werde sich für den Verbleib seines Landes in der NATO einsetzen, falls es zur Abstimmung käme. Tatsächlich hat die sozialistische Regierungspartei jetzt beschlossen, diese Abstimmung zu veranstalten, die sie im Wahlkampf 1982 der Nation versprochen hatte.

Damals wollten die Spzialisten für den Austritt werben. Seit sich jedoch Felipe Gonzalez, der Gewinner jener Wahlen, als Regierungschef im Interesse Spaniens und der Verbündeten entschlossen für den Verbleib in der NATO einsetzt, meinen viele Genossen, daß man sich die Volksabstimmung eigentlich schenken solle. Sie fürchten den Bruch mit der Parteilinken.

Der zeichnet sich denn auch bereits ab: Am Wochenende unterschrieben die Vorstände der sozialistischen Gewerkschaft UGT, der Jungsozialisten und der „Sozialistischen Linken" ein Manifest der offenen Rebellion gegen den Verbleib in der NATO und damit gegen einen Beschluß der Parteiführung. Dazu kommt, daß die regierungsnahen, vor allem aber die staatlichen Medien nach wie vor heftig gegen NATO und USA agitieren. Jüngst erst stellte ein Fernsehfilm die USA als eine Fortsetzung der Hitler-Diktatur vor.

Bisher hatte Fraga argumentiert, daß die Sozialisten die Suppe auslöffeln sollten, die sie sich damals leichtsinnigerweise eingebrockt haben. Bei einer von Fraga bisher vorgeschlagenen Stimmenthaltung des bürgerlichen Lagers wäre ein negatives Ergebnis bei einer Abstimmung höchst wahrscheinlich. In einem solchen Fall würde die Regierung Gonzalez in sehr ernste Schwierigkeiten geraten.

Aber die politische Vernunft – die schließlich auch Felipe Gonzalez in seiner Kehrtwendung erkennen ließ und die die Stimmung der Mehrheit des spanischen Parlaments wiedergibt – bestimmt zum Glück die bürgerlichen Parteien in ihrer Haltung. Schließlich können sie sich nicht vom Sozialisten Gonzalez beschämen lassen, der sein Gewissen über die Parteitaktik stellte.

Konsequenter Kollek

Von Ernst Cramer

Teddy Kollek, der soeben mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde, ist immer ein konsequenter und deshalb auch oft ein unbequemer Mann.

Viele seiner jüdischen Landsleute haben wenig Verständnis für seine faire Behandlung arabischer Bewohner Jerusalems. Aber dadurch, daß er einerseits ganz klare eigene Positionen bezieht und auch verteidigt, aber andererseits seine Fairness nie dem eigenen Standpunkt oder gar irgendwelchen Emotionen unterordnet, hat er es zuwege gebracht, die Hauptstadt Israels nicht zu einem Ort wie Belfast oder Beirut werden zu lassen.

Im Gegenteil. Jerusalem ist heute eine Stadt, in der jeder zu seinem Recht kommt und das Zusammenleben der verschiedenartigen religiösen, ethnischen und nationalen Gruppen täglich praktiziert wird; eine Metropole, in der man des Nachts mit weniger Sorge durch die Straßen und Gassen gehen kann, als in New York oder auch in Paris oder London.

Während seiner Dankesrede in der Frankfurter Paulskirche erwähnte Kollek zwei vor kurzem verstorbene Männer. Beide hätten, sagte er, von seinen Aufzeichnungen abweichend, viel „zum Verständnis zwischen unseren Völkern beigetragen". Zuerst nannte er sichtlich bewegt Axel Springer, „der ein großer Freund Israels war". Ein wenig später erinnerte er an Heinrich Böll, dessen Sohn mit der Aktion Sühnezeichen in Jerusalem gewesen sei.

Es war klar, wem von den beiden Teddy Kollek sich herzlicher verbunden fühlt. Aber seine Fairness erlaubte es ihm nicht, nur den einen ohne den anderen zu nennen.

Konsequent, fair und gelegentlich auch unbequem. Aus solchem Holz sind Männer geschnitzt, die einen Friedenspreis verdienen und Beispiel sind für andere.

Versteht immer Bahnhof

Von Günter Zehm

Der Feuilletonchef der Hamburger „Zeit", Fritz J. Raddatz, hat wieder einmal einen Beweis seiner literarischen Brillanz abgeliefert. Einen Leitartikel seines Blattes zur Buchmesse wollte er mit einem Goethezitat krönen; statt aber selbst in Goethes Werken danach zu suchen, bediente er sich bei der Konkurrenz, in diesem Falle bei der „Neuen Zürcher Zeitung", die den Klassiker folgendermaßen hatte zu Wort kommen lassen: „Man begann das Gebiet hinter dem Bahnhof zu verändern ... Bald herrschte, wo vordem des Lebens Rankenwerk gewuchert, die neue Unübersichtlichkeit des Geistes".

Was Raddatz nicht merkte, war, daß hier eine Goethe-Parodie vorlag, unübersehbar markiert durch die drollige Anspielung auf den Frankfurter Bahnhof, den es zu Goethes Zeit ja noch gar nicht geben konnte. Jetzt setzt es schadenfrohes Gekicher, das sich mancherorts, z. B. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", zur grimmigen Attacke steigert. Raddatz wird als ein „Oberscharlatan" des Literaturbetriebs hingestellt, als eine schwere Belastung für das kulturelle Leben in der Bundesrepublik.

Bloßer Literatenzank? Nun, es gibt tatsächlich so manche Ursache, Raddatz für eine Fatalität zu halten. Er ist bekannt dafür, daß er die Arbeiten von Kollegen, wie die FAZ ganz richtig schreibt, „schamlos plündert". Was von ihm selbst stammt, bewegt sich auf einem erbärmlichen geistigen Niveau und ist stilistisch indiskutabel. Den Schriftsteller Uwe Johnson trieb der Mann in die Verzweiflung, indem er in der „Szene" bekannt machte, was dieser für schwere familiäre Probleme auszustehen hatte. Was ihn freilich nicht daran hinderte, den bald darauf – wenn nicht daraufhin – Verstorbenen in einem Nachruf sykophantisch als „Freund" zu beweinen.

So etwas gestaltet nun immerhin an einflußreicher Stelle ein deutsches „Intelligenzblatt", so etwas wird als Literaturprofessor auf die Jugend losgelassen und läßt sich vom Fernsehen als „Starkritiker" feiern. Wenn irgendwo mediale Macht mißbraucht wird, dann hier. Insofern ist Raddatz kein bloßer Fall für die „Zeit", sondern ein Fall und ein Prüfstein für das deutsche Literaturpublikum und seinen guten (oder schlechten) Geschmack.



Breit ausgemalt KLAUS BÖHLE

Sieg eines mutigen Mannes

Von Helmut Hetzel

Die Botschaft aus Brüssel lautet: Wilfried Martens hat sich als Staatsmann erwiesen. Er hat das Richtige über das vermeintlich Wahlwirksame erhoben. Und siehe da, das Richtige war auch das Wahlwirksame. Er und seine christdemokratische Flämische Volkspartei (CVP) stehen damit als die Sieger bei diesen vorgezogenen Parlamentswahlen in Belgien da.

Martens und seine Partei hatten in den Mittelpunkt des Wahlkampfes die Botschaft gestellt, daß mit der restriktiven Sparpolitik und der weiteren Sanierung der zerrütteten Staatsfinanzen so fortgefahren werden muß, wie es die belgische Viererkoalition bisher gehalten hat. Im Klartext hieß das für die Belgier: Keine sozialistische Wende in Richtung staatlicher Beschäftigungspolitik und sozialpolitisch motivierter Brüsseler Finanzhilfe-Aktionen; nicht mehr ausgeben, als man erwirtschaftet hat.

In den letzten Jahren hat Martens den rund zehn Millionen Belgiern einiges zugemutet. Er wertete 1982 den belgischen Franc um 8,6 Prozent ab und verteuerte damit die Auslandsreisen. Er kürzte die Ausgaben im Sozialbereich erheblich und setzte die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preise – in Italien unter dem Namen Scala mobile bekannt – für die jährliche Inflationsrate so gut wie außer Kraft. Es gelang ihm, die Inflationsrate von 8,1 Prozent (1982) auf jetzt 4,6 Prozent drastisch zu senken. Martens schaffte es auch, die lange defizitäre Handelsbilanz wieder zu sanieren und im Außenhandel schwarze Zahlen zu schreiben.

Sicher taten die Mittel, die zu diesen Erfolgen führten, vielen Belgiern weh. Aber Martens suchte nichts zu vertuschen und warf auch nicht mit leeren Versprechungen um sich; er machte bei seinen Auftritten und Reden nie einen Hehl daraus, daß eine solche Roßkur für das Land nötig sei und auch noch einige Zeit nötig sein werde, um Belgien international wieder wettbewerbsfähig zu machen. Er sagte seinen Landsleuten unverblümt, daß sie den Gürtel enger schnallen müßten, auf daß es ihnen eines Tages wieder bessergehe.

Die Parolen der Sozialisten, man werde, falls man wieder an die Regierung kommen sollte, den Verteilungsmechanismus wieder großzügiger für alle Belgier handhaben, fruchteten demgegenüber nicht. Allerdings wurde ihnen viel Wind aus den Segeln genommen, weil die von Martens betriebene Sanierungspolitik eben rechtzeitig vor der Wahl positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt zeitigte: Die Arbeitslosenzahl ging im September erstmals erheblich zurück, um etwa sechzigtausend von einer runden halben Million. In dieser Größenordnung hatte das vorher kaum jemand für möglich gehalten und niemand zu prophezeien gewagt.

Deswegen hat Martens freilich weder die verordneten Einschnitte rückgängig gemacht noch deren Aufhebung für die nächste Zeit vorausgesagt. Aber die Bürger sahen, daß es lohnt, Opfer zu bringen; damit war die Sache der Wahlgeschenk-Zusicherer erst recht prekär geworden.

Das andere Thema des Wahlkampfes neben der Wirtschaftspolitik war die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen im wallonischen Florennes, die Martens in diesem Frühjahr eingeleitet hatte, indem er die ersten sechzehn der insgesamt 48 amerikanischen Marschflugkörper wie im Rahmen der Nachrüstung vorgesehen aufstellen ließ zum Beweis für die Zuverlässigkeit seines Landes als NATO-Partner. Auch das hat Martens nicht Stimmen gekostet, entgegen den Erwartungen vieler ängstlicher Beobachter. Martens hat es bewußt darauf ankommen lassen, daß die Wahl zur Atomwaffenwahl erklärt würde, und er hat den Test gewonnen. Gerade die dogmatischen Stationierungsgegner – die Sozialistische Partei, die Flämische Sozialistische Partei und die Flämische Volksunion – schnitten bei dieser Wahl lange nicht so gut ab, wie allgemein erwartet worden war.



Seine Versprechungen waren unbequem, aber eben deshalb erfolgreich: Martens FOTO: AP

Die Volksunion mußte mit Verlusten in Höhe von 3,2 Prozent vier ihrer bisher zwanzig Mandate abgeben. Und die Sozialisten unter Führung des Brüsseler Spitzenkandidaten Karl van Miert, den viele in den sozialistischen Reihen schon als neuen Premierminister ausmachten, konnten zwar Gewinne verzeichnen, doch der von seiner Partei erhoffte Erdrutschsieg blieb aus.

Daß die beiden kommunistischen Abgeordneten nicht mehr in die 212 Sitze zählende Abgeordnetenkammer in Brüssel einziehen werden, ist ein weiterer wichtiger Indikator für die Stimmung in Belgien. Belgien, von manchen vor fünf Jahren noch voreilig als der „kranke Mann Europas" bezeichnet, ist nach dieser Wahl wieder ein Stabilitätsfaktor geworden – auch für die NATO.

Sicher hat das Charisma des Wilfried Martens, der als Flame auch in der Wallonie hohes Ansehen genießt, zu seinem Erfolg entscheidend beigetragen. Der CVP-Parteichef Frank Swaelen ließ in einer ersten Reaktion auf den Wahlausgang daher auch keinen Zweifel daran, wie der neue Premierminister in Brüssel in Zukunft heißen wird: „Selbstverständlich", so sagt er in schmunzelnder Siegerpose, „ist Wilfried Martens für uns wieder der einzige Kandidat für dieses Amt."

Aber Charisma ist hier kein Zufall. Martens ist weder vom Aussehen noch vom Auftreten her der Typus des flamboyanten Publikumslieblings, dem die Herzen zufliegen, egal, was er sagt. Sein Charisma besteht darin, daß er den Mut hat zu unbequemen Entscheidungen und den Mut, diese auch öffentlich zu vertreten und dafür zu werben, ohne sich mit Kompensationsversprechen zu salvieren. Sein Beispiel ist interessant für Politiker über Belgien hinaus.

IM GESPRÄCH Hubert Weinzierl

Das grüne Alibi

Von Peter Schmalz

Einmal hat er gesagt, er sei in manchen der vielen Gremien, die ihn zu ihrem Mitglied zählen, oft nur der Hofnarr, so eine Art grünes Alibi. Nun mag man kaum bestreiten, daß es ein wenig närrisch klingt, wenn Hubert Weinzierl vor der Münchner Feldherrenhalle die aus allen deutschen Großstädten herangekarrten Demonstranten als „heimatverbundene Frauen und Männer" umschmeichelt, nur weil sie gegen eine Wiederaufarbeitungsanlage sind, die in der bayerischen Oberpfalz gebaut wird, wohin die allerwenigsten der Protestierer jemals einen Fuß gesetzt haben.

Noch ist es sein Rätsel, was ihn zu dieser Aussage trieb. Hat sich der eher stille Mann mit dem graumelierten Bart etwa geniert, als er da oben auf dem Rednerpult stand und die Masse unter sich sah, mit der er gemeinsame Sache betreiben sollte – weshalb er sie flugs durch einen semantischen Trick en bloc zu Naturschützern erhob? Oder – was wahrscheinlicher ist – sieht er als Vorsitzender des Bundes Naturschutz in dem diffusen Haufen tatsächlich die Basis, an der er seine Organisation künftig festzumachen gedenkt, weshalb er ihnen für alle Taten und Parolen den absolvierenden Segen des Naturschutzes erteilt?

Womöglich aber kommt man der Person Weinzierl durch einen Blick zurück näher, der ihn als einen Mann der Widersprüche zu erkennen gibt: Vor 49 Jahren in eine wohlhabende Familie geboren, die ihr Geld verdient mit dem Kiesabbau, den der erwachsene Hubert Weinzierl später anderswo als Umweltsünde beschimpfen wird. Als Naturschutzbeauftragter der Regierung von Niederbayern betreibt der diplomierte Forstwirt die Gründung des Nationalparks Bayerischer Wald, den er dann über Jahre kritisiert, ehe er erst in diesen Tagen seinen Frieden mit ihm macht und ihn als umweltpolitische Großtat lobt. Auch beim Rhein-Main-Donau-Kanal änderte er



Segen für die Randalierer: Umweltschützer Weinzierl FOTO: DPA

in kurzer Zeit seine Meinung grundlegend. Den aufwendigen Landschaftsplan der Kanalbauer hatte er in einem Vorwort als vorbildlich hervorgehoben, schlug sich aber eilends auf die Seite der Kanalgegner, als diese in Tausendschaften auftraten und einen Mobilisierungsschub für die von ihm geführte Umweltschutz-Organisation versprachen.

Heute nun führt er den 1913 gegründeten Bund in die Nähe der Aussteiger und Verweigerer und versucht, die versprengten Gruppen der Friedensbewegung an sich zu binden mit der Floskel, man brauche einen „Friedensvertrag mit der Natur". Die Anti-Atom-Kampagne dient ihm dazu als äußere Klammer, möglich aber ist, daß er bei diesem Thema seine Meinung gelegentlich wieder ändert.

Die Argumente dazu werden ihm in Bayern geliefert: Dank der Kernkraft, die bereits jede zweite bayerische Kilowattstunde produziert, sank der Schadstoffausstoß aus den Kraftwerken des Freistaats rapide, was in erster Linie dem Wald zugute kommt, dessen Rettung schließlich auch auf Weinzierls Fahnen steht. Ein Umweltschützer sollte eigentlich allein an der Sache orientiert sein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WIESBADENER KURIER

Er geht auf Teddy Kollek ein:

In einer verfeindeten, oft fanatisierten Umwelt hat Kollek es geschafft, Brücken zwischen Israelis und Arabern zu bauen. Dies in der Stadt Jerusalem, die ja nicht nur heilige Stätte der drei großen Religionen ist, sondern auch Wahlstadt der israelisch-arabischen Konfrontation. Kollek hat Jerusalem befriedet, als unermüdlicher Fürsprecher der Versöhnung. Der Friedenspreis ist der höchste Kulturpreis, der in der Bundesrepublik Deutschland zu vergeben ist.

Münchner Merkur

Er meint zur DGB-Aktionswoche:

Nach eigenen Untersuchungen verspüren die Gewerkschaften eine „gewisse Unsicherheit bei den Mitgliedern" und „Einflußverluste in der Öffentlichkeit". Das erklärt manches, aber nicht alles. Die Gewerkschaften haben Probleme mit ihrem ungeklärten Selbstverständnis. Als was verstehen sie sich eigentlich? Als Arbeitnehmer-Interessenschutz? Als Ersatz-Opposition? Als Kontramacht gegen die parlamentarische Mehrheit? ... Über 90 Prozent der Gewerkschaftsfunktionäre sind Mitglieder und großenteils Mandatsträger der SPD. Sie wollen – verständlicherweise – die derzeitige Bundesregierung weghaben.

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung schreibt zur Demonstration in München:

Wer sich schützend vor die Vermummten stellt, ... will die Geister, die er gerufen hat, gar nicht loswerden. Und wenn während einer Demonstration gegen eine geplante Wiederaufbereitungsanlage für Atombrennstoffe in Bayern unter Johlen eine amerikanische Flagge verbrannt wird, während die rote Fahne der Kommunisten unbehelligt bleibt, wird klar, woher der Wind weht. Ob die SPD-Führung aus den Vorfällen von München zu lernen bereit ist?

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung übersetzt „Eureka" gegenwartsnah mit „Wir suchen noch":

Im Gegensatz zum amerikanischen „Star-Wars"-Programm, das Eureka zum Teil inspiriert hat, fehlt es den europäischen Bemühungen an einem einzigen überragenden Ziel. In der Tat gibt es bislang noch keine festen Zielvorstellungen. Der griechische Name für das Programm, der so viel wie „Ich habe es gefunden" bedeutet, scheint recht optimistisch.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung hat Fragen an die italienische Regierung:

Gibt es einen Unterschied zwischen demjenigen, der das Verbrechen anordnet, und demjenigen, der es ausführt? Kann man wirklich davon ausgehen, daß Abul Abbas nichts mit der Entführung der „Achille Lauro" zu tun hat? Werden die Italiener (und die anderen) weiterhin die Vorstellung vertreten, wonach Jassir Arafat nichts mit der PLF zu tun hat, nichts von den Vorbereitungen für die Entführung des italienischen Kreuzfahrtschiffes wußte und unter allen Umständen nur danach strebt, die aus dem Terrorismus entstandenen Krisen zu beseitigen? Heute kämpfen zwei Länder gegen diese Plage: Israel und Amerika ... Alle anderen schließen mehr oder weniger Kompromisse.

Das Bündnis mit Ägypten bestand die erste Probe nicht

„Sie meinen nicht, was sie sagen, und sie sagen nicht, was sie meinen" / Von Peter M. Ranke

Schulterklopfen auf dem Übungsplatz in der Wüste, amerikanische und ägyptische Offiziere reichten sich die Hände: Die motorisierte ägyptische Elite-Einheit hatte den „Feind" geschlagen, auch die Bombenwürfe der beiden amerikanischen B 52 lagen im Ziel. Selbst ohne offiziellen Beistandsvertrag funktionierte die militärische Zusammenarbeit.

Das war im letzten Sommer. Doch jetzt fragen sich die amerikanischen Offiziere in Kairo, ob die Ägypter im Ernstfall überhaupt mitmachen. Wenn ihnen der Gegner nicht ins selbstentworfene Feindbild paßt, bleiben sie zu Hause oder arrangieren sich. Nichts anderes ist ja soeben geschehen. Ägyptens Staatsspitze hat ihre Beziehungen zur Arafat-PLO höher eingestuft als die von den USA geforderte Mitarbeit bei der Terroristen-Bekämpfung.

Unverhofft sprang das kleine Tunesien in die Bresche und sperrte der ägyptischen Sondermaschine mit den vier Terroristen von der „Achille Lauro" den Flugplatz, so daß die Amerikaner ihre Abfang-Operation in die Wege leiten konnten. Mubarak wollte die Terroristen der PLO zur „Aburteilung" zurückschicken und täuschte deshalb ihren noch gar nicht stattgefundenen Abzug vor, führte also die Amerikaner in die Irre.

Das hat in Ägypten allerdings keine politischen Nachwirkungen. Die Täuschung des Partners ist ein erlaubtes Manöver und wird beklatscht, wenn sie gelingt. Der Präsident in Kairo ist über jede Kritik erhaben, wenn es gegen Amerika geht; er braucht keinen Skandal à la Watergate und oder „Rainbow Warrior" zu fürchten. Da eine Innenpolitik auch nur in beschränktem Umfang existiert und die Opposition der Moslembrüder und der Linken ohnehin die Abkehr von den USA und den vollständigen Bruch von Israel verlangt, ist die Position des eher schwachen Präsidenten sogar gestärkt worden. Antiamerikanische Aktionen zahlen sich in Ägypten wieder aus.

„Das wäre unter Sadat nicht möglich gewesen", sagen ältere Ägypter. „Sadat hätte der Meute der PLO-Anhänger getrotzt." Aber Sadat ist seit vier Jahren tot, und der gegen den Frieden von Camp David eingestellte, arabisch-nationalistische Präsidenten-Berater Usama El Baz hat Mubarak schon weit in den arabischen Pferch zurückgedrängt, ohne allerdings bisher die diplomatische und finanzielle Anerkennung auch nur gemäßigter Länder wie Saudi-Arabien oder der Golf-Staaten dafür zu ernten. Wirtschaftlich und bei Militärlieferungen bleibt Ägypten von Amerika und Westeuropa abhängig.

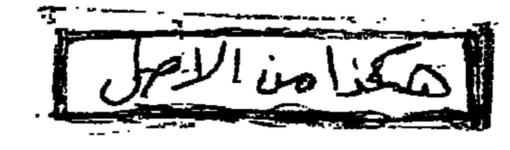
Daher will Kairo jetzt den Bogen nicht überspannen. Gemeinsam mit Washington flüchtet man sich in die Formel: Hauptsache, daß Passagiere und Schiff gerettet wurden. Dennoch hat das Verhältnis zu den USA einen Bruch bekommen, zumal da keineswegs sicher ist, daß Mubarak nun etwa einsieht, mit welchen Leuten er es auch bei der Arafat-PLO zu tun hat. Daß, beispielsweise, der Terroristen-Chef Abul Abbas, der die verbrecherische Kaperung der „Achille Lauro" inszenierte, dazugehört. Kairo will weiter darauf drängen, daß eine jordanisch-palästinensische Delegation unter PLO-Einfluß am „Friedensprozeß" teilnimmt.

Wozu freilich westliche Unklugheit beiträgt. Der britische Außenminister Howe wollte in London eine solche Delegation empfangen, an der ein wegen Sprengstoff-Schmuggels aus Jersualem ausgewiesener Bischof teilnehmen sollte. Bischof Elias Khouri hat zwei tote Israelis auf dem Gewissen, die 1969 in einem Supermarkt von seinem Sprengstoff zerrissen wurden. Er wollte dem Terror nicht abschwören, daher kam das Treffen in London jetzt schließlich doch nicht zustande.

Aber so diskreditiert der Westen selbst seine internationale Terrorbekämpfung viel zu oft durch Unkenntnis, Fahrlässigkeiten oder sogar durch selbstsüchtige Interessenpolitik, in der Hoffnung, PLO-Kontakte mit einträglichen Aufträgen aus der arabischen Welt verbinden zu können.

Die Lehre, die die Amerikaner aus der ersten wirklichen Belastungsprobe mit Ägypten ziehen müssen, wird daher kaum Schule machen. Sie lautet nämlich: Die angeblich so prowestlichen und gemäßigten arabischen Länder wie Ägypten oder auch Jordanien und Saudi-Arabien sind keine sicheren Bundesgenossen. Sie haben nicht dasselbe Bild von der Gefahr, das dem Westen bei seinen umfangreichen und modernsten Waffenlieferungen vorschwebt, also etwa der Terrorismus der PLO und im Fall der englisch-amerikanischen Waffen für Jordanien etwa Syrien oder im Fall der Saudis etwa das Ayatollah-Regime im Iran.

Sie meinen nicht, was sie sagen, und sie sagen nicht, was sie meinen, beschwerte sich einmal ein westlicher Diplomat über die Orientalen. Araber oder auch Ägypter als Bundesgenossen zu haben ist also trotz oder gerade wegen der umfangreichen Wirtschafts- und Militärhilfe aus dem Westen eine problematische Sache. Die Amerikaner haben es gerade erfahren.



Vor lauter Bäumen sehen sie den Wald nicht mehr

Die deutsche Forschung scheint reif für das Guinness-Buch der Rekorde. Mehr als 160 Hypothesen über die Ursachen des Waldsterbens haben unsere Wissenschaftler bisher formuliert. Englische Kollegen bescheinigten ihnen „unzweifelhaft ein Element der Neurose".

Von KLAUS THIELE

Immer exotischer werden die Versuche, die scheinbar unaufhaltsam fortschreitende Waldseuche zu erklären. Einige Schlagzeilen:

– Ozon von Hochspannungsleitungen tötet den Wald;
– Radarwellen für Waldsterben verantwortlich;
– Tetraäthylblei, ein Abbauprodukt von Benzinblei, Waldgift Nr. 1;
– Radioaktivität – Ursache des Waldsterbens;
– organische Chlorverbindungen zerstören das Blattgrün;
– Viruide und Mikroplasmen verursachen Baumseuchen; Aids im Wald?

Es lohnt sich, der Epidemie-Hypothese auf den Grund zu gehen. Sie zeigt die grundsätzlichen strukturellen Probleme der Waldschadensforschung bei uns. Der prominenteste Vertreter dieser Hypothese, der emeritierte Münchner Botaniker Professor Kandler, und andere Wissenschaftler, die ihn unterstützen, meinen, daß nicht Luftgifte wie etwa Schwefeldioxid, sondern Viren oder andere winzige Schadorganismen die Bäume schwächen. Folgt man der Meinung der Wissenschaftler, spricht scheinbar alles für eine Epidemie:

- Die Ausbreitung der Krankheit entspreche dem Seuchenzug einer Grippe, da sich die Walderkrankung sehr schnell ausweitet.
- Auf kranken Bäumen wurden Viren gefunden, auf gesunden nicht.
- Tannensterben habe es schon in früheren Zeiten gegeben, in denen Luftverschmutzung als Ursache nicht in Frage kam.
- Jetzt, wo das Waldsterben stark zunimmt, beginnen gegen Luftgifte besonders empfindliche Flechten die Zentren der Städte wieder zu besiedeln.
- Die Schwefeldioxidbelastung sei in den letzten Jahrzehnten nicht gestiegen, sondern zurückgegangen.
- Künstliche Berieselung von Bäumen mit saurem Regen über sechs Jahre habe die typischen Krankheitsmerkmale nicht hervorgerufen.
- Zuwachshemmungen an kranken Tannen seien plötzlich aufgetreten und wieder verschwunden.
- Im stark von Luftschadstoffen belasteten Ostbayern nehmen die Schäden ab.
- Im kaum belasteten Schwarzwald und in den Alpen nehmen die Schäden zu.

Alles spricht scheinbar für eine Epidemie. Aber nur scheinbar, denn:

Die Geschwindigkeit des Waldsterbens sagt nichts über seine Ursachen. In der CSSR, wo es keine Zweifel über die Vergiftung des Waldes aus der Luft gibt, ist der Wald in wenigen Jahren gestorben.

Kaum ein Fachmann hat in Zweifel gestellt, daß es auf Bäumen, insbesondere auf sterbenden, Viren gibt. Über die Ursache sagt das aber ebensowenig aus wie ein Befall durch Borkenkäfer. Geschwächte Bäume werden häufig durch Sekundärschädlinge befallen. Gezielte Impfungen mit Viren haben bisher noch nicht zu Baumerkrankungen geführt.

Tannensterben aus früheren Zeiten sind gerade aus Gebieten mit klassischen Rauchschäden bekannt. Schon im 19. Jahrhundert wurde die Tanne als die empfindlichste Baumart beschrieben.

Die Wiederbesiedelung der Städte durch Flechten geht zeitlich parallel mit der Hochschornsteinpolitik, die die Ballungszentren entlastete und die Gifte in die weit entlegenen Gebirge transportierte, wo heute der Wald stirbt.

Die Schwefeldioxidbelastung ist tatsächlich gesunken. Dafür ist aber der Ausstoß von Stickoxiden, insbesondere durch den Kraftfahrzeugverkehr, drastisch angestiegen. Stickoxide verwandeln sich, fern von den Emittenten, unter dem Einfluß intensiver Sonnenstrahlung in den Hochlagen der Mittelgebirge und der Alpen, den wichtigsten Schadgebieten, zu hochgiftigem Ozon.

Künstliche Berieselung von Bäumen mit verdünnter Schwefelsäure kann nicht das tödliche Zusammenwirken von Schwefeldioxid und Ozon unter wechselnden klimatischen und Bodenbedingungen nachahmen, das heute von maßgeblichen Fachleuten für das Waldsterben verantwortlich gemacht wird.

Im Bayerischen Wald geht der Zuwachs von Fichten seit zwölf bis 16 Jahren zurück. Dieser Rückgang ist kontinuierlich und beschleunigt sich mit fortschreitender Schädigung.

In Ostbayern haben lediglich die leichten Schäden abgenommen. Die mittleren und starken Schäden sind gestiegen. Nordostbayern ist nach wie vor das am stärksten geschädigte Gebiet Bayerns. Man nimmt an, daß die leichten Schäden deshalb abgenommen haben, weil die Kraftwerke in der Nähe von Schwandorf erheblich weniger Schadstoffe ausstoßen.

Die Zunahme der Schäden in den Alpen, im Schwarzwald und im Bayerischen Wald erklärt sich aus dem Steigen der Ozonkonzentrationen, die bedingt sind durch die Zunahme des Ausstoßes an Stickoxiden. Zahlreiche Messungen beweisen, daß die Ozonkonzentrationen dort kritische Grenzwerte überschreiten.

Bei genauerem Hinsehen bleibt also nichts von der Epidemie-Hypothese. In den Mittelgebirgen, wie etwa im Bayerischen Wald, sterben nicht nur die Bäume. Empfindliche Flechten verschwinden, wo Fichte, Buche und Tanne dahinsiechen. Fische und Bachinsekten sind aus den besonders vom Waldsterben bedrohten Hochlagen der Mittelgebirge verschwunden. Über 800 m NN lebt im Nationalpark Bayerischer Wald kaum noch ein Fisch. In den Sedimenten der Böhmerwaldseen läßt sich eine krasse Versauerung des Wassers und eine stark zunehmende Luftverschmutzung während der letzten 40 Jahre nachweisen. Plankton und Ufervegetation haben sich völlig verändert. Wie können Viren all diese dramatischen Änderungen, die gleichzeitig in dieser Mittelgebirgslandschaft ablaufen, erklären?

Die Mosaiksteine der Forschungsergebnisse fügen sich zu einem klaren Bild, nimmt man Schwefeldioxid, Stickoxide und andere Luftschadstoffe als gemeinsame Ursachen für die Veränderungen an. Eine Vervielfachung des Einflusses dieser Schadstoffe im Laufe der letzten Jahrzehnte läßt sich allein schon an der drastischen Zunahme von Sulfat und Nitrat in den Mittelgebirgsseen nachweisen.

Warum also der Streit? Woher kommen mehr als 160 Hypothesen zum Waldsterben? Die Struktur unserer Forschungseinrichtungen führt praktisch zwangsläufig zu dieser Inflation. Die nebeneinanderher arbeitenden Lehrstühle der Universitäten und andere Forschungseinrichtungen machen die dringend erforderliche interdisziplinäre Zusammenarbeit praktisch unmöglich. Viele Fehleinschätzungen der Vertreter der Epidemie-Hypothese hätten vermieden werden können in einem Team, in dem außer Pflanzenpathologen auch Forstgeschichtler, Förster, Meteorologen, Limnologen, Schadinventurspezialisten und Systemanalytiker zusammenarbeiten, um ein Problem zu lösen. Selbst die energischen Koordinierungsbemühungen unseres Forschungsministers Riesenhuber haben bisher eine solche Teamarbeit nicht möglich gemacht. Sie scheiterten an den verkrusteten Strukturen am immer noch starren Lehrstuhlsystem unserer Hochschulen.

Forstoberrat Klaus Thiele ist Sachgebietsleiter für Forschung bei der Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald.

Eine Seuche tötet den Wald
„Bäume leiden unter Hormonstörungen"
Opfer von Säure und Salz
Schon 167 Ursachen für den Tod der Wälder
Im Eggegebirge sterben Fichten – ein Käfer beschleunigt ihren Tod

Hiobsbotschaften aus dem Blätterwald





Stimmungsbilder: Margaret Thatcher und „ihr" Tory-Vorsitzender Norman Tebbit, Labour-Chef Neil Kinnock FOTOS: AP/DPA

Ovationen gegen die Katastrophe

Es ist viel von Demokratie und viel von Klassen die Rede, wenn die britischen Parteien Heerschau halten. Darin ähneln sie sich. In ihren Temperamenten aber unterscheiden sich die Parteitage deutlich.

Von REINER GATERMANN

Torquay, 8. bis 11. September: Die 1981 von der Labour Party abgespaltenen Sozialdemokraten haben Identitätsprobleme. Sie möchten das neue, gewerkschaftsunabhängige Sprachrohr der Arbeiterklasse sein, ihre derzeitige Anhängerschaft kommt jedoch hauptsächlich aus der Mittelklasse. Mehrere Redner, die sich ihr zugehörig fühlen, haben offenbar ein schlechtes Gewissen und suchen nach einer Entschuldigung.

Dundee, 16. bis 21. September: Die Liberalen, bisher Sammelbecken extremer und mitunter auch skurriler Freidenker, zeigen diesmal erstaunlich viel Disziplin. Eine mögliche Regierungsbeteiligung warf ihre Schatten voraus. Verantwortungsbewußt auftreten, lautet die Parole.

Bournemouth, 30. September bis 4. Oktober: Labour-Chef Neil Kinnock hält eine aggressive Rede, seine Attacke gilt diesmal dem Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill. Die Zuhörer jubeln und buhen, der Saal kocht. Auf der Tribüne sitzen, seitlich und hinter Kinnock, drei Mitglieder des Exekutivausschusses, verzehren demonstrativ desinteressiert ihr Mittagessen und rühren nicht ein einziges Mal ihre Hände zum Applaus. Deutlicher kann die Kluft in der Partei nicht dargestellt werden.

Blackpool, 8. bis 11. Oktober: Am Frühstückstisch erklärt am letzten Tag des Tory-Kongresses ein Parlamentskandidat: „Frau Thatcher wird eine 40minütige zündende Rede halten. Bekommt sie weniger als sieben Minuten Applaus, ist das eine Katastrophe." Margaret Thatcher spricht 40 Minuten, reißt ihre „Repräsentanten" mit; sie stehen unmittelbar nach Redeschluß auf und klatschen neun Minuten. Selbstvertrauen wird wieder spürbar.

Das sonst einigermaßen feste Ritual der jährlichen Parteikongresse zeigte diesmal verschiedene Veränderungen. Normalerweise pendeln Labour und Tories zwischen Brighton und Blackpool – nach dem IRA-Attentat im vergangenen Jahr auf das Hauptquartier der Konservativen in Brighton, das nicht nur fünf Todesopfer forderte, sondern auch erheblichen Sachschaden anrichtete, mußte sich Labour nach einem anderen Tagungsort umsehen. Die Partei fand ihn in der neuen Kongreßhalle in Bournemouth.

Um die roten Arbeiteraktivisten jedoch in das politisch tiefblaue Seebad an der Südküste locken zu können, mußten die Stadtväter ihren neuen Stolz schon kostenlos zur Verfügung stellen. Das irritierte zahlreiche Bürger. „Wenn die hier tagen wollen, sollen sie auch dafür bezahlen." Ihr Bürgermeister versuchte sie zu trösten: „Jeder Delegierte gibt etwa 50 Pfund (rund 200 Mark) pro Tag aus, das bringt auch ohne Miete einen schönen Überschuß."

Charakteristisch für Labour-Kongresse ist das harte Aufeinanderprallen – bar jeglicher Rücksichtnahme, weder auf Partei noch auf Personen – der unterschiedlichen ideologischen Strömungen. „Wenn wir die Abstimmung verlieren sollten, nehmt das nicht hin. Steht auf, trampelt auf den Boden, schreit." So wurden die Besucher eines der 146 Treffen am Rande dieses Partei-Kongresses zum aktiven Widerstand aufgerufen.

Die ganze Flora der Linksideologien wurde vor der Kongreßhalle noch deutlicher, wo die Delegierten kiloweise mit Zeitungen, Handzetteln, Einladungen und Broschüren eingedeckt wurden. Durch diese Gasse der ausgestreckten Hände und mehr oder weniger aggressiver Zurufe in die Halle zu gelangen, erinnerte an Spießrutenlaufen. Unüberhörbar, aber im Hintergrund, hielt sich auf allen vier Konferenzen ein junger Mann, der ein besonderes Anliegen hatte: „Declare war on smoking!" (Erklärt dem Rauchen den Krieg!).

Ohne Zweifel, am lautesten geschrien, am heftigsten diskutiert wurde bei der Labour Party. Welch ein drastischer Unterschied zu den in diesem Jahr besonders auf Konsens bedachten Allianz-Partnern, den Sozialdemokraten und den Liberalen. Meinungsumfragen ließen sie in der Gewißheit schwelgen, sich als „dritte Kraft" etabliert zu haben. Nun mußte man sich auch als regierungswürdig präsentieren. Erheblich mehr Delegierte als in früheren Jahren kamen, bei den Debatten ging es überraschend diszipliniert zu. „Um Klassen besser als früher", hieß es in einem BBC-Kommentar. Klassenschranken wollen die Allianz-Partner überbrükken, gleiches versuchen die übrigen Parteien. Bis dahin wird es aber noch ein langer Weg sein, sonst bräuchte man auf den Parteitagen nicht so viel darüber zu sprechen.

Aber in jedem Parteihauptquartier weiß man: Wahlen sind nicht mehr mit der Unterstützung nur einer Klasse zu gewinnen. Ebenso häufig wie das Wort Klasse wird der Begriff Demokratie verwendet. Natürlich versucht jede Partei, sich selbst ins beste Licht zu rücken. Für einen Außenstehenden gibt es dabei jedoch verblüffende Erkenntnisse, die nur bestätigen, wie strapazierfähig das Wort Demokratie ist – auch im Mutterland der parlamentarischen Demokratie. Da ist die Labour Party mit ihren Blockstimmen der Gewerkschaften. In Bournemouth verfügten 1294 Delegierte über knapp sieben Millionen Stimmen, ein einziger, der Delegierte der Transportarbeiter-Gewerkschaft, konnte gleich 1,25 Millionen in die Waagschale werfen. Und erst seit zwei Jahren wird der Parteiführer vom Kongreß gewählt, bis dahin hatte die Parlamentsfraktion dieses Recht.

Bei den Tories ist dies immer noch so; ihre Parlamentarier haben dies Recht allerdings auch erst 1965 erhalten. Bis dahin bestimmte der Parteiführer alleine, wer seine Nachfolge antreten solle. Gleichermaßen selbstherrlich verfährt der Parteiführer heute noch bei der Berufung des Parteivorsitzenden. Margaret Thatcher berief Norman Tebbit, sie brauchte niemanden zu fragen. Eine Gruppe begnügt sich allerdings nicht damit, sie veranstaltete in Blackpool eine inoffizielle Wahl: Norman Tebbit erhielt eine klare Mehrheit.

Die 5000 Stimmberechtigten des Tory-Kongresses sind übrigens nicht etwa von ihren Lokal- oder Regionalverbänden gewählt, sondern ebenfalls nach wechselnden Kriterien ernannt worden. Deshalb nennen sie sich auch nicht Delegierte sondern Repräsentanten.

Eines hatten Konservative und Labour in diesem Jahr gemeinsam: die taubenblaue Farbe der Bühnenausstattung. Bei Labour gab es noch einen leichten roten Einschlag, aber auf einen Slogan konnte man sich offenbar nicht einigen. Die Gefolgsleute Margaret Thatchers bekannten sich dagegen zu der Aufgabe „Der Nation dienen".

Die beiden Davids (Owen bei den Sozialdemokraten und Steel bei den Liberalen) marschierten, Hände haltend, unter der Parole „Für ein gerechteres Großbritannien". Gesänge sind Liberalen und Sozialdemokraten fremd, im Gegensatz zu den beiden anderen Parteien. Während sich die Tories traditions- und nationalbewußt mit „God save the Queen" aus Blackpool verabschiedeten, reichten sich trotz aller bitterbösen Wortgefechte die Labour-Scharen in Bournemouth die Hände und ließen aus voller Kehle „Unter der roten Fahne" erklingen. Zur Melodie von „O Tannenbaum".



Zwei Davids im Aufwind: Steel (Liberale), Owen (Sozialdemokraten) FOTO: CAMERA PRESS

Bonn: Die USA stehen zum ABM-Vertrag

gba. Bonn

Die Bundesregierung hat keinen Zweifel, „daß die Vereinigten Staaten sich an den ABM-Vertrag halten werden". Damit reagierte Regierungssprecher Friedhelm Ost gestern auf Meldungen, die Regierung sei beunruhigt über neue Interpretationen Washingtons zur Reichweite des Vertrages über die Begrenzung der Raketenabwehr. Ihm sei auch „nicht bekannt, daß die Bundesregierung hier um Aufklärung gebeten hat", sagte Ost. Dagegen hatte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks von der US-Regierung eine „Klarstellung" verlangt. Anlaß war eine Erklärung des Sicherheitsberaters im Weißen Haus, McFarlane, der

davon gesprochen hatte, daß der ABM-Vertrag nicht nur die Forschung für ein Raketenabwehrsystem – und damit für die geplante amerikanische Strategische Verteidigungsinitaitive (SDI) – erlaube, sondern auch Tests und Entwicklung solcher Systeme „erlaubt und billigt" (WELT v. 12. 10.).

Der Regierungssprecher und der Sprecher des Außenministeriums verwiesen gestern darauf, daß dieses Thema auch auf der heute beginnenden Sondersitzung der NATO-Außenminister in Brüssel behandelt würde. Regierungssprecher Ost sagte, falls es wirklich „Grauzonen" der Interpretation geben sollte, so sei bei diesem Treffen die beste Gelegenheit, für eine Klarstellung zu sorgen. Anlaß für die Äußerung der Regierung, Washington werde sich an den ABM-Vertrag halten, sei unter anderem das Gespräch gewesen, zu dem der Bundeskanzler in der vergangenen Woche Präsidentenberater Paul Nitze in Bonn empfangen habe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Auf Minister-Papier Wünsche für „Spartakus"

ULRICH REITZ, Bonn

Als der SPD-Spitzenkandidat Oskar Lafontaine ihn in sein Schattenkabinett holte, hätte sich Jo Leinen nicht träumen lassen, einmal zu den Schwachstellen der späteren Regierungsmannschaft zu gehören. Heute steht im Saarland neben Innenminister Friedel Läpple kein Regierungsmitglied so in der politischen Schußlinie wie der ehemalige BBU-Sprecher, nicht einmal Lafontaine.

Leinens bisherige Amtshandlungen offenbaren, wie ihm Kritiker vorhalten, einen Hang zur pompösen Selbstdarstellung. Der Minister ziehe selbst Negativ-Schlagzeilen einer Nachrichtenstille vor. Der Ökosozialist scheut sich auch nicht, seine Kompetenzen weit zu überschreiten. Die politischen Folgen solcher publicitywirksamen Paukenschläge – nicht zuletzt die Auswirkungen auf das Ansehen der Landesregierung – sind zugunsten des kurzfristigen Effektes meist nicht einkalkuliert.

Gleich Tausende von Saarländern vergraulte der ehemalige BBU-Sprecher mit seiner ersten Initiative als Minister. Nur kurze Zeit, nachdem er im Sendungsbewußtsein, daß die Bürger vor ihren Autos zu schützen seien, verkündet hatte, es werde im Saarland keine Rallyes mehr geben, stellte sich ihm eine Bürgerinitiative entgegen. Nicht nur, weil sie Gefallen an dem Sport fanden, legten die Saarländer geharnischten Protest ein; sie machten auch wirtschaftliche Interessen geltend. Die alljährliche Deutschlandrallye des ADAC zieht nämlich ein Heer von gutzahlenden Touristen in das Saarland.

Doch Leinen hatte bei seinem Schnellschuß nicht nur den Zorn der Bürger nicht einkalkuliert, sondern in offensichtlicher Fehleinschätzung auch auf die Unterstützung des Kabinetts gebaut. Aber sein Kollege Wirtschaftsminister Hans-Joachim Hoffmann gehörte zu den Befürwortern des Rennens. Dem Umweltminister blieb schließlich nur der Rückzug: Künftig wird im Einzelfall geprüft, ob Rallyes stattfinden dürfen.

Ist Jo Leinen ein Minister ohne Fortune? Es ist nicht das fehlende Glück, das seine Initiativen zum Scheitern verurteilt, sondern der Versuch, Politik ideologisch zu betreiben. Jüngstes Beispiel: In einem Grußwort wünschte der Umweltminister dem verfassungsfeindlichen und moskautreuen Marxistischen Studentenbund (MSB) Spartakus bei seiner Arbeit, die auf den Sturz der Demokratie gerichtet ist, „einen langen Atem und viel Erfolg". Leinens Verhältnis zur Demokratie wird auf Initiative der FDP-Fraktion den Landtag beschäftigen.

Still ist es um die vollmundige Ankündigung geworden, das Saarland zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Leinen mag das laute Echo auf die Entscheidung seines Kollegen Läpple, Gemeinden die Erklärung zur atomwaffenfreien Zone zu gestatten, als Warnschuß empfunden haben. Dennoch schließen politische Beobachter nicht aus, daß Leinen einen entsprechenden Schritt wagt. Und das, obwohl er wissen müßte, daß er sich und die Landesregierung *auf diese Weise der Lächerlichkeit* preisgäbe. Der Atomwaffengegner müßte schmerzlich die Grenzen seiner Befugnisse erfahren, die Erkenntnis, daß deutsche Verteidigungspolitik in Bonn gemacht wird. Allerdings offenbart bereits die bloße Ankündigung des Vorhabens ein fragwürdiges sicherheitspolitisches Denken. „Atomwaffenfreie Zonen" kommen den Interessen des Ostblocks eher entgegen als denen des westlichen Verteidigungsbündnisses.



Hang zur Selbstdarstellung: Jo *Leinen, Umweltminister in Saarbrücken* FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

Außerdem ist fraglich, ob der Ministerpräsident noch gewillt ist, seinen erfolglosen Umweltminister, der seine wahltaktische Aufgabe als sozialdemokratischer Magnet grüner Wähler erfüllt hat, bei so einem gewagten Vorhaben zu unterstützen.

Doch mit dem verbalen Ansinnen, Atomwaffen aus dem Saarland zu verbannen – wie würden die Amerikaner darauf reagieren? – sind die außenpolitischen Ambitionen Leinens noch nicht erschöpfend beschrieben. Der Umweltminister scheute sich nicht, die Autorität seines Amtes einzusetzen, um im SPD-nahen „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst" (PPP) der französischen Regierung im Zusammenhang mit der Greenpeace-Affäre „terroristische Methoden" vorzuwerfen.

Die Position des Jo Leinen im Kabinett scheint aufgrund seiner Mißerfolge schwächer zu werden. Denn eigentlich sollte es zu den weitreichenden Befugnissen des „Überministers" gehören, gegen wirtschaftspolitische Entscheidungen ein umweltpolitisches Veto einlegen zu können. Bislang ist es dazu nicht gekommen.

Leinen hat genug damit zu tun, sein ureigenstes Feld, das der Umweltpolitik, zu bestellen. Denn im Saarland droht das „Müllchaos" (FDP-Chef Horst Rehberger) auszubrechen. Die Entsorgungsfrage ist ungeklärt, seit der Minister ein Konzept des Kommunalen Abfallbeseitigungs-Verbundes (KABV) zurückwies, ohne Alternativen in der Schublade zu haben. Bisher hat sich Leinen nur zu der Aufforderung an die Gemeinden *durchgerungen, Abfallberater* und -beraterinnen zu engagieren. In einem Abfallwirtschaftsgesetz soll die getrennte Einsammlung von Müll vorgeschrieben werden.

Spionage-Ausschuß allein „aus taktischen Gründen"

Union mahnt die SPD: Sicherheitsinteressen wahren

DW. Bonn

Der Spionage-Ausschuß des Bundestags nimmt am Donnerstag seine Arbeit auf. Der Obmann der Union in diesem Gremium, Hermann Fellner (CSU), hält ihn für überflüssig; es gebe keine offenen *Fragen. Mit Fellner sprach Günther Bading.*

WELT: Ist der Untersuchungsausschuß überhaupt notwendig?

Fellner: Wir sind der festen Überzeugung, daß die SPD all ihre Fragen, die sie in der Parlamentarischen Kontrollkommission oder im Bundestags-Innenausschuß gestellt hat, hinreichend beantwortet bekommen hat. Sie hat auch keine zusätzlichen oder neuen Fragen gestellt. Ich glaube, daß es nichts mehr zu untersuchen gibt und daß dieser Ausschuß deshalb auch nicht notwendig ist. Auch die interne Diskussion in der SPD hat gezeigt, daß es bestenfalls parteitaktische Gründe gibt, wenn gerade die Fachleute der SPD, wie Wernitz, davor warnen.

WELT: Die SPD sagt, es gehe ihr um Sachaufklärung. Allerdings gibt es Äußerungen wie die des Abgeordneten Schäfer, daß es ein „Zimmermann-Ausschuß" werde.

Fellner: Ich kann mir nicht vorstellen, daß es hier irgendwelche sachlichen Fragen zu klären gibt, wobei ich allerdings das Ergebnis korrekterweise ja nicht vorwegnehmen kann. Aber alles, was die SPD geäußert hat, deutet darauf hin, daß es nur darum geht, einen *erfolgreichen Minister* auch auf diesem *Feld* anzuschießen. Man hat versucht, Minister Zimmermanns erfolgreiche Umweltpolitik mies zu machen. Es erweist sich jetzt, daß seine Entscheidungen richtig waren. Und jetzt sucht man sich ein anderes Feld.

WELT: Kann die Arbeit des Untersuchungsausschusses, die ja in sensible geheimschutzbedürftige Bereiche hineinführt, in den entsprechenden Teilen geheim bleiben?

Fellner: Wie mir von früheren Untersuchungsausschüssen gesagt wird, bleibt nichts geheim, was im Ausschuß auf den Tisch gelegt wird. Und allein der Gedanke, daß auf diesem Weg jetzt plötzlich Akten auf den Tisch kommen, die man mit guten Gründen bisher geheimgehalten hat, rechtfertigt ja die Befürchtung, daß die Geheimhaltung nicht gewährleistet ist. Wir müssen befürchten, daß *durch gesteuerte Veröffentlichung* großer Schaden angerichtet wird.

WELT: Was kann man dagegen tun?

Fellner: In dem Ausschuß haben Minderheiten große Rechte. Wir werden uns jedenfalls bei jeder Gelegenheit bemühen, daß möglichst wenig Geheimes und vor allen Dingen keine unnötigen Akten auf den Tisch gelegt werden, nur weil es ein Interesse oder schlichte Neugier nach diesen Akten gibt. Wir werden auch an die SPD appellieren, für sich abzuwägen, ob ihr parteipolitischer Vorteil wichtiger ist als die Wahrung von Sicherheitsinteressen des Staates. Wir werden sehen, ob es dafür Mehrheiten gibt.

WELT: Die SPD hat in den Jahren ihrer Regierungsarbeit immer möglichst wenig Kompetenz für die Geheimdienste gewollt. Jetzt greift sie den Innenminister an, weil er trotz einer nur dünnen Verdachtslage keine G-10-Maßnahmen angeordnet hat. Ist das nicht widersprüchlich?

Fellner: Die SPD merkt ja diesen Widerspruch selber und krümmt sich in Schmerzen. Denn eine Partei, die meint und die immer propagiert hat, daß man dem Dienst nicht zuviel Freiräume geben soll, beschimpft jetzt den Innenminister, daß er hier zu wenig forsch vorgegangen wäre.

Wenn die SPD das allerdings zu unserer großen Überraschung ernst meinen sollte, daß hier der Innenminister mehr Möglichkeiten des Eingriffs in Grundrechte bekommen sollte, daß man durch eine Änderung des G-10-Gesetzes, speziell einen leichteren Eingriff in die Persönlichkeitsphäre unserer Bürger, eine wirksamere Spionageabwehr betreiben könnte, dann wären wir allerdings sehr gespannt auf eine entsprechende Initiative der SPD.

Was G 10 konkret bedeutet

gba. Bonn

Am Donnerstag wird der Untersuchungsausschuß zur Aufhellung der jüngsten Spionagefälle zu seiner ersten, nicht-öffentlichen, Arbeitssitzung zusammenkommen. Wichtiges Thema in den Untersuchungen ist die Handhabung der sogenannten „G-10-Maßnahmen". Konkret werfen die Sozialdemokraten dem Innenminister vor, er hätte im Fall der nach Ost-Berlin geflüchteten Eheleute Willner – sie war Sekretärin im Kanzleramt, er Mitarbeiter der FDP-nahen Naumann-Stiftung – solche Maßnahmen anordnen müssen.

Unter G-10-Maßnahmen werden die Kontrolle des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs Verdächtiger verstanden. Die Bezeichnung rührt vom Grundgesetz-Artikel 10 her, in dem es heißt: „Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis *sind unverletzlich." Eingriffe in* dieses Grundrecht sind mit einer Reihe von Sicherungen versehen, wie sie die Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens nicht kennt:

- Voraussetzung für die Anordnung einer G-10-Maßnahme ist das Vorliegen „tatsächlicher Anhaltspunkte".
- Nach der Antragstellung, etwa durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) wird im Bundesinnenministerium geprüft; eine positive Entscheidung liegt beim Minister.
- Vor dem Vollzug einer G 10-Maßnahme ist die G-10-Kommission des Bundestages zu unterrichten. Sie hat auch die letzte Entscheidung. G-10-*Maßnahmen sind befristet auf maximal* drei Monate; sie können jeweils um höchstens drei Monate verlängert werden.
- Nach Ende der Maßnahme ist der Betroffene zu unterrichten.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Juni 1984 wegen der „grundlegenden Bedeutung" des Brief- und Telefongeheimnisses eine einschränken*de Auslegung des G-10-Gesetzes* verlangt. Das Oberverwaltungsgericht Münster spricht von einem „der schwerwiegendsten Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht".

„Geht es wirklich um die Wiedervereinigung?"

Von JÜRGEN SCHMUDE

Als vorrangiges Ziel, als Thema Nr. 1 aller deutschen Politik wurde die Wiedervereinigung in den 50er und 60er Jahren bezeichnet. Näher sind wir ihr damals nicht gekommen. Im Gegenteil: Die Spaltung wurde tiefer.

In letzter Zeit wird die Wiedervereinigung wieder stärker ins Gerede gebracht. Ihre Aufwertung zum politischen Streitthema ersten Ranges wird empfohlen. Warum? Ist sie plötzlich in greifbare Nähe gerückt? Niemand behauptet das. Oder soll sie verraten, soll auf sie verzichtet werden? Niemand will das.

Die SPD will es nicht, und auch ich habe es in *meiner vielfach miß*deuteten deutschlandpolitischen Rede vom Mai 1985 nicht gefordert. Warum auch? Wir würden gegenwärtig für solchen Verzicht nichts bekommen. Viele würden ihn uns gar nicht glauben.

Aktuell sind andere Aufgaben: die Beziehungen zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands und zwischen den beiden deutschen Staaten zu erweitern, zu verbessern und zu verstärken, um der Menschen willen und zur Sicherung des Friedens. Seit dem Beginn der 70er Jahre hat sich hier eine Wende zum Guten vollzogen. Sie muß weitergeführt werden.

Dabei darf sich der Vorrat an Machbarem nicht erschöpfen. Das Vermeiden oder Überwinden von Hindernissen muß vorausgeplant, neue, weiterführende Wege müssen erwogen werden. Perfekte Konzeptionen sind dabei nicht denkbar. Sie trügen den Keim des Scheiterns bereits in sich. Aber Möglichkeiten zur Fortführung des bisherigen deutschlandpolitischen Weges sollten geprüft und eröffnet werden.

Daß die deutsche Frage eine europäische Frage ist, verweist uns auf die Notwendigkeit des Einvernehmens mit allen europäischen Staaten und den Führungsmächten in West und Ost. Tun wir genug, um Mißtrauen gegen angebliche deutsche Sonderwege abzubauen? Bestärkt nicht das betonte Gerede von der Wiedervereinigung ausländische Betrachter in der Skepsis, mit der sie die im deutsch-deutschen Verhältnis erreichten Verbesserungen verfolgen?

Ihnen muß man klarmachen, was es bedeutet, daß der Kern der deutschen Frage die Freiheit ist. Wenn Freiheit für alle Deutschen erreicht ist, dann hat die deutsche Frage ihre Antwort gefunden. Diese Lösung kann – Politiker aus allen Parteien haben darauf hingewiesen – letztlich auch anders als in einem einheitlichen Staat gefunden werden.

Es gibt eben nicht nur eine Form der Lösung. Wie sie aussehen soll, dürfen wir denen nicht vorwegnehmen, die darüber – in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts – einmal zu entscheiden haben werden. Auch deshalb wäre ein heute geleisteter Verzicht auf staatliche Einheit unzulässig.

Umgekehrt sollte es keine unverrückbare Festlegung auf die Wiedervereinigung als einzig zulässige Form einer endlichen Lösung geben. Das Grundgesetz verwendet diesen Begriff ja auch gar nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat ihn 1973 im Grundvertragsurteil als einzig zulässiges Endziel aller Deutschlandpolitik verfassungsrechtlich festgeschrieben. An der Weisheit dieser Entscheidung sollte man zweifeln dürfen, ohne des Verrats beschuldigt zu werden. Dabei geht es um das Verständnis der Präambel des Grundgesetzes, nicht um deren Text.



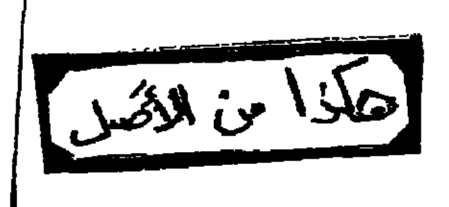
Der Autor Jürgen Schmude ist stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender und Präses der EKD-Synode FOTO: J. DARCHINGER

Und übrigens müßte inzwischen jedermann klar sein, daß es bei den Überlegungen zur Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft um Fragen der Praxis und ebenfalls nicht um Änderung des Grundgesetzes oder unseres Staatsangehörigkeitsrechts geht.

Hier einen rechtlichen Trennstrich zwischen den Deutschen zu ziehen, brächte wahrlich nichts ein; statt Reiseerleichterungen gäbe es neue, nun erst recht unerfüllbare Forderungen. Schlimmer noch: Ein *wichtiges Band der Gemeinsamkeit* wäre zerschnitten, ein Band, das keinen DDR-Bürger fesselt, aber jedem, der es will, problemlose Aufnahme bei uns sichert.

Darüber besteht zwischen SPD und Koalition Konsens, wie überhaupt weithin in der Deutschlandpolitik. Die Bürger wissen das und würden sich nicht wenig wundern, wenn für den Bundestagswahlkampf ein großer Streit um die Wiedervereinigung inszeniert würde.

Vielleicht wundern sie sich dann auch nicht, weil sie nämlich Schaukämpfe und Scheingefechte aus Wahlkämpfen gewöhnt sind. In solche ebenso lautstarken wie vordergründigen Konfrontationen werden hitzige Wahlkämpfer auch künftig immer wieder mal hineingeraten. Man sollte sie nicht auch noch kühl und langfristig planen.





Manch einer findet die Kirche „etwas zu brav"

H.-R. KARUTZ, Berlin

Die Sprache ist offener, präziser, bestimmter und freimütiger geworden: Die evangelischen Christen an der mitteldeutschen Basis haben ihre KSZE-Lektion gelernt. Viele setzen auf den von Erich Honecker verbrieften Grundsatz der „Gleichachtung und Gleichberechtigung aller christlicher Bürger". Eine Zusage, die sich nicht erst auf der Bundessynode Ende September in Dresden auf dem Prüfstand befand. In der eigenständigen „DDR"-Kirchenpresse wird das Lutherjahr-Motto vom „Vertrauen wagen" immer wieder versucht.

Weiße Tabu-Flecken und staatlicherseits ausgesparte Problem-Inseln wie Homosexualität, Alkoholsucht, Depressionen, Vereinsamung, seelische Selbstfindung („coming out") bis hin zu Partnerschaftsproblemen in Pfarrer-Ehen sind in den fünf evangelischen Wochenzeitungen längst und meist zuerst entdeckt worden.

Häufig kommt die Mitarbeit der vielen Ungetauften, aber der Kirche freundlich-friedlich gesinnten Menschen zur Sprache. Die sächsische Landeskirche denkt bereits über einen Kircheneintritt „in Etappen" für diese große Zahl der Ungebundenen nach. Aber auch Kritik am Kirchen-Establishment, das sich nach Ansicht mancher Autoren „etwas zu brav" verhält – dies alles zählt zu den Facetten der kleinen, aber buchstäblich vielsagenden „DDR"-Kirchenpresse.

Sie erscheint nur in einer Auflage von rund 150 000 Exemplaren. Die Blätter heißen „Glaube und Heimat" (Thüringen), „Die Kirche" (Ost-Berlin), „Mecklenburgische Kirchenzeitung" (Schwerin), „Der Sonntag" (Dresden) und „Potsdamer Kirche". Sie hängen an keinem „DDR"-Kiosk aus, und Abonnements sind rar. Offizieller Grund: Papiermangel.

Die Themenvielfalt ist beträchtlich, der Stil – jenseits der offiziellen Partei-Stanzformeln – erfrischend. In einer Nachlese zum Düsseldorfer Kirchentag heißt es aus der Feder eines Teilnehmers: „Nicht nur für mich als Neuling waren die Zahlen überwältigend. Die vielen Eindrücke sind bis heute nicht verarbeitet und sortiert. Dennoch fühle ich mich zu Hause im ‚fremden Land': Die ganze eigene Kirchentagsatmosphäre, die ich auch aus der DDR kenne, nahm mich gefangen und bezog mich ein."

Daß sich die Deutschen noch immer sehr spontan und freundschaftlich begegnen, spürte der Autor: „Trotz unterschiedlichster Auffassungen wurde menschlich und tolerant miteinander umgegangen … Große Offenheit gegenüber der DDR war spürbar, wo immer wir als Bürger dieses Landes erkannt wurden. Ein echtes, partnerschaftliches Interesse, dem ich mich gern gestellt habe." Ganze 47 (von Rentnern abgesehen) unter den 120 000 Dauerteilnehmern von Düsseldorf kamen mit „DDR"-Pässen – dennoch schon ein „Rekord".

Auch die Unzufriedenheit mit mancherlei Schwanken und Lavieren der Kirchen-Oberen in der „DDR" spricht aus den Basis-Stimmen. Typisches Beispiel dafür ist ein Bericht vom Landesjugendsonntag in Potsdam-Hermannswerder. 1983 war dies der Ort der Bundessynode, auf der sich der Kirchenbundsvorsitzende, Bischof Johannnes Hempel (Dresden) mit der Forderung nach mehr innerem Frieden im eigenen Land bei der SED lange Zeit unbeliebt gemacht hatte.

Der junge Berichterstatter von diesem Fest der Kirchenjugend zeigte sich enttäuscht: „Mir war dieser ganze Tag zu brav, zu unkritisch. Und gerade eine Lust zur Kritik soll doch ‚typisch jugendlich' sein … Kein Wort über die Mängel kirchlicher Strukturen, keine Anfragen an die Kirchenleitung, keine selbstkritischen Betrachtungen zur Arbeit Junger Gemeinden." Aber seine Schilderung eines Podiumsgesprächs zwischen drei Pfarrern lenkte dennoch ein Schlaglicht auf durchaus unterschiedliche Betrachtungsweisen, die in der „DDR"-Kirche herrschen. In der Ostberliner „Kirche" heißt es dazu: „Kompromiß oder Verrat? Die Antworten auf diese Frage bezogen sich meist auf das kirchliche Friedensengagement und zeigten, welche ‚politischen Flügel' auch innerhalb der Kirche existieren."

Wie stark sich christliche Eltern in der „DDR" um die Zukunft ihrer Kinder im SED-Staat sorgen, kommt in einer Nachlese zur vierten – von den „DDR"-Sicherheitsbehörden auf Ende Juni 1985 verschobenen – „Friedenswerkstatt" in Ost-Berlin zum Ausdruck. Der Autor notiert: „Einen für mich erfreulich breiten Raum nahmen Überlegungen, wie wir unsere Kinder friedensfähiger und umweltbewußter erziehen können, ein."

Im „Sonntag", dem sächsischen Kirchenblatt, schimmert die drängende Umwelt-Diskussion in Mitteldeutschland nicht nur durch. Im Rapport über eine „Woche der Schöpfung" im Dom zu Zwickau findet sich diese aufschlußreiche Passage: „Zu einem ‚mobil ohne Auto' war am Sonntag nach dem Gottesdienst aufgerufen worden. Die Fahrt ging in das Lohetal. Wir nahmen Abschied von dieser Landschaft: Dieses reizvolle Tal ist zur zentralen Mülldeponie für den Landkreis Zwickau ausgewählt worden."

Ein „Öko-Laden" mitten in einem Dorf im Leipziger Raum, das dem Braunkohlentagebau zum Opfer fallen wird – auch das ist inzwischen mitteldeutsche Realität. Beim dritten „Umwelt-Gottesdienst" in Pötzschau (Kreis Borna) war ein solches ungewohntes „grünes" Etablissement im Wirtshaus eingerichtet worden. In der Predigt sagte der Pfarrer laut „Sonntag": „Wir sollten uns bemühen um eine neue Lebensweise, in der gedient wird statt zu herrschen, in der mehr kommuniziert wird und weniger konsumiert, in der kooperiert wird statt konfrontiert." Im Bericht über einen kleinen Kirchentagskongreß in Sachsen zeigt sich aber auch Sorge über die kleine Teilnehmerzahl: „War es Resignation? War es ein Verdrängen der Realität? Hauptsache, in meinem Ort, Garten, Grundstück sind Luft, Boden und Wasser halbwegs rein …" Die vielen, im Seminar ausgebreiteten Fakten, die die „Umweltverschmutzung signalisieren", seien „schockierend und beängstigend" gewesen.

Es blieb einem Kirchenblatt vorbehalten, mitten in den „Befreiungs-Kampagnen" um den 8. Mai einmal nicht von einrückenden Rotarmisten, sondern von den Amerikanern in Thüringen zu berichten: „Uns Kindern wurde jeder Kontakt mit den Fremden streng verboten, obwohl der Posten immer wieder mit Kaugummi und seinen ersten Brocken Deutsch lockte. Nach wenigen Tagen aber sagte meine Mutter: ‚Den Offizier, der in eurem Kinderzimmer wohnt, den darfst du besuchen'." Vertrauen zu Bob, dem Yankee, habe man gefaßt, weil „auf dem Nachttisch eine aufgeschlagene Bibel lag".



Die „DDR"-Kirchenpresse hat eine Auflage von 150 000 Exemplaren

„Arbeit statt Almosen" – heute so wichtig wie vor hundert Jahren

Die Keimzelle der Hilfe für Nichtseßhafte in Bethel feiert morgen Jubiläum

HENK OHNESORGE, Bonn

Der Westfälische Herbergsverband, eine Vereinigung, die sich um die Nichtseßhaften in Westfalen bemüht, feiert am 16. Oktober im Assapheum in Bethel sein hundertjähriges Bestehen. An der Feier wird der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau teilnehmen. Hinter diesem Jubiläum steckt ebensosehr Engagement wie Elend, das im Lauf von hundert Jahren zwar sein Gesicht veränderte, im Grunde aber so akut wie je ist.

Auf Initiative des Pastors Friedrich von Bodelschwingh, des „Vaters von Bethel", waren 1885 die damals bestehenden 23 Herbergen in Westfalen, Lippe und Waldeck zusammengeschlossen worden, die sich vor allem um wandernde Handwerksgesellen, um „Wanderarme" kümmerten.

Ziel der Bemühungen war es, „ein vollständiges Netz von Herbergen zu schaffen, in welchen christliche Liebe und christliche Zucht waltet, so daß in Zukunft kein Wanderer mehr sein Haupt in einer Branntweinherberge niederzulegen genötigt ist". Grundsätzlich sollten „auf öffentliche Kosten verpflegte Reisende, wenn sie nicht von einem regelmäßigen Innungsverband unterstützt werden, wenn irgend möglich eine Arbeit verrichten müssen, welche entweder in Landarbeit oder in geschlossenen Räumen geleistet wird".

Auch heute noch leben Menschen auf der Straße. In letzter Zeit hat ihre Zahl und dabei der Anteil jüngerer Menschen zugenommen. Wer sie einfach als arbeitsscheu und asozial bezeichnet, macht es sich zu leicht. Oft ist es eine Sammlung von Gründen, die zu einer solchen „Armuts-Karriere" führt: Arbeitslosigkeit, keinen Halt durch eine Familie, nicht abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung, begrenzte Leistungsfähigkeit. Das Leben auf der Straße ist das logische Ende einer Entwicklung, welche durch kein Einkommen, keine Ersparnisse, soziale Vereinsamung durch Verlust auch freundschaftlicher Beziehungen, Verlust der Wohnung und Schulden gekennzeichnet ist.

Derzeit stehen dem Westfälischen Herbergsverband 21 Heime und 15 Beratungsstellen zur Verfügung; sechs weitere sind geplant. Es gibt rund 1300 Heimplätze und über 1100 Beschäftigungsplätze.

Mit Ausnahme der Zeit der großen Wirtschaftskrise mit seiner Massenarbeitslosigkeit Ende der zwanziger Jahre und des Dritten Reiches hat das Hilfssystem bis heute fungiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Arbeit wieder aufgenommen, wurde die Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßhafte mit Sitz in Bethel gegründet. Die öffentliche Hand unterstützt diese Tätigkeit auf der Grundlage des Bundessozialhilfegesetzes.

Diese Arbeit ist nur möglich durch eine große Zahl von Helfern. Hier hat Bethel immer eine führende Rolle gespielt. Zwar wurde die erste „Herberge zur Heimat" schon 1854 in Bonn von Clemens Theodor Perthes gegründet, um vor allem wandernden Handwerksgesellen eine Unterkunft zu bieten. Pastor Friedrich von Bodelschwingh gründete 1882 in Wilhelmsdorf in der Senne jedoch die erste „Arbeiterkolonie", welche Unterkunft und Arbeit bot.

Friedrich von Bodelschwingh, aus westfälischer Adelsfamilie und Sohn und Neffe königlich preußischer Minister, hatte klar erkannt: „Mit Geld allein geht es nicht!" Nach erschütternden Erlebnissen im Odergebiet während der Hungersnot 1848 hatte der junge Landwirt nach dem Studium der Naturwissenschaften und Philosophie Theologie studiert und sich dann der deutschen evangelischen Mission in Paris zuteilen lassen. Dort, unter den 100 000 meist in erbärmlichen wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Deutschen, versuchte der „Pastor der Straßenfeger", die übelsten Notstände zu lindern.

Nach einer Tätigkeit als Gemeindepastor übernahm er 1872 in Bethel bei Bielefeld die Leitung eines vier Jahre zuvor vom Rheinisch-Westfälischen Provinzialausschuß für Innere Mission gegründeten Heims für Epileptiker und eines Diakonissenmutterhauses. Waren Epileptiker schon Ausgestoßene der Gesellschaft, so waren es die obdachlosen Handwerksburschen – Opfer der Wirtschaftskrise nach dem Rausch der Gründerzeit – nicht minder. Bodelschwingh glaubte an die Heilkraft der Arbeit, für Kranke ebenso wie für Entwurzelte. „Arbeit statt Almosen" war sein Motto.

Für die „Brüder der Landstraße", wie er die Heimatlosen und Entwurzelten nannte, begann er Herbergen zur Heimat und Arbeiterkolonien einzurichten. Er gründete den „Verein Arbeiterheime" und träumte davon, daß aus arbeitslosen Arbeitern „arbeitende Eigentümer" werden sollten. Mit 73 Jahren ließ sich der „Vater von Bethel" noch in das preußische Abgeordnetenhaus wählen, um sich für ein neues Gesetz zur Besserung der Lage dieser Menschen einzusetzen.

Seine Nachfolger haben dieses Engagement für die Hilflosen ebenso wie für die Nichtseßhaften beibehalten. Als Friedrich von Bodelschwingh, der Enkel des „Vaters von Bethel", 1967 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern anläßlich der Hundert-Jahr-Feier von Bethel ausgezeichnet wurde, geschah dies vor allem für seine Bemühungen um den Ausbau der Epilepsie-Forschung und -Behandlung und für seinen vielgestaltigen Einsatz in der Nichtseßhaften-Fürsorge.

Vor ihm hatte sich auch der Sohn des „größten Bettlers aller Zeiten", Pastor Friedrich von Bodelschwingh, wie der Gründer-Vater dafür eingesetzt, daß in den Jahren nach 1918 Zehntausende der „Nomaden der Landstraße" in der Arbeit, die ihnen Bethel bot, ihre seelische und materielle Not überwinden konnten.

Hundert Jahre Arbeit, wobei die Probleme verlagert, aber eher größer geworden sind, ist kein Grund zu einer Jubelfeier. Doch auch zu Resignation besteht kein Grund – das verbietet der diakonisch-missionarische Auftrag, dem sich alle hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter des Westfälischen Herbergsverbandes verpflichtet wissen. Die neue Not (die in unseren Nachbarländern noch größer ist) wird als Herausforderung verstanden, so wie sie einst der „Vater von Bethel" verstanden hat.

Pastor Friedrich Bodelschwingh, der „Vater von Bethel", glaubte an die Heilkraft der Arbeit, für Kranke ebenso wie Entwurzelte. Aus arbeitslosen Arbeitern wollte er „arbeitende Eigentümer" machen. FOTO: DIE WELT

Rau schreibt an Siemens-Vorstand

AP, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat weiter „Zweifel" daran, ob mit einer Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar ein „zweckmäßiger und verantwortbarer Weg" für die Energieversorgung der Zukunft eingeschlagen wird. In einem Schreiben an das Vorstandsmitglied der Siemens AG, Heinz Beckurts, wies Rau unter anderem auf die fragliche Rentabilität und die ungeklärte Entsorgungsfrage des Brüters hin. Die Wirtschaft solle „in den nächsten Wochen und Monaten" in Ruhe und Sorgfalt über eine Neubewertung der Brütertechnologie nachdenken.

CDU-Beauftragter für Seniorenfragen

dpa, Bonn

In der CDU wird es künftig einen Bundesbeauftragten für Seniorenfragen geben. Der CDU-Vorstand berief dazu auf seiner Klausurtagung in St. Martin in der Pfalz den Bundestagsabgeordneten Gerhard Braun. Wie CDU-Sprecher Jürgen Merschmeier mitteilte, folgte das Gremium einem Vorschlag des Parteivorsitzenden Helmut Kohl. Die Einsetzung eines solchen Beauftragten war vom CDU-Parteitag in Essen beschlossen worden. Die CDU will damit die Zusammenarbeit mit der älteren Generation verstärken und organisatorische Formen für die Mitarbeit der älteren Mitbürger in der Partei entwickeln.

Bombenanschläge in Schwäbisch-Gmünd

dpa, Schwäbisch-Gmünd

Auf eine Niederlassung von Daimler-Benz und einen Hochspannungsmast der Energieversogung Schwaben (EVS) sind gestern früh in Schwäbisch Gmünd Sprengstoffanschläge verübt worden. Menschen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden beträgt etwa 120 000 Mark. Wie das Landeskriminalamt mitteilte, werden hinter den Anschlägen politische Motive vermutet. Bei dem Anschlag auf die Daimler-Niederlassung wurde ein Feuerlöscher verwendet, der vermutlich mit einem „Selbstlaborat" gefüllt war. Der Sprengkörper sei vor dem Gebäude auf einem Parkplatz abgelegt worden.

Beim Kampf gegen WAA gerät SPD in ein Dilemma

Wissenschaftler: Zum Sprachrohr einer Minderheit gemacht

PETER SCHMALZ, München

In Bayern, einem Land mit einer unterdurchschnittlichen Arbeitslosenquote und einer allgemein anerkannten Regierungsarbeit, verspürt die oppositionelle SPD einen Mangel an sachlichen Themen und weicht in ihrer Not auf den emotionsbeladenen Bereich der Kernenergie aus. Ungeniert sucht sie die Nähe zu der von Naturschützern bis Chaoten bunt gemixten Anti-Atom-Front und biedert sich wortstark an: Der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf sei ein „Wahnsinnsprojekt", verkündet der bayerische SPD-Landesvorstand und argumentiert mit dem fachlich falschen und aberwitzigen Vergleich, in Wackersdorf sollten „atomare Brennstäbe mit einer Spreng- und Strahlkraft von 10 000 Hiroshima-Bomben zu Plutonium" aufbereitet werden.

Solche schrillen Mißtöne aus der höchsten bayerischen SPD-Etage sind neu: Hier demonstriert der neue Landesvorsitzende Rudolf Schöfberger seine Begabung als Verbal-Manipulateur. Und hier zeigt sich der Beginn einer neuen Phase sozialdemokratischer Politik, vor der sich bedächtige Genossen, die es trotz allem auch in Bayern weiterhin gibt, fürchten und an dessen Ende die Unglaubwürdigkeit einer Partei stehen kann.

Über die derzeitige Anti-Atom-Kampagne seiner Partei schreibt Diplomchemiker Hans Grupe, Mitarbeiter des Kernforschungszentrums in Karlsruhe, in einem besorgten Brief an seine Genossen in der bayerischen Oberpfalz: „Die SPD macht sich mit einer derart einseitigen Äußerung (er bezog sich auf ein SPD-Flugblatt, d. Red.) zum Sprachrohr einer schlecht beratenen Minderheit, die wohl weitgehend mit den Grünen zu identifizieren ist."

Grupe äußert in seinem Schreiben jedoch auch die Besorgnis, daß Parolen, wie sie von der SPD auch am vergangenen Wochenende bei der Münchner Demonstration unterstützt wurden, Angst und Schrecken verbreiten und den Bürger derart desinformieren, „daß er kaum noch zu einer emotionsfreien, sachbezogenen Diskussion bereit sein dürfte".

Schon vor längerer Zeit hatte er sich bereit erklärt, den Genossen in der vom Bau der Wiederaufarbeitungsanlage betroffenen Region als sachkundiger Gesprächspartner „Verständnis- und Entscheidungshilfe" zu leisten, doch sein Angebot wurde mit dem Hinweis dankend abgelehnt, mit seinen Argumenten würde er sich in einer Minderheitenposition befinden. Bislang wurde SPD-Mitglied Grupe nur zu zwei CSU-Veranstaltungen eingeladen.

In einer solchen Situation finden auch Beteuerungen des bayerischen Umweltministers Alfred Dick, die Sicherheit der Bevölkerung sei durch die Anlage nicht gefährdet und das dreijährige Genehmigungsverfahren habe trotz sorgfältiger Prüfungen keinen Grund gezeigt, dem Projekt die Zustimmung zu versagen, bei der SPD und ihren Kampfgefährten nur noch taube Ohren. Die von Gutachtern und Behören in 200 Mannjahren geleistete Arbeit wischt der umweltpolitische Sprecher der Bayern-SPD mit den Worten nachlässig, schludrig und verantwortungslos vom Tisch.

Während Dick mit der SPD unter dem bisherigen Landesvorsitzenden Helmut Rothemund zumindest gelegentlich noch zu fruchtbarer Zusammenarbeit kommen konnte – wie die gemeinsam betriebene Verankerung des Umweltschutzes in der bayerischen Verfassung zeigte –, scheint in der neuen Ära Schöfberger kein Konsens mehr möglich. Dem Abschied der bayerischen Sozialdemokraten von der Bühne der argumentativen Auseinandersetzung folgt die Hinwendung zur „ideologischen Scheuklappenpolitik" (Dick). Es war schon Herbert Wehner, der in Schöfbergers Wortwahl einen „beleidigenden und beschmutzenden Charakter" rügte.

Seit dem Wochenende, als SPD-Sprecher Hiersemann auf der Anti-Kernkraft-Demonstration ausgepfiffen und am Reden gehindert wurde, steht die Partei vor einem neuen Dilemma: Trotz der verbalen Radikalisierung wird sie von den Atomgegnern als Trittbrettfahrer beschimpft und abgelehnt.

Strauß: Militärische Güter kann man nicht ausklammern

Bayerischer Ministerpräsident zieht Bilanz seiner China-Reise

lz. München

Die Volksrepublik China kann nach Meinung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß in den kommenden Jahren angesichts erheblicher Auslandskäufe durchaus einmal in Zahlungsschwierigkeiten geraten, mittel- und langfristig sei sie aber für die deutsche Wirtschaft ein außerordentlich wichtiger Markt mit noch unabsehbaren Möglichkeiten. Nach seiner Rückkehr von einer zweiwöchigen Reise durch China und Südkorea erklärte Strauß vor der Presse in München, Peking sei vor allem an Spitzentechnologie und Kooperation interessiert. Die westlichen Länder müßten sich darauf einstellen, künftig nicht nur Fertigprodukte liefern zu können, sondern auch den chinesischen Partner an der Produktion teilhaben zu lassen.

In diesem Sinne zeichnet sich in der Luft- und Raumfahrt ein enger und vielfältiger deutsch-chinesischer Kontakt ab. Die Lufthansa wird sich mit 120 Millionen Mark an einem 600 Millionen Mark teuren Wartungszentrum am Pekinger Flughafen beteiligen, Messerschmitt-Bölkow-Blohm schloß ein Abkommen zur Entwicklung und zum Bau eines 60- bis 80sitzigen Mittelstreckenflugzeuges und läßt künftig Notausstiegstüren für den Airbus in China fertigen.

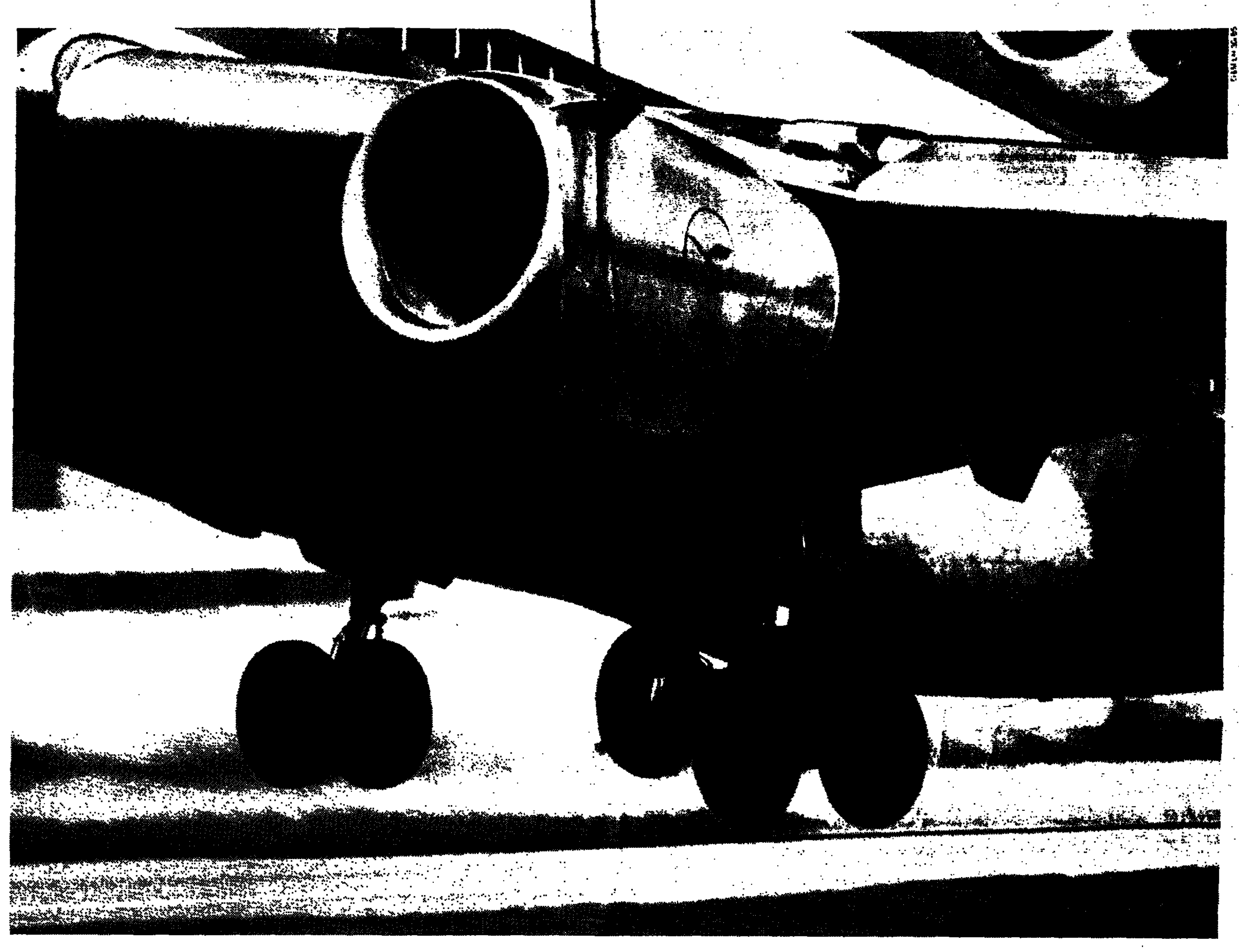
Die beiden ersten nach China gelieferten Airbusse sind ein durchschlagender Erfolg. Strauß und seiner Begleitung, darunter CSU-Generalsekretär Gerold Tandler und mehrere Wirtschaftsführer, wurde berichtet, das europäische Flugzeug sei bei chinesischen Passagieren so beliebt, daß sie ein bis zwei Tage warten, nur um mit dieser Maschine zu fliegen. China bittet deshalb, die dritte Maschine vorzeitig auszuliefern.

MBB wird sich am 25. Oktober mit dem Panzerhubschrauber PAH-1 an einem Vergleichsfliegen neben Italien, Frankreich und den USA beteiligen. Die Genehmigung dafür erteilte die Bundesregierung erst nach einer Intervention durch den CSU-Vorsitzenden bei Bundeskanzler Kohl. In diesem Zusammenhang meinte Strauß, wer als Handelspartner Chinas militärische Ausrüstung aus dem Geschäft ausklammern wolle, brauche dort auch als ziviler Anbieter gar nicht erst anzutreten. Die Bundesregierung forderte er mit Blick auf die anderen westlichen Nationen auf, sich nicht länger Fesseln anzulegen, die andere längst abgestreift hätten.

Gute Chancen rechnet sich MBB auch bei der Vergabe für den Bau zweier chinesischer Kommunikationssatelliten aus. Ein amerikanischer Konkurrent würde zwar billiger liefern, die Deutschen bieten aber ein höheres Maß an Kooperation, mit der Chinas junge Raumfahrtindustrie in die Lage versetzt würde, innerhalb weniger Jahre eigene Satelliten zu bauen. Darüber hinaus zeigten sich die chinesischen Gesprächspartner interessiert an Anlagen zur Nutzung von Wind- und Solarenergie sowie an Geräten der Lasermedizin.

Am Rande macht Strauß seinen chinesischen Gastgebern schließlich noch ein ungewöhnliches Angebot: Nach der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals 1992 könnte das eingespielte deutsche Ingenieurteam Kanäle in China bauen.

Wir starten zu neuen Zielen in Afrika: Douala, Kinshasa, Libreville.

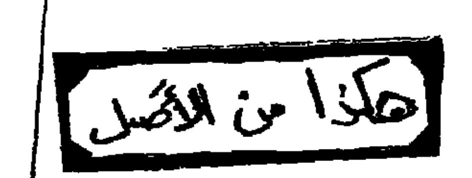


Lufthansa hat jetzt das Flugangebot nach Afrika erheblich erweitert: Ab November 1985 können Sie dienstags und samstags mit eihem Airbus von Frankfurt nach Douala und Kinshasa fliegen. Und jeden Samstag startet außerdem eine DC10 nach Libreville.

Damit bringt Sie Lufthansa jetzt zu insgesamt 17 Zielen in Afrika: Addis Abeba, Algier, Cairo, Casablanca, Dar es Salaam, Douala, Harare, Johannesburg, Khartoum, Kinshasa, Lagos, Libreville, Mauritius, Nairobi, Tanger, Tripoli und Tunis.

Lufthansa

Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.



Nun kämpft auch Sofia gegen Verschwendung

Beispiele der Mißwirtschaft / Bulgarien vor Säuberungen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Seit der sowjetische Botschafter Grekow im Sommer in einem recht undiplomatischen Interview den Bulgaren vorwarf, zu wenig zu arbeiten und kein proletarisches Bewußtsein zu besitzen, hat in der bulgarischen KP eine Kampagne gegen die „Erosion der sozialistischen Moral" und gegen Verschwendung und Mißwirtschaft begonnen. Diese bulgarische Aktion nimmt in mancher Hinsicht noch heftigere Züge an, als die Disziplinierungskampagne des Generalsekretärs Gorbatschow in der Sowjetunion.

Die bulgarische Parteipresse, allen voran das kommunistische Zentralorgan „Rabotnitschesko Delo" (die bulgarische „Prawda"), bringt immer wieder Beispiele über seltsame Zustände in den Betrieben des Landes. Demnach lagern seit Beginn dieses Jahres mehr als 2000 hochwertige Industrie- und Werkzeugmaschinen – davon 700 aus dem Ausland importierte – unausgenutzt auf Halde. Die Parteizeitung spricht von „äußerster Verantwortungslosigkeit" und „nicht wiedergutzumachendem Schaden" für die Volkswirtschaft. Durch solche und ähnliche Formen der Verschwendung ginge der bulgarischen Wirtschaft jährlich die Produktion von 300 000 Arbeitskräften verloren.

Nomen est omen – ausgerechnet in einem nach Leonid Breschnew benannten Werk in Kremikowzy stehe seit elf Jahren importierte Technologie ungenutzt herum – und zwar Maschinen im Wert von 11 Millionen Dollar. Seit einem Jahr liegen im bulgarischen Schwarzmeerhafen Burgas Tausende von Tonnen Eisenerz, für das Bulgarien in konvertierbarer Währung zahlen mußte – und niemand kümmere sich um die Weiterverarbeitung.

Am liebsten Barmixer

Wegen miserabler Koordination, so das Sofioter Parteiblatt weiter, stünden 10 000 Eisenbahnwaggons ungenutzt auf Nebengeleisen herum, während es gleichzeitig einen besorgniserregenden und akuten Waggonmangel gebe. Die bulgarische Wirtschaft, so „Rabotnitschesko Delo" wörtlich, sei „noch weit davon entfernt, in ihrer Produktion den notwendigen Durchbruch zur Qualität zu erzielen". In der Möbelindustrie etwa werde die Produktion von „schweren" Einrichtungsgegenständen fortgesetzt, die eine Menge Rohstoffe und Material verschlingen, dann aber von niemandem gekauft würden.

Die Sofioter Wochenzeitung „Pogled" berichtet von weitverbreiteter Korruption auf dem Arbeitsmarkt Bulgariens. Wer etwa den begehrten Posten eines Barmixers in einem womöglich internationalen Hotel antreten wolle, müsse an illegale Vermittler zwischen 5000 und 15 000 Lewa bezahlen (ein durchschnittlicher Monatslohn in Bulgarien beträgt 200 Lewa). Besonders begehrt sind Jobs als Taxifahrer. Wer hier hereinrutschen will, muß etwa 4000 Lewa auf den Tisch legen. Dafür kann ein Taxifahrer an einem Tag durch Schwarzfahrten bis zu 200 Lewa – also wiederum einen durchschnittlichen Monatslohn – verdienen. Das in Bulgarien in Lizenz hergestellte amerikanische „Coca-Cola" werde ebenso wie Bohnenkaffee in den Supermärkten unter der Hand zu überhöhten Preisen illegal verkauft, während es in den Regalen für die Normalverbraucher kaum zu finden ist.

Vor Machtkämpfen?

Ein weiteres lukratives Geschäft für Schwarzhändler stellt der Kraftfahrzeugmarkt dar. Wer in Bulgarien einen Pkw kaufen will, muß mehrere Jahre warten. Ein vorderer Platz auf der Warteliste, der eine rasche Lieferung garantiert, kostet „schwarz" 15 000 Lewa – ebensoviel wie der Kaufpreis des Wagens.

Woher haben die Menschen in einem Land mit dem geringen Durchschnittsverdienst von monatlich 200 Lewa (nach offiziellem Kurs etwa 200 Dollar) das Geld für solche Geschäfte? Eine jüngst vom Staat durchgeführte Kontrolle der Sparkonten ergab, daß es in Bulgarien bei neun Millionen Einwohnern 10,4 Millionen Sparbücher gibt. Da etwa die Hälfte der Bevölkerung kein Sparbuch besitzt, bedeutet dies, daß in der anderen Hälfte – vom Säugling bis zum Greis – zahlreiche Personen über mehrere Konten verfügen. Es soll sogar vorkommen, daß ein bulgarischer Bürger bis zu fünf Sparbücher in der Tasche hat – ausgestellt auf jeweils verschiedene Namen. Dies zeigt, daß neben der offiziellen sozialistischen Wirtschaft eine zweite und dritte Ökonomie existiert, in der man jedenfalls bisher gut verdienen konnte.

Mehrere hohe Partei- und Staatsfunktionäre sind bereits abgesetzt und, wie es heißt, zur Verantwortung gezogen worden – etwa weil sie staatliches Baumaterial und staatliche Arbeitskräfte für den Bau ihrer Privatvillen abzweigten. Was aber ist mit jenen kommunistischen Funktionären, welche die Nebengeschäfte ihrer Mitbürger wenn schon nicht mitmachten, so doch geduldet haben? Denn alle die jetzt angeprangerten Tatbestände sind ja nicht erst seit gestern akut: Seit Jahren geht es in Bulgarien – und in anderen Ländern des „realen Sozialismus" einschließlich der Sowjetunion – so oder ähnlich zu, ohne daß etwa zu Breschnews Lebzeiten sich jemand besonders aufgeregt hätte. Die plötzliche Saubermann-Kampagne der bulgarischen KP riecht förmlich nach einer bevorstehenden großen Säuberung der Parteikader. Das aber kann nur bedeuten, daß das von Parteichef Todor Schiwkow installierte und scheinbar stabile Regime in die Turbulenzen von Machtkämpfen zu geraten droht.

Khadhafis Bindung an Moskau

Die gemeinsamen Interessen Libyens und der Sowjetunion / Vertragsnetz mit dem Ostblock

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi ist es nicht gelungen, Moskau zum Abschluß eines Freundschaftsabkommens zu bewegen. Die Sowjetunion und Libyen einigten sich lediglich auf ein langfristiges Kooperationprogramm, das die Bereich Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik umfaßt. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass meldete, die Gespräche seien „in einer Atmosphäre der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses" geführt worden. Politische Beobachter entnehmen dieser Formulierung, daß die Übereinstimmung zwischen Moskau und Tripolis nicht so reibungslos ist, wie Khadhafi und Gorbatschow in ihren Tischreden hervorhoben.

Mehrfach hat Khadhafi dem Kreml einen Freundschafts- und Verteidigungspakt einschließlich offizieller Stützpunktrechte für die sowjetische Mittelmeerflotte angeboten. Vor allem nach dem Zwischenfall in der Großen Syrte im Herbst 1981, als amerikanische Jagdflieger ein libysches Kampfflugzeug abschossen, drängte Khadhafi in Moskau nach dem Abschluß eines solchen Vertrages. Gleichzeitig schloß er einen Dreierpakt mit Südjemen und Äthiopien, der Libyen indirekt eine sowjetische Sicherheitsgarantie gibt, da beide Länder bereits einen Beistandsvertrag mit Moskau abgeschlossen haben. Mit Syrien, das seit 1980 ebenfalls einen Beistandspakt mit Moskau hat, konnte Khadhafi sogar eine seiner zahlreichen Staatsfusionen vereinbaren. Zum ersten Male wandte sich Khadhafi 1974 an die Sowjetunion. Sein Vertrauter Dschallud besuchte damals Rumänien, Polen, Ungarn und dann auch Moskau. Kurz danach kam es zum nächsten Waffengeschäft mit der UdSSR und zur Zusammenarbeit Khadhafis mit östlichen Sicherheitsdiensten. Die Beziehungen beider Länder sind auch ohne Freundschaftsvertrag eng und im militärischen Bereich weitgehend aufeinander abgestimmt. Die 58 000 Mann starke Armee des libyschen Revolutionärs ist von Kopf bis Fuß mit sowjetischen Rüstungsgütern bestückt. Die Sowjetunion hält etwa 2000 Militärberater in Libyen, weitere 2000 kommen aus Ostblockländern. Mehr als 3000 Panzer sowjetischer Bauart, darunter 300 des Typs T-72 stehen in Libyen, die Libyer haben jedoch nur für 800 ältere Panzer ausgebildete Mannschaften. Ägyptischen Informationen zufolge handelt es sich bei den sowjetischen Waffensystemen um die vollständige Ausrüstung von sieben Divisionen, die für mögliche sowjetische Aktionen in Afrika bereitstehen sollen. Khadhafis Leibwache wird von Experten aus der „DDR" ausgebildet.

Zu Beginn es Jahres 1983 knüpfte der Oberst aus Tripolis ein engmaschiges Netz von Verträgen mit Ostblockländern. In Sofia unterzeichnete er im Januar einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag. Anschließend wurde er in Bukarest vom rumänischen Staats- und Parteichef Ceausescu zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch empfangen, der, wie der rumänische Rundfunk meldete, ebenfalls mit dem Abschluß eines Freundschaftsvertrages endete. Mit der Tschechoslowakei bestand ein ähnliches Abkommen seit September 1982. Auch mit Polen ist der Abschluß eines Freundschaftsvertrages geplant.

Zwischen den strategischen Zielen Moskaus und Khadhafis nicht immer kalkulierbarem Missionseifer gibt es geographische Übereinstimmungen. Der großflächige Staat dient als Hinterland, Arsenal und Aufmarschgebiet in Nordafrika und Nahost; seine lange Mittelmeerküste hat für die Sowjets noch an Bedeutung gewonnen, seit in Comiso auf Sizilien amerikanische Marschflugkörper stationiert werden.

Libyen ist für die Sowjetunion jedoch nur begrenzt als diplomatischer Schlüssel in die arabische Welt von Nutzen. Khadhafis eigenwilliges Islamverständnis wird von den meisten anerkannten Rechtsgelehrten der islamischen Welt als Ketzerei eingestuft. Für die Orientdiplomatie des Kreml ist es jedoch von großer Bedeutung, Staaten wie Saudi-Arabien, Jordanien oder auch die Emirate am Golf nicht vor den Kopf zu stoßen, indem Moskau sich zu sehr mit den Radikalen in der arabischen Welt, die von den sogenannten gemäßigten arabischen Ländern zum Teil als Bedrohung gesehen werden, einläßt. Insofern ist das Nicht-Zustandekommen des längst ausgearbeiteten Freundschaftsvertrags zwischen Tripolis und Moskau auch ein Signal für diese Länder. Das umsomehr, als Moskau sich derzeit intensiv bemüht, mit den Golfstaaten und insbesondere mit Saudi-Arabien diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Ganz unangenehm ist Khadhafis Missionseifer den Sowjets allerdings nicht. Der Libyer predigt wie sein Vorbild Nasser eine Form des Islam, die sich gut mit dem Marxismus verträgt. Mohammed war für Nasser der „Imam (Vorbeter) des Sozialismus". Der arabische Historiker Salah al Munaschid hat diese vom Standpunkt des Islam eher sektiererische Missionierung als „Bolschewisierung des Islam" bezeichnet. In diesem Sinn sind die engen Kontakte zwischen Khadhafi und dem Ostblock sowohl für die Afrika- und Orientpolitik des Kreml als auch für dessen Religionspolitik in der Sowjetunion selbst von kaum zu unterschätzendem Wert.

Der Fahrer fand den Eingang zum Kreml nicht

R. M. BORNGÄSSER, Moskau

Seine Vorliebe zur Selbstinszenierung mußten Botschafter wie Journalisten gleichermaßen erleben: Oberst Muammar Khadhafi ließ erst mal alle warten. Ein Empfang zu seinen Ehren, zu dem alle in der sowjetischen Hauptstadt akkreditierten Botschafter eingeladen waren, ließ er platzen. Zwei Stunden später als verabredet tauchte er dann doch noch im Kreml-Palast auf, mit der wiederum fast originell zu nennenden Erklärung, der (russische) Fahrer hätte den richtigen Eingang zum Kreml nicht gefunden. Die meisten Gäste waren schon weg.

Das geplante Treffen zwischen Gorbatschow und dem libyschen Staatschef kam am Wochenende jedoch protokollgerecht zustande. Die zum Abschluß eines fünftägigen Moskau-Besuchs anberaumte internationale Pressekonferenz in den frühen Morgenstunden des Montag, verzögerte sich allerdings wieder um eine gute Stunde. Nach dieser Wartezeit erscheint der unberechenbare arabische Führer vor den Journalisten in einer olivfarbenen Uniform mit rot-goldenen Epauletten, läßt sich auf der Rednerbühne nieder. Eingerahmt von dem aufgeregt wirkenden russischen offiziellen Sprecher Lomejko und wieselnden Mitarbeitern seines Stabes. Fragen zu dieser Pressekonferenz konnten Journalisten am Vortage im libyschen Volksbüro bis 15 Uhr abgeben. Der Sprecher, der dies den Journalisten telefonisch verkündete, rief um 14 Uhr an.

Khadhafi mißtraut jedem. Obwohl das sowjetische Außenministerium, wo die Pressekonferenz stattfand, sowieso schon stark von Milizionären bewacht und kontrolliert wird, tauchte im Konferenzsaal, malerisch verteilt, plötzlich auch seine weibliche Leibgarde auf. Schöne, schwarzäugige und -lockige junge Töchter des Orients, mit Patronengürteln um die Hüften geschlungen. Ihr Führer, im Scheinwerferlicht mit geöltem lockigen Haar, erscheint weniger beweglich. Seine Lippen bewegen sich, was er sagt, bleibt auch inhaltlich verschleiert. Neues zur Entwirrung des nahöstlichen Knotens sagt er nicht. Im Sinne seiner sowjetischen Gastgeber stellt er klipp und klar fest, daß es nur einen Imperialismus gebe, der den Frieden im Nahen Osten verhindere und die Interessen der arabischen Völker hintertreibe: den amerikanischen. Sie – die USA und Israel – seien auch schuld an der Affäre Achille Lauro.

Sein eigenes Friedensrezept? Khadhafi murmelt unbewegt, seine Helfershelfer übersetzen: „Es ist unmöglich, Frieden zu erreichen, solange Israel existiert." Zum Problem Tschads meint der Libyer, da es weder Frankreich noch Sudan gelinge, die Lage zu normalisieren, setze er nun alle Hoffnung auf „libysche Friedenstruppen", ähnlich dem syrischen Beispiel in Libanon.

„Unser endgültiges Ziel: Luanda und Cabinda"

WELT-Gespräch mit dem Chef der Unita, Jonas Savimbi

MONIKA GERMANI, Mavinga

Die geplante Großoffensive der angolanischen Fapla-Streitkräfte, erstmalig geführt von sowjetischen Offizieren und verstärkt mit kubanischen Soldaten, sollte der antikommunistischen Guerrilla-Armee Unita einen entscheidenden Schlag zufügen. Es kam anders. Die Offensive brach zusammen.

Wie das geschah, erklärte der Führer der Unita, Jonas Savimbi, in den Unterständen im Kampfgebiet einer Gruppe internationaler Journalisten. Erstmals wird auch das direkte sowjetische Eingreifen in die Kampfhandlungen bestätigt. Das geht zum Beispiel aus den Aussagen eines gefangenen angolanischen Piloten einer MiG 23, Francisco Matambo (22), hervor. Er war am 3. Oktober abgeschossen worden und gab zu, daß die von den Sowjets gelieferten Kampfflugzeuge MiG 21 und Mig 23 sowohl von sowjetischen, als auch kubanischen und angolanischen Piloten geflogen werden.

Die Offensive sollte politisch dazu dienen, die moderaten Stimmen in der regierenden MPLA-Partei, die sich für Gespräche mit der Unita ausgesprochen hatten, bis zum Parteikongreß im Dezember angesichts vollendeter Tatsachen zum Schweigen zu bringen. Doch darüber hinaus, so Savimbi, sollte sie vor allem die USA davor abschrecken, sich militärisch einzumischen. Hauptziel Luandas sei es nämlich, die USA aus Angola heraus- und fernzuhalten.



Siegesgewiß: Unita-Chef Jonas Savimbi im Kampfgebiet FOTO: MONIKA GERMANI

Auch Südafrika kann zur Zeit wenig tun. Es ist mit internen Problemen beschäftigt. Savimbi bestreitet ein südafrikanisches militärisches Engagement, betont jedoch, daß er nach wie vor humanitäre Hilfeleistungen aus Südafrika erhält. „Wir haben selbst genügend Soldaten", erklärt er. Darüber hinaus habe er noch nie so viel materielle Hilfeleistungen aus anderen Ländern erhalten, wie gerade in den letzten vier Wochen. Savimbi wies besonders auf die Unterstützung aus der arabischen Welt hin.

In einem Gespräch mit der WELT kündigt der Guerrilla-Führer an, daß er die Aktivitäten seiner Armee im Nordosten und Nordwesten fortführen und in Luanda weiterhin Sabotageakte verüben werde. Luanda sei von Flüchtlingen überlaufen und habe mit ernsten Versorgungsproblemen zu kämpfen. „Unser endgültiges Ziel sind Luanda und Cabinda", sagt Savimbi. Auch die Diamantenfelder im Nordosten des Landes „sind für uns weiterhin profitabel". De Beers, die Diamantenfirma, habe ihm angeboten, die Erträge zu teilen. „Ich habe es abgelehnt, das gilt auch für die Gulf Oil in Cabinda. Ich habe ihnen geraten, sich neutral zu verhalten." Auch Waffenlieferungen aus der Sowjetunion, bezahlt mit den Einkünften aus Cabinda, gingen weiterhin nach Angola.

Von Bonn erhofft sich der Unita-Führer eine Geste. „Trotz unserer guten Beziehungen zum bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß glauben wir, daß Bonn seinen Standpunkt klären sollte. Angesichts der sowjetischen Einmischung kann man nicht irgendeine Haltung einnehmen. Man ist dafür oder dagegen."

Savimbi glaubt, daß in Genf bei der Begegnung Reagan–Gorbatschow auch über die Auseinandersetzungen in Angola gesprochen wird. „Die Amerikaner wissen, daß diese Ereignisse hier Namibia, Südafrika und Zaire beeinflussen. Wir sind in einer Schlüsselposition. Eine Niederlage der Unita hätte Rückwirkungen für die gesamte Region zur Folge."

Als politische Lösung für die Zukunft Angolas, die ohne ihn beim heutigen Stand der Dinge offenbar nicht mehr vorstellbar ist, sieht Savimbi eine Übergangsregierung, dann freie Wahlen vor. Und er denkt auch schon an die Zeit danach. Wichtig sei es, so sagt er, das reiche Potential Angolas zu nutzen ,nicht nur die Erdöleinnahmen Cabindas.

Das aktuelle Fachbuch

Tigerkopf per Nadeldrucker

Während der Computer in der Musik schon seit längerem tatkräftig eingesetzt wird, nutzt man seine Möglichkeiten im visuellen Sektor erst seit kurzem. Beim Umgang mit bildhaften Darstellungen muß lediglich eine Hürde genommen werden, die bei anderen Kunstarten nicht vorhanden ist: zu ihrer Ausübung bedarf es gewisser elementarer mathematischer und technischer Grundkenntnisse. Programmieren sollte man also schon können, um kreativ tätig zu werden. Flächenhafte Darstellungen, verbunden mit einem unbeschränkten Einsatz an Farben charakterisiert dann eine eher „sanfte" Technik, die den Menschen kognitiv und kreativ bereichert. Neben Informatikern selbst, die sich plötzlich Aufgaben mit zumindest teilweise ästhetischer Zielvorstellung gegenübersehen, sind es Angehörige zahlreicher anderer Berufe wie Künstler, Designer oder Pädagogen, die das Buch anspricht. Ob ein „Tigerkopf per Nadeldrucker", ein „Phasenbild aus Star Trek II", „freie Formen, entstanden durch die Kombination logischer Umsetzungen" oder „ein siebzehnteiliges Kreisornament auf der Basis mathematischer Kurven": Eine neue Dimension der freien Gestaltung tut sich hier auf.

DIETER THIERBACH

„Computergrafik – Computerkunst", von Herbert W. Franke. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage 1985, 133 z.T. farbige Abbildungen, 186 Seiten, DM 128,-. Springer Verlag, Berlin-Heidelberg-New York-Tokio, ISBN 3-540-15148-6

Blutfette und richtige Ernährung

Zwei Amerikaner erhalten den Medizin-Nobelpreis für Arbeiten zum Cholesterin-Stoffwechsel

Von DIETER THIERBACH

Die amerikanischen Professoren Michael F. Brown (44) und Joseph L. Goldstein (45) sind die Nobelpreisträger für Medizin des Jahres 1985. Sie erhielten die Auszeichnung „für ihre Entdeckungen bezüglich der Kontrolle des Cholesterin-Umsatzes" und die von ihnen eröffneten Möglichkeiten zur Verhinderung und Behandlung cholesterinabhängiger Erkrankungen wie Arteriosklerose, Herzinfarkt und Schlaganfall.

Mit der diesjährigen Vergabe wird nach Ansicht des Karolinischen Instituts in Stockholm eine mehr als zehnjährige Forschungsarbeit von außerordentlich hohem Rang belohnt. Die Nachricht erreichte die beiden Mediziner gestern im Verlauf einer wissenschaftlichen Tagung in Cambridge, Massachusetts. Michael Brown meinte, er sei so überrascht, daß er noch keinen klaren Gedanken fassen könne. Sein Kollege Goldstein gab zu, ihm ergehe es ebenso: „Es ist schon eine sehr aufregende Sache, wenn man den Nobelpreis bekommt."

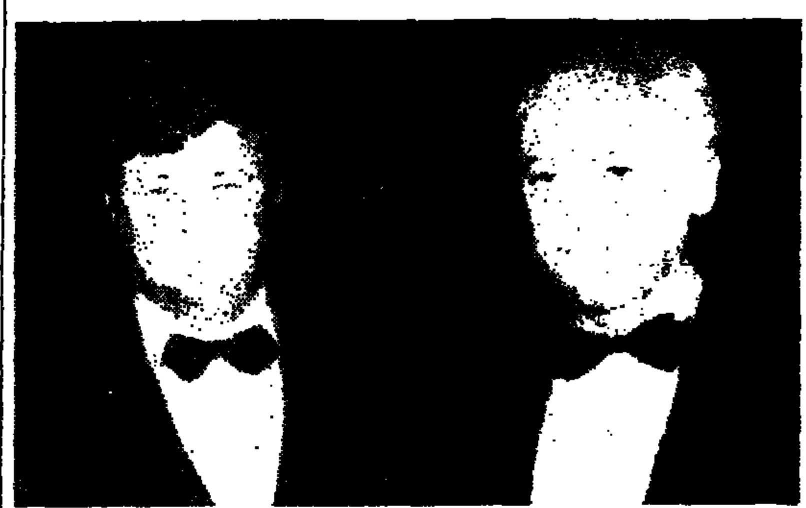
Kaum ein zweites medizinisches Thema ist in den letzten drei Jahrzehnten so kontrovers und bisweilen so leidenschaftlich diskutiert worden wie die Rolle des Cholesterins bei der Entstehung der Arteriosklerose und des Herzinfarktes. Cholesterin ist ein notwendiger Baustein in den Zellmembranen und die Muttersubstanz für die Synthese bestimmter Hormone. Daß Veränderungen des Fettstoffwechsels die Entstehung von Krankheiten der Herzkrankgefäße fördern ist zweifelsfrei nachgewiesen worden.

Die Theorie besagt, daß eine Erhöhung der im Blut enthaltenenen Lipide (Fette, fettähnliche Sutstanzen, sowie Cholesterin) neben anderen Faktoren entscheidend zur Schädigung der Gefäße beitrage. Brown und Goldstein, der Fachwelt wohlbekannt, fanden heraus, daß Zellen an ihrer Oberfläche Empfangsorgane (Rezeptoren) für bestimmte Cholesterin-Eiweißkomplexe (LDL) haben, *die im Blut zirkulieren. Das LDL*-Cholesterin (low density lipoprotein = Lipoproteine von geringer Dichte) gilt als Risikofaktor der Arteriosklerose, einer krankhaften Veränderung der Arterie. Eine Verringerung der Zahl dieser Rezeptoren kann einen Anstieg des Cholesterinspiegels zur Folge haben und schließlich zu Herzinfarkt oder Schlaganfall führen.

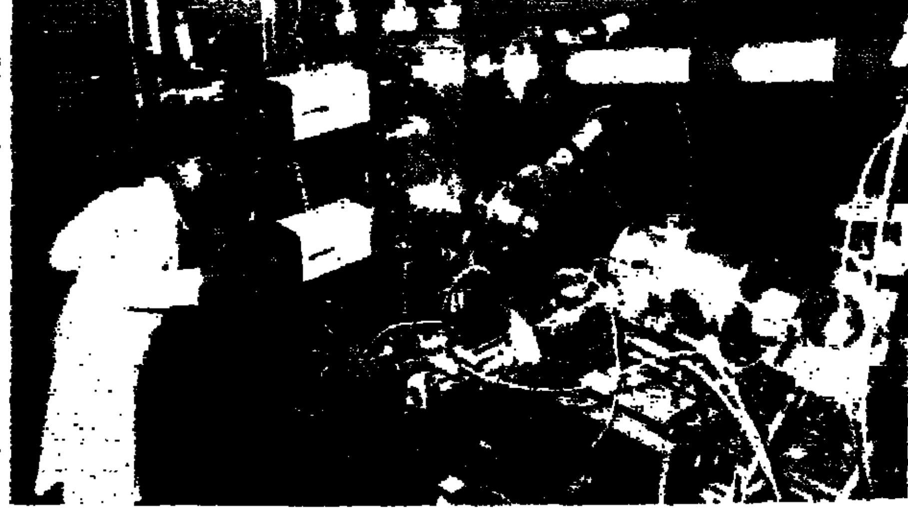
Außerdem fanden sie die Ursache für die sehr schwere, erblich bedingte sogenannte Hypercholesterinämie, einer Erkrankung, bei der der Cholesteringehalt des Blutes erhöht ist. Weiter entdeckten sie, daß Patienten, die an dieser Krankheit leiden, ganz oder teilweise funktionsfähige LDL-Rezeptoren fehlen. Für diese Arbeiten wurden die beiden bereits 1974 mit dem 15 000 Mark dotierten deutschen *Heinrich-Wieland-Preis* ausgezeichnet.

Michael Brown wurde am 13. April 1941 in New York geboren, studierte an der Universität von Pennsylvania und erhielt 1976 eine Professor an der Universität von Texas in Dallas. Joseph Goldstein kam am 18. April 1940 in Sumter in South Carolina zur Welt. Beide arbeiten am „Department of Molecular Genetics" an der Universität von Texas. Goldstein leitet seit 1977 das Institut in Dallas.

In der 84jährigen Geschichte der Medizin-Nobelpreise ging die Ehrung ganz oder teilweise an insgesamt 59 Amerikaner. In den vergangenen zehn Jahren waren mit Ausnahme der Jahre 1982 und 1984 *stets Amerikaner* die Preisträger. Vor fünf Jahren teilten zwei Schweden und ein Brite sich die Ehrung, im vergangenen Jahr fiel die Entscheidung zugunsten eines Dänen, eines Argentiniers und des Deutschen Georges Köhler. Die Preisträger werden die in diesem Jahr mit der Rekordsumme von 1,8 Millionen Kronen (rund 585 000 Mark) dotierte Auszeichnung am 10. Dezember in Stockholm entgegennehmen.



Nobelpreisträger für Medizin des Jahres 1985: Die Amerikaner Michael Brown (links) und Joseph Goldstein FOTO: AP



Die Doppelstrahlanlage der Karlsruher Kernforschungsanstalt bei der Endmontage. Das obere Vakuumrohr im rechten Bildteil führt die Alphateilchen, das untere, noch unvollständige, den Protonenstrahl. Im Hintergrund wird die Bestrahlungskammer justiert. Materialproben werden hier im Hochvakuum Temperaturen bis zu 1500° C ausgesetzt. FOTO: KFK

Wenn Atome ihre Stellung wechseln

Das Kernforschungszentrum Karlsruhe nimmt eine neue Material-Prüfanlage in Betrieb

Von KLAUS KÖRTING

Das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) hat jetzt nach 18monatiger Bauzeit eine neuartige, rund fünf Millionen Mark teure Anlage zur Simulation der Strahlenbelastung von Strukturmaterialien in Fusionsreaktoren in Betrieb genommen. In dieser Anlage werden die Materialproben gleichzeitig mit zwei Zyklotrons (Kreisbeschleunigern) bestrahlt.

Der besondere Vorteil dieser sogenannten „Doppelstrahltechnik" (Dual-Beam-Technique) liegt in der Möglichkeit, die Wirkung verschiedener, sich überlagernder Schadensmechanismen experimentell zu beobachten.

Bei den heute am aussichtsreichsten erscheinenden Fusionsreaktor*konzepten wird das energieerzeugende*, bei einer Temperatur von etwa 100 Million Grad brennende Wasserstoffplasma an einem direkten Kontakt mit der Wand des Reaktionsgefäßes durch starke Magnetfelder gehindert. Nicht zu verhindern ist dabei jedoch die Belastung dieser Wand durch die intensive Bestrahlung mit den bei der Fusionsreaktion entstehenden Neutronen.

Die Neutronenstrahlung bewirkt einerseits durch Stöße mit den Atomkernen eine Verlagerung der Atome des Strukturmaterials im Gitterverband, die die mechanischen Eigenschaften in der Regel nachteilig verändert. Unter Fusionsreaktorbedingungen wird damit gerechnet, daß jedes Atom des Reaktionsgefäßes zwölfmal pro Betriebsjahr seinen Platz wechselt. Weiterhin erzeugen die Neutronen über Kernreaktionen *aus den Atomen des Strukturmaterials* andere chemische Elemente, die ebenfalls nachteilige Auswirkungen haben können.

Dies gilt insbesondere für das Gas Helium, das pro Betriebsjahr in einer Konzentration von 120 Atomen Heli*um pro eine Million Atome* Strukturmaterial gebildet wird. Es hat die Tendenz, sich bei hoher Temperatur an Fehlstellen des Metallgitters in Form mikroskopischer, unter hohem Druck stehender Blasen zu sammeln, die die mechanische Stabilität des Materials beeinträchtigen – sogenannte Hochtemperaturversprödung. Auch werden pro Jahr rund 1200 Atome Wasserstoff pro eine Million Atome Strukturmaterial erzeugt, die aufgrund ihrer höheren Beweglichkeit bereits bei niedrigeren Temperaturen zu ähnlichen Effekten führen können.

Diese Bestrahlungseffekte werden in der neuen Anlage durch gleichzeitige Bestrahlung mit Protonen und Alphateilchen, d. h. Helium-Atomkernen aus den beiden Zyklotrons – einem Isochronzyklotron und einem Kompaktzyklotron – erzeugt. Die *hochenergetischen Protonen* simulieren dabei die Neutronenstrahlung sowohl hinsichtlich der elastischen Stöße und der damit verbundenen Verlagerung der *Atome* im Gitterverband, als auch hinsichtlich der auftretenden Kernreaktionen.

Schließlich kann der Protonenstrahl nach entsprechender Energieminderung auch zur Implantation von Protonen, d. h. zur Simulaton der Wasserstoffproduktion verwendet werden. Die noch kritischere Heliumproduktion wird direkt über die Bestrahlung und Implantation mit Alphateilchen simuliert.

Naturkatastrophen wurden in früheren Zeiten als Schicksal hingenommen. Niemand wäre auf die Idee gekommen, sich gegen solche Ereignisse abzusichern. Heute dagegen haben sich die Versicherungsgesellschaften auch dieser Gefahr angenommen. Sie errechnen auf Heller und Pfennig, wie hoch zum Beispiel das Risiko im Umfeld eines Vulkanes ist und bieten einen entsprechenden Schutz an.

Vorsorge gegen Asche und Lava

Von HARALD STEINERT

Als im Jahr 79 der Vesuv ausbrach, verheerte er vor allem die Städte Pompeji, Herculaneum und das Seebad Bajae und tötete etwa 2000 Menschen. Dieser völlig unerwartete Ausbruch ist eine „klassische" Naturkatastrophe, wie sie selten in dieser Größenordnung die Menschheit geschockt und nachfolgend viele Generationen von Archäologen glücklich gemacht hat.

Wenn im antiken Rom eine organisierte Sachversicherung bestanden hätte, so hätte diese vermutlich ihre Kunden enttäuscht, und es wäre zu endlosen Prozessen gekommen. Man hatte keinerlei ausreichende Kenntnis über Wiederkehrhäufigkeit und Schadfolgen von Vulkanausbrüchen und somit keine Möglichkeit, die Vulkanversicherung sachgerecht zu kalkulieren und entsprechende Verträge abzuschließen.

Auf einer solchen Grundlage hätte ein Sachversicherer aus dem alten Rom den „Umwohnern" des Vesuvs (vor dem Ausbruch) vermutlich etwa folgendes Angebot gemacht: Für Sachwerte in einem Umkreis mit 100 Kilometer Radius rund um den Vesuv ist eine Prämie von 0,003 Promille pro Jahr zu zahlen. Dies Angebot beruht auf folgender Grundlage: Eruptionen von der Größenordnung der 79er Eruption ereignen sich durchschnittlich nur alle 2500 Jahre am Vesuv.

Höhere Prämiensätze?

Die Hauptschäden entstanden durch den Aschenfall: Ein Gebiet im *Umkreis von 100 Kilometer Radius* um den Vulkan wurde mit zehn und mehr Zentimeter Asche zugedeckt, also stärker geschädigt. In diesem Gebiet wurden etwa zehn Prozent der Sachwerte vernichtet.

Die römischen Sachversicherer hätten allerdings für die Nahzonen um den Krater (mit weit größerer Gefährdung durch Aschenfälle) die Prämiensätze auch höher angesetzt. Und *sie hätten sich gehütet, die Anwohner* des Kraterberges selbst überhaupt mit zu versichern, denn in der Kraternähe ist das Risiko viel zu hoch.

Die Gewerbebetriebe Pompejis – wie Großbäckereien und Weinproduzenten – hätten keine Chance für eine Versicherung der Betriebsunterbrechung gehabt: Denn die Eruptionstätigkeit von Vulkanen erstreckt sich zumeist über längere Zeit, Monate oder bis zu zehn Jahren. Anschließend ist die Infrastruktur des betroffenen Gebiets meist zerstört und die Bevölkerung fortgezogen.

Diese Überlegungen, Berechnungen und Ratschläge zur Frage des vulkanischen Risikos und seiner Deckung durch Versicherungsgesellschaften liefert eine Broschüre der „Münchener Rück", der größten Rückversicherungsgesellschaft der Welt: „Vulkanausbruch, Ursachen und Risiken", die kürzlich erschien.

Darin wird darauf hingewiesen, daß es – mit Ausnahme der äußerst seltenen großen Meteoritenabstürze, die versicherungstechnisch kaum faßbar sein dürften – keine anderen Naturereignisse gibt, die „weite Gebiete mit vergleichbarer Intensität und Plötzlichkeit zu verwüsten in der Lage sind wie Vulkanausbrüche". Die wichtigsten Schadwirkungen von Vulkanausbrüchen stammen von Lava-Eruptionen, doch bleibt wegen der relativ langsamen Fortbewegung mit Geschwindigkeiten von einigen Stundenkilometern und der selten großen Reichweite von Lavaströmen diese Gefährdung relativ gering.

Gefährlicher sind Explosionen, die Lockermassen in die Atmosphäre schleudern: Diese breiten sich mit Geschwindigkeiten bis zu 250 Stundenkilometern (1980 am Mount St. Helens gemessen) über riesige Flächen aus. Seltener, aber besonders gefährlich sind „Glutwolken" aus glühender Asche und heißen Gasen, die sich sehr schnell, mit hohen Geschwindigkeiten bis zu 200 Stundenkilometern, doch nur über geringe Entfernungen ausbreiten. Zu den vulkanischen Schäden sind auch *Schadgase zu zählen*, die korrosiv und pflanzenschädlich wirken.

So schädigte ein Ausbruch des Masaya-Nindri in Nicaragua 1924 Kaffeeplantagen schwerstens. Schadgase, die *metallische Gegenstände gefährden* und z. B. Maschinen bedrohen, breiten sich etwa 50 km weit aus, doch wurden nach einem Ausbruch des Katmai 1912 noch in 575 km Entfernung Metallgegenstände durch hochsauren Regen beschädigt. Ab*wehrmaßnahmen, die sich direkt* gegen Ausbrüche richten, gibt es noch nicht.

Gefährliche Explosionen

Die Zeitverteilung der großen Eruptionen gibt eine Vorstellung des globalen Vulkanrisikos durch die besonders gefährlichen „explosiven" Ausbrüche mit Lockermassen-(Aschen-)Förderung. Danach ist alle 15 bis 20 Jahre ein Vulkanausbruch von der Größenordnung der Mount-St.-Helens-*Eruption zu erwarten* (Aschenförderung etwa ein Kubikkilometer), ein Ausbruch von der Größenordnung der Krakatau-Eruption (Aschenförderung um 18 Kubikkilometer) dürfte sich dreimal im Jahrtausend ereignen.

Der Ausbruch des Tambora 1815 (100 Kubikkilometer Aschenauswurf) ist ein „2000-Jahres-Ereignis". Die größte vulkanische Katastrophe des letzten Jahrhunderttausends – sie schuf den Toba-Kratersee auf Sumatra – ereignete sich vor 75 000 Jahren und schleuderte etwa 2000 Kubikkilometer Vulkanasche in die Luft.

24 Großstädte auf der Welt sind heute durch Vulkane stärker gefährdet, darunter Yokohama, Manila und auch das jetzt von einem Erdbeben verwüstete Mexiko: Sie liegen so nahe bei Vulkanen, daß ein Ausbruch von der Stärke der Krakatau-Eruption sie mit einer Aschenschicht von einem halben Meter zudecken würde. Fünf Stächte – Neapel, Kagoshima, Managua, Quito und Arequipa – liegen so nahe bei Vulkanen, daß ein Ausbruch dieser Größenordnung sie unter einem Meter oder mehr Asche begraben würde.

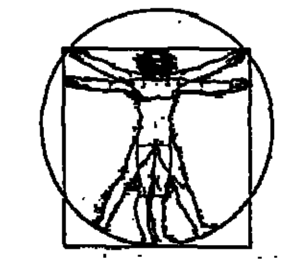
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Sprachsystem für den PC

Sulzbach (D.T.) – Der Computerhersteller Sperry hat eine Sprachsteuereinheit für seine Personal-Computer angekündigt, das den Benutzern die Anwendung natürlicher Sprache im Mensch-Maschine-Dia*log ermöglicht. Zusätzlich lieferbar* ist eine Telefonsteuerung, die es gestattet, dem Personal-Computer über das öffentliche Fernsprechnetz Anweisungen zu erteilen und Antworten entgegenzunehmen.

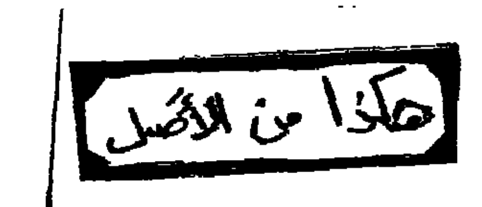
Kontrastprogramm

Dortmund (idr) – Erstmals an einer NRW-Uni wurde jetzt in Dortmund das Fach „Philosophie der Technik" eingerichtet. Neben spezifischen philosophischen Lehrveranstaltungen, in denen es um grundsätzliche Fragen des techni schen Wandels und Fortschritts, um Reflexion und Orientierung der Technik geht, sind auch regelmäßige gemeinsame Lehrveranstaltungen mit naturwissenschaftlich-technischen Fächern geplant.



Supraleitern auf der Spur

Tübingen (dpa) – Der Experimentalphysiker Prof. Rudolf Hübener und seine Mitarbeiter stellten an der Universität Tübingen ein Verfahren vor, mit dem erstmals supraleitende Bauelemente auf ihre Eigenschaften analysiert werden können. Durch Kombination des neuartigen tieftemperatur-elektronischen Meßsystems mit einem Rasterelektronenmikroskop seien jetzt, so die Wissenschaftler, elektrische und magnetische Messungen mit höchsten Empfindlichkeiten möglich.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Apothekenbetriebsordnung

„Immer mehr Patienten lassen sich beraten"; WELT vom 19. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Entwurf der Apothekenbetriebsordnung würde, sollte er so rechtskräftig werden, das Verhältnis Arzt–Patient noch gründlicher zerstören helfen, als dies der gesetzlich vorgeschriebene Beipackzettel zu Arzneifertigwaren bisher vermocht hat. Der Zwang zur Beratung in verschiedenen Passagen des Entwurfs ist so angelegt, daß auch das Vertrauensverhältnis Arzt–Apotheker nachhaltig zerstört würde. So soll nach dem Willen des Verordnungsgebers der Apotheker gezwungen werden, unter bestimmten Umständen auch die Abgabe verschriebener Arzneimittel zu verweigern.

Persönlich betrachte ich es als eine politische Fehlleistung der Administration des Bundesministeriums, bisher freiwillig erbrachte Service-Leistungen eines akademischen Berufes – der Apotheker studiert sieben Hochschulsemester – als Zwangsverpflichtung festzuschreiben. Möglicherweise sind indes handfeste politische Ziele damit verknüpft, die allerdings mit den politischen Vorstellungen der derzeit regierungstragenden Parteien unvereinbar sind.

Aus dieser Zwangsverpflichtung zur Beratung resultiert aber auch die Gefahr, daß der sogenannte „öffentliche" Apotheker beim Versuch der Dämpfung der ihm abverlangten Rigorositäten gegen Ärzte und Patienten in die Fänge von Abmahngesellschaften gerät.

Anläßlich eines privaten Hearings in Bonn am 14. September bestätigte die zuständige Referentin des Bundesministeriums, daß mit der Verordnung die „Entkommerzialisierung" der Apotheken angestrebt werde. Dies ist um so sonderbarer als der „öffentliche" Apotheker Vollkaufmann im Sinne des Gesetzes ist, der mit seinem Vermögen für den Untergang seiner Apotheke haftet und auch zur Gewerbesteuer veranlagt wird.

Analysiert man daher das Konzept des vorliegenden Entwurfs, muß man zu dem Schluß kommen, daß eine Systemveränderung in Richtung auf die Sozialisierung ins Haus steht und damit die Wende von der Wende vorbereitet werden soll. Hierfür spräche vor allen Dingen, daß nur die sozialistische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitspolitik (ASG) voll hinter dem Entwurf steht.

Als Trost bleibt dem so verschreckten Apotheker, daß die wesentlichen neuen Passagen des Entwurfs durch gesetzliche Ermächtigungen nicht gedeckt sind; was nämlich in eine solche Betriebsordnung hineingehören kann, beschreibt minuziös das Apothekengesetz in ca. 50 Positionen (Paragraph 21). Weder die umstrittene Beratung noch die Arzneimüllwerkerei, zu der ebenfalls der Apotheker verpflichtet werden soll, sind dort genannt.

Die Bundesministerien für Justiz und Wirtschaft gleichermaßen sind daher aufgerufen, den Entwurf sehr sorgfältig auf solche Unzulänglichkeiten und politische Nebenabsichten abzuklopfen, schon damit der Regierung eine weitere Schlappe via Normenkontrollklage erspart bleibt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. W. Mayer,
Mannheim 31

Abenteuerlich

„Gutachten: Bei Rückkehrhilfe für Ärzte aus der Dritten Welt werden Millionen verschleudert"; WELT vom 9. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

es liest sich schon abenteuerlich, wenn da in der WELT steht, schon 1982 waren in der Bundesrepublik Deutschland 5800 Ärzte aus Entwicklungsländern tätig, nicht zur Weiterbildung, nein, zum Broterwerb. Viele dieser Ärzte haben die guten Studienmöglichkeiten bei uns genutzt und sind dann gleich hiergeblieben. Jetzt zerbricht man sich den Kopf, wie die Ärzte zu ihren kranken und unterversorgten Landsleuten gebracht werden können. Für recht unwirksame Rückkehrförderprogramme wurden bereits 9,6 Millionen Steuergelder vergeudet.

Warum wird den ausgebildeten Ärzten aus Entwicklungsländern nicht einfach die Aufenthaltsgenehmigung entzogen? Hier werden sie nicht gebraucht, und in ihren Heimatländern wären alle Hände voll zu tun. So stelle ich mir Entwicklungshilfe vor: kostenlose Ausbildung in einem Industrieland, Arbeit im Entwicklungsland.

Mit welchem Recht vorenthält eigentlich die Bundesregierung 5800 Ärzte den geplagten Entwicklungsländern?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wulf Rothenbächer,
Diez

Scheidungskinder

„Die falsche Adresse"; WELT vom 28. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

offenbar werden Ehe und Familie nicht mehr als „tragende Prinzipien unserer Lebensordnung" gesehen, denn nach wie vor tut der Gesetzgeber alles, um das Heer von entwurzelten Scheidungskindern zu vergrößern.

Er wacht darüber, daß auch der gewissenloseste Eheaussteiger Anspruch auf Unterhalt durch den anderen Ehepartner hat, und damit auf ein materiell sorgloses Leben, sobald er ein gemeinsames Kind an sich reißt. Dann wird das Kind zum Unterhaltspfand herabgewürdigt, und kein Gericht schert sich um das familienzerrüttende außereheliche Verhältnis. Wer vermag schon diesem simplen und günstigen Angebot zu widerstehen?

Daß die Mutter in fast allen Fällen, außer bei Drogenabhängigkeit oder Prostitution etwa, die glückliche Gewinnerin des Sorgerechts ist, wirft im übrigen die Frage auf, wie es sich hierzulande eigentlich mit der Gleichberechtigung von Frau und Mann verhält.

Nur wenn Sorgerecht und Unterhalt unabhängig voneinander sind, kann es wieder zu Entscheidungen kommen, die dem Wohlergehen des Kindes nützen. Dann erst wird sich die uneigennützige Liebe zum Kind erweisen. Das Kidnapping darf im Interesse der Kinder nicht länger legal sein, geschweige mit einer üppigen, oft lebenslangen Unterhaltsrente belohnt werden.

Es liegt auf der Hand, daß bei einer klaren Trennung von Unterhalt und Sorgerecht es weniger Scheidungswaisen gibt, und damit weniger kriminelle Jugendliche, Drogenabhängige, Patienten der Jugendpsychatrie und Schulversager.

Der eine oder andere potentielle Eheaussteiger wird verantwortungsvoller handeln, falls sein familien- und kinderfeindliches Verhalten auch für ihn selbst negative Folgen hat. Doch kaum jemand wagt sich an derlei Selbstverständlichkeiten heran. Ist die Zerrüttung von Ehe und Familie durch das Zerrüttungsgesetz etwa das Spiegelbild einer allgemeinen geistig-sittlichen Zerrüttung?

Mit freundlichen Grüßen
Norbert Hörr,
Pressesprecher des Bürgerbunds gegen Scheidungsrecht e. V., Bonn

Zusätzliche Informationen

„Die WELT erweitert ihren Börsenservice"; WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrem Kursteil, der erst kürzlich gut gelungen verbessert und erweitert wurde, bin ich – vor allem der alphabetischen Ordnung wegen – im großen und ganzen sehr zufrieden und gerade deshalb auch ein langjähriger Abonnent.

Mich ärgert manchmal lediglich, daß die zwei volle Seiten umfassenden Notierungen auf vier halbe Seiten und mehrere Blätter verteilt sind. Das macht den Kursteil nun wieder unnötig unübersichtlich. Ich meine, es wäre übersichtlicher, alle Kurse auf zwei volle Seiten zu setzen.

Darüber hinaus wäre es mir – vielleicht ja auch anderen Lesern – am angenehmsten, wenn diese beiden vollen Seiten auf ein Blatt (Vor- und Rückseite) kämen, da ich die Kursblätter zur Rückverfolgung der Kurse sammele und dann am wenigsten Papier zu verwahren hätte.

Ich hoffe, daß es keine Schwierigkeiten bereitet, diese Anregung zu verwirklichen.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Römer,
Hamburg 54

*

Sehr geehrte Herren,

mit großem Interesse ist am hiesigen Platz festgestellt worden, daß der Börsenteil der WELT Anfang dieses Monats wesentlich erweitert wurde und nunmehr zwei volle Seiten umfaßt.

Wir freuen uns, daß Sie mit zusätzlichen Informationen und Rubriken dem steigenden Bedürfnis Ihrer Leserschaft Rechnung tragen, über Börsenentwicklungen schnell und umfassend informiert zu werden, und wünschen Ihnen den mit diesen Neuerungen erhofften Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen
Vorstand der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg
H. D. Sandberg, Vorsitzender
Ass. Köhler, Stv. Syndikus

„Sondervergütungen"

„Massa: Verzicht auf Verkauf unter dem Einkaufspreis"; WELT vom 4. Oktober

Die Tatsache, daß das Bundeskartellamt Berlin den „Verzicht" des milliardenschweren SB-Warenhausunternehmens massa als „Erfolg" herausstellt, könnte sich wettbewerbspolitisch noch als gefährlicher Bumerang erweisen. Selbst wenn man eine dauerhafte, konsequente Einhaltung dieses „Verzichts" unterstellt, so wäre dem im Einzelhandel brutal tobenden Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb der entscheidende Sprengstoff damit noch lange nicht genommen. Denn:

1. Unter-Einkaufspreis-Strategien sind zwar kaufmännisch äußerst fragwürdig, aber nur die Spitze des Eisbergs ruinöser Marktpraktiken einkaufsmächtiger Handelsgiganten.

2. Praktisch viel verheerender für die Überlebensfähigkeit einer für den Verbraucher nötigen breiten, leistungsfähigen Angebotspalette „kleiner" Einzelhandelsunternehmen sind die Preise, die massa – subjektiv – „normal" kalkuliert, die aber tausende mittelständischer Lebensmittel-, Rundfunk-, Elektro- oder Möbelfachhändler nicht bieten können, weil Handelsriesen wie massa, allein aufgrund ihrer Nachfragemacht, über Einkaufskonditionen verfügen, von denen viele andere nur träumen.

3. Wichtiger als vorschnell fragwürdige Erfolge zu feiern, wäre es, für gleichberechtigte Einkaufschancen der „Kleinen" im Handel zu sorgen, die heute aber tausendfach in Form einer sich immer weiter öffnenden Konditionen-Schere in einer Weise gegenüber den „Großen" diskriminiert werden, die mit sozialer Marktwirtschaft nicht mehr viel zu tun hat.

Wenn jetzt das Kartellamt ankündigt, „diskriminierende Nachlässe und Vergütungen marktstarker Hersteller an den Handel künftig gleichermaßen streng zu prüfen", so werden scheinbar auch hier die eigentlich gravierenden Marktprobleme übersehen: Viel verheerender und größer ist das Ausmaß – zum Schaden der Industrie, des Verbrauchers, des Handels und des Wettbewerbs – mit dem kleine und mittelgroße – also nicht „marktstarke" – Hersteller von marktmächtigen Nachfragern, quer durch alle Branchen, in den Einkaufskonditionen zu immer neuen Zugeständnissen oft geradezu erpreßt werden. Diese allein durch Einkaufsmacht erklärbaren Konditionen-Vorteile der „Großen" aber sind die Plattform, von der die Handelsgiganten mit ruinösen Preisstrategien ganze Handelsstrukturen zerschlagen. Wenn unsere Marktwirtschaft durch diese vor allem den Verbraucher schädigende, immer schneller wachsende Marktmacht-Konzentration nicht außer Funktion geraten will, so darf nicht länger nur an Symptomen (wie Unter-Einkauf-Praktiken) kuriert werden, sondern muß der gefährliche Automatismus (Unternehmensgröße = Marktmacht = aggressive Verdrängungsstrategien = noch größere Marktmacht) endlich wirksam durchbrochen werden. Wenn Bundeskartellamt-Präsident Professor Kartte jetzt hofft, „daß die Industrie das ihre dazu beiträgt, indem sie den Großen des Handels keine Sondervergütungen mehr gewährt, die die Kleinen mitfinanzieren müssen", so ist dies sehr ehrenwert, marktpraktisch im Alltag aber ohne Bedeutung. Nicht zuletzt kündigt massa jetzt selbst bereits an, „Sondervergütungen" nicht wie bisher nur auf einen einzigen Artikel umzulegen, sondern mit diesen Einkaufsvorteilen eine ganze Palette von Tiefstpreisen zu subventionieren. Von Chancengleichheit im Wettbewerb also auch künftig keine Rede? Wie lange will der Gesetzgeber der Diskriminierung tausender mittelständischer Einzelhandelsunternehmer durch „Sondervergütungen" der Handelskonzerne im Einkauf eigentlich noch tatenlos zusehen?

Hans-Jürgen Lenz,
Erkrath 2

Wort des Tages

„Es ist eine andere Klarheit der Sonne, eine andere des Mondes, eine andere der ungleichen Sterne; aber nur sie alle vereint machen den schönen Himmel."

Johann Heinrich Pestalozzi, Schweizer Pädagoge und Autor (1746–1827)

Erst „nachher"?

„CSU: Unterschiede zu Süssmuth"; WELT vom 9. Oktober

Sehr geehrte Herren,

Frau Minister Süssmuth irrt gewaltig mit ihrer Ansicht, die Debatte um den Paragraphen 218 solle beendet werden. Man kann so die besorgten und fundierten Stimmen aus Ärztekreisen, dem Episkopat und der Bevölkerung nicht abstellen.

Gegenüber so viel Ignoranz möchte ich polemisch fragen, wieso wissen 200 000 liebende Paare erst „nachher", daß sie sozial schwach sind? Das weiß man doch schließlich vorher. Und wie können die großen Parteien, FDP inbegriffen, darum besorgt sein, eventuell gemeinsam auf 200 000 Wählerstimmen verzichten zu müssen?

Auch in der Demokratie wird von Politikern Mut zur Führung erwartet. Von uns geschaffene Gesetze sind keine Götzen, die wir auf ewig anbeten müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hans J. Schlüter,
Kassel 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Franz-Josef Zebisch, sozialdemokratischer Abgeordneter des Deutschen Bundestages in den Jahren 1965–1980, feiert morgen in Weiden in der Oberpfalz seinen 65. Geburtstag. Im Parlament setze er sich insbesondere für das oberpfälzische Grenzgebiet zur Tschechoslowakei ein. Er arbeitet auch im Bundestagsunterausschuß für Fragen des Betriebsverfassungsrechtes mit und saß in der Beratenden Versammlung des Europarates. Als gelernter Glasobersortierer ist Zebisch seit Jahrzehnten mit der Firma DETAG/Flachglas AG in Weiden verbunden. Heute ist er noch Vorstandsvorsitzender ihrer Berufskrankenkasse und Mitglied ihres Aufsichtsrates. Ebenso ist er Vorstandsvorsitzender der Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz. Die Stadt Weiden ernannte ihr langjähriges Ratsmitglied zum Ehrenbürger.

AUSZEICHNUNGEN

Am Wochenende ist die von der Hamburger Stiftung F. V. S. gestiftete Straßburger-Goldmedaille für außergewöhnliche Verdienste um die Förderung und Stärkung der deutsch-französischen Freundschaft verliehen worden: Für 1985 ist diese Auszeichnung Professor Dr. **Joseph Rovan** aus Paris zuerkannt worden. Professor Rovan ist ein hervorragender Kenner der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und ihrer handelnden Personen. Er war im Widerstand, deportiert nach Dachau, und hat nach dem Krieg das Bewußtsein gestärkt, daß Frankreich und Deutschland aufeinander angewiesen sind. Der Preis wird alljährlich abwechselnd einem Deutschen oder einem Franzosen verliehen.

*

Das Offizierskreuz des Ordens von Oranien-Nassau hat die niederländische Königin **Beatrix** dem Oberregierungsrat Dr. **Aloys Altmann** aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verliehen. Dr. Altmann war von 1981 bis zum Sommer diesen Jahres in Den Haag deutscher Landwirtschaftsreferent.

*

Mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist gestern in Düsseldorf der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), **Heinz Pérée**, ausgezeichnet worden. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat dem Gewerkschafter, der seit 25 Jahren dem Betriebsrat der Duisburger Demag AG angehört und dem DAG-Landesverband seit 1967 vorsteht, die hohe Auszeichnung für seine außerordentlichen Verdienste bei der Wahrnehmung gewerkschaftlicher Aufgaben verliehen.

AUSWÄRTIGES AMT

Dragutin Rozman, seit Dezember 1981 jugoslawischer Botschafter in Bonn, hat sich gestern von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** verabschiedet. Der Diplomat geht noch in diesem Monat in das Belgrader Außenministerium zurück. Sein Nachfolger wird Anfang November in Bonn erwartet. Es ist **Milan Dragovic**, ein gestandener Maschinenbauingenieur, der aus der Wirtschaft kommt und zum ersten Mal einen diplomatischen Posten übernimmt. Der neue Botschafter, Jahrgang 1941, in Belgrad geboren, begann den Einstieg in die politische Verantwortung als Präsident der Studentenorganisation an der Universität Belgrad in den Jahren 1963 bis 1965. Bis 1969 übernahm er anschließend als Ingenieur und Direktor die Leitung für Produktion und Entwicklung einer Fabrik für medizinische Einrichtungen in Belgrad. Von 1970 bis 1974 war er Direktor einer Fabrik für Kugellager. 1974 wurde er Mitglied des Präsidiums und Exekutivkomitees des ZK des Bundes der Kommunisten von Serbien. Von 1978 bis 1982 war er stellvertretender Präsident des Exekutivrates der Sozialistischen Republik Serbien und von 1985 an schließlich stellvertretender Präsident der Versammlung der Sozialistischen Republik Serbien. Seine Frau **Milica** ist Fachärztin für Innere Krankheiten.

UNIVERSITÄT

Der Hamburger Volkswirtschaftler Professor Dr. **Vinzenz Timmermann** hat vom hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst einen Ruf an die Frankfurter Universität auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld und Währung, erhalten. Professor Timmermann, 1935 in Herne in Westfalen geboren, studierte nach Abschluß einer Industrielehre in Dortmund an der Universität Münster; promovierte und habilitierte sich an der Universität Mannheim und wurde 1971 auf einen Lehrstuhl für theoretische Volkswirtschaftslehre an die Universität Hamburg berufen, wo er seit dieser Zeit die Fächer Geld-, Außenhandels- und Entwicklungstheorie vertritt.

WAHL

Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Kabel- und Satellit e. V. (BKS) hat in Bonn **Jürgen Doetz**, Geschäftsführer von der Satelliten Fernseh GmbH (SAT 1), zum neuen Vorsitzenden des BKS gewählt. Zugleich wurden aus dem bisher gemeinsamen Vorstand des Bundesverbandes zwei Fachbereiche gebildet. Zum Vorsitzenden des Fachbereiches „Programm" wurde **Manfred Harnischfeger** (UFA Film- und Fernseh-GmbH) gewählt; sein Stellvertreter ist **Klaus Peter Lorenz** (Burda GmbH). Dem Vorstand gehören ferner an **Paul Kössler** (Teleclub GmbH), **Gerhard Naeher** (AKTUELL Presse-Fernsehen APF), **Wolfgang Fischer** (musicbox – Kabel Media Programmgesellschaft mbH), **Christian F. Cuntz** (TEAM/BBDO). Vorsitzender des Fachbereichs „Vertrieb und Technik" wurde **Holger Witzig** (Loewe-Opta GmbH); sein Stellvertreter ist Dr. **Eckard Haas** (KMG Kabel-Marketing-Gesellschaft mbH). Dem Vorstand gehören ferner an: **Josef Schmedding** (Blaupunkt Werke GmbH), **Walter J. Thurl** (Kathrein-Werke KG), **Gernot Busch** (Antennen-Verwaltungs- und Betreuungs-GmbH).

Der Münchner Turkologe Professor Dr. **Hans-Joachim Kiessling**, ist im Alter von 73 Jahren verstorben. Professor Kiessling leitete von 1950 bis 1981 das „Institut für Geschichte und Kultur des Nahen Orients sowie für Turkologie" der Ludwig-Maximilians-Universität München. Professor Kiessling, in München geboren, studierte in München, Wien und Breslau Orientalische Philologie. Seine Dissertation in Breslau 1936 war eine Arbeit zur osmanisch-türkischen Sprachgeschichte, die Habilitation beschäftigte sich mit einem Thema zur historischen Geographie. Beide Forschungseinrichtungen hat Professor Kiessling weiter gepflegt. Auf dem Gebiet der Sprachwissenschaft veröffentlichte er zum Beispiel 1960 eine „osmanisch-türkische Grammatik", die sehr eingehend die türkische Syntax behandelte. 1974 folgte eine „Sammlung türkischer Redensarten". Neben seinen vielfältigen wissenschaftlichen Arbeiten zu sprachwissenschaftlichen Fragen des Türkischen beschäftigte er sich mit landeskundlichen Problemen und mit türkischer Geschichtsforschung. Darüber hinaus betätigte er sich auch als Übersetzer moderner türkischer (und auch arabischer) Literatur. Das Münchner Institut wurde unter Professor Kiesslings Leitung zu einem anziehenden Aufenthaltsort für ausländische Gelehrte, die sonst den kongreßscheuen Münchner Wissenschaftler kaum zu Gesicht bekommen konnten. Die einheimische Wissenschaft würdigte seine Forschungen durch die Wahl zum ordentlichen Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

FUSSBALL / Keine Bedenken der FIFA gegen Mexiko – WELT-Interview mit Karl Allgöwer – Franz Beckenbauer nimmt seine Kritik am Sportstudio zurück – Heute Spiel „U 21"

Joao Havelange: WM findet doch in Mexiko statt

dpa, Mexiko-Stadt

Der Präsident des Internationalen Fußball-Verbands (FIFA), Joao Havelange, hat klargestellt, daß die Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko stattfindet. Zum Abschluß seines mehrtägigen als privat deklarierten Besuchs in Mexiko sagte Havelange am Sonntag auf dem Flughafen der Hauptstadt zur Presse, die FIFA habe „volles Vertrauen" in Mexiko. Die Entscheidung, das Weltturnier in Mexiko zu veranstalten, sei bereits vor drei Jahren getroffen worden und bleibe gültig.

Mit seinen Erklärungen wischte Havelange alle Zweifel vom Tisch, die in den örtlichen Medien entstanden waren. Als der brasilianische FIFA-Präsident sich bei seiner Ankunft in Mexiko vor einigen Tagen sehr zurückhaltend und vorsichtig geäußert hatte, war das von den Journalisten so interpretiert worden, als ob die letzte Entscheidung noch offen sei und erst im Dezember vom Exekutivkomitee der FIFA getroffen werde. Havelange bekräftigte, sein Besuch in Mexiko sei privater Natur gewesen. Während seines Gesprächs mit Innenminister Manuel Bartlett sei das Thema Weltmeisterschaft nicht berührt worden. „Die Regierung respektiert alle Vereinbarungen, die sie mit der FIFA hat", versicherte Havelange.

Der FIFA-Präsident meinte, das Erdbeben vom 19. September werde seiner Meinung nach keine negativen Auswirkungen auf den erwarteten Touristenstrom für die WM haben. „Aus Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland werden beispielsweise weiter Tausende von Eintrittskarten angefordert", sagte er.

Das FIFA-Exekutivkomitee wird im Dezember über die finanziellen Mittel entscheiden, die dem erdbebengeschädigten Mexiko für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Er wolle alle nationalen Verbände auffordern, sagte Havelange, ein internationales Freundschaftsspiel zugunsten der Erdbeben-Geschädigten zu unterstützen.

Im nächsten Monat wird der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Hermann Neuberger, der die WM in Mexiko wieder organisiert, noch eine Inspektionsreise in das WM-Land unternehmen.

Karl Allgöwer: „Bei Beckenbauer und Köppel herrscht endlich wieder eine klare Linie"

Karl Allgöwer gehört nicht zu denen, die in das Klischee der deutschen Fußball-Profis passen. Er redet nicht nur über sich selbst, über Autos und Video-Filme. Für ihn gibt es noch andere Themen, die er gerne im Freundeskreis diskutiert. Er bleibt seiner Linie: „Ich habe meine Meinung, und die behalte ich auch, selbst wenn es gegen die allgemeine Strömung ist." So blieb er sich auch treu, als er vor drei Jahren ankündigte, nicht mehr unter dem damaligen Bundestrainer Jupp Derwall (Das Foto rechts zeigt ihn mit Derwall) zu spielen. Erst unter Beckenbauer und Köppel wagte er die Rückkehr in die Nationalmannschaft. Bernd Weber unterhielt sich mit Karl Allgöwer.



WELT: Ihr Comeback in der Nationalmannschaft nach über zweieinhalb Jahren Pause hat Sie, zumal es im heimischen Neckarstadion stattfindet, sehr in den Mittelpunkt gerückt. Stört Sie der Wirbel, der jetzt um Sie gemacht wird?

Allgöwer: Ich bin nicht gerade sehr glücklich darüber. Andererseits war ich schon darauf eingestellt, also, ich kann durchaus damit leben.

WELT: Haben Sie nicht zumindest ein klein wenig den Verdacht, daß Sie gegen Portugal nur deshalb von Anfang an dabei sind, eben weil Stuttgart der Austragungsort ist?

Allgöwer: Ich kann nicht beurteilen, inwieweit das eine Rolle spielt – ich will auch gar nicht darüber nachdenken, denn das würde nur meine Konzentration stören.

WELT: In jedem Fall aber ist es doch ein Vorteil in vertrauter Umgebung und gewiß auch vor einem Publikum zu spielen, bei dem Sie einen besonderen Bonus haben.

Allgöwer: Klar ist das ein Vorteil. Ich denke schon, daß ich mir da mehr zutrauen kann. Einfach deshalb, weil ich wohl nicht gleich nach der ersten mißglückten Aktion ausgepfiffen werde.

WELT: Was hat Sie eigentlich dazu bewogen, wieder in der Nationalmannschaft zu spielen?

Allgöwer: Vor allem die Fachkompetenz der neuen Verantwortlichen. Unter Franz Beckenbauer und Horst Köppel, das habe ich sowohl beim Kurzlehrgang in Herzogenaurach als auch zuletzt in Schweden, wo ich Ersatzspieler war, sofort gemerkt, herrscht eine klare Linie …

WELT: … die es unter Jupp Derwall nicht gegeben hat?

Allgöwer: Nein, da hat letztendlich jeder gemacht, was er wollte. Ich gehe so weit und behaupte, daß die Nationalmannschafts-Treffen unter Derwall das reinste Kasperltheater war.

WELT: Das ist ein harter Vorwurf, können Sie den konkretisieren?

Allgöwer: Ich kann Ihnen ein Beispiel sagen, was mich eigentlich dazu veranlaßt hat, damals zurückzutreten. Ich habe miterlebt, wie Klaus Allofs den Bundestrainer einmal heftig beschimpft hat, weil der ihn nicht aufgestellt hatte. Beim nächsten Länderspiel war Allofs wieder in der Mannschaft, und das hat mich förmlich umgehauen. Denn danach war ich sicher, daß die Leistung ja überhaupt nicht ausschlaggebend für eine Nominierung war. Diese Erkenntnis bedeutete für mich die größte Enttäuschung in meiner Karriere. So habe ich denn lieber die Konsequenzen daraus gezogen.

WELT: Wer hat den Boden dafür bereitet, daß Sie wieder dabei sind?

Allgöwer: Zunächst mein Mannschaftskamerad Karl-Heinz Förster. Der hat mir nach jedem Länderspiel erzählt, wie diszipliniert es bei Beckenbauer im Nationalteam zugeht. Und dann hat mich eines Tages Horst Köppel angerufen und hat gefragt, ob ich wieder Interesse daran hätte, mitzumachen. Er hat sozusagen offene Türen eingerannt.

WELT: Mit welcher sportlichen Zielsetzung betrachten Sie Ihr Comeback?

Allgöwer: Ganz vordergründig betrachtet will ich bei der Weltmeisterschafts-Endrunde dabei sein. Aber eigentlich steckt wesentlich mehr dahinter. Ich will herausfinden, wo meine Leistungsgrenzen liegen. Ob ich überhaupt die Fähigkeiten besitze, um über mein jetziges Bundesliga-Niveau hinaus international mithalten zu können. Das ist für mich die Schlüsselfrage.

WELT: Sind Sie sehr ehrgeizig?

Allgöwer: Viele stellen das auf Grund meiner oftmals bedächtigen Art in Abrede, aber sie liegen damit total falsch.

WELT: Sie haben so ein wenig das Image des Rebells. Sie gelten als einer, der gern gegen den Strom schwimmt. Sind Sie ein Mini-Breitner?

Allgöwer: Ich bin Karl Allgöwer, der immer sagt, was er denkt. Der sich nicht verstellen will, denn wenn ich das müßte, würde ich schnell Magengeschwüre bekommen. Und ich bin jemand, der sich nicht darauf beschränkt, nur den Sportteil der Zeitungen zu lesen. Ich versuche, mir zu vielen Dingen eine eigene Meinung zu bilden.

WELT: Beispielsweise in politischen Fragen. Sie sind engagierter SPD-Wähler, obwohl Ihr Vereinspräsident Mayer-Vorfelder CDU-Landesminister und nahezu sämtliche Vorstandsherren beim VfB Stuttgart von der gleichen politischen Coleur sind.

Allgöwer: Das ist längst kein Reizthema mehr. Eher nehmen mir einige Leute übel, daß ich Vater eines zehn Monate alten Jungen bin und dennoch mit meiner Freundin, wie sagt man so schön, in wilder Ehe zusammenlebe.

WELT: Statusfragen interessieren Sie also nicht?

Allgöwer: Das kommt sehr darauf an. Denn umgekehrt hat es mir am Anfang ungeheuerlich zu schaffen gemacht, daß ich aufgrund bestehender Absprachen zwischen dem VfB Stuttgart und einem großen Automobilkonzern dazu gedrängt wurde, von meinem Mittelklassewagen auf die Nobelkarosse umzusteigen. Ich hatte Hemmungen vor den Fans mich mit dem Auto zu zeigen. In gewisser Weise habe ich sie immer noch. Ich sage das nicht nur so daher – Luxus und Geld bedeuten mir wirklich nicht allzuviel.

WELT: Bedeutet Ihnen Nationalstolz etwas? Und werden Sie, wenn die Nationalhymne gespielt wird, mitsingen?

Allgöwer: Ehrlich gesagt, ich kenne den Text nicht ganz. Ich werde mir mit Lippen-Pantomime helfen. Ich bin weniger stolz darauf, Deutscher zu sein, als darauf, zu den 16 besten Spielern des Landes zu gehören.

Kampf um die WM-Plätze ist in vollem Gange

sid/dpa, Stuttgart

Der Wettlauf um die 22 Plätze in der Fußball-Nationalmannschaft für das WM-Turnier in Mexiko hat begonnen. So verlangt Teamchef Franz Beckenbauer von seinen Schützlingen allergrößten Einsatz – nicht nur beim vorletzten Qualifikationsspiel morgen um 20.15 Uhr gegen Portugal (das ZDF überträgt live), sondern auch bei den folgenden sechs Testspielen.

Neben den 16 Kandidaten, die schon seit Samstag in Stuttgart versammelt sind, gibt es noch weitere 13 Spieler, die fest eingeplant sind oder sich Hoffnungen machen dürfen. „Beim Lehrgang Ende des Monats werden wir erneut etwa 22 Leute zusammenziehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß noch einmal völlig neue Namen dabei sein werden", stellte Beckenbauer fest.

Da die Qualifikation frühzeitig feststeht, sieht Karlheinz Förster nun die Möglichkeit, „die nötige Harmonie in die Truppe zu bringen – sowohl auf dem Spielfeld wie auch außerhalb." Der Teamchef selbst war gestern auch um Harmonie mit dem Umfeld bemüht. So nahm er die Kritik nach dem Gespräch im Aktuellen Sportstudio des ZDF am letzten Samstag teilweise zurück.

„Es ist keineswegs so, daß ich etwas gegen die Moderatorin Doris Papperitz habe. Ich habe auch nichts gegen provokative Fragen. Umso besser kann man antworten", erklärte Beckenbauer. Karl Allgöwer, der gemeinsam mit Beckenbauer interviewt worden war, hatte in seiner Verärgerung später erzählt, beim VfB Stuttgart habe man sich schon seit langem abgesprochen, Auftritte im Sportstudio abzusagen.

Die vorgesehene Aufstellung für das Spiel gegen Portugal, für das bereits 50 000 Karten verkauft sind, wäre gestern fast geplatzt, da sich Torhüter Harald Schumacher bei einer Parade im Training eine Zerrung der Halsmuskulatur zuzog. Doch der Kölner will einmal mehr die Zähne zusammenbeißen. Da auch Hans-Peter Briegel und Karl-Heinz Rummenigge („Alles bene") pünktlich aus Italien eintrafen, bleibt es bei folgender Formation: Schumacher – Jakobs – Berthold, Förster, Brehme – Allgöwer, Herget, Meier, Briegel – Littbarski, Rummenigge.

Klare Worte von Berti Vogts: „Wir sind gescheitert"

sid, Karlsruhe

Trotz einer Minimalchance auf Platz eins für die „U 21"-Nationalmannschaft des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) in der Europameisterschafts-Gruppe zwei verkennt Trainer Berti Vogts nicht die bittere Realität. „Wir sind gescheitert", sagte er vor dem heutigen Spiel (20.00 Uhr) seiner Elf (3:5 Punkte) gegen den portugiesischen Nachwuchs (3:7) in Karlsruhe, „ich gehe davon aus, daß wir ausscheiden." Ein Fünkchen Hoffnung bleibt lediglich, wenn die CSSR (5:3), am 16. November in Regensburg letzter Gegner der DFB-Auswahl, zuvor in Teplitz Tabellenführer Schweden (7:3) besiegt.

„Für uns zählt nur der Blick nach vorn", gibt sich Vogts nach seinem Rundumschlag im Anschluß an die 1:2-Niederlage in Schweden weiter kämpferisch. „Ich erwarte vom DFB und von den Klubs mehr Unterstützung. Bisher sind nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden. Wir brauchen zusätzliche Lehrgänge."

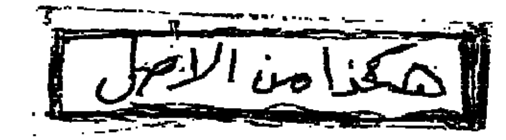
Ein Anfang ist gemacht. Trotz zahlreicher Ausfälle im eigenen Kader verzichtete Franz Beckenbauer auf die Nachnominierung von Olaf Thon in die A-Mannschaft. „Unsere Situation erlaubt, daß wir auch einmal den Berti unterstützen können, nachdem er uns immer mit der Abstellung von Spielern geholfen hat", äußerte der Teamchef. Im Gegensatz zum Schweden-Spiel stehen zudem – wie laut Statut erlaubt – heute in Karlsruhe mit dem Hamburger Wolfgang Rolff und Debütant Klaus Theiss (Frankfurt) zwei ältere Akteure im Aufgebot.

Im internen Kreis fand in der Sportschule Karlsruhe-Schöneck eine „Kopfwäsche" statt. „In Schweden sind nur Namen über den Platz getragen worden", warf der frühere Mönchengladbacher den Talenten mangelnde Einstellung vor. „Wenn es so etwas bei den beiden letzten Spielen wieder gibt, werde ich sofort reagieren. Die jungen Leute müssen sich immer aufs neue beweisen. Das hat uns Boris Becker im Tennis vorgemacht." Die fünf A-Nationalspieler Michael Frontzeck, Wolfgang Rolff, Herbert Waas, Olaf Thon und Ludwig „Wiggerl" Kögl stehen in Richtung WM 1986 besonders auf dem Prüfstand. Berti Vogts sagt: „Wir wollen uns mit zwei Siegen verabschieden."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm
Meinungen: Enno von Loewenstern
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke; Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck
Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813



EISHOCKEY / Der ECD Iserlohn bleibt die Überraschungs-Mannschaft

Meister SB Rosenheim außer Tritt – erste Kritik am Trainer Olejnik

sid/dpa, München

Spätestens seit dem sechsten Spieltag der Eishockey-Bundesliga muß der ECD Iserlohn ernst genommen werden: Die Sauerländer, in den vergangenen Jahren meist nur als Abstiegskandidat gehandelt, waren Nutznießer der 2:4-Niederlage des Spitzenreiters und Titelfavoriten SB Rosenheim gegen den EV Landshut. Iserlohn bezwang die Düsseldorfer EG überlegen mit 6:2 und erklomm zum zweiten Mal in der Vereinsgeschichte die Tabellenspitze.

„Das war echte Werbung für den Eishockey-Sport", meinte ECD-Trainer Jan Eysselt triumphierend, nachdem 4500 Zuschauer in der ausverkauften Iserlohner Eissporthalle ihre Mannschaft begeistert gefeiert hatten. Allerdings steht der Provinzklub bereits heute abend beim Deutschen Meister Rosenheim auf dem Prüfstand. Es folgt das Gastspiel in Köln und die Heimbegegnung gegen Mannheim. „Wenn wir drei von sechs möglichen Punkten holen, können wir zufrieden sein. Es sind erst sechs Runden absolviert, da wäre es verfrüht, von einem Höhenflug zu sprechen", schränkt Geschäftsführer Adolf Sadowsky ein.

Die zu Saisonbeginn verpflichteten Ausländer Martti Jarkko aus Finnland und Jaroslav Pouzar aus der CSSR, der in der letzten Saison zusammen mit Kanadas Superstar Wayne Gretzky noch den Stanley-Cup mit den Edmonton Oilers gewann, gehören zu den Garanten des Erfolgs. Dazu führt der frühere Rießerseer Ralph Krüger mit neun Treffern sogar die Torjägerliste der Bundesliga an. Der ECD überzeugte bislang vor allem durch seinen Offensivgeist – mit 37 Treffern stellen die Iserlohner das angriffsfreudigste Team der ersten Liga.

Und mit dieser Marschroute will man die Fans in die Halle locken. In der Vergangenheit gehörte auch noch der Gerichtsvollzieher bei den Heimspielen zu den Stammgästen; doch dies hat sich geändert, seit Präsident Heinz Weifenbach im Amt ist. „Es gibt sicherlich acht Vereine in der Bundesliga, die finanziell mehr Schwierigkeiten haben als wir", erklärt Geschäftsführer Sadowsky und verweist auf die guten Sponsorenverträge. Entlastet wurde die angespannte wirtschaftliche Situation auch durch die Abgänge prominenter Spieler wie Duris, Reil, Auhuber, Boudreau oder Vacatko, die die Erwartungen alle nicht erfüllten. Iserlohns Eishockey-Welt ist zur Zeit heil.

Anders beim deutschen Meister SB Rosenheim. Hier ist die Arbeit des Trainers Ladislav Olejnik ins Schußfeld geraten. Erste Kritik wird laut. „Schlafwagen-Eishockey" wird dem ehemaligen Mannheimer Coach vorgeworfen. Einige Spieler attestieren Olejnik gar fehlendes Fingerspitzengefühl im pädagogischen Bereich und so mancher denkt schon mit Wehmut an den besonnenen und einfühlsamen Vorgänger Wohl zurück. Offiziell ist der Trainer allerdings noch kein Thema in Rosenheim. „Wir sind mit seiner Arbeit zufrieden", meint Geschäftsführer Josej Wagner. Doch der Favorit ist aus dem Tritt.

So lebt die Liga weiter von Überraschungen. Bundestrainer Xaver Unsinn, dessen Geheimtip Iserlohn ist, sieht es mit Freude: „Ein Glück, daß nicht alles wie erwartet läuft – das wäre doch langweilig."

STAND ● PUNKT / *Weltniveau*

Boris Becker und Diliana Georgieva – auf den ersten Blick haben sie nichts miteinander zu tun, ihre Sportarten sind nicht vergleichbar. Hier der millionenschwere Tennis-Profi, dort die Schönheit aus der sozialistischen Gymnastik-Hochburg Bulgarien. Zwei Sportler, zwei Welten. Doch was Boris für das mittlerweile tennisbegeisterte Deutschland ist, ist die alte und neue Weltmeisterin in der Rhythmischen Sportgymnastik für ihr Land.

Zwar braucht die Sportstudentin keinen Manager, um Autogrammstunden und Werbetermine zu koordinieren. Auch ihren 20. Geburtstag am Freitag wird Diliana Georgieva ohne Rummel im Familienkreis feiern können. Doch in einem ist sie Boris ebenbürtig: Sie ist ein Vorbild für Hunderttausende bulgarischer Mädchen, die danach streben, in ihre Fußstapfen zu treten.

Gymnastik – das ist in Bulgarien mehr als nur Sport. Es ist eine der wenigen Gelegenheiten des armen Landes, das von der politischen Führung propagierte Weltniveau unter Beweis zu stellen. Rhythmische Sportgymnastik genießt selbst im ZK der Kommunistischen Partei höchste Priorität.

Deshalb fehlt es Nechka Robeva, der Macherin des bulgarischen Gymnastik-Wunders, auch an nichts. Und die Vizeweltmeisterin von 1969 nutzt ihre Möglichkeiten. Aus Dutzenden von Bewerberinnen wählt sie sich ihre Kandidatinnen aus, die dann bis zu acht Stunden täglich auf der Bodenfläche stehen. So ist die bulgarische Dominanz trotz des Rücktritts von Vizeweltmeisterin Lilia Ignatova auf Jahre hinaus gesichert, die bis Ende der siebziger Jahre zumindest gleichwertige UdSSR vorerst in ihre Schranken verwiesen. Die nächsten Welttitelkämpfe 1987 in Sofia werden ohnehin ein Heimspiel für die Schülerinnen der Nechka Robeva.

Und sollte doch einmal etwas schiefgehen, versteht es die Trainerin, gekonnt auf der Klaviatur der Notenschieberei zu spielen. An ihr hat sich selbst der allmächtige Turner-Präsident Juri Titow aus der UdSSR schon die Zähne ausgebissen.

ANDREAS FRANK

NACHRICHTEN

Kaiserslautern mit Verlust

Kaiserslautern (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub 1. FC Kaiserslautern hat die Saison 1984/85 mit einem Verlust von 2,32 Millionen Mark abgeschlossen. Auf der Mitgliederversammlung, die ohne Neuwahlen angesetzt war, legte der Vorstand eine Bilanz vor, die Verbindlichkeiten von rund 3,5 Millionen Mark aufweist. Die Zuschauerzahl mit 16 886 blieb unter dem kalkulierten Schnitt von 18 000.

Trainerwechsel

Berlin (dpa) – Die Reinickendorfer Füchse haben sich mit sofortiger Wirkung von ihrem Trainer Marinkho Andric getrennt. Neuer Trainer des Handball-Bundesligaklubs wird Peter Frank, der die Berliner Mannschaft bis März dieses Jahres betreut hatte.

Noah besiegte Smid

Toulouse (dpa) – Der Franzose Yannick Noah gewann das mit 175 000 Dollar dotierte Grand-Prix-Tennis-Turnier von Toulouse durch ein 6:4, 6:4 im Finale über den Tschechoslowaken Thomas Smid.

Abary in Washington

Düsseldorf (dpa) – Der fünfjährige Hengst Abary aus dem Gestüt Fährhof wird unter Championjockey Georg Bocskai am 16. November beim Washington DC International im US-Bundesstaat Maryland starten. Die über 2400 Meter führende Prüfung galt lange Zeit als eines der bedeutendsten Galopp-Einladungsrennen der Welt.

Schockemöhle Vierter

London (sid) – Der Brite David Bowen gewann auf Boysie den Großen Preis des internationalen Springreiterturniers in London vor seinem Landsmann Malcolm Pyrah auf Towerlands Anglezarke. Europameister Paul Schöckemöhle aus Mühlen belegte auf Deister Rang vier.

Schwerer Sturz

Hannover (dpa) – Die 22jährige Rennreiterin Carola Frobel aus Hannover hat sich bei einem Sturz während eines Jagdrennens auf der Galopp-Rennbahn von Langenhagen eine Schädelprellung und schwere innere Verletzungen zugezogen. Die Ärzte der Medizinischen Hochschule Hannover sollen ihren Zustand als sehr ernst bezeichnet haben.

Daume kandidiert erneut

Bonn (dpa) – Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland, kandidiert am Freitag in Bad Godesberg zum dritten Mal für das Präsidialamt der Deutschen Olympischen Gesellschaft (DOG), deren Vorsitz er seit 1979 führt. Die DOG, 1951 gegründet, widmet sich seit einigen Jahren in erster Linie der Fortbildung des sportlichen Führungsnachwuchses und der Förderung des Schul- und Behindertensports.

DAVISCUP-FINALE

Sind Würfel für München gefallen?

dpa, München

Offiziell fällt die Entscheidung über den Austragungsort des Daviscup-Finales zwischen Deutschland und Schweden erst heute nachmittag um 15.00 Uhr im Flughafen-Hotel in Stuttgart, aber München rüstet sich bereits siegessicher für das größte Tennis-Spektakel des Jahres. Vizepräsident Heinz Gass (57) wird als Ressortleiter Finanzen im Deutschen Tennisbund (DTB) bei der Sitzung in der Schwaben-Metropole zwischen der Olympiahalle in München und der Westfalenhalle in Dortmund die „wirtschaftlichen Überlegungen" nach einem Sachvortrag der beiden Bewerber offiziell entscheiden müssen, aber intern hat sich das DTB-Präsidium bereits für die bayerische Landeshauptstadt ausgesprochen.

„Willkommen zum Finale in München" – auf diese Form ist das Verbandsorgan des Bayerischen Tennisverbandes (BTV) mit einem Grußwort seines Präsidenten Georg von Waldenfels in der neuesten Ausgabe bereits vorgeprescht. „Das Finale wird ein richtiges Weihnachtsgeschenk für Tennisfreunde – auch wenn nicht alle 318 000 Mitglieder des Bayerischen Tennisverbandes in die Olympiahalle kommen können", frohlocken die bayerischen Tennis-Funktionäre, die angesichts der organisatorischen Probleme beim Halbfinale in Frankfurt für München beim Finale vom 20. bis 22. Dezember darauf verweisen, daß an der Isar alles zum besten bestellt sei. Die Münchner können sich dabei zudem auf Boris Becker, Andreas Maurer, Michael Westphal und Hansjörg Schwaier sowie ihren Trainer Pilic stützen, die München vorziehen.

In dem Wettrennen um das erste Daviscup-Finale auf deutschem Boden hatte zunächst Dortmund die Nase vorn mit 13 000 Sitzplätzen. Doch inzwischen zog München nach mit dem auf die gleiche Größenordnung erweiterten Fassungsvermögen. Inzwischen sind die Bayern auch von ihrer ansonsten obligatorischen Hallenmiete von 200 000 Mark für die Drei-Tage-Veranstaltung abgerückt. Bei einem durchschnittlichen Eintrittspreis von 300 Mark für die Dauerkarte (für drei Tage) erwartet der Deutsche Tennisbund eine Rekordeinnahme von rund 3 Millionen Mark.

TENNIS

Leichter Sieg für die CSSR über die USA

sid, Nagoya

Der krönende Abschluß dauerte nur noch zehn Minuten. Die 23jährige Pragerin Hana Mandlikova beendete das beim Stande von 3:0 im zweiten Satz tags zuvor wegen Dauerregens abgebrochene Match auf dem Centre Court des Nagoya Green Tennis Club gegen die zwei Jahre ältere Kathy Jordan souverän mit 7:5, 6:1, und die CSSR hatte beim 23. Federation Cup durch den Finalsieg über den elfmaligen Rekordgewinner USA den Hattrick geschafft.

„Die Woche war eine reine Freude, die reinste Erholung, denn wir haben ein enorm starkes Team", freute sich die Weltranglisten-Dritte und US-Open-Gewinnerin nach dem insgesamt vierten Erfolg in dem seit 1963 ausgetragenen Wettbewerb. Das sieggewohnte CSSR-Quartett teilte sich die 100 000-Dollar-Siegprämie der insgesamt 250 000 Dollar Preisgelder.

Die in nunmehr 29 Cup-Matches nur viermal und seit drei Jahren in 15 Spielen überhaupt nicht mehr besiegte Supertechnikerin spielte dabei freilich ein wenig ihre überragende Rolle herunter. Denn die 22 Jahre alte Masters-Finalistin Helena Sukova, Nummer neun der Weltrangliste, hatte zwar im Endspiel gegen die USA mit 6:3, 6:7, 6:4 gegen die debütierende Linkshänderin Elise Burgin für das 1:0 gesorgt und damit den Grundstein gelegt. Doch die Doppelpartnerin der Saarbrücker Weltranglisten-Fünften Claudia Kohde war in Japan während der gesamten Woche weit von ihrer Bestform entfernt.

„Ich habe wirklich gut gespielt und kann mir nicht den geringsten Vorwurf machen", sagte die Doppel-Wimbledonsiegerin Kathy Jordan, „aber ich konnte machen, was ich wollte, Hana wußte auf alles eine noch bessere Antwort." Das abschließende 6:2, 6:3 von Kathy Jordan uhnd Elise Burgin gegen Regina Marsikova/Andrea Holikova konnte die vierte Niederlage der Amerikanerinnen in ihrem 15. Endspiel nur noch für die Statistiker etwas aufpolieren.

Ohne Steffi Graf, Claudia Kohde, Bettina Bunge und Sylvia Hanika war das deutsche Team (mit Myriam Schropp, Petra Keppler und Andrea Betzner) bereits in der ersten Runde mit einem 0:3 gegen Großbritannien ausgeschieden.

ZAHLEN

SPORTGYMNASTIK

WM in Valladolid/Spanien, Gerätefinals: Seil: 1. Guerguieva (Bulgarien) 20,00 Punkte, 2. Lobath (UdSSR) 19,90, 3. Ignatova (Bulgarien) 19,85. – Ball: 1. Ignatova und Guerguieva beide 19,95, 3. Dittrich („DDR") und Beloglasowa (UdSSR) beide 19,90. – Keulen: 1. Guerguieva und Ignatova beide 20,00, 3. Druschinina (UdSSR) 19,90. – Band: 1. Panova (Bulgarien) und Beloglasowa beide 20,00, 3. Guerguieva 19,95.

TENNIS

Federation-Cup in Nagoya, Finale: CSSR – USA 2:1 (Sukova – Burgin 6:3, 6:7, 6:4, Mandlikova – Jordan 7:5, 6:1, Marsikova/Holikova – Jordan/Burgin 2:6, 3:6).

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 0, 1, 1, 2, 2, 2, 0, 2, 0, 1. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 16, 19, 20, 23, 24, 29, Zusatzspiel: 8. – **Rennquintett:** Rennen B: 35, 22, 31.

(Ohne Gewähr.)

Fernsehen und Völkerverständigung: Ein sowjetischer Tag morgen im ZDF

Die „Biene Maja" als Kulturträger

Elke Kast, die hübsche Ansagerin des Zweiten Deutschen Fernsehens, hat dieser Tage in einem kleinen Intensivkurs ihr Schul-Russisch (sie ist in der „DDR" aufgewachsen) wieder aufpoliert. An diesem Dienstag darf sie es anwenden. Sie wird im sowjetischen Fernsehen die Sendungen des sogenannten „Westdeutschen Tages" moderieren, auf deutsch und auf russisch.

Zur gleichen Zeit werden die Zuschauer des ZDF die 25jährige russische Schauspielerin und Fernsehjournalistin Tatjana Romashina als Moderatorin des „Sowjetischen Tages" bestaunen können, ebenfalls in beiden Sprachen.

Aber im Grunde ist dieser Platztausch zweier wohlproportionierter und intelligenter junger Damen für einen Tag auch das einzige, was den Erwartungen eines wirklichen Austausches von einem deutschen und einem sowjetischen Tagesprogramm entsprechen kann. Immerhin, es ist ein Versuch – der erste übrigens, den das ZDF auf diesem Feld unternimmt. Ein französischer, ein ungarischer und ein polnischer Tag wurde jeweils veranstaltet, ohne daß der Partner am gleichen Tag Sendungen des ZDF übernahm.

Mit den Sowjets ist es mühsam. Die Vorbereitungen laufen seit über einem Jahr. Die endgültigen Abmachungen wurden im Rahmen eines „Arbeitsprotokolls" zwischen dem ZDF und dem „Staatlichen Komitee der UdSSR für Fernsehen und Hörfunk" am 18. März getroffen. In der Zwischenzeit hat jede der beiden Seiten sich aus dem Angebot der anderen das für sie passend Erscheinende ausgesucht.

Das ZDF hat sich Mühe gegeben, einen möglichst vielfältigen Einblick in sowjetische Produktionen zu geben, und von sich aus sowjetische Themen in eigene aktuelle Sendungen eingebaut.

Der „Sowjetische Tag" beim ZDF beginnt um 13.35 Uhr mit dem Kinderfilm „Licht im Fenster". Er zeigt eine Vierzehnjährige im Konflikt mit der neuen Freundin ihres Vaters.

Um 15 Uhr folgt die Sendung „Clowns, Musik und Akrobaten" aus dem berühmten Moskauer Staatszirkus. Die Einstundensendung wurde vor zwei Jahren vom sowjetischen „Gosteleradio" für das Silvesterprogramm aufgezeichnet: Machart, aber auch der hohe Leistungsstandard ist wie gehabt, wenn der weltbekannte Zirkus auch immer nach neuen Formen der Artistik sucht. Beliebte Unterhaltungsstars der sowjetischen Entertainmentszene ergänzen das Programm.

Sowjetischer Tag – ZDF, ab 13.45 Uhr

Im Hauptabendprogramm (Beginn 19.30 Uhr) wird der Spielfilm „Ein Privatleben" ausgestrahlt. Regisseur ist der bekannte Julij Raisman. Das Thema: Ein sowjetischer Industriefunktionär wird in Rente geschickt. Rollenverlust, gleichzeitig aber auch der Gewinn neuer menschlicher Perspektiven in einem Privatleben, das dieser Mann bisher nicht kannte. Ein tiefer, eindrucksvoller Einblick in den sowjetischen Alltag.

Die ZDF-Eigenproduktion WISO (21.15 Uhr) befaßt sich ausschließlich mit sowjetischen Themen. Beispiel: Wie macht ein Manager aus der Bundesrepublik in Moskau Geschäfte? Außerdem ist ein Überblick über den sowjetischen Büchermarkt geplant.

Um 22.05 Uhr folgt der zweite sowjetische Spielfilm, ein „modernes, musikalisches russisches Märchen" aus dem Jahre 1981 mit dem Titel „Das verklungene Lied", diesmal im Originalton mit deutschen Untertiteln. Es geht um ein Kind armer Fischer, das von Geburt an nicht sprechen, sondern nur singen kann und alles mit Gesang auszudrücken versucht.

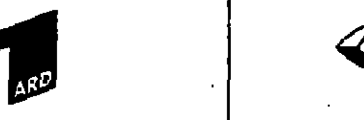
Zum Programmschluß um 23.15 Uhr schließlich eine Sendung über die Geschichte des berühmten Bolschoi-Theaters mit Ausschnitten aus zahlreichen Opern- und Ballett-Aufführungen sowie einem Einblick in die Probenarbeit.

Die sowjetischen Partner waren bei ihrer Auswahl aus dem sehr reichhaltigen Angebot des ZDF auffallend bescheiden und zurückhaltend. Sie zeigen ihren Zuschauern den hierzulande am 15. März dieses Jahres ausgestrahlten ZDF-Fernsehfilm „Die Spur der Anderen" mit Nicole Heesters, Manfred Zapatka und Monika Schwarz – ein Familiendrama mit ein wenig Thriller-Akzent. Regie führte *Daniel Christoff.*

Daneben suchten sich die sowjetischen TV-Macher nur noch ganz Unverfängliches: Sie senden hintereinander gleich mehrere Folgen der vom ZDF zusammen mit ausländischen Partnern produzierten Zeichentrick-Serie „Biene Maja".

JOACHIM NEANDER

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Der Stolz der dritten Kompanie
Deutscher Spielfilm, 1931
11.50 Vorsicht, Falle!
12.20 Irgendwo in Europa
Bastelica will nicht sterben
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wegen Reichtum geschlossen
Zwei Lottokönige erzählen
Film von Michael Lentz
In der Nähe von Papenburg (Ostfriesland) wohnen zwei „Lottokönige" kaum 20 Kilometer voneinander entfernt. Walter Knoblauch war 1956 der erste, der den 500 000-Mark-Gewinn machte. 1974 ertippte sich Heinz Wilken mit sechs Richtigen 1,5 Millionen Mark.
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Walt Disneys Micky- und Donald-Show
17.25 Da schau her!
Die Sendung für Neugierige stellt diesmal unter anderem zwanzig tolle Schülererfindungen aus Fürstenzell vor, zum Beispiel die bellende Alarmanlage.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Das beliebte Unterhaltungsspiel mit Sigi Harreis
Heute: Oberbürgermeister gegen Mütter
Stargast: Heike Schäfer
21.00 Report
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
Die geheimnisvolle Fremde
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Unter deutschen Dächern
Tote Hosen in Paris
Was man in Goethes Namen darf
Film von Roman Brodmann
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

13.45 Licht im Fenster
Sowjetischer Spielfilm für Kinder nach einer Erzählung von Tatjana Tess
15.00 Clowns, Musik und Akrobaten
Attraktionen, präsentiert im Moskauer Staatszirkus
16.00 heute
16.04 Pinnwand
Mit Maren Bienhold
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
19.00 heute
19.30 Ein Privatleben
Sowjetischer Spielfilm (1982)
Mit Michail Uljanow, Ija Sawwina, Irina Gubnowa u. a.
Regie: Juli Raisman
21.15 WISO
Bundestagsdebatte über Wirtschaft – einmal anders. Wirtschaftspolitiker aller Fraktionen im Tiroler Seefeld / Aus fremden Ländern frisch auf den Tisch – neue Absatzchancen für Entwicklungsländer / Arbeitsplatz. Moskau – aus dem Alltag eines deutschen Unternehmensrepräsentanten / Tip: Wohngeld '86 – warten lohnt sich
21.45 heute-journal
22.05 Das verklungene Lied
Ein modernes russisches Märchen von Radij Kuschnerowitsch und Rodion Nachapetov (1981)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
23.15 Das Bolschoi
Ein kleiner Ausflug in Geist und Geschichte des großen russischen Theaters
23.45 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
22.15 Drei vor Mitternacht

NORD
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
21.15 Toma
22.00 Juristenstammtisch
22.45 Schach dem Weltmeister

HESSEN
20.00 Martin Luther (1)
21.30 Drei aktuell
21.45 Filmmagazin
22.30 Abschied vom Prinzipiellen
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Die Sprechstunde
Die Herzstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in ...
Jugendkriminalität
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Samson und Delilah
23.20 Avanti! Avanti! (19)

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Aeneas, Held von Troja
20.30 Die Sandburg
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
Z. E. N.
22.35 Im Gespräch

SAT 1

13.30 Perrine
Der Junge vom Zirkus
14.00 Der Junge mit dem Karpfen
15.00 Papermoon
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Alle meine Lieben
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Ein Mann allein
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
21.30 APF blick:
22.15 Rommel ruft Kairo
Deutscher Spielfilm (1958)
23.55 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 ABC und Fantasy
19.00 heute
19.30 Als Österreich noch nicht Österreich war
20.30 Ringstraßenpalais
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 September Morning
Italienischer Spielfilm (1981)
Titelsong: Neil Diamond
22.10 RTL-Spiel
22.18 Open end
22.42 Wetter
22.45 Horoskop
22.50 Betthupferl

KRITIK

Gipfeltreffen der Gangster im Banksafe

Also zuerst, da hat der Bankfilialleiter Roulett gespielt und viel Geld verloren, das er zuvor seiner Bank geklaut hatte. Dann erfuhr das ein Gangster und zwang ihn erpresserisch, noch einmal, aber diesmal halbe-halbe, ins Safe zu fassen.

Aber als es dann soweit war im Drehbuch, da hatte auch ein zweiter Gangster, mit dem ersten weder verwandt noch verschwägert, die Idee eines hübschen Raubes, in der gleichen Filiale versteht sich, zur gleichen Stunde, da ist so'n Drehbuch unbestechlich. Für dieses zeichnen Hans Kelch und Peter Hebel verantwortlich.

Wie denn also der eine Raub vonstatten geht und der zweite auch und die Bösewichte sich unwissentlich gegenseitig überfahren, kommt die große Stunde, genauer die 75. Minute des K.-H. von Hassel, alias Kommissar Bergmann, er blickt kurz auf und klärt das ungeduldig gewordene TV-Publikum auf: So war's.

Da muß denn der so lieb aussehende Peter Fricke ins Kittchen, seine Freundin Christiane Krüger sucht sich im Spielcasino einen neuen Geldfreund, die liebe Erika Skrotzki, die so gerne mit Mann und Stehlegeld nach Australien wollte, muß im Lande bleiben. Nur die Lia Wöhr bleibt kühl: Sie brauchte aber auch nur für Minuten auf den Bildschirm.

Das war die Tatort-Folge **Schmerzensgeld** (ARD). Aber dieses ist nicht einklagbar. VALENTIN POLCUCH

Der Prinz mit den goldenen Fingern

Er habe Glück gehabt, sagt der Mann mehrmals und sieht dabei so unglücklich aus wie kaum einer. Er spricht stockend, fast unbeholfen und stakt wie ein Buchhalter aus der Provinz durch die hohen Flure des feudalen Hamburger Hotels: **Eine Nacht im Atlantic** (ZDF) nannten *Hans-Christoph Blumenberg (Buch)* und Heinrich Breloer (Regie) die Begegnung mit einem scheuen Erfolgreichen, mit Bestsellerautor Johann Mario Simmel.

Achtzehn Romane hat der heute 61jährige seit 1946 geschrieben. Seine Bücher haben eine Auflage von rund 60 Millionen erreicht, sie sind in 26 Sprachen übersetzt worden. Und obwohl er den Erfolg wollte, ja dringend brauchte, weil er sich sonst zu Tode gesoffen hätte, entschuldigt er sich auch immer wieder dafür. Weil er einen „Haufen Kollegen kennt, die hundertmal begabter sind als er, die aber Pech gehabt haben."

Doch es war einmal, da küßte die Prinzessin den besessen schreibenden Frosch Simmel (um sein Lieblingsmärchen zu zitieren), und fortan vergoldete jedes Produkt seiner flinken Finger zu einem Bestseller. Der Prinz fertigt Konsumliteratur, jenes Genre, dem die Feuilletons den Aufstieg vom Souterrain in ihre Belle Etage hochnäsig verweigern. Im Falle des Johann Mario Simmel vielleicht auch deshalb, weil sie der scheinbare Widerspruch zwischen glaubwürdig vorgetragenem Engagement (überzeugter Sozialdemokrat, Antifaschist und nicht zuletzt Moralist) und trivialer Verpackung hilflos macht.

Blumenberg/Breloer hingegen bedienten sich eines Tricks, dem Phänomen Simmel beizukommen: Sie interpretieren den Erfolgsschreiber durch seine *Phantasiegestalten.* Simmel schaut sieben seiner Roman-Helden (dargestellt von Matthias Fuchs) zu und kommentiert den raffiniert gedrehten Szenenreigen. Das Thema bleibt im Grunde stets das gleiche, erscheint bloß in immer anderen Verkleidungen: Dieser vervielfältigte Simmel leidet unsäglich, doch wortreich an der Welt.

Der wirkliche Johannes Mario Simmel vermag nur so viel dazu zu sagen: Er würde sterben, wenn man ihm das Schreiben verbietet.

CORNELIA REISER

25 Jahre deutscher Geschichte per Bildschirm verfolgt: „Report"-München feiert sein Silberjubiläum

Politikern wurde hier das Leben nie leicht gemacht

In Bayeren weiß man bekanntlich die Feste zu feiern, wie sie fallen. Das gilt gewiß auch für das TV-Magazin „Report"-München als das „Flaggschiff des Bayerischen Rundfunks". Es gilt für Redaktionsleiter Günther von Lojewski, Produktionsleiter Gerd Zamoszek und die Redakteure Hans-Klaus Mertes, Klaus Wiendel, Andreas Weiß, Robert Franz und Wilfried Böhm. Sie alle schwimmen heute Abend ein wenig in Nostalgie, „Report" feiert sein Silberjubiläum, zwar nicht auf den Tag exakt, aber immerhin nur mit Tagen Abweichung vom eigentlichen Geburtstag. So gibt es bei der heutigen Jubiläumssendung – der 292. Sendung überhaupt – einen Blick zurück auf Highlights aus 25 Jahren deutscher – von „Report" begleiteter – Geschichte. Aber auch bei zukünftigen Themen will Günther von Lojewski – der protestantische Ur-„Preiß" und gebürtige Berliner in München – zeigen, daß er „seine Nase im Wind" hält für zukünftige Entwicklungen sowohl im Freistaat Bayern als auch in der Bundesrepublik. „Es stirbt der Wald und dann der Berg", „Warum schmeckt unsere Milch nicht mehr?", „Freising und sein Flughafen", „Ein neues Rentensystem? – von Bangemann zu Biedenkopf", „Streit um das Betriebsverfassungsgesetz" lauten die Titel.

Es war am 25. Oktober 1960, als „Report"-Vorläufer „Anno – Filmberichte zu Nachrichten von gestern und heute" erstmals über die Mattscheibe flimmerte. Das Magazin berichtete damals über die Lage im Kongostaat – der 1960 aus der belgischen Kolonialherrschaft in Chaos stürzte –, über Formosa – deren vorgelagerte Insel unter Festlandbeschuß standen –, über Jordanien und über Adolf Eichmann – der grade im argentinischen Versteck aufgespürt worden war.

Helmut Hammerschmidt, damals Redaktionsleiter, hatte mit „Anno" und dann mit „Report", so der Name seit dem 9. Juli 1962, erstmals den aus dem Angelsächsischen übernommenen Sendetyp des Magazins in die deutsche TV-Landschaft eingeführt.

Report – ARD, 21.00 Uhr

1961 beteiligte sich der Süddeutsche Rundfunk in Stuttgart, der Westdeutsche Rundfunk schloß sich 1962 an. Noch die erste „Kreuzfeuer"-Sendung mit Claus Hinrich Casdorff und Rudolf Rohlinger lief unter dem „Report"-Firmenschild. Doch im Mai 1965 emanzipierte sich der WDR mit dem „Monitor". 1966 übernahm der Südwestfunk die Stuttgarter „Report"-Redaktion, die seit 1972 Franz Alt leitet.

Im Laufe der Jahre wandte sich „Report"-München immer mehr innenpolitischen Themen und auch Sinnfragen zu – Max Horkheimer sprach über Studentenunruhen, Jeanne Hersch zum Thema „Angst".

Das Profil von „Report"-München prägten nach Hammerschmidt Dagobert Lindlau, Peter Krebs, Hans Heigert, Klaus Stephan und schließlich seit 1977 Günther von Lojewski. Er verkörpert den Typus des Noblen, ressentimentfreien, gleichwohl innerlich beteiligten Zeit-Interpreten, der nicht nur Fragen stellt, sondern auch Lösungen anbietet, aber dabei keine Heilslehren suggeriert.

Er entstammt einer alten Publizisten-Dynastie, welche durch einen im Siebenjährigen Krieg geadelt Obristen gegründet wurde. Für seine Position beim Bayerischen Rundfunk hatte sich Günther von Lojewski lange und sorgfältig vorbereitet, schon bei seiner Dissertation bei dem Bonner Historiker Max Braubach mit dem Thema „Bayerns Weg nach Köln". Nach einer einjährigen Universitätsassistenz erfolgte ein Volontariat im alten Stil bei der Hannoverschen All*gemeinen, wo von Lojewski ab 1961* das Feuilleton betreute. 1964 wechselte er ins innenpolitische Ressort der Frankfurter Allgemeinen über, von 1969 bis 1974 leitete er die „heute"-Redaktion beim ZDF.

Den Theodor-Wolff-Preis für hervorragende journalistische Leistungen hatte er übrigens für ein FAZ-Feuilleton über Tennis erhalten. In diesem Sport hatte er es fast so weit gebracht, wie im Journalismus. Den langjährigen deutschen Spitzenspieler und jetzigen Davis-Cup-Mannschaftskapitän Wilhelm Bungert schlug er Mitte der fünfziger Jahre in einem Fixturnier in Bochum. In Kitzbühel, wo selbst Boris Becker in der ersten Runde scheiterte, brachte es von Lojewski auf Platz 3. „Damals erhielt ich 2,33 Mark, heute wären es wohl 30 000 Dollar."

Trotz seiner soignierten Art scheut von Lojewski manchmal nicht die Konfrontation. Der damalige Bundesinnenminister Werner Maihofer verließ bei der Frage, ob er nach einem bekannt gewordenen illegalen Lauschangriff die Konsequenzen ziehen würde, fluchtartig das Studio. Fast genauso ungehalten gab sich Hans-Jochen Vogel. Selbst CSU-Chef und Ministerpräsident Strauß äußerte sich schon mal grantig über das einfache CSU-Mitglied Günther von Lojewski.

Recht massiv sind mitunter auch die Angriffe aus dem Publikum: „Von Neonazi bis zum A... entdeckt *man alles in der Post. Ich antworte* aber auf jeden Brief mit Absender so sachlich wie möglich und erhalte darauf öfters eine Entschuldigung."

Von Lojewski und sein Team hatten dank ihrer korrekten Berichterstattung niemals mit Gegendarstellungen, geschweige denn mit Prozessen zu tun. Sie sind stolz auf die große Publikumsresonanz und auf die hohe Einschaltquote, welche in der ersten Hälfte dieses Jahres 25 Prozent erreichte – und damit weitaus über der anderer Polit-Magazine lag.

GISELHER SCHMIDT

DER NEUE LANCIA THEMA IST EIN LIEBLINGS-THEMA DER DEUTSCHEN AUTO-JOURNALISTEN:



Beispiel Neue Heimat: Arbeitsplätze gestrichen

Das Vorgehen der gewerkschaftseigenen Unternehmen

UWE BAHNSEN, Hamburg

„Schafft endlich Arbeitsplätze!" – so lautet das Motto eines gemeinsamen Aufrufs, den der DGB, die SPD, die Arbeiterwohlfahrt und weitere Organisationen in Hamburg für die Abschlußkundgebung der gewerkschaftlichen „Aktionswoche" am kommenden Wochenende veröffentlicht haben. Die Hansestadt ist nicht nur einer der Schwerpunkte der DGB-Veranstaltungen, sondern zugleich Sitz großer Gewerkschaftsunternehmen. Die Frage liegt nahe, was die Gewerkschaften selbst in den von ihnen kontrollierten Konzernen tun, um einen fühlbaren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Das Veranstaltungsprogramm für diese Woche enthält aber solche Themen nicht: Jede Diskussion darüber würde Hinweise des gewerkschaftseigenen Bauriesen „Neue Heimat" geben.

Gebot der Stunde

Die Gewerkschaftsparole, es sei „das Gebot der Stunde", Arbeitsplätze zu schaffen, liest sich im „Personal- und Sozialbericht" der „Neuen Heimat" für das Jahr 1984 so: „Die 1982 eingeleiteten personalwirtschaftlichen Maßnahmen greifen". Man habe „durch Urlaubsgeldkürzungen, Abbau von Besitzständen" und weitere Maßnahmen „das Gehaltskostenniveau weiter an das Niveau der Branche herangeführt."

Wie die „personalwirtschaftlichen Maßnahmen" bislang gegriffen haben, zeigen die Beschäftigtenzahlen im NH-Konzern: Der gemeinnützige Unternehmensbereich, die NHG, beschäftigte 1980 noch 4982 Mitarbeiter einschließlich der Auszubildenden, der Aushilfen und anderer Nebenberufler. Diese Zahl ging bis 1982 auf 4631 und bis Ende 1984 auf 4231 zurück. Und schon hat Konzernchef Diether Hoffmann klipp und klar erklärt, daß von den jetzt rund 3600 Mitarbeitern der NHG-Stammbelegschaft, also ohne Auszubildende und Aushilfen, noch einmal 600, also jeder sechste, nicht werden bleiben können. Das soll, wie der bisherige Personalabbau seit 1982, auch unter „Verzicht auf betriebsbedingte Entlassungen", durch Ausnutzung der natürlichen Fluktuation, Vorruhestand, Umsetzungen und andere Maßnahmen geschehen. Insgesamt: Arbeitsplätze werden gestrichen.

Breits Einsichten

Die Methoden von Erich Frister, des obersten Personalchefs der Neuen Heimat, zur Senkung der Personalausgaben entsprechen exakt dem Stil, in dem NH-Chef Diether Hoffmann durch rigorose Wohnungsverkäufe gegen alle Proteste von Politikern, Verbänden und Mietern den wankenden Gewerkschaftskoloß zu stabilisieren sucht. Seine Begründung, mit einem Hinweis auf die Lage des Unternehmens: „Wir können doch nicht heile Welt spielen." Der den „Personalrotstift" handhabende Erich Frister war vor seinem Eintritt in den NH-Konzern Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die in dieser Woche in vorderster Linie gegen die „Arbeitsplatzvernichtung" und den "Sozialabbau" zu Felde ziehen will.

Der NHG-Aufsichtsratsvorsitzende, DGB-Chef Ernst Breit, hat gegenwärtig die Aufgabe, gemeinsam mit dem NH-Vorstandsvorsitzenden Diether Hoffmann vor allem bei prominenten SPD-Politikern, so jüngst bei Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel, um Verständnis für das Geschäftsgebaren der Hamburger NH-Topmanager zu werben. Dabei geht es kaum darum, Arbeitsplätze zu schaffen. Statt dessen aber sind Ernst Breit Einsichten gekommen, so vor kurzem nach einer Konferenz führender *Gewerkschaftsfunktionäre mit* dem NH-Management in Frankfurt. Im Anschluß daran meinte der DGB-Chef, „in Teilbereichen" sei „wohl der Blick für das Machbare verlorengegangen". Der „Erwartungshorizont" sei noch immer zu hoch.

USA: Verhältnis zu Rom und Kairo soll nicht leiden

Diplomatische Schadenskontrolle von der Klausur über Genf

FRITZ WIRTH, San Francisco

Die Reagan-Administration hat begonnen, die internationalen diplomatischen Bruchstellen im Schlagschatten des amerikanischen Terroristenfangs zu kitten. Sie will den radikalen Kräften im Nahen Osten nicht den Triumpf gönnen, daß der so erfolgreiche Angriff gegen den Terrorismus mit länger andauernden Störungen in ihrem Verhältnis zu Ägypten und Italien bezahlt wird.

Präsident Reagan hat bereits am Sonntag ein persönliches Schreiben an Präsident Mubarak gesandt. Einzelheiten des Briefes wurden vom Weißen Haus nicht bekanntgegeben. *Man darf jedoch annehmen,* daß Reagan, der Mubarak vor drei Wochen bei dessen Besuch in Washington „einen guten Freund" genannt hatte, die von Mubarak beabsichtigte Freigabe der Terroristen an die PLO als das Ergebnis von Mißverständnissen begreift und den von der amerikanischen Presse gemachten Vorwurf der Irreführung oder gar der Lüge in dieser Affäre nicht akzeptiert.

Ebenso ist zu erwarten, daß das gestörte Verhältnis zwischen Rom und Washington schon in den nächsten Tagen entspannt wird. Die Reagan-Administration möchte jedenfalls verhindern, daß die Verärgerung über die Freigabe des palästinensischen Guerrilla-Chefs Mohamed Abul Abbas das Treffen der westlichen Regierungschefs in New York im Vorfeld des Genfer Gipfels belastet. Bei diesem New Yorker Treffen wird auch Ministerpräsident Craxi Gast des amerikanischen Präsidenten sein.

Diese diplomatische Schadenskontrolle kann jedoch nicht über die spürbare Betroffenheit und Verärgerung in der Reagan-Administration über das Verhalten der italienischen und ägyptischen Regierungen hinwegtäuschen. Nach amerikanischer *Auffassung ist hier eine* Chance vergeben worden, die Terroristen im Nahen Osten gegen eine Wand internationaler Loyalität auflaufen zu lassen.

In Washington ist man vor allem betroffen über die Eile, mit der die Italiener Abbas und seinen Komplizen nach Jugoslawien abschoben zu einem Zeitpunkt, da die amerikanischen Behörden noch Material nach Rom sandten, mit dem sie ihr Auslieferungsbegehren dokumentierten, aus dem hervorgeht, daß sie Abbas für den Organisator der Geiselnahme halten. Amerikanische Beamte nannte das Verhalten der Italiener „unbegreiflich".

Das gleiche Material wurde unverzüglich nach Belgrad weitergeleitet und war schon in Händen der jugoslawischen Regierung, noch bevor Abbas in Belgrad eintraf. In Washington schätzt man jedoch die Chancen, Zugriff zu diesen Terroristenführer zu bekommen, „realistisch" ein, *mit anderen* Worten, man beachtet sie als aussichtslos.

Trotz der diplomatischen Entspannungsbemühungen der USA werden politische Scherben auf der Bühne zurück bleiben. Es gilt als sicher, daß die von König Hussein und Präsident Mubarak eingeleitete Initiative zu einer Friedenslösung im Nahen Osten zumindest vorläufig auf Eis gelegt worden ist. Die Ankündigung eines leitenden Beamten der Reagan-Administration am vergangenen Dienstag, daß hier innerhalb der nächsten vier Wochen „signifikante Fortschritte" zu erwarten seien, kann vergessen werden. Sie ist durch die Ereignisse überholt worden.

Die Terroraktion und Geiselnahme auf der „*Achille Lauro*" hat gezeigt, daß die PLO und ihr Chef Arafat, die bei dieser Initiative von Hussein mit ins Spiel gebracht worden waren, in der Rolle des „Friedensmachers" unglaubwürdig ist. Arafat ist offenbar weiterhin auf Terror programmiert, wie aus Aussagen amerikanischer Geiseln auf der „Achille Lauro" hervorgeht. Danach haben die vier Terroristen offen erklärt, daß sie diese Aktion im Auftrag Arafats durchführten.

Zu den Leidtragenden dieser Affäre könnte auch Hussein gehören. Die ihm von der Reagan-Administration zugesicherte Waffenlieferung in Höhe von 1,5 bis 1,9 Milliarden Dollar hätte auch ohne die Terroraktion im Mittelmeer Schwierigkeiten gehabt, vom Kongreß bestätigt zu werden.

Zuzug von Ausländern soll begrenzt werden

Regierungsstudie: Aufenthaltsrecht differenzieren

GÜNTHER BADING, Bonn

Eine Neuregelung des Ausländerrechts muß nach Ansicht von Regierungsexperten darauf abstellen, das bisher einheitliche Aufenthaltsrecht nach den verschiedenen Zwecken des Aufenthalts zu differenzieren. Weiter, so heißt es in einer Studie zur Situation der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer, gehe es darum, den Aufenthaltsstatus der auf Dauer bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien zu „verfestigen", den Familiennachzug gesetzlich zu regeln und die Ausweisungstatbestände nach Schwere und Rechtsfolgen sowie nach den Verhältnissen der betroffenen Personen zu konkretisieren.

Es bleibe in jedem Falle „unverzichtbar", heißt es in dem Arbeitspapier, daß eine künftige Novellierung des Ausländerrechts alle öffentlichen Interessen, „insbesondere auch Gesichtspunkte des Arbeitsmarktes und der Sicherheit", gebührend berücksichtige. Eine Neufassung dürfe sich nicht nur in einer „verkürzten Sicht" auf die hier lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen beschränken. „Ziel muß es daher sein, nicht nur eine sinnvolle Regelung bestehender Zustände zu treffen, sondern eine tragfähige Lösung für die Zukunft zu finden und damit möglichen Fehlentwicklungen vorzubeugen."

Als Schwerpunkte der Ausländerpolitik werden die Integration der länger bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien, die Begrenzung des weiteren Zuzugs und die Förderung der Rückkehrbereitschaft genannt. Zum letzten Punkt, der Rückkehrbereitschaft, war allerdings vor zwei Wochen in einer Ministerrunde unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl Einigung darüber erzielt worden, daß es für die in der Bundesrepublik *Deutschland lebenden türkischen* Gastarbeiter keine Neuauflage der Rückkehrhilfe geben wird, die bisher von etwa 150 000 Türken in Anspruch genommen worden ist.

In der Ausarbeitung über die Ausländerpolitik wird festgestellt, daß 57 Prozent aller Ausländer schon seit zehn Jahren oder länger in unserem Lande lebten. 65 Prozent der ausländischen Kinder und Jugendlichen seien bereits in der Bundesrepublik Deutschland geboren worden „Zur Integration gibt es deshalb keine Alternative." Dabei gehe es nicht um Assimilation, sondern um Teilhabe der Ausländer an unserem gesellschaftlichen Leben möglichst ohne Verlust heimatlicher kultureller Bindungen. Der Anstieg der Ausländerzahl vor allem zwischen 1977 und 1982 habe zusammen mit der Arbeitsmarktentwicklung den Erfolg der Eingliederungsbemühungen gemindert. Er habe auch die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung beeinträchtigt, die Integrationsaufgabe aktiv mitzutragen. Deshalb sei die konsequente Begrenzung vor allem des beschäftigungsmotivierten Zuzugs von Ausländern unverzichtbar. Grundlage dieser Begrenzungspolitik sei der uneingeschränkte Anwerbestopp, der unabhängig von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung beizubehalten sei. In jedem Falle allerdings lehne die Bundesregierung eine zwangsweise Rückgliederung ausländischer Arbeitnehmer ab.

Neben den hier lebenden ausländischen Arbeitnehmern – die Gesamtzahl der unselbständigen ausländischen Erwerbsbevölkerung lag Ende 1984 bei 1,85 Millionen – sind in der *Studie auch die als Flüchtlinge in die* Bundesrepublik Deutschland gekommenen Ausländer erfaßt. Derzeit halten sich rund 605 000 Flüchtlinge (Stand 10. Oktober 1985) bei uns auf, darunter 59 000 Asylberechtigte und 118 000 Familienangehörige. Hinzu kommen 42 000 heimatlose Ausländer, 5000 vom Ausland anerkannte Flüchtlinge mit Familienangehörigen sowie 31 000 „Kontingentflüchtlinge" (meist aus Südostasien) und 130 000 Asylbewerber in laufenden Verfahren. *Weiter gibt es bei uns 220 000* „de facto-Flüchtlinge", die zwar kein Asyl bekommen, aber aus humanitären oder politischen Gründen nicht in ihre Heimat abgeschoben werden. Damit kommt auf je 101 Einwohner ein Flüchtling.

NATO-Beitritt: Sozialisten gegen Linie Gonzalez

Gö. Madrid

Im Streit um den Verbleib Spaniens in der NATO ist es zum offenen Bruch in der sozialistischen Regierungspartei gekommen. In einem „Manifest der 100" rebellierten die Vorstandsmitglieder der sozialistischen Gewerkschaft UGT, der Jungsozialisten und der „Sozialistischen Linken" gegen den jüngsten NATO-Beschluß des Parteivorstands. Ministerpräsident Felipe Gonzalez hatte *die Spanier aufgefordert,* für den Verbleib in der NATO zu stimmen, sollte es im März 1986 zu einer Volksabstimmung in dieser Frage kommen. Im ständigen Kampf mit der Parteilinken hat Gonzalez jedoch viel von seinem schwungvollen Charisma verloren. Die linken Rebellen, unter ihnen der gewichtige Gewerkschaftsboß Nicolas Redondo, machten in ihrem Manifest gegen die NATO Stimmung. Bei seinem Besuch in Bonn Ende September sprach sich Gonzalez *entschieden* für den Verbleib in der NATO aus. Im Wahlkampf 1982 hatte er noch eine Volksabstimmung angekündigt mit dem Ziel, die NATO wieder zu verlassen. Der Atlantischen Gemeinschaft war Spanien unter einer bürgerlichen Regierung im Sommer 1982 beigetreten. *Sollte Gonzales* bei einem Referendum eine Niederlage hinnehmen müssen, „dann sind Neuwahlen fällig", sagen selbst die Sozialisten.

Palme bildet Kabinett um

mehn. Stockholm

Der bisherige schwedische Außen*minister* Lennart Bodström wird auf den Posten des Bildungsministers wechseln. Dafür wird der bisherige Minister für Gesundheit und Soziales, Sten Andersson Außenminister. Ministerpräsident Olof Palme begründete den Austausch damit, daß das Außenministerium in den vergangenen Jahren „so politisch umstritten" gewesen sei.

Bereits am Sonntag hatte der bisherige Industrieminister Roine Carlsson für den auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen Anders Tunborg das Verteidigungsministerium übernommen. Anfang Oktober war Ingvar Carlsson in das neu geschaffene Amt des Umweltministers und Bengt K. Johannsson als „Lohnminister" in Palmes Minderheitskabinett berufen worden.

Klage gegen Börners Medienpolitik?

DW. Bonn

Auf eine gemeinsame medienpolitische Haltung wollen sich morgen in Wiesbaden die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU in den Landesparlamenten verständigen. Dies kündigte gestern Gottfried Milde, Chef der hessischen CDU-Landtagsfraktion für den Fall an, daß sich die Ministerpräsidenten auf ihrer Konferenz vom 23. bis 25. Oktober in Saarbrücken nicht auf einen Staatsvertrag einigen. Milde richtete sich dabei in erster Linie gegen die hessische SPD-Landesregierung und ihre Ablehnung von zusätzlichen Hörfunk- und Fernsehangeboten. Hessen, so Milde, stelle das „einzige Hindernis" für eine bundesweite Neuordnung des Rundfunkwesens dar, da man sich mit den übrigen SPD regierten Ländern einigen könne. Milde forderte Programmträger auf, in Hessen die Zulassung zu beantragen. Nur dadurch könne gerichtlich geklärt werden, „ob ein einziges Bundesland vorhandene technische Möglichkeiten verweigern dürfe".

Vor dem Wahlsieg ein Wechselbad für Martens

Die Überraschung bahnte sich erst zu später Stunde an

HELMUT HETZEL, Brüssel

Die ersten Hochrechnungen der vorgezogenen belgischen Parlamentswahlen, die am Sonntag gegen 17.00 Uhr in der Brüsseler Rechenzentrale eintrafen, waren so widersprüchlich wie das Land selbst. Gewinne und Verluste der großen Parteien, der Christdemokraten und Liberalen, die zusammen die letzte Regierungskoalition gebildet hatten, wechselten laufend: sie alle verzeichneten manchmal ein Plus und manchmal ein Minus im Vergleich zum Wahlergebnis des Jahres 1981.

Ein einheitlicher Trend war nicht in Sicht. Auch sechs Stunden nach dem Schließen der Wahllokale, die in Belgien, wo Wahlpflicht herrscht, bereits um 13.00 Uhr ihre Pforten verriegelten, stand immer noch nicht fest, wer als möglicher Sieger aus diesem Urnengang hervorgehen wird. Die Spannung stieg stündlich.

Die sieben Millionen wahlberechtigten Flamen und Wallonen mußten in diesem Jahr unter starken Sicherheitsvorkehrungen ihrer Wahl-Pflicht nachgehen. Scharfschützen waren vor dem Ministerium postiert. Die Wahlämter wurden bewacht. Die Sicherheitskräfte eskortierten vor den Rundfunk- und Fernsehgebäuden des Landes. Maßnahmen, die nötig geworden waren, da die belgische Terror-Organisation „Kämpfende kommunistische Zellen" (CCC) in der Woche vor der Wahl gleich zwei Bomben hochgehen ließen und mit weiteren Anschlägen gedroht hatten. Doch diese blieben während des Wahlganges aus. Um 21.30 Uhr jedoch mußte das RTBF-Fernsehen seine Wahlparty unterbrechen. Ein anonymer Anrufer hatte wissen lassen, daß eine Bombe im Studio versteckt sei. Das Fernsehstudio wurde geräumt und nach einer kurzen Unterbrechung und einer gründlichen Durchsuchung fanden die Bombenfahnder allerdings keinen Sprengkörper. Die Wahlanalysen, Hochrechnungen und Kommentare von Journalisten und Politikern gingen weiter als sei nichts geschehen. Die Spannung war durch diesen Zwischenfall eher noch gestiegen.

Etwa zu diesem Zeitpunkt stabilisierte sich auch das sich abzeichnende Wahlergebnis. Die Überraschung bahnte sich an: Martens und die CVP legten zu. Das hatte in Belgien niemand erwartet. Der Trend stabilisierte sich weiter und wurde schließlich zur Gewißheit. Premierminister Wilfried Martens ging als der klare Sieger aus *dieser Wahl hervor. Die an der* Regierung beteiligten flämischen Liberalen (PVV) mußten Stimmeneinbußen in Höhe von über zwei Prozent hinnehmen, aber die Gewinne der größten Regierungspartei, der flämischen CVP, der Partei des Premiers also, machten diese Verluste wieder wett und sie errangen im Brüsseler Parlament sogar noch sechs Sitze hinzu. Auch die wallonischen Schwesterparteien der Regierungskoalition, PSCC und PRL, konnten ihren Stimmenanteil in der Wallonie halten oder gar noch leicht verbessern, so daß ein künftiges Kabinett Martens nun sogar über die stabile Mehrheit von 115 der insgesamt 212 Parlamentssitze verfügen kann – zwei Mandate mehr als 1981. Dennoch buchten auch die Sozialisten in Flamen unter Führung von Karel van Miert erhebliche Gewinne (plus 2,2 Prozent, plus sechs Sitze), aber ihre wallonische Schwesterpartei blieb weit hinter den hochgesteckten Erwartungen der Sozialisten zurück und stagnierte mit 35 Sitze bei dem Ergebnis von 1981.

Martens – ein überraschend klarer Wahlsieger in Belgien FOTO: DPA

Als die großen Verlierer des jüngsten Urnenganges von Flamen und Wallonen gelten die Splitterparteien sowie die Sprachenstreit- und Anti-Raketenpartei Flämische Volksunion (VU). Die Volksunion mußte sich in Flandern mit 3,3 Prozent weniger Stimmen zufriedengeben und verlor damit vier ihrer insgesamt 20 Mandate. Auch fast alle Splittergruppierungen – in Belgien standen mehr als 34 Parteien zur Wahl – werden im neuen Parlament nicht mehr vertreten sein, wo auch die beiden kommunistischen Abgeordneten ihre Plätze in Zukunft werden räumen müssen. Ebenso blieb den Umweltschutzparteien der große Durchbruch versagt. Der Martens-Gegenspieler und Sozialist Karel van Miert gestand seine Enttäuschung trotz der Stimmengewinne ein und bestätigte in einer ersten Stellungnahme auf das Wahlergebnis, daß Martens gut daran getan hat, die Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes zu stellen.

CDU begrüßt Konzept für Arbed Saarstahl

UR. Bonn

Vertreter der Bundes- und der saarländischen Landesregierung haben sich auf ein Konzept zur langfristigen Sanierung von Arbed Saarstahl geeinigt, das eine Reduzierung der Zahl *der Beschäftigten um 600* vorsieht. Auf diese Weise sollen 1987 55,8 Millionen, 1988 weitere 70 Millionen Mark eingespart werden.

Die CDU-Fraktion bezeichnete diese Einigung als einen „Schritt nach vorn". Es sei nun damit zu rechnen, daß die EG-Kommission zusätzliche Beihilfen in Höhe von 350 Millionen Mark genehmigt, erklärte ihr stahlpolitischer Sprecher Wicklmayer im Anschluß an die Unterrichtung der „Stahlfraktion" durch Wirtschaftsminister Hoffmann.

Das Rationalisierungskonzept läßt allerdings wesentliche Fragen der Sanierung offen:

– Bonn weigert sich, die Beihilfen zu zahlen. Saarbrücken gibt vor, sie nicht zahlen zu können.

– Die Landesregierung verlangt von der Bundesregierung die Übernahme des Landesanteils der Entschuldung von mehr als 500 Millionen Mark, während Bonn nur seinen Anteil tragen will.

– Hoffmann will ohne Massenentlassungen auskommen. Eine Beschäftigungsgesellschaft jedoch, die die Arbeitslosen weitervermitteln sollte, ist vom Gesamtbetriebsrat Arbeds, der die Entlassungen über Soziapläne abwickeln will, abgelehnt worden.

Breit gestreut?

Py. – Anders als bei manch anderer neuen Aktieneinführung dieses Jahres hat man beim Düsseldorfer Bankhaus Trinkaus & Burkhardt nicht den Eindruck, man nehme von der Abgeschieden- und Verschlossenheit eines Privatbankiers tränenreichen Abschied. Selbstbewußt – warum eigentlich nicht schon viel früher? – gab man sich gestern. Der erstmals gewährte Blick in die Gewinn- und Verlustrechnung auch nach rückwärts gab Aufschluß über ein an Haupt und Gliedern außerordentlich gesundes Institut.

Gelegentliches Geraune, Trinkaus habe es nötig, über den Börsengang Geld in die Kasse zu bekommen, geht völlig fehl. Größere Kreditausfälle sind ebensowenig zu beklagen wie neue akute Länderrisiken. Auch Vermutungen, der Gang an die Börse stehe in engem Zusammenhang mit Schwierigkeiten des Großaktionärs Midland Bank mit seinen US-Beteiligungen, sind gegenstandslos. Namentlich für Crocker sind ganz andere Summen gefragt gewesen. Die 15 Mill. Pfund aus dem Verkauf des einige Jahre bei Midland geparkten Suez-Pakets von Trinkaus sind nur ein „peanut".

Der Ausgabepreis der neuen Trinkaus-Aktie von 190 DM kann sich sehen lassen. Er ist attraktiv genug, um auch hier einen Run auf die knapp 23 Prozent handelbares Aktienkapital-Volumen vorauszusagen. Schade ist eigentlich nur, daß das an die Börse kommende Volumen so klein geblieben ist. Um „breite Streuung" zu demonstrieren, hätten sich die Briten ruhig etwas kleiner setzen können, ohne an Einfluß und Ertragspotential bei Trinkaus zu verlieren.

Angebote

dos – Das Dementi kam nicht nur prompt, sondern ist gleichermaßen einleuchtend. Mobil Oil, Eigentümerin der Wilhelmshafener Raffinerie, an der die niedersächsische Landesregierung beziehungsweise die von ihr initiierte German Oil GmbH starkes Interesse geltend macht, hat keinerlei Kenntnis von einem „Angebot", das der Geschäftsführer der German Oil, August Friedrich Kurtz, vorliegen haben will. Wenn schon, so wird in Hamburg argumentiert, müßte das Angebot doch wohl von German Oil oder anderen potentiellen Nutzern der Raffinerie kommen und der Empfänger der Eigentümer sein, nicht umgekehrt. Unrealistisch scheint zugleich der Preisrahmen zu sein, der in Hannover mit 100 Millionen Mark angegeben wird und nach dortigen Vorstellungen noch immer zu hoch ist. Der zuletzt von Mobil Oil genannte Kaufpreis bewegte sich bei 250 Millionen Mark. Spätestens Ende dieses Jahres wird die Öffentlichkeit mehr wissen. Dann nämlich sollen die Verträge unterschrieben sein.

Umwelt-Illusionen

Von SABINE SCHUCHART

Für das von der SPD seit längerem propagierte Sondervermögen „Arbeit und Umwelt" macht sich nun auch der DGB in seiner sogenannten Aktionswoche stark, die gestern begann. Bekanntlich zielt der Vorschlag darauf ab, mit Hilfe einer Sondersteuer auf Strom, Benzin, Heizöl und Erdgas Einnahmen von jährlich 4,7 Milliarden Mark zu erzielen, die in Form von zinsgünstigen Krediten und Zuschüssen für beschäftigungswirksame Umweltschutzinvestitionen ausgegeben werden sollen.

Gleich auf zwei Schienen würde eine solche Sondersteuer nach Ansicht der Sozialdemokraten ihre Wirkung entfalten: Einerseits würden mit den erzielten Einnahmen nach ihren Vorstellungen jährliche Investitionen in den Umweltschutz von rund 18 Milliarden Mark mobilisiert und dadurch rund 200 000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Auf der anderen Seite käme es durch die Erhöhung der Energiepreise – so die Argumentation – zu einer Senkung der Energienachfrage und damit einhergehend zu einer Verringerung der Emissionen.

Bei genauerem Hinsehen indes erscheint eine solche verbrauchslenkende Wirkung als eher unwahrscheinlich. Alle bisher bestehenden Energiesteuern vermochten jedenfalls einen solchen Einfluß nur sehr bedingt zu entfalten. Das ist auch nicht weiter erstaunlich, denn Energie zählt zu den Gütern, bei denen die Nachfrage zumindest kurz- und mittelfristig sehr unelastisch auf Preisänderungen reagiert. Nebenbei: Ginge es bei dem SPD-Vorschlag tatsächlich um eine Umweltentlastung, wäre eine an den Emissionen ansetzende Umweltabgabe das weitaus geeignetere Mittel gegenüber einer im Hinblick auf den Schadstoffausstoß relativ undifferenzierten Besteuerung des Energieverbrauchs.

Als sehr problematisch erweist sich dabei, daß zum Beispiel für den Energieträger Strom bezogen auf den Energiegehalt eine überproportionale steuerliche Belastung vorgesehen ist. Der Stromverbraucher wird mithin besonders stark belastet, obwohl bereits die Maßnahmen der Luftreinhaltung im Rahmen der Großfeuerungsanlagenverordnung den Kohlestrom sehr erheblich verteuern. Aus umweltpolitischer Sicht macht es auch wenig Sinn, den relativ umweltfreundlichen Energieträger Erdgas fiskalisch zu belasten, während zum Beispiel der mit hohen Emissionen verbundene Kohleeinsatz im Hausbrand ungeschoren bleibt. Theoretisch könnten von einer solchen Besteuerung sogar negative umweltpolitische Anreize ausgehen.

Im Kern reduziert sich also der SPD-Vorschlag auf vermeintlich zweckgebundene Ausgaben von zusätzlichen Steuereinahmen im Umweltbereich. Finanziert werden sollen dabei vor allem die Sanierung von Altlasten, bei denen der Verursacher nicht ermittelt werden kann, sowie politisch als wünschenswert angesehene Maßnahmen zum künftigen Schutz der Umwelt. Damit weicht das Sondervermögen „Arbeit und Umwelt" ausdrücklich vom Verursacherprinzip ab und verwirklicht das Gemeinlastprinzip.

Völlig übersehen haben die Sozialdemokraten bei ihren Vorschlägen offenbar, daß dem unterstellten umwelt- und beschäftigungspolitischen Nutzen durch die Energiebesteuerung ausgelöste volkswirtschaftliche Kosten gegenüberstehen. Effizienzverluste treten auf, weil Gelder vom privaten auf den öffentlichen Sektor umgelenkt und anschließend über einen kostenaufwendigen und von Mitnahmeeffekten belasteten bürokratischen Umverteilungsprozeß nur teilweise wieder zurückfließen.

Die bei den Energieverbrauchern ausgelösten Entzugseffekte äußern sich in Form von Kaufkraftverlusten bei den privaten Haushalten und Wettbewerbsnachteilen der energieintensiven Wirtschaftszweige. Dazu kommt es zu Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Energiewirtschaft, die ebenfalls die postulierten Beschäftigungseffekte des SPD-Programms in Frage stellen. Die SPD-Argumentation, daß der Umweltschutz dem Verbraucher ein paar Mark wert sein müßte, lenkt jedenfalls geschickt von solchen Kosten/Nutzen-Abwägungen ab; sie erweist sich als politische Propaganda, die ohne sonderliche sachliche Bedenken auf Umwelt-Illusionen in der Bevölkerung zielt, die durch Umfragen belegt zu sein scheinen. Mit Stimmungsmache kann man möglicherweise Wähler beeinflussen, Arbeitsplätze werden so ebensowenig geschaffen, wie Schäden von der Umwelt abgewendet.

DAIMLER-BENZ / Erwerb der AEG-Mehrheit in mehreren Schritten geplant

Das Übernahmeangebot von 170 Mark stößt an der Börse auf Enttäuschung

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der Stuttgarter Automobilkonzern Daimler-Benz will eine Mehrheitsbeteiligung am Elektrokonzern AEG erwerben. Dabei wird die Übernahme der Majorität in zwei Schritten erfolgen. Diesem Vorhaben ist von den Aufsichtsräten beider Unternehmen Grünes Licht gegeben worden.

Im Zuge dieser großdimensionierten Transaktion des Mehrheitserwerbs an AEG wächst Daimler-Benz einschließlich der Akquisitionen MTU und Dornier zum größten Industrieverbund in der Bundesrepublik heran mit einem künftigen Umsatz von über 60 Milliarden DM und rund 295 000 Beschäftigten. Wie auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Stuttgart von den beiden Unternehmenschefs dargelegt wurde, eröffnet die Verbindung mittel- und langfristig günstige Perspektiven für die Entwicklung sowohl von AEG als auch für Daimler-Benz.

Der etappenweise Einstieg von Daimler-Benz bei AEG soll sich wie folgt vollziehen: Zunächst hat AEG aus genehmigtem Kapital eine Aufstockung des Aktienkapitals um 250 Mill. DM auf 870 Mill. DM vorgenommen. Die neuen Aktien wurden Daimler-Benz zur alleinigen Zeichnung angeboten. Die Stuttgarter nahmen dieses Angebot an und erwarben zum Kurs von 170 DM bereits eine Beteiligung von 24,9 Prozent des erhöhten AEG-Kapitals.

Darüberhinaus wird zum Erreichen der Majorität den Aktionären der AEG ein Kaufangebot mit dem gleichen Angebotskurs von 170 DM je 50-DM-Aktie unterbreitet. Dieser Kurs liegt um etwa 20 Prozent über dem durchschnittlichen Kurs der AEG-Aktie in den letzten drei Monaten. Den restlichen Teil des genehmigten Kapitals sowie die über das Kaufangebot zu erwerbenden Aktien werde Daimler-Benz übernehmen, sobald das Bundeskartellamt dem geplanten Mehrheitserwerb zugestimmt habe, womitman rechne.

Durch die vorgesehenen Maßnahmen fließen der AEG im ersten Schritt etwa 700 Mill. DM und nach dem Plazet des Kartellamtes weitere etwa 150 Mill. DM zu, wodurch sich für den Elektrokonzern die Eigenkapitalquote auf über 30 Prozent erhöhen dürfte. Der Kapitaleinsatz von Daimler-Benz für das Engagement bei AEG, der sich letztlich danach richtet, in welchem Umfang vom Kaufangebot Gebrauch gemacht wird, ist bei einer Beteiligung von 50 Prozent rechnerisch mit rund 1,6 Milliarden DM zu veranschlagen. Im Besitz der knapp zwei Dutzend Banken, die sich seinerzeit an der Rettungsaktion für den einstmals schwer angeschlagenen Elektrokonzern beteiligten, dürften 26 bis 28 Prozent des erhöhten AEG-Kapitals sein.

Die Beteiligung an AEG („ein sehr interessanter Baustein") bewertet Daimler-Chef Breitschwerdt als die folgerichtige Fortsetzung der bereits mit den Engagements bei MTU und Dornier eingeleiteten Verbreiterung der Unternehmensbasis in neue und wachstumsträchtige Hochtechnologie-Felder. Zu den Wachstumsmöglichkeiten kämen noch erhebliche synergetische Effekte, die im Rahmen des „Vierklangs" Daimler-Benz, MTU, Dornier und AEG genutzt werden könnten. Die AEG werde ihre volle Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit behalten.

AEG-Vorstandsvorsitzender Dürr erklärte, es gehe darum, „mit einer neuen Struktur und einem starken Partner auf einer gemeinsamen Basis neues unternehmenerisches Potential zu erschließen". Von 11 Milliarden DM Umsatz (1984) der AEG entfalle etwa die Hälfte auf reine Hochtechnologie. Die Wehrtechnik mache zehn bis 15 Prozent des Umsatzes aus.

Die Begeisterung der Börsianer über das Daimler-Engagement bei AEG schlug gestern in große Enttäuschung um, als der Übernahmekurs von 170 DM bekannt wurde. Noch am Vormittag wurden außerbörslich bis zu 205 DM für AEG-Aktien gezahlt. Auf dem Parkett erwartet man keine große Resonanz auf das Daimler-Kaufangebot; als künftiger Teil dieses Konzerns verdiene die AEG eine höhere Bewertung als bisher. Nachbörslich wurde die AEG-Aktie, deren Notiz ausgesetzt blieb, mit 175 bis 180 DM gehandelt.

BLEIFREIES BENZIN

Bangemann erwartet bald einen „Umstellungsschub"

HEINZ HECK, Bonn

Wirtschaftsminister Bangemann erwartet von der weiteren Senkung der Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um 3 Pfennig am 1. Januar 1986 einen „Umstellungsschub". Da allgemein mit einer vollen Weitergabe der Steuersenkung an den Verbraucher gerechnet wird, ist unverbleites Benzin spätestens im nächsten Jahr billiger als verbleites. Die preisbewußten deutschen Autofahrer dürften dies umgehend honorieren.

Da mit einer massiven Absatzsteigerung auch die spezifischen Mehrkosten für den Vertrieb bleifreien Benzins spürbar zurückgehen dürften, rechnet die Bundesregierung damit, daß der künftige Preisvorsprung auch dann erhalten bleibt, wenn die Mineralölsteuer für bleifreies Benzin 1987 und 1988 jeweils am 1. April wieder um einen auf 48 Pfennig erhöht wird. Ab 1. April 1989 soll sie wieder einheitlich 51 Pfennig betragen.

Erstmals im September hat der Absatz unverbleiten Benzins in der Bundesrepublik mit rund 22 500 Tonnen die Ein-Prozent-Grenze überschritten. Das wird mit der gleichzeitigen Einführung des Euro-Supers begründet. Bei einem durchschnittlichen Umsatz von rund zwei Millionen Tonnen Vergaserkraftstoff hatte der Anteil des umweltfreundlichen Benzins im Januar noch rund 4000 und im April etwa 10 000 Tonnen ausgemacht. Die Preisdifferenz von etwa 2 Pfennig je Liter hatte die Autofahrer bisher abgeschreckt.

Der Verband der Automobilindustrie will in den nächsten Monaten alle Tankstellen und Kfz-Werkstätten mit einer Broschüre (geplante Auflage 30 000) versorgen, die darüber Auskunft gibt, welche Modelle von welchem Jahrgang an mit unverbleitem Benzin gefahren werden können. Dies gilt generell für alle Modelle ab 1984. Für die vier Jahrgänge von 1980 bis 1983 schätzen Fachleute die „Bleifreiverträglichkeit" auf rund 50 Prozent.

Eine durchschnittlich zehnjährige Lebensdauer für Pkw unterstellt, wird damit gerechnet, daß bereits in Kürze etwa die Hälfte aller Benziner bleifrei tanken kann. In dem Maße, wie Nachrüstungen auf „schadstoffarm" stattfinden (für diese Pkw gibt es eine Steuerermäßigung) dürfte der Anteil weiter steigen. Das bleifreie Euro-Super liegt mit 95 ROZ drei Oktanzahlen unter verbleitem.

Die rund 19 000 Tankstellen (1984) in der Bundesrepublik bieten bereits zu etwa 20 Prozent – und damit flächendeckend – bleifreies Benzin an. Dieser Anteil dürfte mit Blick auf die besseren Absatzerwartungen rapide ansteigen. Denkbar ist allerdings, daß mittelfristig das verbleite Normalbenzin vor allem an kleineren Tankstellen „geopfert" wird: Um kostspielige Investitionen für eine vierte Säule zu vermeiden, dürfte der Tankstellenpächter auf die Sorte mit dem geringsten Absatz verzichten.

AUF EIN WORT

❝ In der stark außenhandelsabhängigen, rohstoffarmen Bundesrepublik werden im internationalen Konkurrenzkampf jene Betriebe und Branchen Chancen haben, die das Kapital an qualifizierten Arbeitskräften wirklich nutzen. Es ist der einzige Produktionsfaktor, über den wir reichlicher als viele andere Länder auch in Zukunft verfügen. ❞

Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
FOTO: JUPP DARCHINGER

FAO erwartet Rekord-Ernte

AP, Rom

Die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat in ihrem jüngsten Monatsbericht für 1985 eine Rekord-Getreideernte vorausgesagt. Verbesserte Ernteaussichten in West- und Ostafrika erlaubten eine günstige Prognose. Die FAO erwartet, daß in diesem Jahr 1,88 Mrd. Tonnen Getreide eingefahren werden. Damit läge das Ernteergebnis um 39 Mill. Tonnen über dem von 1984. Wegen der guten Ernteergebnisse werde der Welt-Getreidehandel um elf Prozent unter dem Vorjahres-Volumens bleiben, prognostiziert die FAO. Auch die UdSSR werde weniger Getreide in den USA kaufen.

KONJUNKTUR

Wirtschaftswachstum drückt 1986 die Arbeitslosigkeit

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Bei einem dreiprozentigen Wirtschaftswachstum, das aus heutiger Sicht im kommenden Jahr eher übertroffen als unterschritten werden dürfte, wird es nach Einschätzung von Bundesbankvizepräsident Helmut Schlesinger über mehr Beschäftigung endlich zu einer deutlicheren Abnahme der Zahl der Arbeitslosen kommen. Schon in diesem Jahr werde die Beschäftigung um ein Prozent und damit stärker als erwartet zunehmen, sagte Schlesinger auf dem „Wirtschaftstag '85" des Genossenschaftsverbandes Hessen/Rheinland-Pfalz in Mainz.

Die wirtschaftlichen Antriebskräfte werden sich, so der Bundesbankvize, auf breiter Front zur Inlandsnachfrage verlagern; alles deute darauf hin, daß auch die Bauwirtschaft wieder aus der Talsohle herauskomme. Die Exporte würden zwar nicht mehr die Rolle des Schrittmachers spielen, jedoch weiter steigen, wenn sich die Dollarabwertung in Grenzen halte.

Den derzeitigen Dollarkurs hält Schlesinger noch für labil, weil die Abwertung zunächst mit Interventionen herbeigeführt wurde. Er dämpfte Zinssenkungshoffnungen ein wenig mit dem Hinweis darauf, daß die Erwartung einer D-Mark-Aufwertung zunächst wegfalle, womit die Zinsdifferenzen wieder mehr zu Buche schlagen, die ohne Rücksicht auf den Wechselkurs nicht beliebig vergrößert werden konnten. Als begrenzt sieht Schlesinger den Aktionsspielraum der Notenbanken an, weil sich eine mit den Devisenmarktinterventionen konforme Geldpolitik – monetäre Expansion in den USA und Restriktion in anderen Ländern – kaum realisieren lasse.

LAMBSDORFF ZUM EG-AUSBAU

Auch Mehrheitsvoten können problematisch sein

HEINZ HECK, Bonn

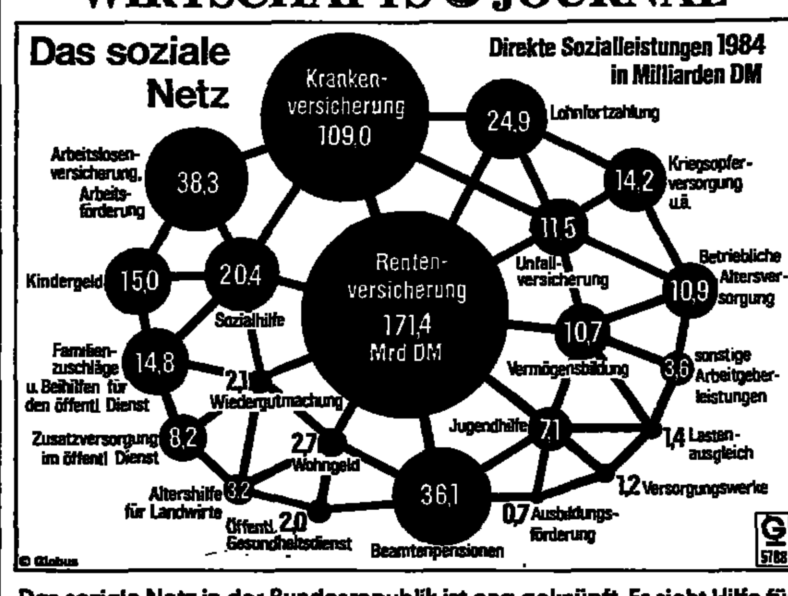
„Ich bin davon überzeugt, daß wir in der Gemeinschaft neue Wachstumskräfte wecken können und müssen, wenn wir gegenüber Japan und USA aufholen wollen", erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Graf Lambsdorff, auf dem European Public Affairs Forum in München.

Unter Hinweis auf die Verhandlungen über eine Verstärkung der europäischen Integration erinnerte er unter anderem an die gewaltigen Kosten, die der europäischen Wirtschaft allein durch Formalitäten und Wartezeiten beim Grenzübertritt entstehen und die von der EG-Kommission auf jährlich über 26 Milliarden Mark beziffert werden. Lambsdorff warnte jedoch davor, Fortschritte beim Ausbau des Binnenmarktes mit Abschottungen nach außen zu bezahlen.

Zwar plädierte er für den Übergang „vom starren Einstimmigkeitsprinzip" zu Mehrheitsentscheidungen im Rat, machte aber zugleich am Beispiel der Abgaskatalysatoren deutlich, wie „problematisch" dies sein könne: „Die Anwendung des Mehrheitsprinzips hätte keine tragfähige Lösung gebracht." Seine Forderung: Mit Blick auf die Zwölfer-Gemeinschaft sollte der Rat „endlich wieder dort mit Mehrheit beschließen (können), wo es die Verträge vorsehen".

Der Luxemburger Kompromiß von 1966, der das Einstimmigkeitsprinzip auch dort eingeführt habe, wo die Verträge Mehrheitsentscheidungen vorsehen, habe immer wieder wichtige Beschlüsse verzögert. Hier sparte Lambsdorff nicht mit Kritik an der Bundesregierung, vor allem am Veto von Minister Kiechle in der Getreidepreisrunde. Dieses Veto habe „die deutsche Position erheblich geschwächt".

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das soziale Netz in der Bundesrepublik ist eng geknüpft. Es sieht Hilfe für fast alle Not- und Wechselfälle des Lebens vor. Und es ist entsprechend teuer. Über 500 Milliarden Mark wurden 1984 an Sozialleistungen gezahlt (die indirekten Leistungen in Form von Steuernachlässen nicht gerechnet). Der aufwendigste Teil des sozialen Netzes ist die Rentenversicherung. Sie allein kostete 1984 171,4 Milliarden Mark. QUELLE: GLOBUS

Entschädigung verlangt

Tokio (AP) – Eine Gruppe japanischer Weinimporteure wird die Bundesrepublik um Entschädigung für „entgangenen Gewinn und andere Ausgaben„ ersuchen, die ihnen seit der Aufdeckung des Weinskandals im Juni erwachsen sind. Die Ansprüche werden auf 500 Mill. Yen (rund sechs Mill. DM) beziffert. Toshimo Yamaoka, der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für die Förderung der Sicherheit des Weinimports, teilte mit, seine Organisation werde das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit um die Erstattung dieses beitrags ersuchen, weil das Ministerium es versäumt habe, die Sicherheit deutscher Exportweine zu prüfen.

Kreditaufnahme gesunken

Paris (J. Sch.) – Nach 27,9 Mrd. Dollar im August schrumpfen die Kreditaufnahmen an den internationalen Finanzmärkten im September auf 19,5 Mrd. Dollar, womit sie wieder ihren Juli-Stand erreichen. Im Jahresvergleich verblieb ein Zuwachs von 1,4 Mrd. Dollar. Für das dritte Quartal kommt man damit auf 68,9 Mrd. nach 75,0 und 55,5 Mrd. Dollar in den beiden vorangegangenen Quartalen. Die am meisten verwendete Währung (63 Prozent) ist der Dollar, jedoch haben sich die Emissionen in Ecu gegenüber dem dritten Quartal 1984 auf zwei Mrd. vervierfacht. Der Anteil der OECD-Länder bei den Kapitalaufnahmen erhöhte sich von 74 Prozent im August auf 80 Prozent im September.

In Tokio notiert

Tokio (dpa/VWD) – Die Dresdner Bank AG, Frankfurt, ist das erste deutsche Unternehmen, dessen Aktien an der Börse in Tokio notiert werden. Dresdner-Chef Wolfgang Röller nannte das Ereignis gestern in der japanischen Hauptstadt „nicht nur eine Formalität. Tokio, heute nach New York zweitgrößter Finanzmarkt der Welt, werde in den nächsten Jahren am schnellsten wachsen. „Wir wollen im Wertpapiergeschäft dieses Landes integriert sein", erklärte er.

Kritik der SPD

Bonn (dpa/VWD) – Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, hat die Senkung der Sparzinsen kritisiert. Banken und Sparkassen hätten „fast schon in konzertierter Aktion" den Eckzins von drei auf 2,5 Prozent zurückgenommen. Der Mangel an Wettbewerb am Bankschalter sei dadurch offenkundig, heißt es in einer am Montag in Bonn verbreiteten Mitteilung. Während die Zinsen, die Bankkunden zu zahlen hätten, schnell den schlechteren Bedingungen des Marktes angepaßt würden, werde die Senkung der Sparzinsen gegen die Markttendenz weiter starr durchgezogen.

Abkehr von Opec

Manama (dpa/VWD) – Saudi-Arabien will seine Ölpolitik nicht länger der OPEC unterordnen, sondern strebt eine globale Aufteilung des internationalen Ölmarktes an. Wie der in Nikosia erscheinende Informationsdienst „Middle East Economic Survey" mitteilte, verspreche sich Saudi-Arabien davon mehr Stabilität für den Ölmarkt als länger auf die Solidarität der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) zu bauen. Nach Informationen des Dienstes strebt Saudi-Arabien vor allem eine „neue Art der Beziehung" mit den Ölproduzenten Großbritanniens und Norwegens an.

Weitere Öffnung

Seoul (VWD) – Südkorea hat weitere Branchen für ausländische Investoren geöffnet. Wie das Finanzministerium am Wochenende bekanntgab, wird das verbot ausländischer Investitionen in 102 Industriezweigen aufgehoben. Darunter sind zum Beispiel die Sparten Autoteile, Fernmelde-Ausrüstungen, Petrochemische Produkte, Zucker und Speiseöl. In anderen Branchen wie der Automobil- und Motorradindustrie und bei landwirtschaftlichen Ausrüstungen werden ausländische Investitionen dagegen künftig nur in Gemeinschaftsprojekten mit inländischen Firmen erlaubt.

Aktive Leistungsbilanz

Paris (J. Sch.) – Die französische Leistungsbilanz schloß im August mit einem Aktivsaldo von 1,2 Mrd. Franc ab. Nach einem von 1,1 Mrd. Franc im Juli war dies der zweite dieses Jahres. Für den ersten acht Monaten verblieb aber immer noch ein Defizit von 6,2 Mrd. Franc gegenüber einem Passivsaldo von 10 Mrd. Franc in der gleichen Vorjahreszeit.

BETRIEBSWIRTSCHAFTER-TAG

Auf dem US-Markt wird das Klima künftig rauher werden

JOACHIM WEBER, Berlin

„Die deutschen Unternehmen werden in Zukunft etwas aufpassen müssen", prophezeit Prof. Klaus Macharzina (Uni Stuttgart) im Vorfeld des Deutschen Betriebswirtschafter-Tags in Berlin all jene Firmen, die sich verstärkt auf dem US-Markt engagiert haben.

Eine Beruhigung der Konjunktur, ein wachsender Druck in Richtung protektionistischer Maßnahmen (die zwar auf die japanische Konkurrenz zielen, aber auch alle anderen Länder treffen würden) und – ein Novum in den USA – die Entscheidung eines industriepolitischen Gesamtkonzepts mit dem Ziel, den US-Unternehmen wieder zu Spitzenpositionen zu verhelfen, würden ausländischen Unternehmen die Arbeit in den nächsten Jahren um einiges schwerer machen.

Mit ihren US-Investitionen – runde 25 Mrd. DM in den vergangenen zehn Jahren – stehen die deutschen Unternehmen an der Spitze vor Großbritannien und Frankreich.

Über die Risiken, die in solchen Investitionen stecken, über Fehlschläge der vergangenen Jahre ebenso wie über erfolgreiche Strategien wollen 850 Betriebswirte der Schmalenbach-Gesellschaft in Berlin diskutieren.

Zweites großes Thema ist der Einsatz der Informationstechniken als Wettbewerbsfaktor. Trotz der wachsenden Bedeutung der Datenverarbeitung für den Unternehmenserfolg gebe es hier noch ein großes Defizit im Management, stellt Joachim Schweim (SCS) fest: Nach einer Erhebung seiner Gesellschaft bestehen die Informationstechniken in der Rangliste der Managementaktivitäten auf dem 13. von 15 Plätzen.

WERBUNG / Medien nehmen in diesem Jahr voraussichtlich 15,5 Mrd. DM ein

Zuwachs um drei Prozent erwartet

HANNA GIESKES, Bonn

Das Wachstum der Werbung hält an, aber es wird in diesem Jahr mäßig ausfallen. Diesen Schluß zieht der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW), Bonn, aus den Ergebnissen einer Befragung bei seinen 43 Mitgliedsorganisationen. Der Spitzenverband rechnet damit, daß die Werbeeinnahmen der Medien in diesem Jahr um drei Prozent oder 450 Mill. DM auf 15,5 Mrd. DM steigen werden.

Diese „bescheidene Rate" habe ihre Ursache vor allem in der im ersten Halbjahr festgestellten Unsicherheit der Hersteller über die weitere Entwicklung der Konjunktur, heißt es beim ZAW. Darüber hinaus hätten die Medien aufgrund des harten Wettbewerbs untereinander ihre Preise für Werbeeinschaltungen nur „sehr vorsichtig" kalkuliert: „Der Wettbewerbsdruck nimmt nicht nur bei der werbungtreibenden Wirtschaft zu, sondern auch unter den Werbeträgern."

Gleichwohl werde der Zuwachs bei den Werbeeinnahmen auch in diesem Jahr höher ausfallen als das Wachstum des Bruttosozialprodukts, so daß man insgesamt von einem „ansehnlichen Plus" sprechen könne. Außerdem dürfe nicht verkannt werden, daß sich die Werbeeinnahmen der Medien in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt hätten, „und damit ist für die werbungtreibenden Warenhersteller und Anbieter von Dienstleistungen ein hohes Kostenniveau erreicht".

Das kommende Jahr werde „bei sich abzeichnender Konsumbelebung und steigenden Investitionen der Unternehmen" den Medien ebenfalls wieder ein Wachstum bescheren, das über dem des Bruttosozialprodukts liegen werde, glaubt man beim ZAW.

Allerdings sei der Optimismus in allen Bereichen der Werbewirtschaft gegenwärtig noch nicht sehr stark ausgeprägt: Die Befragung habe ergeben, daß lediglich 32 Prozent der ZAW-Mitgliedsorganisationen mit steigenden Werbeetats rechnen – im Frühjahr waren es noch 51 Prozent.

Stabile Werbeumsätze erwarteten 65 Prozent – im Frühjahr waren es 49 Prozent – und bei drei Prozent sei erstmals die Befürchtung laut geworden, die Umsätze könnten sinken.

Wesentlich positiver wird die gesamte konjunkturelle Situation eingeschätzt: Mit weiterem Wachstum rechnen 41 Prozent (Frühjahr: 43 Prozent), während 59 Prozent der Befragten eine stabile Entwicklung der Volkswirtschaft voraussagen (51 Prozent). Keine Mitgliedsorganisation des Zentralausschusses rechne mit einem Abgleiten der Wirtschaftsentwicklung in die Stagnation, heißt es weiter.

NORDSEE-ÖL

Erste unbemannte Plattform geplant

dpa/VWD, Hamburg

Eine vollautomatische und unbemannte Ölförderplattform soll in der Nordsee entstehen. Wie die Deutsche Shell AG gestern in Hamburg mitteilte, plant die britische Shell, die im Auftrag eines Shell-Esso-Konsortiums das Ölfeld Eider, 200 Kilometer nordöstlich der Shetland-Inseln, erschließt, eine solche Insel. Mit Investitionen von 2,5 Mrd. DM soll in einer Wassertiefe von 158 Metern eine 180 Meter hohe Stahlplattform für eine jährliche Förderleistung von bis zu 2,25 Mill. Tonnen errichtet werden.

Mit dem Bau dieser ersten unbemannten Plattform soll 1989 begonnen werden. Die Anlage wird nach diesen Angaben als Satellit im Verbund mit weiteren Plattformen in der Nachbarschaft arbeiten. So werde das Rohöl zur Aufbereitung über eine Unterwasserpipeline in die 13 Kilometer entfernte Anlage North Cormorant transportiert und von dort mit Tankern abgefahren. Auch der bei der Verbrennung des gleichzeitig anfallenden Erdölgases erzeugte Strom fließe durch Kabel dorthin. Bis zur vollen Aufnahme des Betriebs sei eine 75 Mann starke Besatzung auf der Ölinsel vorgesehen.

ORTSKRANKENKASSEN / Bei stagnierender Bevölkerungszahl ist Angebot im Medizinbetrieb stark gewachsen

Die Politik der Kostendämpfung ist gescheitert

PETER JENTSCH, Bonn

Die noch von der sozialliberalen Koalition eingeleitete Politik der Kostendämpfung im Medizinbetrieb ist nach Auffassung des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO) gescheitert. Einem Defizit in Höhe von rund 3 Milliarden Mark aus dem vergangenen Jahr, das bereits die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung von 11,44 Prozent Mitte 1984 auf 11,84 Prozent heute steigen ließ, droht ein weiteres Defizit von etwa 2 Milliarden Mark zu folgen. Damit seien weitere Beitragsbelastungen von Versicherten und Wirtschaft programmiert.

Verantwortlich für die Entwicklung, hob der BdO-Vorstandsvorsitzende Detlef Balzer hervor, sei die „deutliche Expansion der Kapazitäten im Gesundheitswesen". So sei bei stagnierender Bevölkerungszahl seit 1976 die Zahl der Ärzte in freier Praxis um 23 Prozent auf 65 800 und die Zahl der Krankenhausärzte um 75 Prozent auf 78 200 gestiegen. Die Zahl der Apotheken habe um 21 Prozent auf 17 000 zugenommen. Dieses „Wachstum in der Krise" mache deutlich, daß „die Perspektive einer Tätigkeit in den Schlüsselpositionen des Gesundheitswesens durch die Kostendämpfung nichts an Attraktivität eingebüßt hat". Ärzte und Zahnärzte stünden trotz der Angebotsexpansion weiterhin an der Spitze der Einkommensskala der freien Berufe.

Gelinge es nicht, den „Automatismus der Leistungs- und Kapazitätsausweitungen nachhaltig zu durchbrechen, dann stehen der gesetzlichen Krankenversicherung allein aufgrund der Angebotsausweitungen bis 1990 Beitragssatzerhöhungen um 3 Prozentpunkte ins Haus". Um diesen Mechanismus zu durchbrechen und zu einer langfristigen Stabilisierung der Aufwendungen zu kommen, schlug Balzer, der als Vorsitzender die Arbeitgeberseite vertritt, die Strategie einer verstärkten „Angebotssteuerung durch den Staat" sowie eine „strukturierte Budgetierung" der Krankenkassenausgaben durch die Selbstverwaltung vor.

Hinter der „Angebotssteuerung durch den Staat" verbirgt sich die Forderung, entweder die Zahl der Medizinstudienplätze dem Bedarf anzupassen oder die Zahl der zugelassenen Kassenärzte „einzufrieren", das heißt, die Zulassung zum Kassenarzt zu beschränken. Balzer verwies auf die Gutachten der Professoren Wannagat, Gitter und Blumenwitz, die diese Zulassungsbeschränkung als verfassungsrechtlich möglich dargestellt haben. Der Staat müsse jetzt die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Die „strukturierte Budgetierung" der Ausgaben beinhaltet, daß die gesamten Ausgaben der Kassen vertraglich festgelegt werden, wobei den einzelnen Leistungsbereichen – wie etwa den niedergelassenen Ärzten – finanzielle und strukturelle, das heißt, die Qualität und die Quantität betreffende Vorgaben gemacht werden. Nach Darstellung des stellvertretenden BdO-Vorsitzenden Willy Heitzer steht hinter dieser Forderung die Intention, „artspezifische ärztliche Tätigkeiten" zu fördern, also etwa die qualifizierte hausärztliche Betreuung aufzuwerten, demgegenüber aber die Kosten für technische Leistungen durch eine Pauschalierung zu senken.

So sei daran gedacht, an der Einzelhonorierung der persönlichen ärztlichen Leistung festzuhalten und dadurch zum Beispiel die Hausärzte anzuhalten, möglichst wenige Patienten an Spezialisten oder Krankenhäuser zu überweisen. Damit könne eine kostenintensive Entwicklung gestoppt werden, die von 1980 bis 1984 dazu geführt habe, daß zwar 4,2 Prozent weniger Patienten einen Arzt aufgesucht haben, daß gleichzeitig aber die Zahl der Überweisungen von Arzt zu Arzt um gut 20 Prozent gestiegen sei. In diesem Sinne unterstützen die Ortskrankenkassen das Bemühen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, die Gebührenordnung für Ärzte im Sinne einer besseren Bewertung persönlich erbrachter ärztlicher Leistungen auf Kosten technischer Leistungen aufzuwerten.

Heitzer machte aber zugleich deutlich, daß man an der Einzelleistungsvergütung nur festhalten könne, wenn der Gesetzgeber bis 1990 die Rahmenbedingungen für eine Eindämmung der Ärzte- oder Apothekerschwemme geschaffen habe.

EG-ASEAN / Bangemann zur Konferenz nach Bangkok

Ausbau des Handels angestrebt

HEINZ HECK, Bonn

Minister Bangemann wird am 17. und 18. Oktober in Bangkok an der Konferenz der Wirtschaftsminister der EG- und Asean-Länder teilnehmen. Die Ministerrunde sucht nach Wegen für den weiteren Ausbau von Handel und Kooperation zwischen den beiden Wirtschaftsräumen. Bangemann plädiert für wechselseitig besseren Marktzugang und bietet eine umfassende industrielle Kooperation vor allem der deutschen Wirtschaft mit dem asiatischen Raum an. Anders als andere Entwicklungsländer stünden die Asean-Mitglieder neuen Gatt-Verhandlungen aufgeschlossen gegenüber, da ihr bisher überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum vom freien Welthandel begünstigt werde.

Die EG will den Partnern in Bangkok verstärkte Zusammenarbeit in Ausbildung, Wissenschaft, Technologie und der Energiepolitik anbieten.

Das Interesse dieser Länder an europäischen Investitionen wird auch in einer Studie des HWWA-Instituts in Hamburg deutlich. Deutsche Investitionen dort hätten sich seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre verdreifacht (in der Dritten Welt insgesamt verdoppelt). Gegenüber Japan und den USA bestünde „erheblicher Nachholbedarf", schreibt das Wirtschaftsministerium.

Zuvor wird Bangemann heute und morgen in Belgrad Gespräche mit der jugoslawischen Regierung führen und auch hier für Unterstützung einer neuen Gatt-Runde werben. Die 1981 unterbrochenen Verhandlungen über einen bilateralen Investitionsförderungsvertrag sollten wieder aufgenommen werden.

CUNARD / Umsatz auf über 40 Millionen erhöht

„Vistafjord" im Sommerloch

hg, Bonn

„Aus gegebenem Anlaß" werden die Kreuzfahrt-Reedereien ihre Sicherheitsvorkehrungen erhöhen. Für Gilbert von Holtzapfel, Europa-Direktor der britischen Reederei Cunard Line, deren „Vistafjord" zur Zeit im östlichen Mittelmeer kreuzt, hat die Sicherheit der Passagiere und des Schiffes „absoluten Vorrang". Notfalls werde man sogar Fahrpläne ändern, sagte von Holtzapfel jetzt in Bonn.

Mit dem Ergebnis des Geschäftsjahres 84/85 (30. 9.) ist Cunard zufrieden. Die kontinentaleuropäische Direktion konnte ihre Erlöse um 8,8 Prozent auf 42,8 Mrd. DM steigern; zum Gesamtumsatz der Cunard Line trägt die in Hamburg angesiedelte Vertriebsorganisation nach Auskunft ihres Direktors „ungefähr acht bis 15 Prozent" bei.

Gleichwohl hat die „Vistafjord", die mit rund 78 Prozent an den Verkaufserlösen beteiligt ist, in diesem Sommer enttäuscht: „Wir sind aus dem Sommerloch nicht herausgekommen", das sich bei den traditionellen Nordland-Fahrten als Regenloch präsentiert habe, sagte von Holtzapfel weiter. Dies habe genau 443 Gäste gekostet; insgesamt gab es 5061 Kreuzfahrt-Urlauber aus Kontinentaleuropa. Die Vorausbuchungen für den Sommer '86 hätten indes bereits jetzt „die Hälfte der angestrebten Passagierzahlen überschritten".

Ganz anders die „Grande Dame" der Passagierdampfer, die „Queen Elizabeth 2": Als einziges Linienschiff zwischen Europa und den USA „ist sie wieder in das Bewußtsein der Geschäftsreisenden zurückgekehrt". Sie habe gegenüber dem Vorjahr mit 741 Passagieren ihr Ergebnis nahezu verdoppelt. Ebenfalls zu den Gewinnern zähle die „Countess", die vorwiegend in der Karibik kreuzt. „Sagafjord" und „Cunard Princess" haben „den Erwartungen entsprochen, die laut von Holtzapfel nicht sehr hoch gesteckt waren, weil die Zielgebiete, Transpanama und Alaska, hierzulande wenig gefragt seien.

Die Cunard Line ist eine Tochter der Trafalgar House Investments Ltd., London. Schwesterunternehmen von Cunard sind eine Frachtreederei und eine Hotelgesellschaft, die vier Luxushotels betreibt, davon zwei in London und zwei in der Karibik.

FRANKREICH / Ertragslage der meisten verstaatlichten Firmen hat sich verbessert

Das zusammengefaßte Defizit ist gestiegen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Ertragslage der 1982 in Frankreich neu verstaatlichten Industriekonzerne hat sich 1984 mit Ausnahme der Stahlindustrie verbessert. Sämtliche Staatsunternehmen des Wettbewerbssektors (ohne Staatsbahnen, Bergbau, Elektrizität und Gaswerke) zusammengenommen, verbuchten aber unter Berücksichtigung der Gewinne einen globalen konsolidierten Verlust von 20,5 Mrd. Franc gegenüber von 13,5 Mrd. Franc 1983. Diese Bilanz zieht das Konjunkturinstitut des nationalisierten Wirtschaftssektors. Sein erst teilweise veröffentlichter Bericht soll im Dezember in der Nationalversammlung zur großen Nationalisierungsdebatte vorgelegt werden.

Positiv wird darin vermerkt, daß bis auf Renault die Investitionen der Staatsunternehmen stark gestiegen sind und daß sie durchweg größere Produktivitätsfortschritte erzielen konnten. Dies sei nicht zuletzt eine Folge des Belegschaftsabbaus gewesen, der parallel in der gesamten französischen Industrie erfolgt sei.

Aber die günstigeren Ergebnisse der neu verstaatlichten Unternehmen seien vor allem der verbesserten Weltkonjunktur zu verdanken, heißt es einschränkend. Jedoch hätten die Unternehmen durch verstärkte Exportbemühungen ihre größer gewordenen Absatzchancen im Ausland gut ausgenutzt. Rhône-Poulenc, Pechiney und Saint-Gobain konnten nach den schweren Verlusten in den Vorjahren 1984 Gewinne von 1,9, 0,6 und 0,5 Mrd. Franc verbuchen.

Eine Verlustverminderung verzeichneten Thomson von 1000 auf 21 Mill. Franc und EMC von 218 auf 88 Mill. Franc, während die CDF-Chemie (Chemietochter des Steinkohlenbergbaus) und der EDV-Konzern Bull noch sehr hohe Defizite von 973 und 489 Mill. Franc aufwiesen. Allerdings hat Bull ein besonders durchschlagenes Sanierungsprogramm eingeleitet, das inzwischen seine Früchte trägt.

Tiefer in die roten Zahlen rutschten 1984 Renault (minus 12,7 Mrd. Franc) und die beiden Stahlkonzerne Sacilor und Usinor (zusammen minus 5,3 Mrd. Franc). Allerdings erklären sich diese Verluste zu einem Drittel aus Rückstellungen für die sozialen Kosten des künftigen Belegschaftsabbaus.

An der Spitze der gewinnbringenden Unternehmen steht nach wie vor der im staatlichen Mehrheitsbesitz befindliche Mineralölkonzern Elf-Aquitaine. Obwohl er ein Teil der Verlustbetriebe von Rhône-Poulenc und Pechiney übernehmen mußte, weist er einen Reingewinn von 6,4 Mrd. Franc aus.

Banken stärker im Ausland engagiert

dpa/VWD, Köln

Die deutschen Banken haben ihre Stützpunkte im Ausland erheblich ausgeweitet: Während vor zehn Jahren elf deutsche Kreditinstitute insgesamt 34 Auslandszweigstellen unterhielten, waren Mitte 1985 doppelt so viele Institute mit 99 Filialen im Ausland vertreten. Das geht aus einer Übersicht in der Branchenzeitschrift „Die Bank" hervor. Danach hat sich das Geschäftsvolumen dieser Niederlassungen in diesem Zeitraum auf rund 200 Mrd. DM verzehnfacht.

Weitere rund 200 Mrd. DM beträgt das Geschäftsvolumen von 69 ausländischen Kreditinstituten im Mehrbesitz deutscher Banken, ein Fünftel des gesamten Geschäftsvolumen der deutschen Bankenmütter. Dazu kommen 21 deutsche Kreditinstitute mit zusammen 132 ausländischen Niederlassungen. Alles in allem verfügen damit 40 deutsche Kreditinstitute über mehr als 300 Stützpunkte in 58 Ländern der Welt.

JAPAN / Auch die größte Schiffbau-Nation der Welt klagt über Auftragsrückgänge

Kein Ende der Werftenkrise in Sicht

HELMUT RÄTHER, Tokio

Kenji Tokutome, der stellvertretende Direktor der Schiffbau-Abteilung im japanischen Transportministerium, hat in den letzten Tagen ausländische Journalisten aus allen Teilen der Welt detailliert über die Werftenkrise informiert, die auch sein Land und damit die größte Schiffbaunation der Erde getroffen hat. Seine Schlußfolgerung: „Vor uns liegt eine düstere Zukunft." Denn auch im Land der aufgehenden Sonne gehen die Aufträge immer weiter zurück.

„Zum ersten Mal in unserer 92jährigen Geschichte wird im kommenden Jahr eines unserer drei Trockendocks brachliegen – es gibt keine Aufträge", sagen die Manager der Kure-Werft in Westjapan, die über Jahrzehnte hinweg die größten Tanker der Welt baute. Dabei ist das Unternehmen in den letzten zehn Jahren bereits kräftig geschrumpft: Statt 4300 gibt es nur noch 2700 festangestellte Arbeitnehmer. Die Zahl der über Kontraktfirmen Beschäftigten sank im gleichen Zeitraum von 1000 auf 200. Zur Arbeitsbeschaffung werden auf der Werft schon Aufträge übernommen, die mit Schiffbau nichts zu tun haben: Papiermaschinen werden gebaut, Walzwerkausrüstungen und Tiefziehpressen für die Autoindustrie.

35 Prozent der japanischen Schiffbau-Kapazität ist in den letzten zehn Jahren verschwunden. Der scharfe Preiswettbewerb unter den japanischen Werften, aber auch weltweit, hat zu Gewinneinbußen geführt, die einige nicht verkraften konnten. In dieser Situation können die Appelle der übrigen großen Schiffbau-Länder an Japan, sich beim Kampf um die Aufträge zurückzuhalten und den Konkurrenten zunächst einmal „Raum zum Atmen" zu geben, auf absehbare Zeit kaum gehört werden, erklärt Tokutome.

Im Augenblick zeichnet sich kein Hoffnungsschimmer ab – obwohl die Japaner im Weltschiffbau weiter führend sind. Der Anteil Japans stieg von 31,9 Prozent 1973 auf 53,1 Prozent im vergangenen Jahr, während der Westeuropas von 39,2 auf 15,5 Prozent zurückging. Aber gleichzeitig baute Südkorea seinen Anteil von 2,8 auf 14,2 Prozent aus – es schlug die Japaner beim Kampf um viele Aufträge mit den früher von ihnen selbst entwickelten und benutzten Waffen.

Teure Spezialschiffe sind das, worauf sich die japanischen Werften jetzt konzentrieren möchten, um ihren Marktanteil weiter auszubauen. Das aber haben auch die Europäer versucht, als seinerzeit die Japaner kamen, doch führte diese Strategie nicht zum Erfolg. (dpa)

PORTUGAL / Der neue Regierungschef ist bereit, neue Schulden aufzunehmen

Lissabon will Investitionen fördern

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Die Wahlen haben für Portugal keine stabilisierten Verhältnisse gebracht", meinte in einer ersten Analyse Professor Freitas do Amaral, bis vor kurzem Chef der Christdemokratischen Partei und jetzt Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Januar kommenden Jahres. Freitas prophezeite Neuwahlen für das nächste Frühjahr. Was für die Politik gilt, trifft für die Wirtschaft in noch stärkerem Maße zu, da die politische Krise als eine Folge der wirtschaftlichen Misere der letzten Zeit angesehen werden muß.

Der Gewinner der Wahlen, der künftige Ministerpräsident, Chef der Sozialdemokratischen Partei und Finanzwissenschaftler, Professor Cavaco Silva, erklärte den unerwartet hohen Verlust der bisher stärksten Partei, der Sozialistischen Partei, mit der Sparpolitik des bisherigen Regierungschefs Mario Soares, wie sie mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart war.

Das Defizit der Zahlungsbilanz sank zwar während der Regierungszeit in der sozialistisch-sozialdemokratischen Koalition von 1,25 Milliarden Dollar auf 540 Millionen Dollar. Die Sparmaßnahmen wurden aber nicht kompensiert durch die Aussicht auf Investitionsförderungen, wie sie für dieses Jahr eigentlich fällig gewesen wären. So blieb der Erfolg der Sparpolitik, die nach den Worten des künftigen Regierungschefs zur „totalen Drosselung auch des Kapitalgüterimportes" führte, aus. Der Sturz der Kaufkraft um drei Prozent als Folge der Sparpolitik und ein Abstieg der Reallöhne um fünf Prozent hätten darüber hinaus verhindert, daß der Konsum die Wirtschaft beleben könnte.

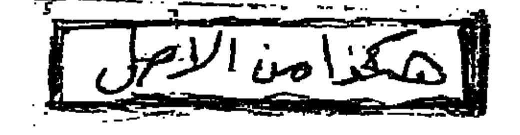
Wie Cavaco Silva in einem Interview mit der portugiesischen Wochenschrift „Tempo" ankündigte, werde er deshalb auf jenen Weg zurückkehren, den er als Finanzminister der Regierung Sa Carneiro im Jahre 1960 schon einmal und nicht ohne Erfolg erprobt hatte. Der künftige Regierungschef konkretisierte: „Unsere Schulden betragen jetzt 16 Milliarden Dollar; es steht nichts gegen eine weitere Erhöhung." Cavaco Silva sieht keine Gefahr darin, diese Schuldenlast „um 1,3 bis 2 Milliarden Dollar im Jahr" auf insgesamt 20 Milliarden Dollar Ende der 80er Jahre zu erhöhen. Er will jedoch den Schuldendienst, der zur Zeit 33 bis 34 Prozent beträgt, nicht noch weiter anwachsen lassen.

Wie Wirtschaftspolitiker der Dritten Welt, so orientiert sich auch Cavaco Silva am Abstand zu den am stärksten verschuldeten Ländern. Gegenüber Brasilien, wo allein der Schuldendienst 80 Prozent ausmacht, stünde Portugal immer noch besser da. Der neue Mann hofft, mit der Kreditaufnahme und einer intensiven Investitionspolitik die Produktion, die im letzten Jahr um zwei Prozent sank und diese Tendenz auch 1985 beibehielt, auf drei bis vier Prozent im Jahr anheben zu können. Er hält es für besonders besorgniserregend, daß die Investition im vergangenen Jahr um 20 Prozent zurückging.

Auch zur Währungspolitik äußerte sich der künftige Ministerpräsident. So warf er der derzeitigen Finanzpolitik vor, den Escudo um zwölf Prozent abgewertet zu haben. Die Inflationsrate beträgt zur Zeit 29 Prozent.

Um aus der bedrohlichen Misere herauszukommen, will Cavaco Silva den schon im vergangenen Jahr erfolgreichen Export weiter fördern, dies aber mit einer Intensivierung des Tourismus verbinden. Mit seiner Forderung nach mehr Privatinitiative und einer „vollständigen Revolutionierung" der kommunistisch inszenierten Agrarreform von 1974/75 und einer rigorosen Reduktion des unproduktiven Staatshaushaltes wird Cavaco do Silva jedoch auf den Widerstand führender Kreise der ideologisch undefinierbaren Erneuerungspartei des Staatspräsidenten General Eanes stoßen. Diese Tendenz wird sich verstärken, weil Cavaco Silva eine weitgehende Reprivatisierung der während der Revolution verstaatlichten und kollektivierten Industrie und Landwirtschaft ankündigte.

In der Eanes-Partei, die nur drei Monate nach ihrer Gründung mit 19 Prozent Wählerstimmen auf Platz drei in der Parteienlandschaft aufrückte, hoffen nämlich auch jene Militärsozialisten auf ein Comeback, die dem Land vor elf Jahren die Verstaatlichung der Industrie, der Banken und des Versicherungswesens verordnet haben. Da der künftige Regierungschef auch mit der enttäuschend schlecht abgeschnittenen Christdemokratischen Partei keine Mehrheit im Parlament bilden kann, ist er für seine Wirtschaftsreformen auf die Zustimmung der Sammelpartei von General Eanes angewiesen. (SAD)



TRINKAUS & BURKHARDT / 8 Mark Dividende für 1985

190 DM für die neue Aktie

HARALD POSNY, Düsseldorf

In seinem 200. Gründungsjahr geht das erst im Sommer dieses Jahres als Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) eingetragene Düsseldorfer Bankhaus Trinkaus & Burkhardt an die Börse. Nach einer Erhöhung des Grundkapitals um 5 auf 90 Mill. DM werden diese 100 000 neuen Aktien zu je 50 DM mit weiteren 310 000 aus dem Besitz der britischen Midland Bank einem breiten Anlegerpublikum angeboten. Die Aktien im Nominalwert von 20,5 Mill. DM kosten 190 DM je Stück und werden dem Institut knapp 78 Mill. DM bringen. Verkaufsbeginn ist der 21. Oktober, die erste Notierung erfolgt am 25. Oktober.

Insgesamt werden nach den Worten des Sprechers der fünf persönlich haftenden Gesellschafter, Herbert H. Jacobi, 22,8 Prozent des Kapitals Anlegern zur Verfügung stehen, weitere sieben Prozent werden ebenfalls an der Börse eingeführt, bleiben jedoch im Besitz der persönlich haftenden Gesellschafter und früherer Minderheitskommanditisten. Nicht notiert werden die 70,03 (bisher 92) Prozent der Midland Bank, die diesen Anteil als Dauerbesitz ansieht und auch bei künftigen Kapitalerhöhungen halten will. Der Verkaufspreis des Midland-Anteils: 15 Mill. Pfund.

Anhand der Gewinnschätzung der Degab gab Jacobi für 1985 ein Kurs/Gewinn-Verhältnis von 9,7 (Grundlage 1. Halbjahr des T & B-Konzerns) an. Bei gleichbleibender Geschäftsentwicklung bis Jahresende beabsichtigt die Bank, für 1985 eine Dividende von 8 DM je 50-DM-Aktie zuzüglich 4,50 DM Steuerguthaben zu zahlen. Die Dividendenrendite beträgt – auf den Ausgabepreis bezogen – 6,6 Prozent und sei damit „oberer Bereich vergleichbarer Geschäftsbanken". Die neuen Aktien erhalten für 1985 die halbe Gewinnberechtigung.

Das Betriebsergebnis ohne Eigenhandel wird je Aktie für 1985 auf 32,7 (25,6 nach 29,3) DM geschätzt, der Nettogewinn nach DVFA (ohne Steuerguthaben) auf 19,50 (17,50 nach 16,50) DM. Die T & B-Gruppe einschließlich der Töchter in Luxemburg und Zürich weist zum 30. 9. 1985 eine Bilanzsumme von 5,81 (Ende 1984: 5,92) Mrd. DM, für das Stammhaus allein rund 4,15 (4,33) Mrd. DM aus.

Die erstmals veröffentlichte Gewinn- und Verlustrechnung zeigt ein Konzern-Zinsergebnis von 71,5 Mill. DM (plus 9,9 Prozent) und ein Provisionsergebnis von 54 Mill. DM (plus 49 Prozent), eine Folge hoher Dividendenerträge aus Aktieneigenbesitz und günstiger externer Bedingungen. Das Teilbetriebsergebnis lag mit 53 Mill. DM um 63 Prozent über dem Vorjahr, bei T & B allein mit 40 Mill. um 83 Prozent über dem Vorjahr. Die Eigenkapitalquote wird nach der Kapitalerhöhung 3,7 (3,3) Prozent der Bilanzsumme betragen. Der Jahresüberschuß des Konzerns lag 1984 bei 25,7 (20,3), bei der KGaA bei 20,1 (15,6) Mill. DM.

ANUGA / Das Image der deutschen Lebensmittel hat sich deutlich verbessert

Probleme durch neue Ideen der EG

Für die deutsche Agrarwirtschaft wird das Geschäft in den kommenden Monaten keinesfalls leichter werden. Davon zeigen sich Vertreter der Centrale Marketinggesellschaft für die deutsche Agrarwirtschaft (CMA) auf der Kölner Anuga überzeugt. Zwar seien EG-weit die Probleme auf dem Milchsektor, zumindest kurzfristig, gelöst worden. Dafür gebe es jetzt bei Rindfleisch ein Überangebot und bei Kartoffeln sei der Markt nach der überreichlichen Ernte zunächst ins Rutschen geraten. Als nächstes drohe dann für Anfang 1986 ein neuer Schweineberg.

Damit ist auch die Arbeit der CMA umrissen, die versucht, all diese Schwierigkeiten durch gezieltes Marketing in den Griff zu bekommen. Auf der Anuga präsentiert sie den rund 180 000 Einkäufern aus 114 Ländern eine Gemeinschaftsschau der deutschen Agrarwirtschaft. Auf 12 000 Qudartmetern versuchen 650 ernährungswirtschaftliche Unternehmen und zusätzlich 80 Molkereien mit ihren Produkten der Konkurrenz aus dem Ausland paroli zu bieten. Und die Voraussetzungen scheinen gut: nach einer von der CMA in Auftrag gegebenen Studie ist das Image der deutschen Erzeugnisse in den letzten Jahren kräftig gestiegen.

Im Vergleich mit Produkten aus neun EG-Staaten (ohne Griechenland) haben deutsche Lebensmittel inzwischen den besten Ruf. Auch produktspezifisch, so erläutert CMA-Geschäftsführer Helmut Fahrnschon, belegen Nahrungsmittel aus der Bundesrepublik – bis auf Käse – den ersten Rang in der Gemeinschaft. Die besten Ergebnisse entfallen danach auf Fleisch, Wurst und Bier.

Daß „deutsche Qualitätsprodukte" tatsächlich diese Position einnehmen beweist ein Blick in die Statistik. So stieg der Exportwert aller Agrarprodukte nach dem bereits „außergewöhnlichen" Ergebnis des letzten Jahres (plus 12,6 Prozent auf 26,7 Mrd. DM) im ersten Halbjahr 1985 nochmals um fünf Prozent auf 12,3 Mrd. DM. Davon entfallen auf Lieferungen in die EG-Partnerstaaten inzwischen gut zwei Drittel. Auch im Inland beherrschen deutschen Lebensmittel den Markt mit einem Gesamtanteil von über 70 Prozent.

Diese Erfolge könnten allerdings bedroht werden durch neue Ideen der EG-Kommission beim lebensmittelrechtlichen Reinheitsgebot. Nach dem Bier, so erklärt Fahrnschon, drohe jetzt auf dem Milchsektor ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof, weil die Kommission die Auffassung vertrete, Mischungen zwischen tierischen und pflanzlichen Fetten seien zulässig. Dies könnte letztendlich bedeuten, daß ein Mischfett aus Butter und Margarine ebenso dem Verbraucher angeboten werden darf, wie Joghurt, Käse und Wurst, die mit dem Futtermittel Soja angereichert sind. „Die wirtschaftlichen Auswirkungen für unsere Agrarwirtschaft würden verheerend sein", warnte Fahrnschon die Gesetzgeber.

HENNER LAVALL

Norwegen kritisiert EG-Zollpolitik

Rund 90 Prozent der 2,5 Mill. Tonnen norwegischen Fische und Fischprodukte, gehen in den Export. Die EG-Staaten nehmen allein die Hälfte der Ausfuhren ab. Die Skandinavier stellen aber heraus, daß ein großer Teil der von ihnen exportierten Fische erst in den Empfängerländern verarbeitet wird und hier Arbeitsplätze schafft und bewahrt. So weist Norwegens Botschafter daraufhin, daß es in der Bundesrepublik bereits mehr Arbeitsplätze in der Fischverarbeitungsindustrie gibt als in der eigentlichen Fischerei.

Er beklagt jedoch, daß der Fischexport in die EG ständig zum Gegenstand neuer und steigender Zollsätze gemacht wird. Die Norweger weisen auch daraufhin, daß sie erhebliche Fortschritte in der Fischzucht zu verzeichnen haben, die Produktion von Aufzuchtfischen wird 1986 bereits 50 000 erreichen und soll bis Ende des Jahrzehnts vervierfacht werden. Die Lachsaufzucht trägt rund 85 Prozent zur Weltproduktion bei. (hdt.)

Großbritannien in der Offensive

Unser Markt ist für Produkte aus anderen Ländern offen, ebenso aber sind auch deren Märkte für unsere Produkte offen", erklärte Hugh Bidwell, Präsident des britischen Exportkomitees (Food from Britain). Bei der Koordinierung der Exportanstrengungen der britischen Lebensmittelindustrie hat die Organisation, erst in den letzten Jahren nach Vorbild der deutschen CMA aufgebaut, bereits erhebliche Erfolge aufzuweisen. So konnten gerade die Exporte in die Bundesrepublik beachtlich ausgeweitet werden, sie stiegen allein im ersten Halbjahr 1985 gegenüber dem Vorjahr um 11,3 Prozent auf 104 Mill. Pfund. Nach wie vor stehen dabei traditionelle Produkte im Mittelpunkt, zu denen vor allem Whisky, Bonbons, Gebäck, Kuchen und Tee gehören. Darüber hinaus konnten 47,5 Prozent mehr an Molkereiprodukten und Eiern abgesetzt werden, der noch ausbaufähige Export von Gemüse und Obsterzeugnissen nahm um 8,4 Prozent zu. (hdt.)

Profilierung mit Obst und Gemüse

Für den deutschen Lebensmitteleinzelhandel entwickelt sich das Angebot von frischem Obst und Gemüse zu einem der entscheidenden Sortimentsbereiche, mit denen er sich im Wettbewerb profilieren kann, vor allem gegenüber den Discountern. Daß sich diese Erkenntnis immer mehr durchsetzt, bestätigt die Bremer Scipio-Gruppe, die mit einem Gesamtumsatz von mehr als 1,5 Mrd. DM zu den bedeutendsten Fruchthandelsbetrieben gehört.

Offensichtlich ist dabei das vermehrte Interesse an Neuheiten ein Beweis nicht nur für die Risikobereitschaft des Handels, sondern auch für die Experimentierfreudigkeit und Aufgeschlossenheit der Verbraucher. Zunehmend erwartet der Einzelhandel von seinen Lieferanten jedoch neben der Ware auch Serviceleistungen. Dazu gehört nicht nur der Ausbau des Streckengeschäfts, sondern auch Hilfestellung bei der Ausbildung des eigenen Personals für erklärungsbedürftige Produkte. (hdt.)

DEUTSCHE SB-KAUF

Asko darf die Mehrheit erwerben

dpa/VWD, Berlin

Die Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken, hat vom Bundeskartellamt in Berlin grünes Licht für die Übernahme einer Mehrheitsbeteiligung an der Deutsche SB-Kauf AG + Co oHG, Bochum, erhalten. Mit Wirkung vom 1. August 1985 war die Deutsche SB-Kauf zu jeweils 24,9 Prozent in den Besitz der Asko, der Deutschen Genossenschaftsbank, der Norddeutschen Landesbank und der Westdeutschen Landesbank übergegangen. Bis dahin gehörte sie je zur Hälfte den Veba-Handelstöchtern Raab Karcher und Stinnes. Damals war die volle Umwandlung der Gesellschaft in eine AG sowie ein möglicher Gang an die Börse angekündigt worden.

Das Bundeskartellamt hat nach anfänglichen Bedenken hinsichtlich einer weiteren Verflechtung im Lebensmittelhandel der Beteiligung zugestimmt, obwohl die Rewe Handelsgesellschaft Leibbrand oHG mit etwa 25 Prozent - dabei mit 30 Prozent am stimmberechtigten Kapital - an Asko beteiligt ist und auch die Schaper-Gruppe, Hannover, eine Beteiligung hält. Rewe Leibbrand wiederum ist mit 12,5 Prozent an Schaper beteiligt. Allerdings hat sich, so das Bundeskartellamt, der anfängliche Verdacht einer gemeinsamen Beherrschung von Asko durch Rewe Leibbrand und Schaper nicht erhärten lassen.

Die Deutsche SB-Kauf betreibt bundesweit 23 divi-Warenhäuser und acht Agros-Großhandelsmärkte und erreichte 1984 einen Umsatz von knapp 2,2 Milliarden DM. Asko setzte in seinen SB-Warenhäusern rund 755 Mill. DM um und kam in der gesamten Gruppe mit den Adler-Bekleidungszentren und Baumärkten auf einen Umsatz von 1,66 Mrd. DM.

Ausschlaggebend für die Entscheidung des Bundeskartellamts war auch, daß Asko/Deutsche SB-Kauf auf dem Lebensmittelmarkt mit ihrem Einkaufsvolumen bei weitem nicht an die großen der Branche wie Aldi, Rewe Zentral, Metro, Tengelmann, Rewe-Leibbrand, Edeka Zentrale und Coop herankommen. Asko hatte zudem den Rückzug aus der Mitgliedschaft bei der Rewe Zentralfinanz und die Aufgabe der Beteiligung an der Rewe Zentral beschlossen.



FOTO: WOLF P. PRANGE

Bodo Liebe wird 65 Jahre

Dicht an der üblichen Pensionsschwelle hat er der Firma 1985 mit dem US-Landmaschinengeschäft von Allis Chalmers und mit der Mehrheit an der Motorenwerke Mannheim AG zwei Milliarden DM Jahresumsatz oder ein Drittel des Geschäftsvolumens hinzugekauft. Diesen nach seinen Worten „Beginn einer neuen Epoche" der Kölner Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD) wird der Vorstandschef Bodo Liebe, am 16. Oktober 65 Jahre alt, auf Wunsch der Großaktionärsfamilie Henle/Klöckner noch bis 1988 als Chef begleiten.

Die ungewöhnliche Zeitzugabe paßt zu Liebes Ungewöhnlichkeiten. Außerhalb der Norm schon der Berufsweg des „ungelernten Kaufmanns": Berufssoldat, schwerverwundeter Panzeroffizier, bis 1953 Gerichtsdolmetscher, bis 1961 Ruhrstickstoff-Angestellter, danach bis 1970 Karriere in Krupps Industrieanlagenbau, ehe er 1970 bei KHD anheuerte.

Die Bravour, mit der er dort zunächst das Anlagengeschäft voranbrachte, wurde schon 1975 mit der Sonne-Nachfolge im Vorstandsvorsitz honoriert. Seitdem hat er den vom Vorgänger eingeleiteten Strukturwandel in einer Serie von KHD-Erfolgsjahren ausgebaut. Und dabei, auch dank passionierter Golfspielerei, physisch und erst recht psychisch den Elan eines bejahrten Jünglings behalten. (J. G.)

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Computer-Kooperation

Frankfurt (dpa/vwd) – Rund 100 Mill. DM wollen sich drei europäische Computerhersteller den Bau eines Mikrocomputers mit europäischem Standard bis zur Markteinführung 1987 kosten lassen. Das erklärte Robert Kaplan von der französischen Thomson-Gruppe zu der vor kurzem geschlossenen Grundsatzvereinbarung von Acorn, Olivetti und Thomson. Die Allianz der drei Unternehmen aus Großbritannien, Italien und Frankreich stehe auch anderen europäischen Interessenten offen und richtet sich gegen die Vorherrschaft des US-Standards MS-DOS für Mikrocomputer. Gleichzeitig soll das Gemeinschaftsprojekt das Vordringen des japanischen Computerstandards MSX nach Europa bremsen, dem sich die niederländische Philips-Gruppe als erster europäischer Hersteller angeschlossen hat.

Umsatzplus erwartet

Nürnberg (VWD) – Durch den Trend zu Hochtemperatur-Prozessen in vielen Industriezweigen, etwa bei der Halbleitertechnik oder bei Glasschmelzverfahren, sieht die Sigri GmbH, Meitingen, neue Anwendungsmöglichkeiten für Kohlenstoff und Graphit. Die Gruppe erzielte 1984 einen Umsatz von 1,230 (1,084) Mrd. DM, für 1985 wird mit einem Umsatzplus von rund neun Prozent gerechnet. Etwa 80 Prozent des Umsatzes werden im Ausland erzielt. Nachdem man 1984 knapp 70 (41,1) Mill. DM investiert hatte, peilt man für 1985 die 100-Mill.-DM-Grenze an. Der Jahresüberschuß stellte sich 1984 auf 31,9 (28,8) Mill. DM, höheren Exporterlösen stehen im laufenden Jahr gestiegene Rohstoffkosten entgegen.

Neuauflage für Interschutz

Hannover (dos) – Zum zweiten Mal nach 1980 wird 1988 (18. 5. bis 2. 6.) auf dem hannoverschen Messegelände die Internationale Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz „Interschutz" stattfinden. Zur Interschutz '80 waren 507 Aussteller nach Hannover gekommen. Ein ähnliches Ergebnis erwarten die Veranstalter auch für 1988.

Dow Chemical baut aus

Stade (dos) – Die Dow Chemical GmbH, Stade, beabsichtigt, ein Werk zur Herstellung von chloriertem Polyethylen zu errichten. Wie es heißt, soll die Produktion bereits 1988 auf dem firmeneigenen Gelände in Stade aufgenommen werden. Die Jahreskapazität wird auf 22 000 t pro Jahr ausgelegt. Bislang wird das unter der Marke Tyrin vertriebene Produkt ausschließlich bei Dow in den USA hergestellt.

Caravan-Salon beendet

Essen (DW.) – Der 24. Internationale Caravan-Salon in Essen hat die Optimisten bestätigt. Es gab deutliche Anzeichen für eine wieder bessere Marktsituation. Wie die Messegesellschaft mitteilt, stieg die Besucherzahl auf eine neue Höchstmarke von 135 000. Jeder dritte Aussteller verzeichnete ein besseres Ergebnis als im Vorjahr.

Karstadt: Hebbering wird Stellvertreter

J. G. Düsseldorf

Mit knapper Erwährung der Vorschläge für die zum 28. Oktober anberaumte Aufsichtsratssitzung bestätigt die Essener Karstadt AG die Mutmassungen über den Wechsel von Bernd Hebbering, bislang Vorstandsvorsitzender der Düsseldorfer Horten AG, zu Europas größtem Warenhauskonzern. Hebbering soll stellvertretender Vorstandsvorsitzender mit Ressort-Schwerpunkten bei „Einkauf Textil sowie weiteren waren-und verkaufsbezogenen Aufgaben" werden. Gleichzeitig soll Walter Deuss, bislang Sprecher des Karstadt-Vorstands, zum Vorstandsvorsitzenden avancieren. Karstadt nennt diesen Vorgang eine „Erweiterung des Führungsgremiums" und dementiert damit indirekt Vermutungen, daß das unerwartet lange Debakel aus der verlustreichen Neckermann-Übernahme diesem oder jenem Konzernvorstand nun den Kopf kosten könnte. Einen neuen Vorstandsvorsitzenden bei Horten gibt es vorerst nicht.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Meier Stapler-Service GmbH, Ottersberg; **Berlin Charlottenburg:** G. K. V. Video-Vertriebs-GmbH; **Duisburg:** Bernhard Gehrmann, Dachdeckermeister, Oberhausen 11; **Frankfurt:** Ludwig Bensinger, Kaufmann, Ingenieursbüro f. Schweißtechnik, Sossenheim; Annemarie Schulz, Inh. d. Dental-Labor Willi Schulz; **Hannover:** Nachl. d. Klaus Jeromin, Glas- u. Gebäudereinigermeister; **Lüdenscheid:** Josef Nölke, Kraftfahrzeugmeister, Neuenrade.

ATOMIC – DYNAMIC / Mit hohem Expansionstempo in stagnierende Skimärkte

Aufwärtstrend vom Export getragen

DANKWARD SEITZ, München

Äußerst optimistisch beurteilt Alois Rohrmoser, Inhaber der österreichischen Skifabrik Atomic, Wagrain, die Zukunftsaussichten seines Unternehmens. Obwohl das gesamte Weltmarktvolumen wie schon 1984 auch in den nächsten Jahren bei rund 9 Mill. Paar Ski stagnieren wird, setzt er auf Expansion. Mit einem Investitionsaufwand von umgerechnet rund 6 Mill. DM wird derzeit allein die Alpinski-Produktion im Stammwerk modernisiert und erweitert. Atomic wird dann nur in dieser Sparte über eine Kapazität von 800 000 Paar verfügen, die spätestens in zwei Jahren voll ausgelastet sein soll.

Weil es im Langlaufsektor „noch genügend Potential" gibt und die LL-Skiproduktion vom Alpinbereich in eine „immer stärkere Nebenrolle" gedrängt wurde, soll noch im Geschäftsjahr 1985/86 (31. 3.) mit der Errichtung einer speziellen LL-Skifabrik in Altenmarkt (Investitionsvolumen etwa 10 Mill. DM) begonnen werden. Die „zunächst" geplante Produktionskapazität von 300 000 Paar LL-Ski soll nach drei Jahren voll ausgeschöpft werden.

Welches Expansionstempo damit vorgelegt wird, verdeutlichen die Vorjahreszahlen. Trotz des spät einsetzenden Winters konnte Atomic, so Rohrmoser, 720 000 Paar Ski (plus 5,9 Prozent) produzieren und verkaufen. Getragen wurde das Wachstum von der Alpinsparte mit 640 000 (600 000) Paar, während der Langlauf bei 80 000 Paar stagnierte. Zudem wurden 513 000 (450 000) Skistöcke hergestellt. Für das laufende Geschäftsjahr 1985/86 plant man bei gleichbleibendem LL-Ski-Volumen die Produktion von 665 000 Paar Alpinski und 600 000 Stöcken.

Die kontinuierliche Aufwärtsentwicklung wurde, so Rohrmoser, entscheidend vom Export getragen. Knapp über 81 (80) Prozent der Produktion wurden 1984/85 im Ausland abgesetzt. An erster Stelle rangieren hier die USA. Mit 115 000 Paar Ski (plus zwölf Prozent) – davon knapp 100 000 Alpin- und 16 000 LL-Ski – und einem Umsatzvolumen von 15 Mill. DM (plus 27,1 Prozent) stellt die Bundesrepublik den zweitwichtigsten Markt für Atomic dar. Der deutsche Marktanteil wurde mit 18,5 (15) Prozent angegeben.

Den konsolidierten Atomic-Umsatz 1984/85 (einschließlich der Vertriebsgesellschaften in den USA, Deutschland, Schweiz und Frankreich) gab Rohrmoser mit 129,5 Mill. DM (plus 10 Prozent) an. Mit der Ertragslage zeigte er sich „äußerst zufrieden"; die Finanzlage sei „gesund".

Auf Expansionskurs befindet sich auch die 100prozentige französische Tochter Dynamic Ski S. A., St. Etienne. Ihr Umsatz soll im Geschäftsjahr 1985 bei einer Produktion von 230 000 Alpinski auf 107 Mill. Franc steigen. Im vergangenen Jahr stellte sie 227 000 Paar Ski (plus 3,2 Prozent) her und setzte damit 95,3 Mill. Franc (plus 10,8 Prozent) um. 60 Prozent ihrer Produktion gehen in den Export.

Danke, Herr Hevelius.

Johannes Hevelius' Vater war ein Bierbrauer mit zehn Kindern. Er muß ein sehr erfolgreicher Bierbrauer gewesen sein; der Sohn durfte sich ganz seiner Passion für die Astronomie hingeben. Auf dem Dach seines Hauses baute er ein vorzügliches Observatorium.

Hevelius machte wichtige Beobachtungen an den Kometen, katalogisierte 1564 Sterne und identifizierte die Phasen des Merkur. Seine eigentliche Liebe aber galt dem Mond. Mit Hilfe laufend verbesserter Teleskope hielt er die verschiedenen Mondlandschaften in exakten Zeichnungen fest und gab ihnen Namen. Hevelius stellte sich den Mond wie eine verkleinerte Erde vor, benannte seine Höhenzüge nach unseren Gebirgen und die flachen dunklen Stellen nach unseren Meeren, so z.B. das Mare Serenitatis nach dem Pazifischen Ozean. 1647 veröffentlichte er einen eleganten Mondatlas, *Selenographia*, mit handgestochenen Tafeln seiner Zeichnungen.

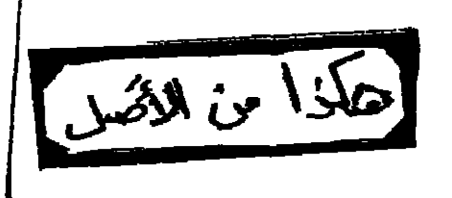
Wir sind mittlerweile auf dem Mond gelandet und wissen, daß er nicht so freundlich ist wie Hevelius' „kleine Erde"; seine Ozeane haben sich in Staubflächen verwandelt. Wir sind Hevelius dennoch dankbar und bewahren die von ihm gewählten Namen.

Unsere Tochterfirmen haben ihrerseits Pionierarbeit geleistet. Pratt & Whitney haben Düsentriebwerke, Sikorsky Hubschrauber, Otis Aufzüge, Carrier Klimaanlagen entwickelt. Wir empfinden Dankbarkeit allen Denkern und Forschern gegenüber, die den nach ihnen Kommenden den Weg geebnet haben.

United Technologies: das sind Pratt & Whitney Düsentriebwerke, Otis Aufzüge, Carrier Klimaanlagen, Sikorsky Hubschrauber und Mostek Halbleiter.

In Deutschland gehören Flohr Otis, Telefunken Electronic, Eurosil Electronic und United Technologies Grundig dazu.

UNITED TECHNOLOGIES





Scharfer Anstieg der Aktien

Verbindung Daimler–AEG löste neue Kaufwelle aus

DW. – Der Börsenbeginn stand im Zeichen einer neuen Kaufwelle, an der sowohl Ausländer, inländische institutionelle Anleger sowie viele private Bankkunden beteiligt waren. Auslöser für das sich verstärkende Interesse an deutschen Aktien ist der Einstieg von Daimler bei AEG. Daimler-Aktien, tendierten zeitweise um weitere 40 DM fester. Die massiven Käufe erstreckten sich daneben auf Bankaktien, da die Kreditinstitute zu den Hauptnutznießern der bevorstehenden Transaktion gerechnet werden können.

Gedämpft wurden die spekulativen Käufe als erste Gerüchte über eine beabsichtigte Abfindung der AEG-Aktionäre zu „nur" 170 bekannt wurden. Das wirkte deshalb wie eine kalte Dusche, weil außerbörslich AEG-Aktien bereits über 200 DM gehandelt worden waren. Die offizielle Notiz der AEG-Aktien blieb noch ausgesetzt. Bei den Banken kam es schließlich ebenfalls zu nachgebenden Kursen. Rund die Hälfte der anfangs erzielten Tagesgewinne ging wieder verloren. Die Gewinnmitnahmen erstreckten sich schließlich auch auf Daimler und Mercedes, die bis zu 25 DM unter den Tageshöchstkursen schlossen. Von den Großchemietiteln wurden BASF mit einem Tagesgewinn von rund fünf DM bevorzugt. Bei Karstadt wurde die bevorstehende Neuordnung im Vorstand mit einem Plus von 12 DM honoriert. Die übrigen Warenhaustitel blieben im Hintergrund.

Frankfurt: Altana erhöhten um 4 DM, Chemieverwaltung um 20 DM und Didier um 3 DM. Nachgeben haben Cassella um 20 DM und Enka um 6 DM. Kochs Adler verloren 5,10 DM und Pfaff 0,50 DM.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt stockten um 5 DM, Gerresheimer Glas um 4,50 DM und Hageda um 4 DM auf. Dyckerhoff St. verloren 5 DM und Heinrich 10 DM. Schiess verminderten um 3 DM. Victoria verbesserten sich um 200 DM.

Hamburg: Beiersdorf schlossen um 3 DM fester. Reichelt verbesserten sich um 1 DM und Bremer Vulkan um 2 DM. Phoenix Gummi stockten um 1,90 DM auf. HEW lagen bei 121,50 DM (plus 0,50 DM) gut behauptet.

Berlin: Spinne Zehlendorf wurden um 50 DM heraufgesetzt. Dt. Hypobank Berlin lagen um 9,50 DM, Berliner Bank und Engelhardt um je 5 DM höher. Herlitz St. erholten sich um 2,50 DM. Kempinski gaben um 6 DM und Herlitz Vz. um 2 DM nach.

München: Agrob St. verminderten um 6 DM, Bay. Hartstein um 7 DM und Hutschenreuther um 22 DM. Tucherbräu verloren 41 DM. Erhöht haben Erlus AG um 14 DM, Electro 2000 um 5 DM und Brauhaus Coburg um 15 DM.

Stuttgart: Daimler setzten ihre Aufwärtsbewegung um 75 DM und Mercedes um 57 DM fort. Kolbenschmidt legten 2,90 DM zu. Zeag Zement wurden um 10,50 angehoben. Aesculap stockten um 4 DM und DLW um 6 DM zu.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 231,07 (225,68)
WELT-Umsatzindex: 6569 (5961)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		14.10.	11.10.
H	Aach M Betl. 10	1675	1630
H	Aach. M. Vers. 7	980G	950
D	Aach-Rück. 9	2580	2460
D	Aseag *4	460G	460G
M	Ack-Gögg. 6	143,8	141,5
H	Adca 5	148	149
D	Adler 9	300G	300G
F	Adt 0	54,2	55
F	AEG 0	ausg.	ausg.
D	AEG KABEL 9	305	300
S	Aesculap 9	449	445
F	AGAB 5	124	124
D	Agrippina *0	1450B	1450bB

F	Chem. Vw. *16	540	520
D	Colonia 5	460	460
D	Commerzb. 6	247	236,5
D	Cobk.Reste 40 RM	17,5T	17,5T
D	Conc. Chem. 4,5+3	341G	340
B	Conc. Spinne * 0	405B	405B
D	Contigas 7,5	372	367G
D	Conti Gummi 3	162	159,7
D	Dahlb. St. 7,65	255	254,5
D	dgl. Vz. 14,55	395G	395G
S	Daimler 10,5	1075	1000
M	Deckel AG 0	198bB	191
D	Dt. Atl. Tel.10+1	527G	527
H	Doag 5	354	359
D	Dt. Babcock St. 3	178bG	176
D	dgl. Vz. 5,5	179	175

H	Hall.-Meurer *0	160	157
D	Hamb. Berg 7+1	255	250
H	Hb.Hochb. *4+0,64	99B	99B
H	HEW 5	121,1	120
H	Hall. Lüb. 9	-G	-G
Hn	Hann. Papier 5,5	136	138
H	Harmstorf 0	96,8	97,8
D	Harpener 11	350	350
F	Harm. & B.St. 4	795G	785G
F	dgl. Vz. 4	670	670
M	Hasen-Bräu 9	1085G	1060G
S	Heidelb. Zem. 7	433	430
M	Heilit & W. 5	290G	290
D	Hein. Lehm. *0	295	283
D	Heinr. Ind. *14+4	580T	590T
H	Hemmoor 12,3	260	260G

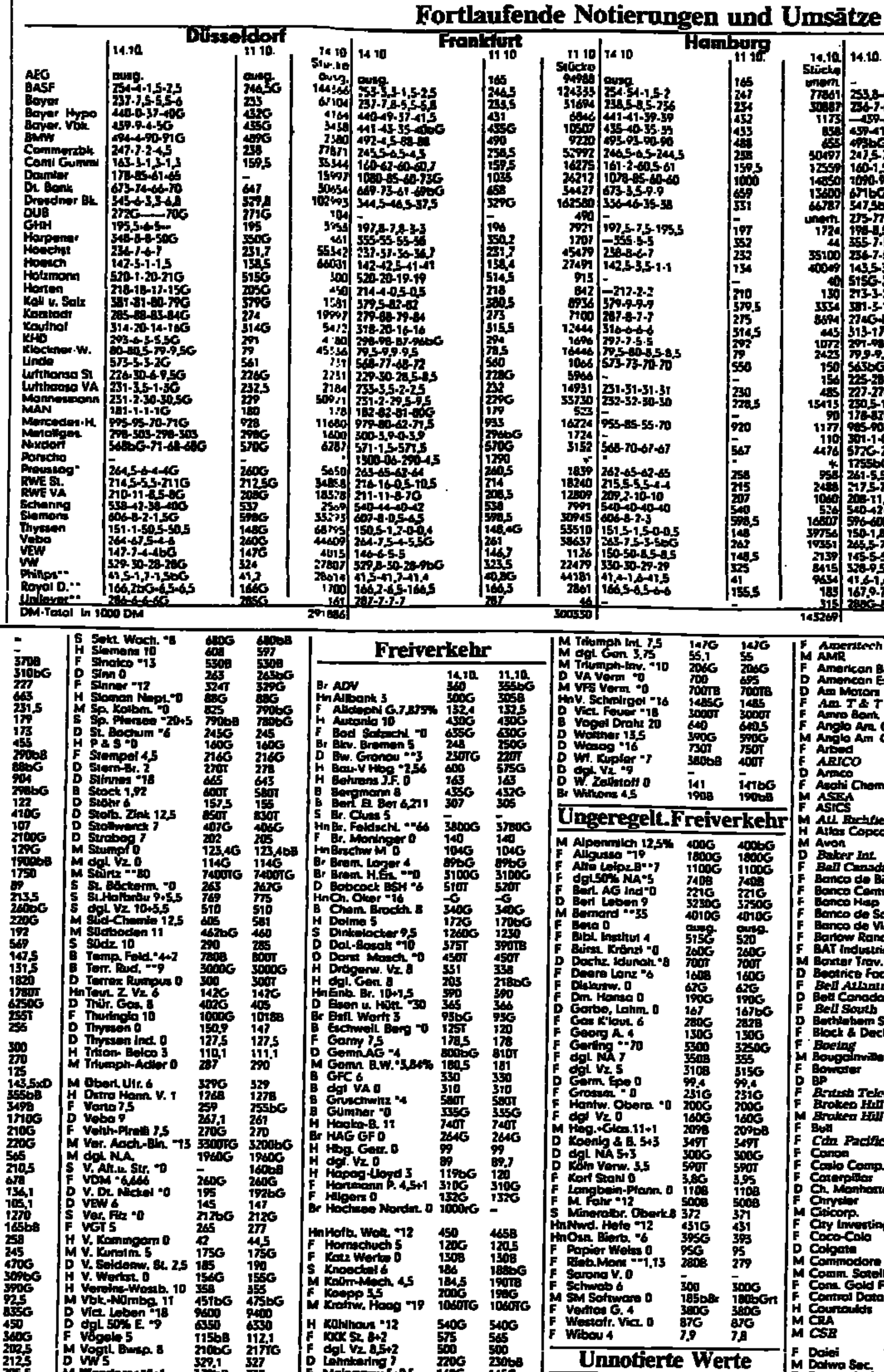
H	Malhak 4	-	-
F	Mainkraft *15	570T	-
F	MAB 6,5+1	370	370B
F	dgl. Vz. 6,5+1	310G	310bG
D	Mannesmann 4	231	227
F	Mannh. Vers. 8	665bG	663
H	Maria & K. 7	233	231,5
F	MAN St. 0	181	179
F	dgl. Vz. 0	173,5	173
F	MAN-Rol. 20,2	451	455
S	M.Müll.Weing. *0	285	290bB
D	Mauser 0	89	88bG
F	Mercedes 10,5	962	904
F	Metallges. 0	301	298bG
S	Met. u. Lack 0	120	122

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM



Bodenfunkstation Raisting/Obb., 26. Mai 1985

Ausland

Amsterdam

	14.10	11.10.
ACF Holding	230	230
Aegon	95,8	92,8
Akzo	121	118,8
Alg. Bk. Nederl.	488	485,5
Amev	68,6	68,4
Amro Bank	84,4	83,4
Berkel's Patent	38	38
Bijenkorf	65	62,5
Bols Lucas	96	94,5
Bredero	151,5	150,5
Buehrmann	99,5	99
Desseaux	106	106
Fokker	69,9	69,5
Gist Brocades	214	212
Océ-v. d. Grinten	353	352
Hagemeijer	43,5	42,5
Heineken Bierbr.	164,5	162,3
KLM	53,2	52,6
Hoogovens Kon.	60,7	59,3
Nationale Ned.	70,8	70,4
Ned. Lloyd Groep	182,5	180,5
Ommeren van	26,4	26,2
Pakhoed	65,1	65,2
Philips	46,6	46
Rijn-Schelde	13,8	14,1
Robeco	76,7	76,2
Rolinco	69,1	68,7
Royal Dutch	187,8	187,3
Credit Lyonnais Bk.N	87	86,5
Unilever	325,4	322,8
Ver. Masch.	233,5	231,5
Volker Stevin	28,5	28,5
Westland Utr. Hyp.	94	92,8
Index: ANP/CBS	212,40	211,50

Brüssel

Arbed	1770	1750
Brux. Lambert	2345	2200
Cockerill Ougrée	210	205
Ebes	3500	3210
Gevaert	4450	4525
Kredietbank	–	9100
Petrofina	6450	6300
Soc. Gén. d. Belg.	–	1906
Sofina	–	7570
Solvay	5550	5300
UCB	5460	5160
Index	–	2510,27

Hongkong

	14.10.	11.10.
China Light + P.	16,1	15,9
Hongkong Land	6,45	6,45
Hongk. + Sh. Bk.	7,1	7
Hongk. Teleph.	8,65	8,65
Hutch. Whampoa	25,7	25,9
Jard Matheson	12,4	12,5
Swire Pac. + A +	25	24,5
Wheelock + A +	–	–

Kopenhagen

	14.10	11.10.
Den Danske Bank	371	368
Jyske Bank	755	750
Kopenh. Handelsbk.	338	337
Novo Industri	252	252
Privatbanken	330	326
Ostasiat. Komp.	251	256
Dan. Sukkerfabr.	495	490
For. Bryggerier St.	1100	1090
Kgl. Porz. Fabr.	385	379

London

	11.10.	10.10.
All. Lyons	275	275
Anglo Am. Corp.$	1137,5	1150
Anglo Am. Gold $	6,325	6,325
Babcock Int.	147	141
Barclays Bank	399	397
Beecham Group	303	298
BL	32	32
BLOC Int.	–	–
B.P.B. Industries	–	–
British Aerospace	–	–
B.A.T. Industries	271	263
British Petroleum	541	546
British Telecom	–	–
Britoil	–	–
Bowater	313	313
BTR	386	373
Campbell Soup	–	–
Burmah Oil	314	312
Cadbury Schweppes	138	137
Charter Cons.	201	201
Cons. Gold. Fields $	4,34	4,39
Cons. Murchison	2,75	2,875
Courtaulds	149	148
De Beers $	4,3	4,3
Distillers	425	428
Driefontein $	17,625	17,625
Free St. Geduld $	20,875	20,875
General Electric	160	156
Guinness	306	304
Hawker Siddeley	401	389
ICI	639	642
Imperial Group	209	205
Lloyds Bank	424	417
Lonrho	151	151
Marks & Spencer	166	166
Midland Bank	394	397
Nat. Westminster	659	652
Plessey	130	128
Reckitt & Colman	537	565
Rio Tinto-Zinc	557	554
Rustenburg Plat. $	7,875	7,75
Shell Transp.	688	695
Thorn Emi	354	359
TI Group	405	392
Trusthouse Forte	138	137
Unilever	1053	1045
Vickers	305	305
Woolworth	491	488
Financial Times	1027,50	1017,80

Luxemburg

	14.10.	11.10.
ARBED	1754	1730
Arico	94	93,25
Audiofina	4360	4400
Bque. Gen. du Lux.	8000	7900
Bque. Int. du Lux.	7700	7600
Belgo Mineira St.	0,17	0,17
Cegedel	2560	2630
Kredietbank Lux.	8200	8200
PAN Holding	–	–
SCI Techn.	550	550
SEO	870	870

Madrid

Banco de Bilbao	348	345
Banco Central	310	310
Banco Popular	355	354
Banco de Santander	362	363
Banco de Vizcaya	475	472
Const. Aux. Ferro	100	99
Cros	–	47,75
Dragados	145	147
El Aguila	193	192
Exp. del Zink	–	325
Fasa Renault	–	–
Esp. Petroleos	138	136
Union Fenix	–	–
Fecsa	67,25	66
Hidroelectr. Esp.	85,25	83,25
Huarte	–	94
Iberduero	97	95,25
Macosa	–	58
Papalera	46,25	44,5
Seda de Barcelona	282	268,5
Sevillana de El.	76,75	76,25
Telefónica	127,75	124,25
Unión Electrica	71,75	69,25
Explosivos RT	56,75	54,75
Urbis	–	55
Vallehermoso	55,75	53
Index	118,54	117,01

Mailand

	14.10.	11.10.
Bastogi	374,75	370
Centrale Risp	3540	3560
Dalmine	702	715
Farmitalia C. Erba	12800	13000
Fiat	4595	4620
Fiat Vz.	3890	3905
Fin. Breda	5350	5400
Finsider A	–	–
Generali	64000	63700
IFI Vz.	10700	10755
Italcementi	48100	48750
Italgas	1835	1886
Magneti Marelli	2080	2130
Mediobanca	132900	133300
Mondadori A.	2899	2870
Montedison	2363	2385
Mira Lanza	35900	36500
Olivetti Vz.	5440	5711
dgl. St.	7575	7601
Pirelli SpA	3102	3115
La Rinascente	956	955
RAS	108600	109000
SAI Risp.	24400	23650
SIP	2756	2780
Snia Viscosa	3816	3825
STET	3730	3785
Index	404,87	405,55

New York

Kurse = 9.50 h NY	14.10.E	11.10.
Adv. Micro Dev.	24,375	24,125
Aetna Life	45,375	45,125
Alcan Aluminium	24,375	24,5
Alcoa	33,25	33,25
Allied Chemical	43,5	43,5
Allis-Chalmers	–	3,75
AMR Corp.	39,625	39
Amax	12,125	12
Amerada Hess Corp	27,5	27,5
Am. Brands	55,375	55,175
Am. Broadcasting	116	115,625
Am. Can.	55,375	55,25
Am. Cyanamid	49,75	49,375
Am. Express	41,625	41,625
Am. Home Prod.	56,875	56,875
Am. Motors	3	3
Am. Tel. & Telegr.	21,375	21,25
Ameritech	23,625	23,25
AMF	–	–
Amoco Corp.	67,375	67,125
Ancher Hocking	24,5	24,375
Armco Inc.	8,875	8,875
Asarco	17,625	17,875
Atlantic Richfield	62,625	62,375
Avon Products	25,125	25,25
Bally	17,375	16,625
Bk. of America	14,375	14,375
Bell Atlantic	87,5	87
Bell Howell	35,75	35,75
Bethlehem Steel	16,375	16,5
Black & Decker	18,25	18,25
Boeing	43,75	43,625
Borg-Warner	21,125	20,875
Bristol-Myers	58,875	55,875
Brunswick	36,25	36,25
Burlington Ind.	27	27,125
Burroughs	53,375	52,875
Campbell Soup	23,375	23,375
Caterpillar	37	36,875
CBS	118	118,625
Celanese	127,625	127,25
Centronics	4,75	4,75
Chase Manhattan	54,125	55,625
Chevron	38,25	38,25
Chrysler	37,625	38
Citicorp	43,5	43
Clark Equi.	30,75	–
Clorox	41,25	41,125
Coca-Cola	70,125	70,25
Colgate	26,875	27
Commodore	10	10,125
Commwlth. Edison	27,5	27,75
Comm. Satellite	33,75	33,75
Control Data	19,125	18,625
CPC Int.	47,875	47,5
Curtiss Wright	35,625	35,125
CSX	–	25,125
Deere	25,625a	25,5
Delta Airlines	39,375	38,875
Digital Equipm.	107	106,125
Dow Chemical	35,375	35,25
Du Pont	58,625	58,5
Eastern Gas-Fuel	–	23
Eastman Kodak	44,5	44,625
Exxon Corp	53	53
First Chicago	22,375	22,125
Firestone	18,375	18,5
Fluor Corp.	16,25	16,125
Ford Motor	44,625	44,75
Foster Wheeler	11,375	11,375
Fruehauf	24,375	24,375
GAF Corp.	38,125	37,875
General Dynamics	68	68
General Electric	59	58,75
General Foods	119,5	118,875
General Instrument	13	13
General Motors	69,75	69,75
Gillette	66,375	65,5
Global Nat. Res.	3,875	3,875
Gen. T. & E.	39	39
Goodrich	31	31,125
Goodyeartire	27,125	27,25
Grace	39,25	39,375
Greyhound	26,25	25,875
Grumman	31,75	31,875
Halliburton	25	25,25
Heinz	39	39
Hercules	56,75	36,75
Hewlett Packard	30,125	30
Homestake Mining	24,75	24,75
Honeywell	60,75	60,375
IBM	126	125,375
Inco Ltd.	12	11,75
Inland Steel	21,875	21,875
Insp. Resources Corp	4,5	4,625
Int. Tel. & Tel.	34,625	34,625
Int. Harvester	6,875	6,875
Int. Paper	45,5	45,375
Int. North. Inc.	43	43
Jim Walter	34,125	33,875
Kaiser Aluminium	15	15,125
Kerr McGee	31,75	31,625
Lehmann	14,25	14,25
Litton Industries	70,5	70,75
Lockheed Corp.	43,75	44,375
Loew's Corp.	44,75	44,75
Lone Star	28,375	28,375
Louisiana Land	32,5	32,25
LTV Corp.	5,375	5,5
Mc Dermott	–	25
Mc Donnel Doug.	67,25	66,625
Merck & Co.	109,5	109,5
Merrill Lynch	28,375	28,125
Mesa Petroleum	15,875	15,875
MGM (Film)	24,875	24,875
Minnesota M.	77	76,5
Mobil Oil	29,75	29,75
Monsanto	42,5	41,75
Morgan J.P.	49,625	49,125
Nat. Distillers	30,5	30,5
Nat. Semiconductor	11,25	11,125
Nat. Intergroup	–	26,375
National Steel	26,375	26,375
NCR	32,375	32
Newmont	44,375	44,5
Owens-Illinois	47,875	48
PanAm World	7,625	7,625
Pfizer	44,75	45,875
Phibro	38	37,75
Philip Morris	73,375	73,125
Phillips Petroleum	12,5	12,375
Pittston	13,75	13,5
Polaroid	36,75	35,25
Prime Computer	16,25	16
Procter & Gamble	57,125	56,875
RCA	45,25	44,875
Revlon	55,5	55,375
Reynolds Ind.	26,25	25,75
Rockwell Int.	35,5	35,625
Rorer Group	41,25	41,75
Schlumberger	34,25	34
Sears, Roebuck	32,75	32,375
Singer	34,5	35
Sperry Corp.	47,75	47,75
Stand. Oil Calif.	38,25	38,25
Storage Techn.	2	2
Tandy	35	34,5
Teledyne	237,875	234,75
Telex Corp.	43,875	43,875
Tesoro	9,875	9,875
Texaco	37,25	37
Texas Instrum.	90,125	90
Tosco	3,625	3,625
Trans World Corp.	37	36,875
Transamerica	28	28,25
Travellers	41,875	41,625
UAL	50,5	50,5
Uccel Corp.	–	15
Union Carbide	55,875	54,875
Union Oil of Calif.	28,375	28,375
US Gypsum	38,25	38,25
US Steel	30,875	31,125
United Technologies	37,125	37,125
Walt Disney	88,75	88,5
Warner Comm.	33,25	33,25
Westinghouse El.	38,25	38,25
Weyerhaeuser	26,625	26,5
Whittaker	21	21,125
Woolworth	50,125	49,75
Wrigley	80,375	80,375
Xerox	47,375	47,25
Zenith Radio	16,75	16,75
Dow Jones Index am 14. 10. 9.30 h NY	1343,08	1339,94
Stand. & Poors	184,75	184,28

Oslo

	11.10.	10.10.
Bergen Bank	163	162,5
Borregaard	449	452,5
Den Norske Cred.	164	165
Elkem	118	121
Kreditkassen	165,5	164,5
Norsk Data	387,5	386
Norsk Hydro	127	129
Storebrand	274	275
OSE Ind. Index	370,75	373,41

Paris

	14.10.	11.10.
Air Liquide	526	516
Alsthom Atlant.	305	305
Beghin-Say	248	248
BSN-Gerv.-Danone	2170	2030
Carrefour	2170	2149
Club Méditerranée	402	390,1
CSF Thomson	518	515
Elf-Aquitaine	186	185
France Petrol B	239,5	234,5
Hachette	1300	1291
Imetal	74,9	75
Lafarge	501	497,5
Lafayette	632	613
Locafrance	388	382
L'Oréal	2290	2230
Machines Bull	52,9	51,9
Michelin	1024	1015
Moët-Hennessy	1851	1844
Moulinex	58,9	59
Penarroya	61,6	63,2
Pernod-Ricard	668	651
Perrier (Source)	437	433,5
Peugeot-Citroën	383	380
Printemps	275	367
Radio Techn.	323	322
Redoute à Roubaix	1378	1375
Schneider	3625	–
Sommer Allibert	573	566
Usinor	5	5
Index: INSEE	110,40	110,00

Singapur

	14.10.	11.10.
Cycle + Car.	–	–
Cold Storage	–	3
Dev. Bk. of Sing.	5,45	5,43
Fraser + Neave	5,95	6
Kl. Kepong	2,13	2,18
Mal. Banking	5,65	6,75
Nat. Iron	2	2,1
OCBC	8	8,15
Sime Darby	1,8	1,85
Singapur Land	2,18	2,22
Un. Overs. Bank	3,48	2,52

Sydney

	14.10.	11.10.
ACI	2,92	2,92
Ampol. Explor.	3,15	3,15
Westpacific Banking	5,26	5,24
Bridge Oil	2,30	2,4
Brok. Hill. Prop.	8,84	8,76
Coles	4,4	4,36
CRA	5,84	5,8
CSR (Thelss)	3,75	3,75
Metals Expl.	0,4	0,4
MIM-Holdings	2,55	2,58
Myer Emporium	3,55	3,7
North Broken Hill	2,52	2,5
Oakbridge	1,43	1,4
Peko Wallsend	5,8	5,8
Poseidon	3,45	3,66
Thomas Nat. Tr.	2,45	2,45
Waltons Bond	0,49	0,5
Western Mining	3,8	3,9
Woodside Petr.	1,45	1,41
Index	1036,50	1033,20

Johannesburg

	11.10.	10.10.
Abercom Inv.	1,53	
AE & Co Ltd.	7,8	
Barlow Rand	11	
DeBeers	–	
Gold Fields	34	Börse geschlossen
Highveld Steel	5,7	
Kloof Gold Min.	21,6	
Rembrandt	46	
Rustenburg P.	22,5	
Sasol	8,3	
Vaal Reef	–	
RDM Gold Index	1037,30	
RDM Ind. Index	1083,40	

Stockholm

	14.10.	11.10.
AGA A	132	128
Alfa-Laval A	225	200
ASEA Fria	285	285
Atlas Copco A	121	121
Electrolux B	140	140
Ericsson A	250	–
Saab-Scania	420	420
Sandvik A	445	–
SKF B	250	255
Volvo A	213	220
J & P Ind. Index	1346,91	1362,63

Tokio

	14.10.	11.10.
Alps.	1330	1370
Bank of Tokyo	780	775
Banyu Pharma	700	684
Bridgestone Tire	546	546
Canon	1110	1140
Daikin Kogyo	630	636
Daiwa Sec.	901	895
Daiwa House	980	965
Eisai	1300	1300
Fuji Bank	1550	1540
Fuji Photo	2140	2140
Hitachi	690	697
Honda	1160	1160
Ikegai Iron	340	336
Kansai El. P.	2110	2090
Kao Soap	965	959
Kirin Brewery	770	758
Komatsu	559	565
Kubota Iron	405	418
Matsushita El. Ind.	1200	1220
Matsushita El. Wks.	980	970
Mitsubishi El.	375	381
Mitsubishi H. I.	460	450
Nikko Sec.	833	830
Nippon El.	1070	1080
Nippon St.	191	189
Nomura Sec.	1220	1210
Pioneer	1660	1670
Ricoh	934	924
Sankyo	1050	1040
Sanyo Electric	414	414
Sharp	809	828
Sony	3570	3680
Sumitomo Bank	1760	1740
Sumitomo Marine	753	739
Takeda Chem.	908	895
Teijin	541	547
Tokio Marine	974	958
Tokyo El. Power	2640	2610
Toray	574	574
Toyota Motor	1130	1140
Index	1037,95	1037,60

Toronto

	14.10.	11.10.
Abitibi Price		18
Alcan Alu.		33,375
Bk. of Montreal		29,25
Bk. of Nova Scotia		12,25
Bell Cda Enterprises		40,875
Bluesky Oil		3,45
Bow Valley Ind.		13,625
Brenda Mines		8,75
Brunswick M & Sm.		12,375
Cdn. Imperial Bk.		36
Cdn. Pacific E.		26,125
Cdn. Pacific		16
Cassiar Res.		2,75
Denison Mines		13,5
Dome Petroleum		2,67
Domtar		18,625
Falconbridge Ltd.		17,375
Great Lakes Forest		17,5
Gulf Canada		19,875
Gulfstream Res.		1,2
Hiram Walker Res.		30,75
Hudson Bay Ming.	Börse	6,25
Husky Oil	ge-	9,25
Imperial Oil -A-	schlossen	50,375
Inco		16
Inter City Gas Ltd.		15,875
Interprov. Pipeline		42
Kerr Addison		15
Lac Minerals		33
Massey Ferguson		4,1
Moore Corp.		24,875
Noranda Mines		14,75
Norcen Energy Res.		15,125
Northgate Expl.		4,1
Northern Telecom		43,875
Nova An Alberta 'A'		6
Nu West Group		0,4
Oakwood Petrol		8,5
Placer Development		22,5
Provigo Inc.		25
Ranger Oil		4,5
Revenue Properties		2,2
Rio Algom		22,375
Royal Bk. of Can.		29,875
Seagram		56,625
Shell Canada		27,875
Sherritt Gordon		7,75
Stelco -A-		19,75
TransCdn. PipeLines		24,375
Westcoast Transm.		16,675
Index: TSE 300		2618,10

Wien

	14 10	11.10
Creditanst.-Bkv.Vz.	374	372
Gösser-Brauerei	500	500
Länderbank Vz.	396	332
Österr. Brau	500	480
Perlmooser Zement	658	640
Reininghaus	735	735
Schwechater Br.	300	300
Semperit	95	91
Steyr-Daimler-P.	145	144
Steyrermühl Papier	–	–
Universale Hoch	258	260
Veitscher Magnesit	700	685
Index	100,16	99,51

Zürich

Alusuisse	710	714
dgl. NA	257	252
Aare-Tessin	–	–
Bank Leu	3700	3700
Brown Boveri	1660	1670
Ciba Geigy Inh.	3380	3400
Ciba Geigy Part.	2610	2615
Elektr. Watt	3380	3395
Georg Fischer Inh.	1020	1010
Mag.z.Globus Part	995	1000
H. La Roche 1/10	9775	9850
Holderbank	–	575
Italo-Suisse	315	315
Jacobs Suchard Inh.	7600	7500
Jelmoli	3300	3325
Landis Gyr	2140	2140
Mövenpick Inh.	5075	5050
Motor Columbus	1085	1090
Nestlé Inh.	7395	7350
Oerlikon-Bührle	1470	1500
Sandoz NA	3240	3250
Sandoz Inh.	8125	8050
Sandoz Part.	1445	1435
Art. A. Saurer	206	210
Schw. Bankges.	4315	4300
Schw. Bankverein	475	475
Schw. Kredit. A. Ind.	–	–
Schw. Kredit. A. Inh.	2985	2960
Schw. Rückv. Inh.	11250	11350
Schw. Volksb. Inh.	2070	2050
Sika -B-	–	3800
Gebr. Sulzer Part.	423	422
Swissair	1495	1500
dgl. NA	1175	1190
Winterthur Inh.	5275	5300
Winterthur Part.	4370	4375
Zür. Vers. Inh.	5500	5500
Index: Schw. Kred.	416,70	418,50

Inlandszertifikate

	Ausg. 14.10.	Rückn. 14.10.	Rückn. 11.10.
AAR-UNIV.F I	137,68	129,89	129,89
Adifonds	56,20	53,52	52,61
Adirenta	23,56	22,87	22,85
Adirewa	87,61	85,06	84,92
Aditec	87,29	83,13	82,63
Adiverba	138,14	131,56	130,13
Aegis Eink.-Fds	39,91	38,00	37,64
Aegis Wachst.-Fds	58,60	55,80	55,63
AGI Fonds	170,71	162,10	162,10
Akkumula	164,25	156,40	154,84
Alfa Kapital Fds.	31,89	29,65	29,33
Allianz-Rentenfonds	126,59	125,51	123,31
Analytik Fonds	29,17	27,12	26,83
Ara-Renals	unerh.	unerh.	53,31
AnDeka	47,66	45,75	45,12
Asecura I	70,17	69,82	70,06
Austr. Pazifik	55,25	51,70	51,66
Berenberg-U-Fonds	352,99	342,71	337,40
Berenberg-U-Renten	124,90	121,85	121,37
BW-Renta-Univ	56,27	54,90	54,90
BW-Wartberg-Univ.	111,80	107,76	107,76
Colonia Rentenfonds	52,07	50,30	50,37
Concentra	31,25	30,49	31,34
db-Fonds V I	–	60,68	60,68
DekaFonds	unerh.	unerh.	41,63
DekaRent	33,55	32,57	32,43
DekaSpezial	197,43	187,56	184,82
DekaTresor	58,72	57,29	57,76
DespaFonds	84,56	80,14	80,14
DEVIF-Invest	86,60	82,44	80,90
DEVIF-Rent	56,70	54,96	54,83
DIFA-Fonds	179,90	170,80	170,80
DIFA GRUND	103,59	98,41	98,41
DIT Fonds 1 Verm.	60,85	59,37	58,64
DIT Rohstoffonds	78,75	76,46	74,21
DIT Pazifikfonds	90,07	87,45	86,76
DIT Technologiefonds	70,15	68,11	67,28
DIT Fds f Wdl.u Opt.A	105,05	102,49	101,92
Dt. Rentenfonds	85,79	83,89	83,88
Dt. Vermögenb Fds A	33,64	32,04	31,48
dgl. I	49,32	46,97	46,26
dgl. R	27,99	27,17	27,14
DWS Bayern Spezial	81,25	77,36	unerh.
DWS Energiefonds	94,65	92,31	92,04
DWS Privat	67,90	64,66	64,25
DWS Rohstoff Fds	81,55	79,54	79,19
DWS Technologie Fds	82,55	80,31	79,52
ondak	60,43	57,55	56,62
ondirent	82,28	79,88	79,94
ondis	47,29	45,04	44,66
ondra	98,71	94,01	97,71
Accumul.	130,08	126,29	126,09
F Am Dynamik	23,39	21,40	21,21
F Frankf. Eff. F	116,53	110,70	109,02
FT Interspezial I	25,41	23,25	23,01
FT Interspezial II	29,65	27,13	26,86
FT Interzins	45,80	44,47	44,45
FT Nippon Dynamik	71,56	65,29	65,32
FT Re-Spezial	179,45	170,48	169,69
Gerling Rendite	unerh.	unerh.	56,23
Gerling Dynamik	unerh.	unerh.	55,96
GKD-Fonds	69,50	66,04	65,78
Gothaent	94,27	90,97	90,89
Grundbesitz-Invest.	74,40	70,78	70,77
Grundwert-Fonds	133,69	126,72	126,72
Hbg.-M. Rentenfonds	59,47	57,18	57,17
Hansainternational	64,77	62,10	61,95
Hansaprofit	30,90	29,43	29,14
Hansarenta	50,00	48,31	48,30
Hansasecur	61,95	58,98	58,09
Hansazins	52,51	50,73	50,69
Haus-Invest	69,20	65,84	65,84
iii-Fonds Nr. 1	116,60	110,90	110,70
dgl Nr. 2	75,60	71,90	71,80
Industria	51,42	49,97	49,75
INKA-Global	70,60	66,58	65,60
INKA-Rent	51,80	50,20	50,10
INKA-Re-Invest	127,50	123,70	123,10
Inrenta	74,85	73,00	72,94
Interglobal	124,26	120,64	120,50
Inter-Renta	42,00	40,76	40,64
Intervest	88,30	84,00	83,29
Interkapital	24,10	22,60	22,40
Int. Rentenfonds	91,37	89,14	89,02
Investa	62,10	59,10	57,96
Investors Fds.	14,00	13,01	12,89
Japan-Pazifik-Fds.	68,10	66,12	66,03
Kapitalf. Spezial	unerh.	unerh.	105,16
Medico-Invest	104,81	97,20	95,90
Merkur I	24,53	24,50	24,51
NB Rent	58,70	56,98	56,99
Nordcumula	61,40	59,61	58,17
Nordrenta Int.	67,31	65,35	65,18
Nordstern-F. RK	52,67	50,88	50,85
Nürnberger Rentenfds.	52,30	49,91	49,87
Oppenh. Int. Rent.	103,37	100,35	100,36
Oppenh. Priva-Rent	112,32	109,04	108,81
Oppenheim-Privat	49,48	47,11	46,50
Oppenheim-Spez. I	121,40	118,05	117,83
Plusfonds	63,05	60,05	58,96
Privatfonds	57,15	54,61	53,29
Re-Inrenta	156,25	152,44	152,87
Regent-U-Fonds	117,55	111,95	111,95
Renditdeka	35,35	34,37	34,29
Rentak	154,07	146,36	146,46
Rentex	110,74	107,41	107,30
Rentensparfonds	57,74	56,06	56,17
Ring Aktien-Fds. DWS	43,60	41,61	40,65
Ring Renten-Fds. DWS	49,55	47,31	47,30
Säkular-U-Fonds	138,79	134,75	134,75
SMH-Rentenfonds	53,58	52,02	51,93
Südinvest I	60,08	57,98	57,22
dgl. II	73,10	69,62	68,96
dgl. III	27,49	26,69	26,69
dgl. IV	73,53	70,51	69,65
Thesaurent	67,25	65,61	65,53
Thesaurus	191,64	186,97	184,06
Transatlanta	29,41	28,55	28,42
Unifonds	29,40	27,92	27,40
Uniglobal	90,50	86,11	85,29
Unirak	79,60	75,81	75,34
Unirenta	43,50	42,81	41,94
Universal-Eff.-F.	84,37	82,72	82,72
Unispezial I	74,80	70,44	70,14
Unizins	116,35	112,96	112,98
Verm.-Aufbau-F.	110,85	105,57	104,7
Verm.-Ertrag-F.	101,94	98,02	97,95

Auslandszertifikate (DM)

Austro-Inv.	29,40	27,36	27,35
Bond Valor	114,14	111,09	110,87
Convert Fund A	30,00	28,40	unerh.
Convert Fund B	86,30	82,00	unerh.
Eurinvest	76,40	73,20	73,30
Eurunion	154,93	142,78	141,72
Formular Sel.	80,16	74,95	74,95
GT Inv. Fund	51,90	49,10	48,80
Interpar	unerh.	unerh.	24,29
Japan Sel.	355,15	332,85	332,05
Unico	78,90	76,59	76,43

Fremde Währungen

America-Valor sfr.	478,25	453,00	449,25
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	unerh.
Automation sfr.	114,50	106,50	105,50
Bond-Invest sfr.	67,00	65,75	65,75
Bond Valor Yen	11103,00	10787,00	10815,00
Bond Valor $	122,75	119,51	119,46
Bond Valor sfr.	108,50	105,00	105,75
Canasec	676,00	630,00	629,00
CSF-Bonds sfr.	78,00	74,25	74,25
Convert Valor sfr.	120,50	117,55	116,90
Convert Valor $	125,44	121,99	121,68
Dreyfus $*	13,60	12,78	12,73
Dreyfus Int. $*	41,28	38,80	38,80
Dreyfus Intercont. $*	33,77	31,74	31,74
Dreyfus Leverage $*	20,68	18,92	18,79
Energie-Valor DM	178,41	166,51	165,79
Europa Valor sfr.	169,25	158,50	157,25
Fonsa sfr.	156,50	152,50	unerh.
Founders Growth $*	7,25	7,25	7,20
Founders Mutual $*	10,14	10,14	10,04
Goldmines hfl.	–	227,60	–
Intercont. Tr. sfr.	–	325,75	324,00
Interswiss sfr.	167,00	166,50	166,00
Intervalor sfr.	82,00	77,00	76,75
Japan Portfolio sfr.	892,75	840,50	851,00
Kemper Growth $*	unerh.	unerh.	12,36
Nomuinvest $*	2,13	2,13	2,13
Pacific-Valor sfr.	161,50	147,75	147,00
Pharmafonds sfr.	264,00	246,00	244,50
Pioneer Fund $*	22,14	20,28	20,15
dgl. II $*	16,90	15,46	16,78
Schweizeraktien sfr.	420,50	393,25	394,00
Siat-Imm. sfr.	1690,00B	1680,00G	1690,00
Siat 63 sfr.	1350,00B	1340,00G	1340,00
Swissimmob. N.S. sfr.	2655,00	2440,00	2440,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1360,00	1250,00	1250,00
Swissvalor sfr.	345,75	329,75	329,75
Technology $*	12,19	11,15	11,05
Technogrowth Fd.	100,45	94,78	94,78
Templeton Growth $*	11,38	10,49	10,35
Universal B.S sfr.	83,25	79,75	79,50
Universal Fund sfr.	114,47	110,43	109,86
Ussec	780,00	729,00	778,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 14. 10. 85

5044 Optionen = 263 800 (157 250) Aktien, davon 910 Verkaufsoptionen = 46 400 Aktien

Kaufoptionen: BASF 1-230/36, 1-230/40, 1-240/27, 1-250/20, 1-258/15, 1-260/12, 1-270/10,5, 1-277/7, 1-280/6, 1-290/3, 4-230/39, 4-230/12, 4-240/32, 4-250/25,2, 4-260/19,4, 4-270/15, 4-290/7, 7-250/33, 7-260/24, 7-270/20,1, 7-280/15, 7-290/11,4, **Bayer** 1-210/37, 1-220/27, 1-230/16, 1-240/13, 1-250/8, 1-260/5,9, 1-270/3, 4-220/34, 4-230/23, 4-240/17, 4-250/14, 4-260/12,5, 4-270/7,6, 4-280/7, 7-270/16, 7-280/11,1, 7-290/8, **BHF** 1-370/25, 4-380/40, 4-410/14,1, **Bay. Hypo** 1-450/29,5, 1-470/14,5, 4-490/34, 4-500/25, **Beiersdorf** 1-120/3,1, 4-120/5,4, **BMW** 1-500/25, **Commerzbk.** 1-210/42, 1-220/32, 1-230/22, 1-240/21, 1-250/15,6, 1-260/12, 1-270/9, 4-220/44, 4-230/35, 4-240/28, 4-250/24,6, 4-260/19, 4-270/16, 4-280/10, 7-250/32,2, 7-250/21, 7-260/24, 7-280/20, 7-300/10, **Conti** 1-150/15, 1-160/12, 1-170/7, 4-170/11, 7-170/10, **Daimler** 1-938/150, 1-959,5/140, 1-990/130, 1-989,5/95, 1-1000/90, 4-950/79, 4-1150/75, 4-1160/65, 4-1170/55, 7-1160/110, 7-1180/90, 7-1200/75, **Dt. Babcock St.** 4-170/24,5, 4-200/9,5, **Dt. Babcock Vz.** 1-190/5, **Deutsche Bk.** 1-560/120, 1-570/11, 1-580/15, 1-610/80, 1-620/69,35, 1-670/45, 1-700/31, 1-720/23, 4-650/65, 4-700/50, 4-720/38, 4-750/26, 7-720/63, 7-730/60, 7-750/55, 7-800/20, **Degussa** 1-380/80, 4-460/29,2, **Dresdner Bk.** 1-280/63, 1-290/62, 1-300/55, 1-310/47,8, 1-330/40, 1-340/32, 1-350/25, 1-360/20, 1-360/28, 1-370/70, 1-370/14, 4-300/80, 4-320/75, 4-330/65, 4-350/50, 4-370/40, 4-380/30, 4-400/20, 7-374/60, 7-400/40, 7-410/28, 7-420/15, **GHH St.** 1-170/26, 1-210/9,4, 4-200/22,9, 4-210/15,6, **GHH Vz.** 4-200/16, 4-210/8, **Hoechst** 1-210/31,2, 1-220/23,1, 1-230/15,6, 1-240/11, 1-250/9, 1-260/6, 1-270/2,7, 4-220/29, 4-230/21,7, 4-250/13,1, 4-260/11,6, 4-270/8, 4-280/5, 7-260/20, 7-280/11, **Hoesch** 1-110/33, 1-120/25,8, 1-140/16, 1-150/8, 1-160/5,5, 4-110/42, 4-130/25,8, 4-140/20, 4-150/14, 4-160/9,6, 7-140/25, 7-150/17,9, 7-160/14, **Kaufhof** 4-320/30, **KHD** 4-320/23, **Klöckner** 1-65/16, 1-70/14, 1-75/8,6, 1-80/6,6, 1-85/5, 4-65/20, 4-75/14, 4-80/10,6, 4-90/7,1, 7-70/20,8, 7-75/17, 7-85/11, 7-90/9, 7-95/6, **MAN** 4-200/14,4, 7-190/25,2, **Mercedes** 1-830/151,25, 4-1030/60, 4-1100/30, 4-1100/70, 7-1150/32,5, **Mannesmann** 1-186/31,5, 1-190/46, 1-200/36,2, 1-210/25, 1-220/20, 1-230/13,2, 1-240/9,2, 1-250/7, 4-210/31,2, 4-220/28,8, 4-230/22,2, 4-240/46, 4-241/16,2, 4-250/14, 4-260/10,4, 7-240/28, 7-260/16, **Preussag** 1-280/19,4, 1-310/9, 4-300/16, 4-320/10, **RWE St.** 1-220/16,4, 1-230/10, 1-240/9,4, 4-200/39, 4-210/30, 4-220/23, 4-230/18,5, 4-240/13, 7-240/21,8, **RWE Vz.** 1-220/12, 1-230/7, 4-210/26, 4-230/13,5, 7-240/14,5, **Kali + Salz** 1-310/74, 1-330/57, 1-390/22, 4-410/25, **Siemens** 1-570/65, 1-580/59,8, 1-600/43, 1-610/38, 1-620/32, 1-630/28, 1-640/22, 1-650/18,8, 1-670/12, 1-700/8, 4-610/71,25, 4-630/51, 4-650/42,6, 4-660/31, 4-670/29,2, 4-680/25, 4-690/20, 4-700/17, 7-700/28, **Thyssen** 1-110/41, 1-120/32, 1-130/24, 1-140/16,6, 1-150/11, 1-160/7,9, 1-170/5, 4-110/50, 4-130/30, 4-140/25, 4-150/18, 4-160/14, 4-170/10, 4-180/6,7-150/27, 7-160/19,8, 7-170/14,9, 7-180/10,8 **Veba** 1-230/41, 1-231/40, 1-241/30, 1-260/20, 1-270/12, 1-280/8, 4-251/26, 4-260/21, 4-261/20, 4-270/15,8, 4-280/14, 4-290/8,6, 4-300/8, 7-290/15, **VEW** 1-160/6, 4-160/9, **VW** 1-325/50, 1-340/20, 1-350/17, 1-360/13,6, 1-370/9, 1-380/7,95, 1-390/7,5, 1-400/3,9, 4-300/70, 4-330/42,5, 4-340/33, 4-350/29,2, 4-360/23, 4-370/20, 4-380/16,6, 4-400/12,2, 7-390/31,2, **Alcan** 7-75/9,4, **Chrysler** 1-110/5,9, 4-110/8, **Elf** 1-60/5,9, **General Motors** 4-210/10, **IBM** 1-380/15,6, 1-390/13, 1-400/9,4, 4-400/20, **Norsk Hydro** 1-35/8,5, 1-40/5, 1-45/2,6, 4-40/6,5, 4-45/4,5, 7-40/10, 7-45/7, **Philips** 1-40/5, 1-40/2,6, 4-40/6,9, 4-45/4,9, [illegible]5, **Sperry** 4-150/10, [illegible] **Verkaufsoptionen:** [illegible]/7, 7-230/3, 7-240/6, [illegible]4, 7-230/5, **BHF** 1-[illegible] 4-450/9, **BMW** 1-[illegible] **Vereinsbk.** 1-430/7, [illegible]50/4,9, 4-240/7, 7-[illegible]/5, **Daimler** 1-900/3, [illegible]-900/6, 4-910/6,5, 4-[illegible]970/15, 7-900/8, 7-[illegible]/6, 1-660/8, 4-650/9, [illegible] **Hoechst** 1-230/3, [illegible] 4-130/2, 4-140/4, 7-[illegible] **Kaufhof** 4-300/20, [illegible]80/35, **Lufthansa St.** [illegible] **Mannesmann** 1-220/2, [illegible]/10,1, 4-270/14, 7-[illegible] 4-360/7, 4-370/11,4, [illegible], 1-600/14, 4-560/5, [illegible]-140/3, 4-150/5,5, 7-[illegible]-260/5,4, 4-250/5,2, [illegible]330/10, 4-310/6, 4-[illegible] **Chrysler** 4-100/5,9, [illegible]4,5, **Philips** 4-40/2,7.

[illegible]: 14. 10. 85

912 Optionen = 45 600 (9900) Aktien, davon 150 Verkaufsoptionen = 7500 Aktien

Kaufoptionen: [illegible]/11, 7-300/10, **Bayer** [illegible]/24, **Conti** 1-160/9,5, [illegible]0,6, 4-1060/81,25, 4-[illegible] **Deutsche Bk.** 1-708/25,5, [illegible] **Dresdner Bk.** 1-300/50, 1-[illegible] 1-230/17, 4-220/29, [illegible]2, 7-180/4, 7-190/2, [illegible]6/29, 4-260/10, **Sie**[illegible] [illegible]140/16,65, 1-150/12, [illegible] 1-241/28, 4-300/7,3, [illegible] **Hoesch** 4-130/2,8, [illegible]

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 14.10.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	53,006	6,75
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	101,861	6,75
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	54,18	6,50
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	38,25	6,75
Commerzbank	100,00	22.6.95	53,80	5,64
Commerzbank	100,00	4.8.00	38,85	6,59
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	106,00	7,50
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	101,78	6,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,29	6,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,74	6,95
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	102,96	6,95
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,50	6,90
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,10	6,79
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	37,05	7,02
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	52,86	6,84
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,86	7,10
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	53,01	6,79
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,35	6,80
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,40	7,00
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,30	7,13
WestLB 500	126,86	16.2.89	105,45	5,70
WestLB 501	137,01	16.2.90	106,00	6,10
WestLB 503	115,76	3.10.88	98,95	5,44
WestLB 504	141,85	1.10.91	98,20	6,57
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	280,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,78
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	79,50	9,99
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	52,125	10,71
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	50,625	11,19
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	50,625	11,18
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	51,00	10,95
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	47,25	10,58
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	39,00	11,80
Penney (A+)	100,00	17.2.94	40,375	11,32
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	39,50	11,17
Sears (AA)	100,00	27.5.94	39,625	11,17
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	37,625	10,81

[1]) Inkl. ausländische Tochterinstitute, DM-Titel außer Deutscher Bank. [2]) Mitgeteilt Bayerische Vereinsbank. [3]) Kurse in DM pro 100 Dollar. [4]) Mitgeteilt von Merrill Lynch. (Rating nach Standard & Poors

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,95	100,1	101,0	101,9	102,8	103,8	104,7
2	5,55	99,0	100,9	102,5	104,4	106,2	108,0
3	6,00	97,1	100,0	102,4	105,1	107,8	110,4
4	6,43	94,8	98,2	107,6	105,1	108,5	111,9
5	6,59	93,0	97,2	101,3	105,4	109,6	113,7
6	6,70	91,4	96,2	101,5	105,8	110,6	115,4
7	6,98	86,8	94,2	100,1	105,0	110,3	115,7
8	7,05	87,3	93,2	99,7	105,1	111,0	116,9
9	7,10	86,8	92,3	99,4	105,2	111,7	118,1
10	7,18	84,2	91,2	98,8	105,0	112,0	118,9
15	7,30	78,7	87,6	96,5	105,4	114,2	123,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %) **Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	11. Okt.	7,875-8
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,80
	60-270 Tage	7,85
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,85
	60 Tage	7,85
	90 Tage	7,85
Certificates of Deposit	1 Monat	7,80
	2 Monate	7,80
	3 Monate	7,85
	6 Monate	7,95
	12 Monate	8,15
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,20
	26 Wochen	7,36
US-Staatsanleihe	10 Jahre	10,33
	30 Jahre	10,59
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	30 Sept.	615,8 Mrd. $ (+ 5,5 Mrd. $)

Nach langem schweren Herzleiden entschlief am 10. Oktober 1985 mein lieber Mann, Vater und Schwiegervater

Ulrich Stöbbe

Rechtsanwalt

im Alter von 65 Jahren.

In stiller Trauer

Lore Stöbbe geb. Kreß

Michael und Christa Stöbbe geb. Heck

2000 Hamburg 76

Wandsbeker Chaussee 13

Die Trauerfeier findet statt am 18. Oktober 1985 um 9.45 Uhr im Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle C.

CONTIGAS

Deutsche Energie-Aktiengesellschaft Düsseldorf

– Wertpapier-Kenn-Nummer 550 400 –

Bezugsangebot Kapitalerhöhung 1985

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 15. Mai 1985 hat beschlossen, das Grundkapital um 20.000.000 DM auf 160.000.000 DM zu erhöhen. Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilberechtigung ab dem Geschäftsjahr 1985/86 ausgestattet.

Bezugsverhältnis und Bezugspreis

Für je sieben alte Aktien kann eine neue Aktie zu nom. 50 DM börsenumsatzsteuerfrei zum Preis von 100 DM bezogen werden.

Bezugsfrist und Bezugsrechtshandel

Wir bitten unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom

21. Oktober bis 4. November 1985

bei einer der nachstehend aufgeführten Bezugsstellen auszuüben.

Das Bezugsrecht auf die neuen Aktien wird vom 21. Oktober bis 30. Oktober 1985 einschließlich an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover und München gehandelt.

Ausübung des Bezugsrechts

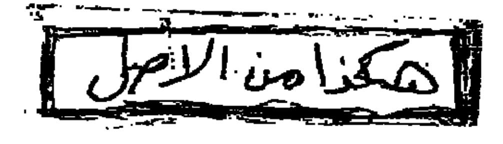
Das Bezugsrecht kann gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 5 bei einer der nachstehend aufgeführten Bezugsstellen während der üblichen Schalterstunden ausgeübt werden:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Dresdner Bank AG

Wegen der Einzelheiten wird auf die Veröffentlichung im Bundesanzeiger vom 15. Oktober 1985 verwiesen.

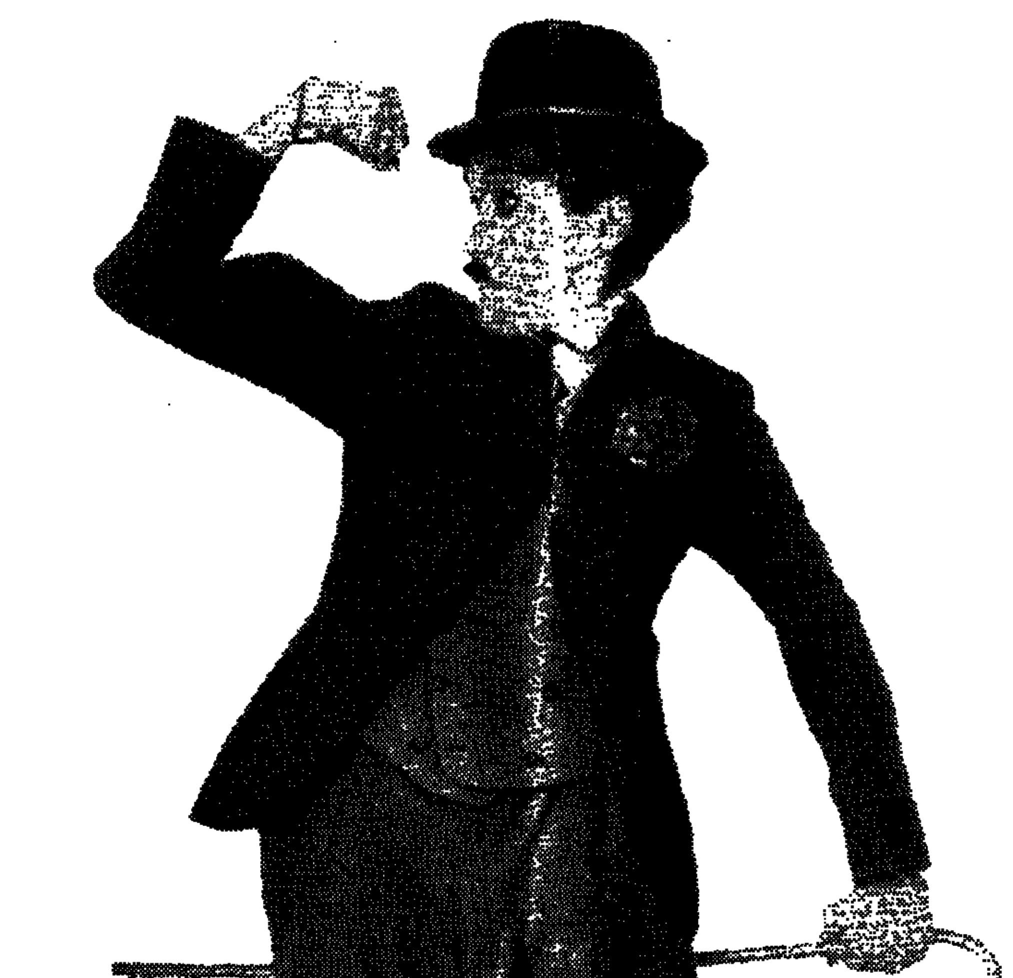
Düsseldorf, im Oktober 1985

Der Vorstand



هكذا من الأجل

Unsere Händler zeigen Ihnen unseren starken IBM PC: den AT.



Die elf Stärken des IBM PC AT.

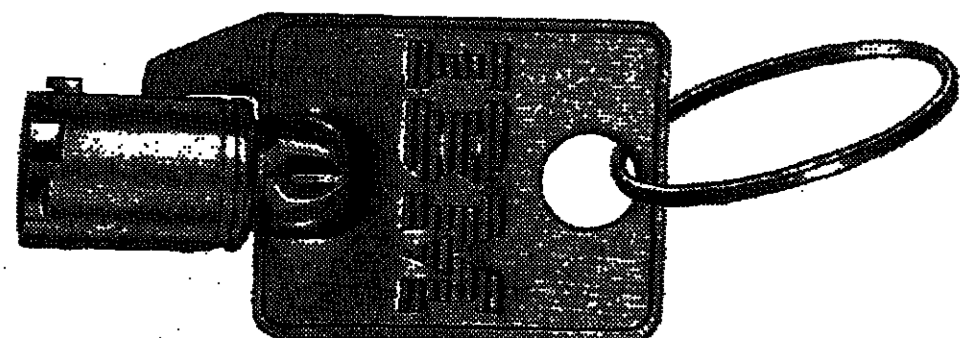
Erstens: Der starke IBM Personal Computer, der IBM PC AT, ist so leistungsfähig, daß er bis zu 41 200 000 Zeichen abspeichern kann. Anders ausgedrückt, können Sie bis zu 20 000 Schreibmaschinenseiten Daten und Text in seinem Speicher ablegen. Das ist genug, um große Informationsmengen in Ihrem Betrieb zu verarbeiten.

Zweitens: Der IBM PC AT kann 100 000 Rechenschritte in einer Sekunde ausführen. Das heißt, daß Sie mit ihm in kurzer Zeit große Informationsmengen in Ihrem Betrieb bewältigen können. Denn je schneller Ihr Personal Computer arbeitet, desto früher können Sie sich anderen Aufgaben zuwenden.

Drittens: Auf dem IBM PC AT können Sie ohne Schwierigkeiten alle IBM PC Programme laufen lassen. Insgesamt gibt es schon über 1000 PC Programme, die er verarbeiten kann: zum Beispiel für Ihre Finanzbuchhaltung, für Ihre Lohn- und Gehaltsabrechnung und sogar ganz spezielle Branchenanwendungen für Schreiner, Immobilienmakler und für das Elektrohandwerk.

Viertens: Den IBM PC AT gibt es in zwei unterschiedlichen Ausführungen. Wählen Sie zwischen dem AT mit großem Speicher für die tägliche Arbeit und dem AT mit ganz großem Speicher für außergewöhnliche Informationsmengen.

Fünftens: Die vielen Informationen, die Sie im IBM PC AT abgespeichert haben, wollen Sie möglicherweise schützen. Dazu nehmen Sie einfach diesen Schlüssel und sperren damit Ihren AT sicher ab.

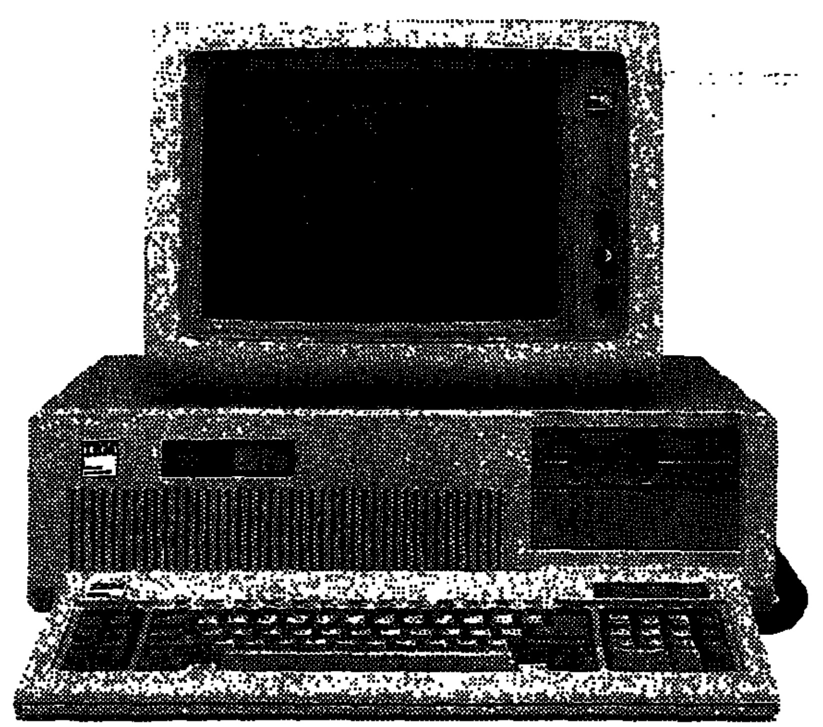


Sechstens: Die neugestaltete Tastatur zum IBM PC AT ermöglicht Ihnen eine einfache und bequeme Eingabe. Denn sie schließt häufig benutzte Daten- und Textverarbeitungsfunktionen ein.

Siebtens: Drei kleine Kontrollämpchen an der Tastatur helfen Ihnen, Informationen fehlerfrei einzugeben und abzurufen. Das erspart Ihnen Zeit und Mühe.

Achtens: Wenn Sie den IBM PC AT mit dem IBM PC Farbbildschirm kombinieren, haben Sie die Möglichkeit, Graphiken in 16 leuchtenden Farben darzustellen. Vorausgesetzt, Sie wollen mit Programmen arbeiten, mit denen Sie Graphiken erstellen können.

Neuntens: Wenn Sie den schnellen IBM PC AT mit dem IBM PC Graphikdrucker II kombinieren, können Sie sich Ihre Texte, Notizen und Ihre gesamte Korrespondenz an jedem Arbeitsplatz schnell ausdrucken lassen.



Zehntens: Der IBM PC AT spricht fünf Sprachen. Sie können mit ihm in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch arbeiten.

Elftens: Sie können den IBM PC AT zum Zentrum eines Netzwerks machen. Das heißt, Sie verbinden alle IBM Personal Computer in Ihrem Betrieb mit dem AT. Dadurch können Sie auf die aktuellen Datenbestände aller Bereiche zugreifen und haben so laufend den Gesamtüberblick.

Probieren Sie am besten selbst einmal den starken IBM Personal Computer, den AT und die passenden Programme, zum Beispiel die neuen Branchenlösungen, bei einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einem IBM Laden aus. Der Schlüssel für Sie steckt bereits. Und fragen Sie auch gleich nach den IBM PC Seminaren. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-4567.

IBM

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Renten knapp behauptet

Am Wochenbeginn bröckelten die Kurse der festverzinslichen Papiere überwiegend ab. Öffentliche Anleihen mit längeren Laufzeiten fielen bis zu 0,20 Prozentpunkte zurück. Da die Zinsen nach Meinung vieler Rentenhändler nunmehr auf der Talsohle angelangt sind und sich vorerst auch niemand mehr Währungsgewinne ausrechnet, hat die Nachfrage nach öffentlichen Anleihen nachgelassen. Der Markt ist durch Neuemissionen vor allem bei den DM-Auslandsanleihen verstopft. Die veränderte Zinssituation hat die Nachfrage nach Hypothekendarlehen verstärkt.

F	3½ dgl. o. O.	78	78,5G
F	3½ Mitsubishi 84 m. O	184,75	181T
F	3½ dgl. 84 o. O.	91,45	91,75bG
F	5½ Nippon Flour 84 m.O	118G	118G
F	3½ dgl. 84 o. O.	92T	92T
F	3¼ Nipp. Shin. 85 m.O	140	-
F	3¼ Nipp. Shin. 85 o.O.	89,75	-
F	5½ Rhythm Watch85 m.O	125G	125G
F	5½ dgl. 83 o. O.	99T	99,2G
F	4½ dgl. 84 m. O.	107	107G
F	4½ dgl. 84 o. O.	94,75bG	94,75
F	3½ SBC Fin. 84 m.O.	131G	151
F	3¼ dgl. o. O. 84	81	81
F	3½ Tsumura Jun.84 m.O	121G	121G
F	3½ dgl. 84 o. O.	91,75G	91,75

7½ Audi Fin. 84/94	102,75G	102,75G
7½ Austar 75/88	102	102,25T
7 Australien 72/87	102,25G	102,25
5½ dgl. 77/89	100bG	100,15G
6 dgl. 78/88	100,75	101
8½ dgl. 80/90	103,45G	103,45
9½ dgl. 81/91	113	112,25bG
9½ dgl. 82/91	111T	111,1
7½ dgl. 82/92	106,9	106,7
6½ dgl. 85/95	102,9	103,4
7½ dgl. 84/96	103,2	103,25G
6½ Austral IDC 72/87	100,75G	100,75G
8 Autop. C.E. 71/86	102,5bG	102,5
6½ dgl. 72/87	101,75G	101,75
7½ Avon 83/93	103,5G	103,75

6½ dgl. 78/88	100G	100
6½ dgl. 78/88 II	100,5G	100,5G
6½ dgl. 78/88 III	100,25G	100,25G
7½ dgl. 79/89	101,85T	101,5
7½ dgl. 79/89	101,85T	101,9
9½ dgl. 80/90	104,75	105
10 dgl. 81/91	107,9T	107,9T
10½ dgl. 81/91	109,4	109,4
10 dgl. 82/92	110G	110G
8½ dgl. 82/92	105,5G	105,45
8½ dgl. 82/92	104	104,5T
7½ dgl. 83/93	104,6T	104,5
8½ dgl. 83/88	104,5G	104,75G
8½ dgl. 83/93	105,75	106
8½ dgl. 83/93	105,75	105,75

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

6½ LA.E. Bk. 72/87	101,5G	
6½ dgl. 72/87 II	101,75T	
7 dgl. 77/87	100,5	
6½ dgl. 78/88	100,8	
7½ dgl. 79/86	101,1	
8 dgl. 80/88	101,6	
10 dgl. 81/91	112	
10½ dgl. 81/91	114,25G	
9 dgl. 82/92	108,25G	
9½ dgl. 82/89	110G	
8½ dgl. 83/93	106	
7½ dgl. 83/93	104T	
8½ dgl. 83/93 II	106,25bG	
8½ dgl. 83/93 III	106,25bG	

6½ New Brunsw. 72/87	101,5T	101,5T
6½ dgl. 83/89	102,1	101,9
5½ Nippon T.&T.79/87	100,25	100,5
6½ Nordiska Bk.79/86	100	100G
8 Norpipe 76/88	101,5	101,75G
6 dgl. 77/89	99,75	99,5G
7½ Norsea Gas 76/88	100,5	100,75T
7 dgl. 77/87	100,75	100,75T
6½ Norsk Hydro 77/89	101,5G	101,5
8½ dgl. 82/92	107,5T	108G
9 dgl. 82/92	107,1	106,85G
9½ Nuclebras 80/88	104T	104,15T
8½ Österreich 75/87	102,75G	102,75

6½ Ung.Nat.Bk. 77/85	99,75G	99,75
7½ dgl. 85/95	100,1	100bG
7 dgl. 85/95	96,5	96,5bG
6½ Unionbk.Fin.78/86	99,9	99,9G
7½ Un.Technol.84/91	104,25	104,75G
7½ dgl. 82/92	104,5G	104,5
6 Venezuela 78/88	97,75	97,75
6½ dgl. 78/90	95,25	95,5
9½ dgl. 80/90	103,65	103,25G
11½ dgl. 82/91	110,85	110,5
8½ VOEST ALPIN 73/88	104,25	103,7T
6½ dgl. 77/89	101	101
7½ VW Int.Fin. 83/93	103,25	103,35

10½ dgl. E. 81/91	109,55bG	109,5G
9½ Svensk. Ex. 82/87	105,75T	106T
5½ Tauernaut. 78/93	97,5bG	97,5bG
9½ dgl. 82/94	115,25G	115,25G
6 TVO-Kraftw. 78/88	99,6G	99,6G

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

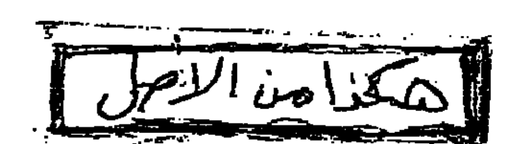
Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Psychologie
Erstsemester

von	nach
1 Bamberg	Freiburg
2 Bamberg	Uni München
3 Bamberg	Regensburg
4 Bielefeld	Bonn
5 Bielefeld	Düsseldorf
6 Bielefeld	Köln
7 Bielefeld	Wuppertal
8 Bonn	Freiburg
9 FU Berlin	Bochum
10 FU Berlin	TU Berlin
11 FU Berlin	Düsseldorf
12 FU Berlin	Münster
13 Darmstadt	FU Berlin
14 Darmstadt	Erlangen
15 Darmstadt	Frankfurt
16 Darmstadt	Uni München
17 Darmstadt	Regensburg
18 Freiburg	Frankfurt
19 Freiburg	Würzburg
20 Gießen	Bochum
21 Gießen	Freiburg
22 Gießen	Hamburg
23 Gießen	Münster
24 Gießen	Uni München
25 Gießen	Regensburg
26 Gießen	Tübingen
27 Gießen	Wuppertal
28 Göttingen	Braunschweig
29 Uni Kiel	Hamburg
30 Konstanz	Freiburg
31 Landau	Erlangen
32 Landau	Freiburg
33 Landau	Bremen
34 Landau	Uni München
35 Landau	Oldenburg
36 Landau	Regensburg
37 Landau	Tübingen
38 Marburg	Freiburg
39 Marburg	Konstanz
40 Marburg	Tübingen
41 Mainz	Erlangen
42 Mainz	Frankfurt
43 Mainz	Münster
44 Mainz	Trier
45 Osnabrück	Oldenburg
46 Regensburg	Uni München
47 Saarbrücken	Braunschw.
48 Saarbrücken	Erlangen
49 Saarbrücken	Göttingen
50 Saarbrücken	Hamburg
51 Saarbr.	Uni München
52 Saarbrücken	Regensburg
53 Trier	Erlangen
54 Trier	Freiburg
55 Trier	Hamburg
56 Trier	Konstanz
57 Trier	Münster
58 Trier	Uni München
59 Trier	Regensburg
60 Trier	Tübingen

Betriebswirtschaft
Erstsemester

von	nach
1 Bamberg	Hamburg
2 Bamberg	Tübingen
3 Bamberg	Würzburg
4 Bielefeld	Aachen
5 Bielefeld	Köln
6 TU Berlin	Hamburg
7 FU Berlin	Hamburg
8 FU Berlin	Uni Kiel
9 Bayreuth	Göttingen
10 Bayreuth	Hamburg
11 Bayreuth	Uni Kiel
12 Erlangen	Aachen
13 Erlangen	Bielefeld
14 Erlangen	Köln
15 Erlangen	Mannheim
16 Erlangen	Münster
17 Erlangen	Uni München
18 Frankfurt	Mannheim
19 Frankfurt	Uni München
20 Gießen	Aachen
21 Gießen	Bonn
22 Gießen	Essen
23 Gießen	Köln
24 Gießen	Uni Kiel
25 Gießen	Münster
26 Göttingen	Hamburg
27 Lüneburg	Hamburg
28 Lüneburg	Uni Kiel
29 Marburg	Aachen
30 Marburg	Frankfurt
31 Marburg	Hamburg
32 Marburg	Köln
33 Marburg	Münster
34 Marburg	Würzburg
35 Passau	Augsburg
36 Passau	Uni München
37 Passau	Tübingen
38 Paderborn	Aachen
39 Paderborn	Göttingen
40 Paderborn	Uni Kiel
41 Paderborn	Mannheim
42 Saarbrücken	Aachen
43 Saarbrücken	Dortmund
44 Saarbrücken	Hamburg
45 Saarbrücken	Köln
46 Saarbrücken	Mannheim
47 Saarbrücken	Münster
48 Saarbrücken	Trier
49 Siegen	Aachen
50 Siegen	Köln
51 Siegen	Münster

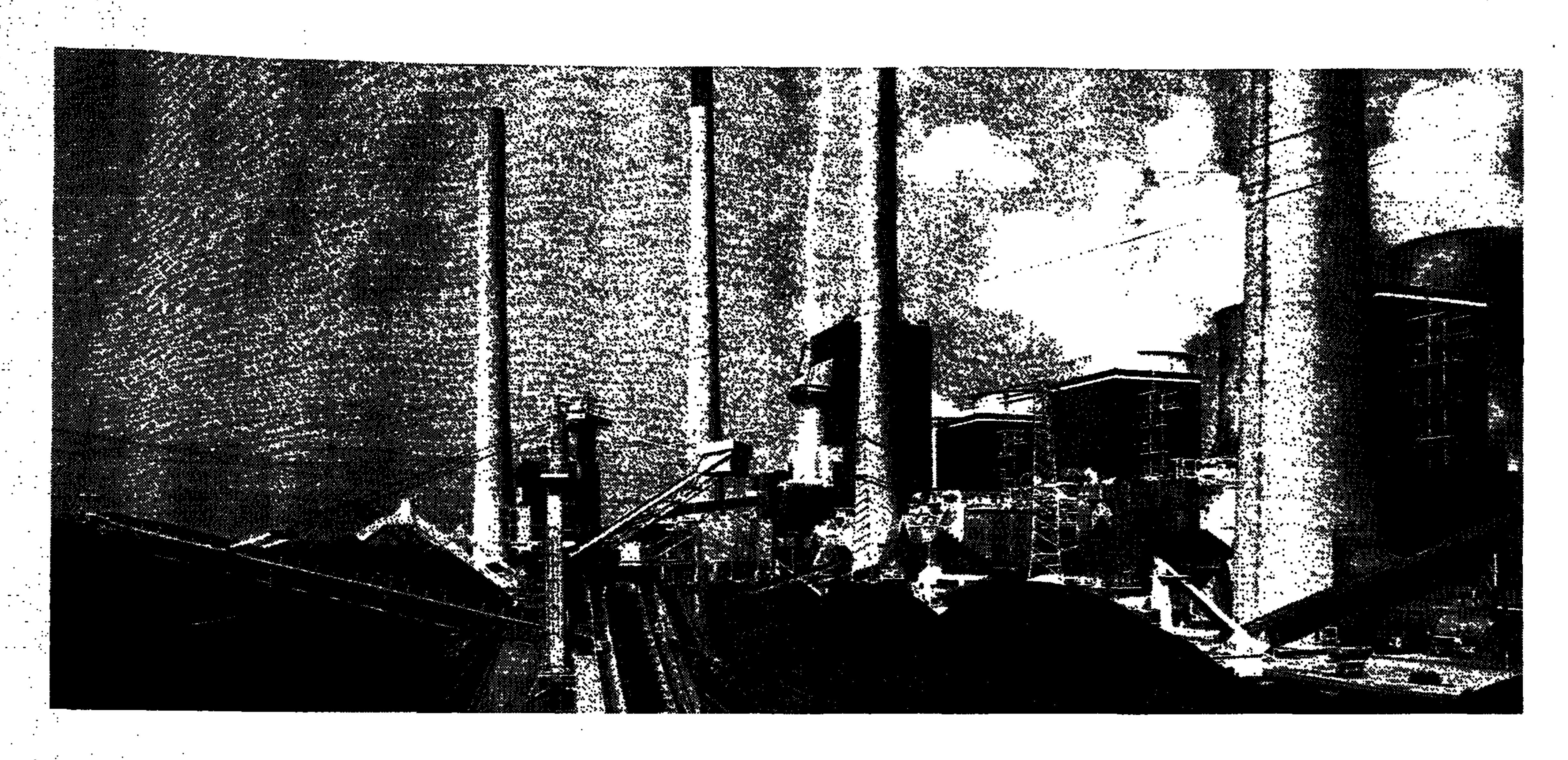




VEBA. Faszinierende Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte.

Energie mit Zukunft.

Über Kohleverstromung.



Energie-Versorgung in Deutschland wäre ohne Steinkohle nicht denkbar. Moderne Kohlekraftwerke decken – zusammen mit Kernkraftwerken – den Löwenanteil des täglichen Strombedarfs.

Einer der Pioniere auf dem Gebiet der Kohleverstromung war die frühere VEBA-Tochter HIBERNIA – eine Bergwerksgesellschaft, die schon zu Beginn der 30er Jahre große, leistungsfähige Steinkohlekraftwerke baute und somit der Kohle neue, sichere Absatzmärkte eröffnete.

Aus dieser anfänglichen Idee der Kohlevermarktung ist heute die für unsere Energieversorgung so wichtige Partnerschaft „Kohle/Strom" geworden.

Diese Partnerschaft setzten die VEBA-KRAFTWERKE RUHR (VKR) als Nachfolgerin der HIBERNIA fort. Das Unternehmen baute Kraftwerke mit hohem technischen Standard und erreichte hervorragende Wirkungsgrade bei gleichzeitiger Kostenreduzierung.

Rund 8 Mio t einheimische Steinkohle verbraucht VKR jährlich als einer der führenden Strom- und Fernwärmeerzeuger im Revier. Das sind etwa 12% der Gesamtförderung der RUHRKOHLE. Dies zeigt die große Bedeutung der Kraftwirtschaft, die neben dem Stahl die Basis für den Absatz des Kohlebergbaus ist.

Aber nicht nur als Energieerzeuger, auch im Consulting für den Kraftwerksbau ist VKR ein gefragter Partner. Entwicklung und Einsatz von modernen Verstromungstechnologien sind dabei kompetente Leistungsangebote.

Hierzu gehört auch die laufende Verbesserung der Umweltschutzeinrichtungen. Die VKR-Kraftwerke werden bis Ende der 80er Jahre ihre Emissionen drastisch gesenkt haben.

Der Ausstoß an Schwefeldioxid und Stickoxid wird nach dem Abschluß der laufenden Umweltschutzmaßnahmen nur noch 10% des heutigen Wertes betragen.

VEBA heute.

ELEKTRIZITÄT	CHEMIE	HANDEL & VERKEHR	MINERALÖL
Veba Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Hüls AG Marl	Stinnes AG Mülheim/Ruhr	Veba Oel AG Gelsenkirchen
Preußenelektra AG Hannover	Bunawerke Hüls GmbH Marl	Brenntag AG & Co. Mülheim/Ruhr	Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen
Hann.-Braunschw. Stromversorgungs-AG Hannover	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Rhenus AG Dortmund	Raab Karcher AG Essen
Schleswag Aktiengesellschaft Rendsburg	Röhm GmbH Chemische Fabrik Darmstadt	Midgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham	Aral AG Bochum
Thüringer Gas Aktiengesellschaft München	Phenolchemie GmbH Gladbeck	Stinnes-Trefz AG & Co. Stuttgart	Deminex Dt. Erdölversorgungsges. mbH Essen
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Nuodex Piscataway		Mark Producing Houston

SONSTIGE

Veba Wohnungswirtschaft	Veba-Glas AG Essen	Ruhrkohle AG Essen

Die VEBA hat mit ihren 76.800 Mitarbeitern im Jahre 1984 einen Konzernumsatz von 49,6 Mrd. DM erzielt.
Neben der Bundesrepublik Deutschland (25%) sind rund 600.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch ihre Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

Wenn Sie mehr über Kohleverstromung und andere Leistungen der VEBA wissen möchten, schreiben Sie uns: VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.

VEBA

Die Serie wird fortgesetzt.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Die Kupfernotierungen zogen ebenfalls an. Keine einheitliche Tendenz zeigte Kaffee. Kakao lag überwiegend fester.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	11.10.	10.10.
Dez.	303,25	304,00
März	310,00	310,00
Mai	304,00	304,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	259,15	257,80
Am. Durum	256,09	254,74

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	116,20	118,20
Dez.	119,30	120,20
März	122,90	123,70

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	97,70	97,70
Dez.	98,50	98,30
März	101,00	101,00

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	118,75	120,00
März	127,50	128,75
Mai	133,00	134,50

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	223,75	224,25
März	235,50	236,25
Mai	240,75	242,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	105,10	105,50
Dez.	108,00	108,50
März	113,00	113,10

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	11.10.	10.10.
Dez.	141,45	141,60
März	143,40	143,30
Mai	144,65	144,35

KAKAO New York ($/t)	11.10.	10.10.
Dez.	2185	2181
März	2270	2262
Mai	2322	2315
Umsatz	2791	3430

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,07	5,11
März	5,57	5,54
Mai	5,73	5,72
Juli	5,92	5,90
Sept.	6,09	6,07
Umsatz	4508	9035

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	5,00	4,94

KAFFEE London (£/t) Robusta	11.10.	10.10.
Nov.	1623-1625	1604-1605
Jan.	1657-1658	1640-1643
März	1688-1690	1671-1678
Umsatz	2379	173

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1736-1737	1733—
März	1774-1775	1767-1768
Mai	1800-1802	1801-1803
Umsatz	3280	6776

ZUCKER London (£/t) Nr.6	11.10.	10.10.
Dez.	139,80-140,20	139,40-140,20
März	147,60-147,80	147,40-147,80
Mai	151,40-151,60	151,20-151,60
Umsatz	1442	2325

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg) schw.	14.10.	11.10.
Saraw.spez.	795,00	795,00
weiß.Saraw.	902,50	920,00
weiß.Munt.	930,00	930,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	11.10.	10.10.
Nov.	121,75	126,60
Jan.	118,75	123,70
März	117,50	122,50
Mai	116,40	121,40
Juli	115,50	120,00
Umsatz	600	800

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	11.10.	10.10.
	34,50	36,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	22,25	22,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Okt.	19,92	20,25
Dez.	19,61	20,12
Jan.	19,80	20,26
März	20,25	20,70
Mai	20,65	21,10
Juli	21,01	21,45
Aug.	21,15	21,55

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	17,50	18,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,00	15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	14,00	13,75

TALG New York (c/lb)		
top white	15,50	15,00
fancy	14,75	14,25
bleichf.	14,25	13,75
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Okt.	46,05	45,00
Dez.	45,40	44,80
Feb.	44,25	43,55

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	65,10	63,10
März	65,50	63,55
Mai	66,60	64,90

HÄUTE Chicago (c/lb)	11.10.	10.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,00	57,50
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	51,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	502,25	505,25
Jan.	515,50	518,25
März	527,50	531,50
Mai	538,00	540,75
Juli	544,00	547,50
Aug.	543,00	547,00
Sept.	533,00	536,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Okt.	142,00	141,30
Dez.	142,00	141,70
Jan.	143,00	142,10
März	143,50	143,00
Mai	144,50	144,10
Juli	146,50	146,00
Aug.	146,00	145,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	11.10.	10.10.
Okt.	337,00	345,00
Dez.	324,40	331,20
März	329,70	337,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	11.10.	10.10.
	19,50	19,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	14.10.	11.10.
cif	795,00	725,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	710,00	640,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	345,00	350,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	115,50	117,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	445,00	447,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	unerh.	unerh.

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	11.10.	10.10.
Dez.	59,93	60,26
März	60,75	61,00
Mai	61,19	61,60
Juli	59,70	59,85
Okt.	54,05	54,05
Dez.	53,96	53,00

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	42,75	42,75

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	14.10.	11.10.
Okt.	438	470-483
Jan.	483-489	485-489
März	490-493	495-498
Umsatz	94	94

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	14.10.	11.10.
Dez.	51,30	51,30
März	51,50	51,50
Mai	52,20	52,20
Juli	52,30	52,30
Umsatz	0	0
Tendenz: nominell		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	11.10.	10.10.
Okt.	597,00-605,00	600,00-605,00
Dez.	610,00-611,50	612,00-618,00
März	628,00-634,00	621,00-626,00
Umsatz	25	64

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	14.10.	11.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	11.10.	10.10.
Okt.	12264	geschl.
Nov.	12365	

KAUTSCHUK London (p/kg)	11.10.	10.10.
Nr.1 loco	59,00-62,00	59,00-62,00
Nov.	—59,00	—59,00
Dez.	—60,00	—60,00
Jan.	–	–
Tendenz: stetig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	11.10.	10.10.
Nov.	187,00-188,00	184,50-186,50
Dez.	188,00-188,50	186,25-187,00
Nr. 2 Nov.	178,50-179,50	176,50-177,50
Nr. 3 Nov.	176,00-177,00	174,00-175,00
Nr. 4 Nov.	171,00-172,00	169,00-170,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	14.10.	11.10.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	14.10.	11.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	259,37-259,75	262,31-262,68
drittf. M.	268,02-268,21	270,58-270,76
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	106,00-106,19	106,16-106,35
dritt. M.	108,45-108,64	108,79-108,98
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1123,94-1125,82	1138,67-1140,55
dritt. M.	1144,62-1146,50	1157,46-1158,59
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	162,39-162,77	165,73-166,10
Prod.-Pr.	207,48	207,75
REINZINN 99,9 %	3559-3594	3551-3586

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	14.10.	11.10.
	29,95	29,95

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14.10.	11.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	374,96-378,15	373,74-376,93
BLEI in Kabeln	113,75-114,75	113,75-114,85
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	14.10.	11.10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	337	336-337
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	370	370-375
MS 63	360-364	360-366

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	14.10.	11.10.
Leg. 225	330	330-335
Leg. 226	332	332-337
Leg. 231	365-375	367-370
Leg. 233	375-377	377-380

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	14.10.	11.10.
PLATIN (DM/g)	29,60	29,40
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	28290	28290
Rückn.-Pr.	27540	27540
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28500	28350
Rückn.-Pr.	27770	27620
verarbeitet	29900	29750
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27940	27840
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	545,40	546,10
Rückn.-Pr.	529,20	529,90
verarbeitet	569,40	570,10

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	14.10.	11.10.
10.30	326,60	325,80
15.00	326,65	325,60
Zürich mit.	326,60-327,10	325,50-326,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	85500	85150
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	440,40	440,50
3 Mon.	452,45	452,15
6 Mon.	463,95	463,75
12 Mon.	487,45	484,45
PLATIN (£/Feinunze) London	14.10.	11.10.
fr. Markt	228,05	227,15
PALLADIUM (£/Feinunze) London	14.10.	11.10.
f. Händl.-Pr.	71,15	71,10

New Yorker Metallbörse

	11.10.	10.10.
GOLD H & H Ankauf	325,85	325,75
SILBER H & H Ankauf	621,50	623,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	322,00-323,00	322,80-323,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	102,00-103,00	102,00-103,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	626,00	620,50
Dez.	632,50	627,00
Jan.	637,40	631,90
März	645,50	639,00
Mai	655,00	648,50
Juli	664,20	660,50
Sept.	674,40	668,60
Umsatz	12000	11000

KUPFER (c/lb)	11.10.	10.10.
Okt.	60,90	60,70
Dez.	61,60	61,40
Jan.	61,90	61,70
März	62,35	62,15
Mai	62,70	62,50
Juli	63,00	62,85
Sept.	63,40	63,20
Umsatz	5800	6500

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	14.10.	11.10.
mitt. Kasse	690,00-691,00	696,50-697,00
3 Mon.	713,00-713,50	718,00-718,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	282,00-282,50	282,00-284,00
3 Mon.	288,50-289,00	289,00-290,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	977,00-977,50	974,00-974,50
3 Monate	999,00-999,50	996,00-996,50
ab. Kasse	–	976,00-977,00
3 Monate	–	998,00-998,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	956,00-958,00	954,00-956,00
3 Monate	984,00-986,00	978,00-981,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	432,00-433,00	434,00-436,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	8790-8795	8805-8810
3 Monate	8685-8686	8720-8725
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	285-295
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	65-70

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	11.10.	10.10.
Nov.	81,35-81,50	80,50-80,55
Dez.	82,35-81,45	80,50-80,65
Jan.	81,15-81,25	80,40-80,50
Febr.	79,60-79,80	79,15-79,25

GASÖL – London ($/t)	11.10.	10.10.
Nov.	248,00-248,50	245,50-245,75
Dez.	246,00-246,25	244,00-244,25
Jan.	244,50-244,75	243,25-243,50
Febr.	241,75-242,25	241,25-241,50
März	234,75-235,00	233,25-234,00
April	228,25-228,50	227,25-228,00
Mai	224,50-225,00	223,00-224,50
Juni	224,00-224,25	221,25-222,50

BENZIN – New York (c/Gallone)	11.10.	10.10.
Nov.	78,25-78,40	77,90-78,00
Dez.	75,20-75,40	74,80
Jan.	72,60-72,70	72,20
Febr.	72,00	71,65
März	72,05	71,70

ROHÖL – New York ($/Barrel)	11.10.	10.10.
Nov.	28,71-28,75	28,65-28,69
Dez.	27,99-28,04	27,85-27,89
Jan.	27,39-27,43	27,24-27,28
Febr.	26,86	26,71-26,75
März	26,45	26,25-26,32

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	11.10.	10.10.
Arabian Lg.	27,80	27,60
Arabian Hv.	25,55	25,50
Iran Lt.	–	–
Forties	28,30	28,20
N.Sea Brent	28,30	28,30
Bonny Light	28,85N	28,85N

Kartoffeln

London (£/t)	11.10.	10.10.
Nov.	62,50	63,50
Febr.	67,00	68,50
April	79,30	81,00
Mai	85,10	86,90

New York (c/lb)	11.10.	10.10.
Nov.	2,05-2,10	2,05
März	2,25	2,25
April	2,28-2,35	2,28-2,35
Mai	2,53	2,53

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	11.10.	10.10.
Nov.	134,00-133,70	135,80-136,00
Jan.	138,10-137,80	139,40-139,60
März	144,10-144,50	145,70
Mai	149,00-149,30	150,40-150,80

Devisenmärkte

Am Devisenmarkt wirkte sich am 14. 10. der Columbustag in den USA aus. Der Handel kam praktisch nicht aus den Startlöchern heraus, da niemand bereit war, neue Positionen aufzubauen. Der Kurs pendelte folglich während des gesamten Tages um die amtliche Notiz von 2,6560. Die Bundesbank gab dort 16,1 Mill. Dollar ab. Der Belgische Franken zog am Tag nach der Wahl um knapp 2 Promille auf 4,934 an. Mit Erleichterung nahm man das für die Regierung erfreuliche Wahlergebnis zur Kenntnis. Um etwa die gleiche Prozentzahl kletterte der Schweizer Franken auf 121,91. US-Dollar in: Amsterdam 2,9945; Brüssel 54,8625; Paris 8,104; Mailand 1795,75; Wien 18,665; Zürich 2,1787; Ir. Pfund/DM 3,096; Pfund/Dollar 1,4127; Pfund/DM 3,752.

Devisen und Sorten

14.10.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,6520	2,660	2,6513	2,55	2,65
London[2]	3,745	3,759	3,688	3,67	3,82
Dublin[2]	3,089	3,103	3,056	3,05	3,18
Montreal[1]	1,9380	1,9460	1,9206	1,88	1,98
Amsterd.	88,615	88,835	88,420	87,75	89,50
Zürich	121,80	122,00	121,91	120,25	125,00
Brüssel	4,924	4,944	4,884	4,76	4,96
Paris	32,71	32,87	32,300	31,75	33,50
Kopenh.	27,55	27,65	27,30	26,50	28,25
Oslo	33,505	33,625	32,91	32,50	34,25
Stockh.**	33,17	33,35	32,435	32,00	33,75
Mailand[3]**	1,4765	1,4865	1,449	5,43	1,53
Wien	14,209	14,249	14,194	14,13	14,35
Madrid**	1,636	1,646	1,606	1,56	1,68
Lissabon**	1,615	1,635	1,535	1,20	2,00
Tokio	1,233	1,236	–	1,18	1,25
Helsinki	46,46	46,66	45,61	45,00	47,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,68	1,8807	–	1,50	2,30
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,8617	1,8807	–	1,80	1,90
Johannbg.*	0,983	1,017	–	0,80	1,20

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 14.10.: in D-Mark 2,20962 (Parität 2,24184); in Dollar 0,83130 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 14.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

In einem bewegungslosen Markt wurden am 14. Oktober die Terminsätze nahezu unverändert gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,86-0,76	2,36-2,26	4,72-4,52
Pfund/Dollar	0,45-0,43	1,13-1,10	1,84-1,81
Pfund/DM	3,00-1,60	6,90-5,50	12,1-10,7
FF/DM	23-7	56-40	106-90

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14.10.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4½-4¾	3⅞-4⅛
3 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4⅛-4⅜
6 Monate	8⅛-¼	4⅝-4¾	4½-4¾
12 Monate	8⅜-8½	4¾-5	4½-4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 14.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1235,00	1590,30
5 US-Dollar (Indiana)**	770,00	950,90
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	205,50	257,07
1 £ Sovereign Elizabeth II.	196,00	246,24
20 belgische Franken	158,00	208,62
10 Rubel Tscherwonez	205,50	261,63
2 südafrikanische Rand	192,75	241,40
Krüger Rand, neu	866,75	1028,00
Maple Leaf	877,00	1039,68
Platin Noble Man	872,50	1084,55
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	215,00	273,60
20 schweiz. Franken „Vreneli"	177,50	230,85
20 franz. Franken „Napoléon"	169,00	221,60
100 österr. Kronen (Neuprägung)	859,00	986,67
20 österr. Kronen (Neuprägung)	159,50	204,63
10 österr. Kronen (Neuprägung)	82,75	111,44
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	374,50	461,13
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	86,75	121,70

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14.10: Tagesgeld 4,45-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,65-4,75 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,80 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,80 Prozent, 6 Mon. 4,80 Prozent.
Privatdiskontsätze am 14.10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 14.10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,80, Rendite 6,06.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 530,00 T, Kölitzer 850,00 G, VAB 1830,00 G
Düsseldorf: BASF 242,00, IWK –, Linde –, Metallges. –, Nixdorf 556,00, Schering 526,50, VEW 140,50
Frankfurt: Allweiler St. 265,00 G, Allweiler Vz. 208,00 G, BASF 243,00, Frankona 330,00 G, IWK 296,00, Linde 555,00, Magdeburger Feuer 440,00 B, Magdeburger Feuer Namen 820,00 B, Metallges. 290,00, Moto Meter 210,00, Nixdorf 554,50, Schering 532,00, VEW 140,00, Wibau 7,40
Hamburg: Schering 525,00
München: BASF 244,00, Bremer Wolle 175,00 bG, Isar Amper 348,00, IWK 294,00, Linde 545,00 T, Metallges. 285,00 G, Nixdorf 555,00, Schering 520,00 T, Stumpf 108,10 G, VAB 1980,00 G, VEW 144,50, Wanderer 375,00 bGrt
Commerzbank Rentenindex: 110,346 (110,332)
Performance-Index: 229,049 (228,904)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 124,93 (121,69); Elektrowerte 216,33 (213,53); Autowerte 508,85 (488,11); Maschinenbau 166,10 (165,34); Versorgungsaktien 145,94 (143,51); Banken 226,64 (221,45); Warenhäuser 86,13 (84,90); Bauwirtschaft 235,22 (235,72); Konsumgüterindustrie 126,05 (125,87); Versicherung 1139,69 (1119,68); Stahlpapiere, 171,12 (167,12)

Kursgewinner:

Dr.Steinzeug	270,00	+38,00	+16,5%
Schiess	125,50	+ 8,00	+6,7%
Mercedes Holdg.	962,00	+58,00	+6,4%
Bay.Br.Schuck	243,00	+13,00	+5,6%
Daimler-Benz	1070,00	+55,00	+5,4%
Commerzbank	245,50	+10,00	+4,7%
Stumpf St.	126,00	+ 5,10	+4,2%
Wanderer	365,00	+15,00	+4,2%
BASF	252,00	+10,00	+4,1%
Aach. Rück	2600,00	+100,0	+4,0%

Kursverlierer:

Brau AG	390,00	-50,00	-11,5%
Mainkraftwerke	570,00	-30,00	-5,0%
Dyckerh. Vz.	176,00	- 9,00	-4,8%
Otavi	120,80	-6,10	-4,8%
Grünzw. Harm.	110,50	-5,50	-4,7%
Hagen Batterie	152,00	- 7,00	-4,4%
VGT	265,00	-12,00	-4,3%
Dywidag	185,80	-8,00	-4,1%
Karl Stahl	5,80	- 0,15	-3,7%
Zeiss Ikon	290,00	-11,00	-3,6%

Dollar-Anleihen

	11.10.	10.10.
11¾ EEC 90	102,875	102,875
10¾ EIB 95	100,125	100,25
11 dgl. 91	102,125	102,25
11½ dgl. 90	104,25	104,25
11¾ dgl. 95	105,375	105,25
12 dgl. 95	106,5	106,25
12½ dgl. 90	107,75	107,875
12¾ dgl. 94	110,625	110,75
13 dgl. 96	109,875	109,875
10½ Wld Bk 95	97	97,125
10¾ dgl. 88	102	102
10½ dgl. 90	102,125	102,125
10¾ dgl. 95	101,625	101,5
11 dgl. 92	101,75	101,75
11⅛ dgl. 98	102,625	102,625
11¼ dgl. 88	105,625	105,625
11¼ dgl. 90	105,25	105,75
11⅜ dgl. 89	103,375	103,375
11½ dgl. 90	104,375	104,375
12 dgl. 93	106,25	106,625
12⅛ dgl. 94	107,75	107,875
12¾ dgl. 94	110,375	111
7⅞ N.Zeald.89	102,625	102,625
8⅜ dgl. 87	103,125	103
7 Pac.Gas 94	101,25	101,25
6¾ Penney 92	99,5	99,5
6⅞ Procter 92	100,875	101,125
6⅞ Sears 91	102,625	102,625
6⅞ Swed.Ex.91	100	100
7 TRW 94	101,25	101,25
6¾ Un.Tech.92	99,5	99,375
6¾ World Bk90	100,5	100,375

Euro-Yen

	11.10.	10.10.
6⅞ Al.Corp 91	100,125	100,125
5⅞ ADB 88	97,625	97,625
7⅞ dgl. 94	102,5	102,625
8⅛ Austral.91	101,375	101,375
8⅛ dgl. 92	103,375	103,375
7 Austria 95	101,875	101,875
6¾ Avor 91	99,25	99,125
7 BP 92	102,625	102,625
6¾ Denmark 92	99,5	99,75
7 Denm.Bk. 92	100,375	100,375
7 Dow Chem.94	100,75	100,75
6⅞ EDF 95	101,375	101,25
6⅛ Eurofima86	99,75	99,75
6½ dgl. 95	99	98,75
6⅝ dgl. 92	99,875	100
6⅞ Fid.Rep90	100,125	100,125
8⅜ dgl. 89	101,25	101,125
6⅞ GMAC 90	99,625	99,625
7⅛ Goodyear95	100,125	100,25
6⅞ dgl. 94	99,125	99
7⅞ IADB 94	102,25	102,25
7⅞ dgl. 93	102,625	102,625
6¾ Intel 92	97	97
6⅞ ITT 92	99,125	99,25
6⅞ McDonal.92	99,375	99,375
7⅛ N.Bruns.95	102	102
7⅛ N.Zeald.90	101,625	101,625

Lux. Franc Bonds

	11.10.	10.10.
9⅞ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	101,75	101,75
6⅞ Asian Dv87	97	97
10½ BFG Lux90	103,25	103,25
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 95	101	101
10¼ Paribas89	102,75	102,75
10½ Ceca 94	104,5	104,5
11 dgl. 92	105,5	105,5
13 dgl. 91	104	104
12½ Cornell72	105	105
8 Captel 88	98,25	98,25
8⅛ dgl. 87	98,5	98,5-
11 Cr.Lyon.88	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7⅛ Den.Mtg 88	96,5	96,5
10¾ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	103	103
12¾ dgl. 88	102	102
12¾ dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	103	103
10 dgl. 94	103,5	105,5
10½ dgl. 87	100,5	100,5
11¼ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9½ dgl. 95	102,75	102,75
9¾ dgl. 88	101,25	101,25
9⅝ dgl. 93	102,875	102,875
10½ dgl. 94	105,5	105,5
11½ dgl. 88	101	101
12¼ dgl. 90	102,5	102,5
9⅞ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9⅞ Ind.B.F.95	107,25	101,25
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11¾ dgl. 89	102,75	102,75
8 Lnair 87	98,75	98,75
8⅛ dgl. 87	99,25	99,25
10¾ Lux Bk.91	102,5	102,5
12½ dgl. 89	105	105
10¾ Lux Al.92	103,5	103,6
12½ Nord LB9	102	102

8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8⅛ dgl. 87	98,5	98,5
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅞ Renault 88	96,5	96,5
9⅞ Sogenal 92	101	101
8 Solvay 85	99,5	99,5
10½ dgl. 87	102	102
10⅞ Stockh.86	100	100
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9⅞ Volvo 87	100	100
10 WestLB 90	102,25	102,25
9⅞ WorldBk.90	102,75	102,75
10⅝ dgl. 89	105,5	105,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	11.10.	10.10.
8⅞ Cop City91	97	97
8⅛ CCA 91	97,5	97,5
9⅞ Gas d Fr86	99	99
11¼ Ned. G.88	102,5	102,5
9⅞ Queb. P.94	99,75	99,75
8⅜ SDR 94	98	98

RE 9 DM 2,65627

	11.10.	10.10.
7 Bass 91	90	90
8⅞ Cp City 86	98,5	98,5
8⅛ Iceland 86	98	98
9⅞ dgl. 86	99,5	99,5
9⅛ SDR 87	100	100

RE 9 DM 2,62969

	11.10.	10.10.
7 Acoba 93	90	90
7 Cop.City 95	92	92
7 Ind.Bk.F.93	92	92
7⅛ KLJ 95	92	97
7⅜ dgl. 93	92	92
8⅛ Panama 93	90	90
7 SDR 93	90	90

ECU

	11.10.	10.10.
11⅝ Aerop.95	106	106
9⅞ ABN 92	105,125	105,25
9⅞ ANZ 92	105,875	103,75
10⅜ Austria95	107,375	107,25

9½ BfG 95	100	100
9 M.+Hope 92	101,375	101,25
10⅛ Bk.Tok.91	103,375	103,25
10⅛ dgl. 91	103,125	103,375
8⅛ Bay.Vbk.88	99,75	99,75
10⅜ CEPME 87	101	101
11⅛ dgl. 95	108	108
12⅜ dgl. 90	107	107
9⅞ CNT 92	105,875	105,875
9⅞ dgl. 95	104	104,125
12 dgl. 86	99,5	99,5
12⅛ dgl 89	106	106
12⅜ dgl. 92	109	109
11⅜ CNE 95	108	108
10⅜ CECA 89	108,125	108,375
10 Chrysl.91	102,875	102,75
10⅛ dgl. 95	103,125	103,125
11¼ Citycp 90	101	101
13 dgl. 89	101	101
14⅜ Consoli90	109	109
9⅞ dgl. 92	102,875	103
9⅞ dgl. 95	103	103
11⅛ Cp City94	105	105
10⅞ Cop Tel95	105,25	105
13⅜ Cd.Food87	106	106
11⅛ dgl. 96	109,25	109,25
11⅜ Cred.N.91	107	107
12⅛ dgl. 93	109	109
10⅜ Denmark91	102	102,125
9⅞ Dresd.Bk95	102	102
12⅛ EDF 95	108	108
11½ EEC 95	107	107
11⅛ EEC 95	106	106
11⅜ ELF Nig.88	104	104
10 Euratom 97	105,125	105
12⅛ dgl. 90	104	104
9⅞ Eurofima95	103	103
11 dgl. 92	108,625	108,625
10⅛ EIB 94	105,5	105,375
11⅞ dgl. 94	110,625	110,375
11⅜ dgl. 91	106	106
13⅜ dgl. 89	102	102
14 dgl. 86	102	102
8⅜ Fiat 90	999	98,875
11⅛ Forsm. 98	105,75	105,75
13 G.d.Fr. 89	108	108
10⅜ Giroz. 95	107,5	107,5
8⅜ IBM 90	99	99
11½ IBD 95	104	104
12⅛ Ireland91	103,5	103,5
14⅜ ISPaolo88	102	102
14 IMI 89	102	102
11⅛ Italie 90	108,875	108,875
14 dgl. 89	107	107
11⅜ LTCB 90	108,375	108,375

10⅛ Megal 95	104,25	104,25
13⅜ Norsa 90	105	105
8⅜ Oliv. 93	99,125	99
10⅜ Peugeot90	104	104
9 Philips 93	100,75	100,75
11⅛ P.Bk. 91	107	107
11⅛ Queb.P.89	107,25	107,25
13⅛ Queb.H.89	107	107
9⅞ Rabobk. 95	105,625	105,625
11⅛ R.Xer 88	104	104
9 SAS 95	99,75	99,75
11⅛ SDR 90	106,5	106,5
14 dgl. 92	105	105
11⅛ SNCF 94	109	108,875
13 Solte 87	105	105
11⅛ S.Afr. 89	98	98
10⅜ SATS 2000	95,25	95,25
10⅜ Spark.91	103,875	103,875
9 Sumitomo 95	100,25	100,25
9⅞ dgl. 95	99,25	99,25
11 Swed.Ex.89	102	102
11⅛ dgl. 95	99,5	99,5
12⅜ Brandt 87	105	105
9 U.B Norw.95	99,375	99,5
11⅛ dgl. 90	104	104
9⅞ WestLB 90	104,5	104,5
10⅛ dgl. 91	104	104
9⅞ World Bk95	103,125	103,125
9⅞ dgl. 92	104,125	104,125
10⅜ dgl. 89	105,625	105,625
10⅛ dgl. 88	106	106,125
10⅜ dgl. 94	108	108
11 dgl. 93	108,125	108,125

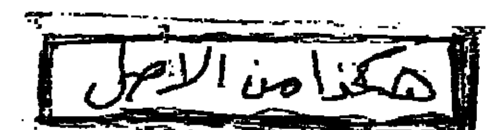
ECU-Tageswerte

	14.10.	11.10.
Dollar	0,831308	0,832897
Bfr	44,7992	44,9057
DM	2,20962	2,21195
Hfl	2,49018	2,49286
£	0,588745	0,590707
Dkr	8,01090	8,02622
FF	6,73775	6,74647
Lira	1490,95	1492,14
Ir£	0,714182	0,71520
Sfr	1,81076	1,81897
öS	15,5288	15,5535
Peseta	134,630	134,888
Skr	6,63966	6,65527
Nkr	6,57274	6,58614
Kan-$	1,13740	1,14007
Esc	136,335	136,595
Fmk	4,74220	4,74835
Yen	179,006	178,865
Drachme	129,642	110,489







Frankfurter Fröhlichkeit

Min. – Seien wir doch ehrlich! Wir, die wir, wie jedes Jahr, zur Buchmesse nach Frankfurt fahren (genauer: die von uns, die meinen, jedesmal hinzumüssen), fahren doch gar nicht der Bücher wegen hin. Wir, das heißt: die von uns, suchen ganz etwas anderes. Im Ernst: Was sollen uns denn die Bücher? Die Verlage stopfen sich ihre Kojen voll damit, mit all den Erscheinungen, die bereits erschienen sind. Die kennen wir doch schon alle. Und die Neuerscheinungen? Kennen wir auch. Haben sie alle schon gelesen. Sind alle schon rezensiert, geordert, rabattiert.

Was haben wir, das heißt: die von uns, in Frankfurt also zu suchen? Es sind die Überraschungen, von denen wir ahnen, daß sie ausbleiben. Wir suchen den neuen Kafka, von dem wir fürchten, daß er unerkannt durch die Gänge kurvt. Wir suchen den Eklat, der uns alarmiert. Wir suchen die Eleganz, die uns betäubt.

Also. Immer ran an die Trends! Rein in die gute Stube der Papiermühlen, solange noch nicht alles mikro-verfilmt und video-verklippt ist! Wir haben das Herz eines Wellenbrechers. Die Offensiven von Frauenbuch, Rosa Winkel, Polit-Champions, Disco-Gurus, Kochbuch-Freaks, Öko-Promis rollen. Sie rollen, und wir halten's aus.

Es geht gegen den Strom. Immer auf der Suche nach der verlorenen Fröhlichkeit. Denn die war einmal, ist lange nicht mehr. Dabei hat sie sich nur versteckt. Ich habe sie wiedergefunden. Sie hat sich davongemacht aus dem Hallengewirr und sich breitgemacht bzw. langgezogen in den überdachten Laufgängen, die erstmals auf dieser Messe alle Hallen miteinander verbinden.

Es war eine Freude, zu sehen, mit welcher Lust sich die Leute aufs Laufband stellten und sich durch den Glasgang schieben ließen. Er war ständig überfüllt. Mir sind nicht wenige Gesichter, übrigens alle entspannt, mehrmals begegnet. Nicht auszuschließen, daß wir, das heißt: die von uns, am Ende doch etwas gefunden haben, nämlich die Lust auf den rollenden Laufsteg, will sagen: die neue Frankfurter Fröhlichkeit.

Woody Allens Film „The Purple Rose of Cairo"

Runter von der Leinwand

Ich halte den 1942 gedrehten Klamauk-Klassiker „Hellzapoppin" (in unseren Kinos lief er unter dem blöden Titel: „In der Hölle ist der Teufel los") für unerreicht, wohl gemerkt: nicht für unerreichbar, wohl aber für unerreicht. Ich halte „Hellzapoppin" auch jetzt noch für unerreicht, nachdem ich Woody Allens neuesten Film gesehen habe: „The Purple Rose of Cairo". Einen Vergleich zu ziehen ist in dem Fall legitim, denn beiden Filmen liegt das gleiche Prinzip zugrunde: das surrealistische Überspielen der Leinwand.

„The Purple Rose of Cairo" spielt in New York um 1930, in der Zeit der großen Wirtschaftskrise, der Massenarbeislosigkeit und Armut. Es war das auch die vielleicht größte Zeit des Films, was seine Wirkung betrifft (wohl nicht betreffend der künstlerischen Qualität), denn die Leute versuchten in dem Geflimmer, das ihnen das als einzige Branche mächtig expandierende Hollywood gegen ein paar Cents vorsetzte, für zwei Stunden ihr Elend zu vergessen.

Auch Cecilia, Woody Allens herbe Heldin (Mia Farrow) gehört zu diesen Leuten. Sie hat auch genug Elend, das sie zu vergessen hat: einen miesen Job, einen rüden Chef, einen arbeitslosen Mann, der säuft, der sie betrügt und schlägt. Ihr einzigs Vergnügen ist das Kino. Sie spart sich die Cents vom Munde ab, geht jeden Tag hin, folgt mit Staunen dem, was da auf der Leinwand vorgegaukelt wird, und hält das für das wahre Leben.

Auch in dem neuesten Streifen, einer Schauerschnulze aus der besten Gesellschaft mit Ausflügen ins abenteuerliche Pyramiden-Ägypten, eben den Film „The Purple Rose of Cairo" (welche Rose man nie zu Gesicht kriegt), geht Cecilia jeden Tag, und als sie das fünfte Mal drin sitzt, wendet sich ihr plötzlich der eine der Schauspieler zu – Tom, der smarte junge Forschungsreisende – und fragt sie von der Leinwand herunter: „Ihnen muß aber dieser Film besonders gut gefallen, da Sie ihn heute schon zum fünften Mal anschauen...", und dann steigt er aus dem Schwarz-Weiß des Films im Film in die Farbe des Films herunter.

Es entwickeln sich daraus Turbulenzen, bei denen Woody Allen leider nicht ganz die Gesetze beachtet, die Feydeau für derlei aufgestellt hat. Es ergeben sich zwar herrliche Passagen: die Reaktionen des ratlosen Kinobesitzers, die Konsternierungen in der Produktionsfirma, die heftige Irritation des Darstellers des Tom (Jeff Dabiels), die schwarz-weißen Darsteller im Film-Film, die nicht weiterspielen können, weil einer der Darsteller fehlt; aber es kommt eigentlich doch immer – leider – nur grad so, wie man es erwartet. Den Dreh zur wirklichen Komödie, in der es ja bekanntlich immer gerade nicht so kommen darf, wie man vermutet, und wenn, dann schlimmer, diesen Dreh findet Woody Allen hier nicht, so amüsant einige Stellen sind.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die großartige kurze Szene, wo die hoffnungslos im Film-Film zurückgebliebenen Restakteure beschließen: Wir erklären diese, unsere Seite der Leinwand für das wahre Leben und das Leben draußen für Film. Aber auch das wird nicht ausgespielt, nicht fortgeführt. So bleibt alles im Grunde genommen nur nett und lieb, ein wenig traurig und das Ende – das auch kommt, wie erwartet – eine Idee zu sentimental.

So bleibt „Hellzapoppin" unerreicht, es bleibt unerreicht, wie dort der erotisch abgelenkte Filmvorführer mitten in einer Gartenparty des Film-Films die falsche folgende Rolle einlegt: einen Wildwest-Streifen, und plötzlich rasen Indianer auf ihren Pferden durch die Gartenparty, und im letzten Moment hört der Filmvorführer die Hilferufe der Schauspieler von der Leinwand und reißt die falsche Rolle heraus... Bleibt unerreicht, vorerst, trotz Woody Allen. Aber anschauen sollte man sich „The Purple Rose of Cairo" trotzdem, namentlich wenn man „Hellzapoppin" noch nicht gesehen haben sollte.

HERBERT ROSENDORFER

Karlsruhe: Mini-Opern bei der „Musik auf dem 49."

Peanut Schroeder stirbt

Was dabei wohl herauskommt? Da hat der ungarische Komponist Zoltán Kocsis, der sich bei uns vor allem in seiner Eigenschaft als Pianist einen Namen gemacht hat, drei eigenwillige Gattungszwitter komponiert und sie durchaus angemessen als „Opern ohne Sänger" bezeichnet – was an sich ja schon ungewöhnlich genug wäre. Bei der Uraufführung – sie fand in Karlsruhe bei der „Musik auf dem 49." statt – führte George Tabori Regie, der noch nie in seinem Leben eine Oper inszeniert hatte und der bis vor kurzem Kocsis noch nicht einmal vom Hörensagen kannte. Die Probenzeit betrug gerade viereinhalb Tage.

Heraus kam dabei folgendes: Zu Anfang redet ein augenscheinlich volltrunkener Komponist ebenso lallend wie gestelzt von einem Opernprojekt, das er jetzt unbedingt realisieren müsse. Der unzweideutige Teil des Werkes – Tabori hat aus den drei Opern eine einzige gemacht – ist damit auch schon erzählt. Es ist nicht einfach (und von Tabori auch gar nicht beabsichtigt), aus dem folgenden so etwas wie eine Handlung zu destillieren: Menschen bewegen sich zwischen unzähligen Flaschen, ein Geiger und ein Organist spielen zunächst Karten, später ihr Instrument, wobei sie bald von Straßenlärm aus Lautsprechern übertönt werden.

Hervorstechendes Merkmal der Szene ist ihre Aggressivität: Die Musik überschreitet häufig die Grenzen zum lärmenden Geräusch, die Schauspieler reagieren aggressiv auf die Musik, aber auch auf ihre Umgebung: Plakate werden von den Wänden gerissen, das Bühnenbild wird zerfetzt, einige Kilo Tomaten werden vermanscht. Ob das alles vielleicht nur die Illustration der Unmöglichkeit des ursprünglichen Vorhabens ist: heute eine Oper zu komponieren?

Das Thema wäre immerhin nicht neu, viel ist darüber schon geschrieben worden, und nicht selten kam dabei auch ziemlich weinerlicher Krampf heraus. Nicht so in Taboris Inszenierung: Bei allem bitteren Ernst, der von seinen wutgeladenen Bildern – wie übrigens auch von Kocsis' nicht sonderlich eigenständiger, aber nicht minder gut geladener Musik – ausging: Immer wieder flocht Tabori Szenen von fast spitzbübisch ironischer Distanz ein, stellte er dadurch eine schwebende Leichtigkeit und Uneindeutigkeit her.

Und außerdem: 80 Minuten Oper ohne Sänger, fast ohne Text und ohne Handlung im üblichen Sinn zu inszenieren, ohne daß die Spannung merklich nachläßt – das soll von Taboris Musiktheater-Kollegen erst mal einer nachmachen.

Die „Musik auf dem 49." hatte mit László Vidovszky noch einen weiteren ungarischen Komponisten parat – und zwar einen, der sich des schwierigen Geschäfts annimmt, witzige neue Musik zu schreiben. „Schroeders Tod" für Klavier zum Beispiel. Man wird sich erinnern: Schroeder ist ein Mitglied der Peanuts-Familie, das auf einem Flügel ohne schwarze Tasten ständig Beethoven-Sonaten zu exekutieren versucht: Der Pianist (Zoltán Kocsis) spielt nichts anderes als völlig belanglose Skalen, während zwei schwer schuftende Klavier-Präparatoren den Klang des Instruments bis zur Absurdität verfremden.

STEPHAN HOFFMANN

Erhält den Nelly-Sachs-Preis 1985 – Ein Porträt der südafrikanischen Autorin Nadine Gordimer

Das Geheimnis der sanften Stimme

Sie ist eine Frau voller Selbstkritik und Selbstzweifel. Manches Mal, so Nadine Gordimer, überfalle sie mitten beim Schreiben der furchtbare Gedanke, daß sie „einer völlig unangemessenen Beschäftigung, einem Luxus" fröne, der sie von der Realität immer weiter fortkatapultiere. Dennoch schreibt sie weiter. Denn Schreiben bedeutet für Nadine Gordimer, die am 20. November 1923 als Tochter einer Engländerin und eines aus Litauen eingewanderten jüdischen Uhrmachers in Südafrika geboren wurde, nicht etwa politische Agitation, sondern den Akt der Selbsterkenntnis. „Ich versuche immer wieder herauszufinden, wie ich mich zu bestimmten Zeiten unter bestimmten Umständen verhalten würde, verhalten könnte", sagt sie.

In ihrer Heimat jedoch, wo manche ihrer Bücher jahrelang nicht erscheinen durften, und auch weltweit gilt Nadine Gordimer vor allem als politische Schriftstellerin. Sie selbst meint dazu: „Ich möchte gar nicht eine politische Autorin sein. Aber das Leben in Südafarika steckt so voller politischer Bezüge, daß selbst die einfache Menschenschilderung politische Dimensionen gewinnt. Das erinnert durchaus an die Sowjetunion und Polen, wo ein Schriftsteller, der offen und ehrlich über die Gesellschaft zu schreiben versucht, automatisch zum politischen Schriftsteller wird."



„Es gibt in Südafrika größere Probleme als den Feminismus": Die Schriftstellerin Nadine Gordimer im Gespräch mit der WELT FOTO: PETER PEITSCH

Ihre schriftstellerische Laufbahn begann die Südafrikanerin mit gerade 15 Jahren. Ihr großes Vorbild war damals die neuseeländische Autorin Katherine Mansfield, die ebenfalls als junges Mädchen ihre erste Prosa veröffentlichte. 1950 erschien Nadine Gordimers erster Band mit Erzählungen, „The Soft Voice of the Serpent", 1953 kam ihr erster Roman auf den Markt, „The Lying Days", der 1956 auf Deutsch unter dem Titel „Die Entzauberung" herauskam. Der Roman ist stark autobiographisch geprägt und erzählt von einem jungen Mädchen, das in der heilen Welt einer südafrikanischen Kleinstadt aufwächst und allmählich mit der Wirklichkeit ihres politischen Umfelds konfrontiert wird.

Die Auseinandersetzung mit der Apartheid war und ist das große Thema von Nadine Gordimer. Doch obgleich sie sich politisch engagiert, obgleich sie öffentlich gegen die Apartheid protestiert, sind ihre Werke frei von Fanatismus. „Es wäre sehr leicht, auf die einen, die Weißen, nur zu schimpfen, die anderen, die Schwarzen, als Helden zu feiern. Aber nichts im Leben läuft so eindeutig ab. Jeder trägt Schuld, jeder sollte versuchen, den anderen zu verstehen, ehe er ihn verurteilt", erklärt sie. In ihren Romanen, in „Burgers Tochter" oder „July's Leute", schlüpft sie stets in die Haut ihrer Figuren, bemüht sich, „die Welt durch deren Augen und Poren zu erleben, zu fühlen, was diese Menschen empfinden".

Sie vermeidet dabei das Pathos, das Grelle und Laute. Ihr Stil wirkt oft karg, nüchtern, verhalten, ihre Schilderungen von Menschen und Landschaften sind präzise und von einer großen Ausdruckskraft. Sie wählt einfache bildliche Darstellungen, so etwa, wenn sie über die Hand eines schwarzen Mannes schreibt, den eine neugierige Touristin berührt, sie sei „zäh und kalt wie der Fuß einer Schildkröte".

Neun Romane und sieben Anthologien mit Kurzgeschichten hat Nadine Gordimer seit ihrem Debut 1950 veröffentlicht. Das mag, auf 30 Jahre verteilt, nicht nach allzu viel aussehen. Aber jedem Buch gehe ein langer und schwieriger Geburtsprozeß voraus, sagt die Autorin, und es nehme viel Zeit in Anspruch, sich ganz „in die Geschichte zu versenken".

Mag die zierliche kleine Frau mit den großen Augen auch oft in ihren Büchern sehr nüchtern auf die vielen Kleinigkeiten eingehen, die das Leben ausmachen, so klingen viele ihrer Aussagen über das Schriftstellertum erstaunlich gefühlvoll. Ein Schriftsteller könne nur jemand sein, der geheimnisvolle Fähigkeiten besitze, der sich stets bemühe, dem Mysterium des Lebens eine Bedeutung abzuringen. Und sie leugnet nicht, daß ein Autor etwas alttestamentlich Prophetenhaftes besitzen müsse, wobei der alte Spruch gerade auf Nadine Gordimer zutrifft, daß die Propheten im eigenen Land nicht oder nur ungern gehört werden.

In Deutschland hat es lange gedauert – und dieses Geschick teilt die Südafrikanerin u. a. auch mit Doris Lessing –, bis man ihre Werke entdeckte. „Burgers Tochter", 1981 auf Deutsch erschienen, und „July's Leute", im Jahr darauf veröffentlicht, ließen sie vor allem in den letzten Jahren bei uns bekannt werden.

In „July's Leute" steht das Verhältnis zwischen einem scheinbar ungeheuer liberalen Ehepaar und ihrem Hausboy im Mittelpunkt des Geschehens. Es ist die Frau, die einen Reifeprozeß durchmacht und erkennt, daß sie durch ihr ständig zur Schau getragenes „Wohlverhalten" dem Diener July gegenüber ihn gedemütigt, seinen Stolz gekränkt hat. Das Resümee dieses Romans lautet, daß die Rassenschranken so lange unüberwindbar sein werden, solange es noch Abhängigkeiten gibt.

Man hat Nadine Gordimer aufgrund der starken Frauenfiguren in ihrem Werk oft „Feminismus" bescheinigt, ein Begriff, den die Autorin ablehnt. Sie sei keine Feministin, denn sie schildere die Probleme der Männer – und ein Beispiel dafür ist auch der Diener in „July's Leute" – mit derselben Genauigkeit, demselben Bemühen um Verständnis wie die der Frauen. „Es gibt in Südafrika größere Probleme als den Feminismus", meint sie. „Für mich gibt es nur Literatur – keine Männer- und Frauenliteratur."

Die Liste der Ehrungen, die Nadine Gordimer für ihre Bücher und nicht zuletzt ihren Einsatz für die Menschenrechte in Südafrika bekam, ist lang. Da findet man den französischen „Grand Aigle d'or" und eine Ehrenmitgliedschaft der American Academy of Art, nicht zuletzt auch die Ehrendoktorwürde der Universität Löwen. Und auch für den Literatur-Nobelpreis wurde sie schon mehrfach nominiert. Der ihr jetzt zugesprochene Nelly-Sachs-Preis könnte durchaus so etwas wie ein Präludium zum Literatur-Nobelpreis 1985 gewesen sein.

Befragt, was ihr denn alle diese Auszeichnungen bedeuten, sagte sie: „Natürlich freuen sie mich, denn sie helfen mir, ernstgenommen zu werden und ein Publikum zu finden. Vielleicht lernt noch jemand, ehe die Uhr abgelaufen ist, aus meinen Beobachtungen und Erfahrungen, wobei ich vor allem jene sogenannten Liberalen meine, die immer lautstark verkünden, sie müßten etwas für die Schwarzen tun – und dann kommt nichts."

Ihre Hoffnung sei aber, daß, wenn sich ihre Prophezeiungen von einem im Wesentlichen schwarzen Südafrika erfüllen sollten, zumindest eine ihrer Visionen Fiktion bleibe: eine blutige Revolution, wie sie Nadine Gordimer in „July's Leute" schildert. Denn Gewalt ist in ihren Augen ein Boden, auf dem nur vergiftete Bäume wachsen können. Und Frieden und Toleranz in ihrem Land sind das Ziel, für das die 62jährige Schriftstellerin unermüdlich zu kämpfen bereit ist – mit der Feder.

MARGARETE von SCHWARZKOPF

Hamburg: Gounods „Faust" unter Otto Schenk

Bücherwurm-Männlein

Faust als Doktor Frankenstein, der aus Särgen junges Leben zaubern will, Mephisto als mordgewaltiger Superman in Bischofsornat, Gretchen als verführte Nonne – so hatte erst vor wenigen Monaten der wilde Brite Ken Russell dem Gounodschen „Faust" an der Wiener Staatsoper mit Pop Art und aufreizenden Akzenten neuen, animierenden Effekt zu geben versucht. Der Wiener Otto Schenk ging jetzt in Hamburg den umgekehrten Weg, seilte sich für den Bühnen-Renner unserer Großväter tief ab ins Mittelalter, doch in keines der rauhen, verschreckenden Art, sondern der lieblichen Verklärung.

„Faust", durch die Brille der Romantik gesehen, „Faust" als lustvoll geschönte Nazarener-Vision. Solch unbekümmerter Blick zurück in die stilisierten Idealwelten des 19. Jahrhunderts – da wollte man seinen Augen kaum trauen. Denn hatte nicht Rolf Liebermann just zu Beginn seiner zweiten Hamburger Ära zum großen musiktheatralischen Aufbruch ins 21. Jahrhundert geblasen? Und nun also der liebe Doktor Faust als greisenhaft schlurfendes Spitzwegsches Bücherwurm-Männlein in einer Studierstube aus Biedermeier und Gothic Revival?

Es blieb nicht die einzige Überraschung der neuen Hamburger Gounod-Produktion. Der ungebremste Rückzug in den Historismus prägte die gesamte „Faust"-Schau Otto Schenks und seines Ausstatters Rolf Langenfass. Der entwickelte zudem eine nicht gerade glückliche Liebe für eine ständig verfinsterte Bühne und für symbolistische Elemente, die undurchsichtig blieben wie zwei Schiefergebirgs-Massive, riesige Fantasy-Klötze, durch die sich das bittere Romanzen-Geschehen hindurchzwängen muß wie Schiffsleiber durch den Isthmus von Korinth.

Selbst in Gretchens Garten, einem pompösen Aufbau, der an die düsteren Gärten des Escorial erinnerte, standen die schwarzen Felsblöcke wie drohende Wächter über einer dann doch verlorenen Unschuld. Naives Sternengefunkel erhellte das Ambiente für die kurze Zeit der Liebesidylle, die sich ausnahm wie eine aus alten Tagen auf uns gekommene Illustration zu den schneeweißrosenroten Märchen der Gebrüder Grimm. Zur schalen Harmlosigkeit war dabei der von Mephisto angefachte Liebeszauber verdammt (die Walpurgisnacht war ohnehin eliminiert).

Das alles unterstrich nur, was man dem Gounodschen „Faust" ja ohnehin nur allzugerne, wenn auch nicht immer zu Recht angelastet hat: daß allzuvieles in ihm nur dekorative Romantik, romantische Dekoration sei im Gegensatz zum Goetheschen Original. Das Publikum spaltete sich denn auch deutlich. Die einen fanden's schlicht schön, die anderen erzürnten sich bis zu hellen Buhs über die altertümelnde Bühne und Regie. Daß er nichts von Menschenführung verstehe, kann man dem gewieften Theatermann Schenk allerdings nicht vorwerfen. Seine Chorszenen vor allem verrieten schönen Sinn für selbstverständliche, kaum jemals verkrampfte Bewegung, wenn auch sie letztlich im ästhetisch Unverbindlichen hängenblieben, wie manches in der in Ansätzen freilich psychologisch durchaus wohlerdachten Personen-Regie.

Zwingendes Format hatte dabei Ileana Cotrubas. Ihr Spiel besaß Charme und Strahlkraft wie ihre der Koloraturen und schwebenden Pianissimi sichere Stimme, die allerdings mitunter unausgeglichen, zu vibrato-schwanger wirkte. Ihr ebenbürtig der Mephisto Ruggero Raimondis, der seine Dämonie zu einer schwarzen, sehr beweglichen Elegance gekeltert hat, die schon auf anderen Bühnen außerordentlich imponierte. Mit seinem prächtigen, bass-baritonalen Organ fand er hinreißend abgefeimte wie dreist-verführerische Töne.

Neil Shicoff mußte sich dagegen erst aus anfänglicher Befangenheit befreien, ehe er sich im Liebesduett zu schöner lyrischer Emphase einschwang. Der darstellerische Applomb als Faust fehlt ihm vorerst noch. Eine höchst bemerkenswerte Leistung: der Valentin Franz Grundhebers, dessen Stimme und Ausdrucksintensität frappierend gewachsen sind.

Sie alle – wie auch der mit Verve und Prägnanz singende Chor – wurden getragen von Alain Lombards stilsicher ausformulierter „Faust"-Interpretation, die sich vor dem Umschlag in den Kitsch, in die bei Gounod ja keineswegs immer abwegige Süßlichkeit klug zu bewahren wußte. Lombard scheute nicht das Gefühl, sein lyrischer Sensualismus aber umging die Fallen des seichten Sentiments, indem er immer wieder beherzt dramatische Akzente setzte. So locker bewegt wie unter seiner Führung hört man die Philharmoniker, aber auch Gounod nicht alle Tage.

KLÄRE WARNECKE

New York: Liechtenstein zeigt seine Kunstschätze

Hochzeits-Kutschfahrt

Die New Yorker entzückt wieder einmal europäischer Adel. Die Ausstellung „Liechtenstein: Die Fürstlichen Sammlungen" im New Yorker Metropolitan Museum bringt höfischen Glanz in die USA, und bietet die Gelegenheit, Bilder zu sehen, die – nicht nur den New Yorkern – bisher allenfalls aus Kunstbänden bekannt sind.

Was das Liechtensteiner Fürstentum in jahrhundertelangem Sammlerfleiß zusammengetragen hat, schlummert normalerweise im Depot unter dem Vaduzer Schloß, gehütet vom kenntnisreichen und agilen Chef der Fürstlichen Kunstsammlung, Reinhold Baumstark, der seit 1981 die Idee einer großen Ausstellung verfolgte. Er fand Mitstreiter in der Mannschaft um Philippe de Montebello, Direktor des Metropolitan Museums, und finanzkräftige Mäzene in Gestalt der IBM und der Vincent-Astor-Stiftung. Die amerikanische Regierung beteiligte sich mit einem Teil der ohne Zweifel extrem hohen Versicherungssumme. Denn was da aus dem Vaduzer Depot auf Reisen ging, sind einzigartige Stücke, darunter allein 19 Gemälde von Peter Paul Rubens und sechs van Dycks, fast alle schon zu Lebzeiten der Künstler vom Haus Liechtenstein erworben.

Die New Yorker verstehen, Ausstellungen zu inszenieren. Gleichsam als Ouvertüre werden die Besucher mit jenen Franceschini-Bildern konfrontiert, die Fürst Johann Adam Andreas von Liechtenstein (1657–1712) für den von ihm erbauten Wiener Gartenpalast in Auftrag gab. Der Adonis und der Diana-Zyklus von dem Bologneser Maler Marcantonio Franceschini (1648–1729) läßt keinen Zweifel daran: Hier wurde für Paläste gesammelt, hier sollte fürstlicher Glanz durch Kunst erhöht werden.

Zusammengetragen haben die Fürsten eigentlich alles, was in jener Zeit bereits gut und teuer war, so auch eine umfangreiche Skulpturensammlung hauptsächlich von Italienern des 16. und 17. Jahrhunderts, auch sie in New York. Zu sehen sind übrigens auch zwei Stücke von Bernardo Belloto, zeitgenössische Gemälde des Wiener Gartenpalastes. „Princely Splendour" begleitet den Besucher auch durch die Porzellansammlung (u. a. Teile des Services, das Friedrich der Große für Joseph Wenzel von Liechtenstein in Berlin anfertigen ließ) und die Waffensammlung, größte in Europa, deren schönste Stücke in New York zu sehen sind.

All dieser Glanz führt die New Yorker schließlich zur „Goldenen Kutsche", das einzige erhaltene Exemplar einer französischen Rokoko-Kutsche (mit denen die Französische Revolution gründlich aufgeräumt hatte); das prachtvolle Zeremonialgefährt ist bemalt mit Allegorien der vier Jahreszeiten aus dem Atelier von François Boucher. Daß die Besucher die Kutsche detailgetreu auf einem italienischen Gemälde finden, das den Einzug von Joseph Wenzel nach Parma zeigt, wo er Isabella von Parma als Braut für Kaiserin Maria Theresias ältesten Sohn Joseph abholen sollte, ist ein besonderes Bonbon.

Die Höhepunkte der Ausstellung von rund 100 Ölgemälden sind aber ohne Zweifel die flämischen Meisterwerke, darunter van Dycks berühmte Darstellung der jungen Genueser Edelfrau Maria Louisia des Tassis, die van Dycks endgültige Lösung von der Rubens-Schule dokumentiert, und Rubens' Porträt seiner Tochter Clara Serena. Fulminanter Schlußakkord in eigenem Saal ist Rubens' „Himmelfahrt Mariens". Das große Altarbild wurde für die Ausstellung restauriert, dabei zeigte sich, daß es vorwiegend von Rubens' eigener Hand gemalt wurde. (Bis 1. Mai 1986; Katalog 35 Dollar, gebunden 45 Dollar)

INGE ADHAM



Büste von Bonacolsi, aus der Liechtensteiner Ausstellung in New York FOTO: DIE WELT

JOURNAL

Albert-Schweitzer-Preis für Rostropowitsch

SAD, New York

Der Cellist und Dirigent Mstislaw Rostropowitsch ist in New York mit dem Albert-Schweitzer-Musikpreis geehrt worden, weil der 58jährige und seine Frau „politisch gefährlich, doch human" gehandelt hätten – wie es in der Verleihungsurkunde heißt. Rostropowitsch und seine Frau, die Sängerin Galina Wischnewskaja, hatten dem Schriftsteller Alexander Solschenizyn vor dessen Ausbürgerung in den Westen Unterkunft in ihrem Hause gewährt.

„Wir hier drüben" in der Heuss-Akademie

DW. Gummersbach

Das Wolf-Biermann-Zitat „Deutschland ist ein gespaltenes Land. Ein Teil von ihm sind wir". steht als Motto über einer Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP in der Gummersbacher Theodor-Heuss-Akademie zum Thema „Wir hier drüben. DDR-Übersiedler in ihrer neuen Heimat" (8. bis 10. November 1985).

Zum zweiten Mal Preis des Historischen Kollegs

DW. München

Im kommenden Jahr wird das Historische Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zum zweiten Mal seinen mit 40 000 Mark dotierten Preis für das Gesamtschaffen eines Historikers vergeben. Vorschläge für die Verleihung können Hochschullehrer, die ein historisches Fach vertreten, sowie Wissenschaftler in vergleichbarer Stellung an die Geschäftsstelle des Historischen Kollegs, Marstallplatz 8, 8000 München 22, richten.

Knochen und Fell noch nach 50 Millionen Jahren

D. B. Darmstadt

Mehrere Wissenschaftler melden neue spektakuläre Fossilfunde aus der Grube Messel bei Darmstadt: Der Frankfurter Biologe Dieter Stefan Peters macht den ersten Fund einer Eule bekannt, die vor etwa 50 Millionen Jahren in Südhessen lebte. Außerdem konnte er drei Funde von Seglern der Gattung Aegialornis untersuchen, die einer bislang unbekannten Art angehören. Dem Detmolder Paläontologen Rainer Springhorn lag ein kleines Raubtier der Gattung Miacis aus Messel vor, an dem noch 50 Millionen Jahre nach dessen Tod Fellreste erhalten sind. Der Frankfurter Paläontologe Jens Franzen schließlich macht die Fachwelt auf einen weiteren Halbaffenfund aus Messel aufmerksam. Dieser gehört zur Gattung Europolemur, die auch aus dem Geiseltal bei Halle bekannt ist.

Atrium Verlag stiftet Kästner-Kinderbuchpreis

DW. Zürich

Aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens stiftet der Atrium Verlag, Zürich, den „Erich-Kästner-Kinderbuchpreis". Er wird für das beste bisher unveröffentlichte Kinderbuch-Manuskript in deutscher Sprache vergeben und ist mit 20 000 Mark dotiert. Einsendeschluß ist der 1. Juli 1986. Der Preis, der damit zum ersten Mal vergeben wird, soll in Zukunft alle fünf Jahre ausgeschrieben werden. Informationen können beim Atrium Verlag, Rütistraße 4, CH-8030 Zürich, angefordert werden.

Zwei Schriftsteller kehren aus dem Exil zurück

JGG. London

Aus dem Exil sind nach mehr als 15 Jahren die beiden polnischen Schriftsteller Andrzej Brycht und Alicja Lisiecka (London) zurückgekehrt. Bei beiden Literaten handelt es sich um Autoren, die vor ihrer Flucht eng mit der KP engagiert waren. Brycht zeichnete sich vor seiner Flucht durch Pamphlete gegen die Bundesrepublik aus. Frau Lisiecka tat sich im Exil als Literaturkritikerin hervor. Noch vor zwei Jahren wurde sie bei einer Landung in Warschau abgewiesen und wieder nach London abgeschoben. Seit einiger Zeit schrieb sie kritische Reportagen über die polnische Emigration in der Krakauer KP-Presse.

Francesca Bertini †

dpa, Rom

Die italienische Schauspielerin Francesca Bertini ist in Rom im Alter von 93 Jahren gestorben. Sie wurde durch „Assunta spina" (1915) Italiens erster Filmstar. 1918 wurde die Produktionsgesellschaft Bertini Film gegründet, um Filme zu produzieren, die ihre trauerumwobene Schönheit zur Geltung bringen sollten. 1921 zog sich die Diva teilweise aus dem Filmgeschäft zurück, trat aber bis in die siebziger Jahre hinein gelegentlich auf. Bis zu ihrem Tod hielt Francesca Bertini den Schein des wohlhabenden Filmstars aufrecht. Jede Woche einmal empfing sie für eine Stunde ihren Besuch im „Grand Hotel" in Rom, wo sie auch ihre Postadresse hatte. In Wirklichkeit lebte sie zuletzt mittellos bei einer Freundin.

Tennislehrer hatte Tat genau geplant

E. REVERMANN, Braunschweig

Bereits drei Minuten nach der Entführung ist die 13jährige Schülerin Britta Kaufeld von ihrem Tischtennislehrer Rudolf Kittler umgebracht worden (die WELT berichtete). Während der Fahrt im roten VW Polo zog der 35jährige aus seiner Puma-Sporttasche auf dem Nebensitz einen Trommelrevolver vom Typ Smith & Wesson, drehte sich um und zerfetzte mit einem einzigen Schuß das Herz des Kindes auf dem Rücksitz.

Die Tat hatte Kittler schon am Morgen der Entführung in allen Einzelheiten geplant. Der inzwischen nach seiner Verhaftung in Kufstein ins Braunschweiger Gefängnis gebrachte Täter schweigt nach Angaben des Leitetenden Oberstaatsanwalts Günter Hach über sein Motiv.

Die Smith & Wesson in der Sporttasche

Polizei und Staatsanwaltschaft haben trotz der dürftigen Mitteilungen des Tennislehrers bisher folgendes recherchieren können: Am Tag der Tat, Mittwoch, 2. Oktober, hatte Kittler – offensichtlich aus verschmähter Liebe – in aller Frühe den Tod des Kindes beschlossen. Der gelernte Buchhalter, später zum Computerfachmann umgeschult und seit eineinhalb Jahren arbeitslos, nebenbei Tischtennislehrer beim SV Braunschweig-Broizem, packte an diesem Morgen in seine blaue Puma-Sporttasche neben Kulturbeutel und Reiseutensilien auch seine Smith & Wesson ein. Diese Waffe besaß er seit etwa fünf Jahren illegal. Von seinem Konto hob er 5000 Mark in bar ab, 1000 Mark führte er in Schecks bei sich.

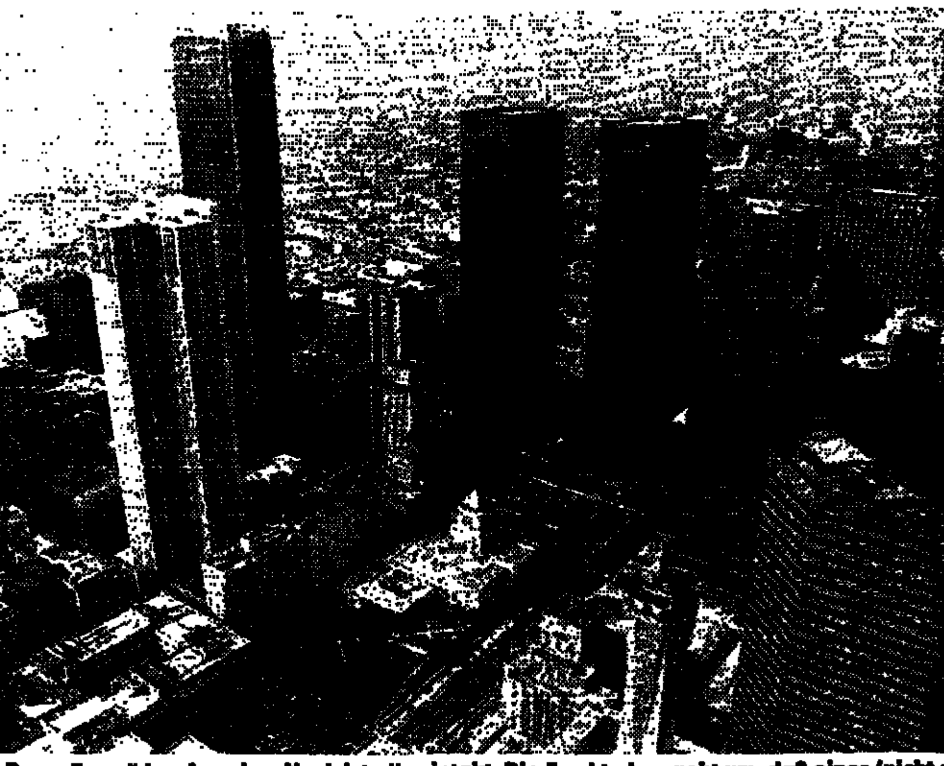
Kurz nach 17 Uhr holte er Britta zum fälligen Tischtennis-Punktespiel ab. Gegen 20 Uhr setzte er zwei weitere Tischtennisspielerinnen – wie schon des öfteren – an einem Parkplatz ab. Diese beiden Mädchen hatten diesmal nicht wie sonst ihre Sporttaschen in den Kofferraum legen dürfen. Während der Fahrt hatte Kittler, entgegen seinen Gewohnheiten, kein einziges Wort gesprochen. Als die beiden Mädchen ausstiegen, blieb Britta auf dem Rücksitz. Kittler holte seine Sporttasche mit der Waffe aus dem Kofferraum zu sich auf den Nebensitz.

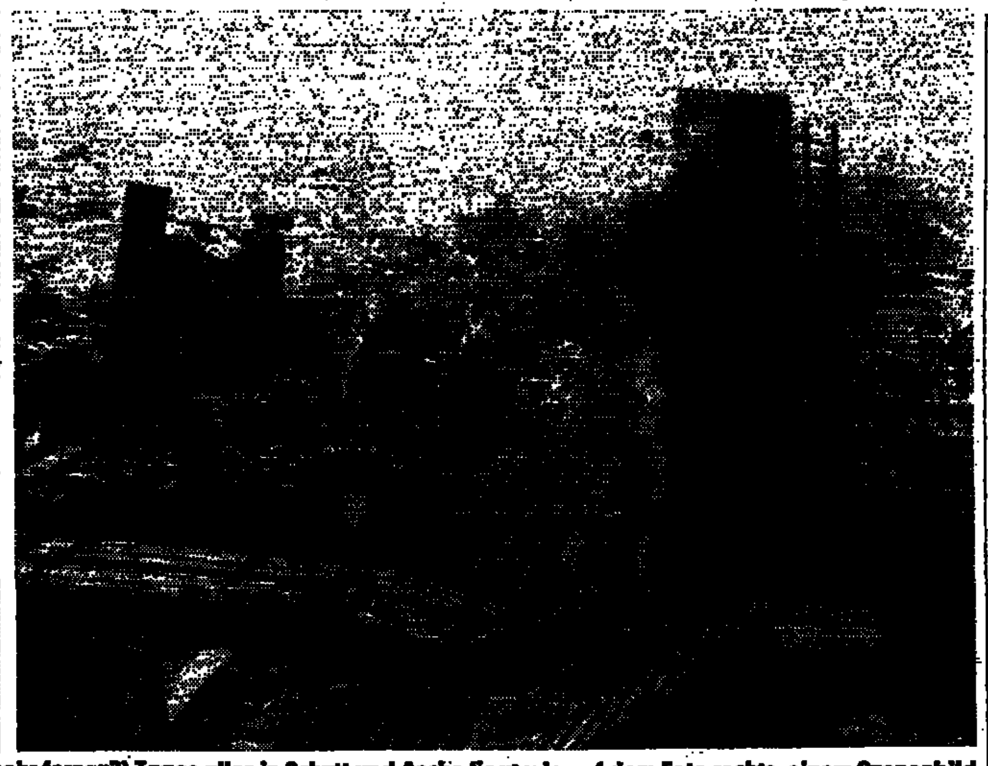
Etwa nach drei Minuten Fahrt auf der einsamen Landstraße zum angrenzenden Stadtteil Rünningen, zwischen Getreide- und Rübenfeldern, griff Kittler zum Revolver, drehte sich um und schoß auf Britta.

Nach der Tat ziellos in München umhergeirrt

Auf der Weiterfahrt nach Frankfurt deckte der Täter auf einem Rastplatz die Leiche des Kindes mit einer roten Decke zu. Unmittelbar nach dem Parken des Wagens in der Tiefgarage des Frankfurter Flughafens, wo die Leiche am vergangenen Donnerstag gefunden wurde, ist Kittler mit der Bahn nach München gefahren, wo er ziellos umherirrte und sich auch auf dem Oktoberfest amüsierte. Nach etwa fünf Tagen setzte er sich dann ebenfalls per Bahn nach Innsbruck ab, wo er schon mehrfach Urlaub gemacht hatte.

Nach eigenen Angaben will Kittler am vergangenen Samstag in Richtung München abgereist sein, angeblich um sich in München der Polizei zu stellen. Bei einer Kontrolle durch deutsche Grenzbeamte am Übergang Kiefersfelden-Kufstein wurde er – wie berichtet – am Samstag gegen 11 Uhr aus dem Schnellzug D-286 Rom–München geholt. Die Beamte hatten ihn anhand eines Fahndungsfotos erkannt. Die Staatsanwaltschaft erweiterte inzwischen die Anklage von Kindesentführung und Freiheitsberaubung auf vorsätzlichen Mord, der der Haftrichter gestern stattgab.





„Down Town" Los Angeles. Noch ist alles intakt. Die Furcht aber geht um, daß eines (nicht mehr fernen?) Tages alles in Schutt und Asche liegt wie auf dem Foto rechts, einem Szenenbild aus dem Film „Erdbeben". FOTOS: SVEN SIMON, DIE WELT

In Los Angeles läuft die Galgenfrist allmählich ab

Die Erde ist unruhig wie lange nicht mehr. Erst Mexiko, dann Guatemala. Am Wochenende traf ein schweres Beben (acht auf der zwölfteiligen Mercalli-Skala) die Sowjetrepublik Tadschikistan in Mittelasien. Wie immer hält sich die Sowjetunion mit Einzelheiten zurück. Dennoch – was durchsickerte, läßt auf viele Opfer schließen. Die Erdbebenforschung ist immer noch nicht sehr weit. Die in immer kürzeren Abständen auftretenden Beben beunruhigen die Wissenschaftler. Kommt irgendwann der große Knall? Denken die Seismologen an Los Angeles, haben sie Alpträume. Die Millionen-Metropole am Pazifik gilt als längst überfällig ...

HELMUT VOSS, Los Angeles

In der zweitgrößten Stadt der USA, Los Angeles, laufen zur Zeit viele Politiker und Behördenleiter mit sorgenvollen Gesichtern herum. Fast täglich kehren nach Mexiko-Stadt entsandte Erdbebenberater – Ärzte, Ingenieure, Seismologen – in die Stadt der Engel zurück: Die Berichte, die sie aus der verwüsteten mexikanischen Metropole mitbringen, lassen so manchem Verantwortlichen die Haare zu Berge stehen.

„Am meisten hat uns an dem Beben in Mexiko-Stadt erschreckt, wieviele als bebensicher geltende, moderne Stahlbetonhochhäuser eingestürzt sind", erklärte jetzt der für Südkalifornien zuständige, stellvertretende Leiter des Amtes für Katastrophenschutz, Richard Andrews. „Diese Gebäude waren alle nach Richtlinien gebaut, die hier in Kalifornien entwickelt wurden. Wir werden jetzt wahrscheinlich unsere Berechnungen revidieren müssen."

Die Unruhe in Los Angeles kommt nicht von ungefähr. Die Stadt (3,09 Millionen Einwohner) liegt nahe dem Südausläufer des sogenannten San-Andreas-Grabens – einer durch ganz Kalifornien laufenden Zone, in der sich zwei Erdschollen in entgegengesetzter Richtung bewegen – und muß nach Berechnungen von Geophysikern täglich mit einem katastrophalen Beben von der Größe 8,3 auf der Richterskala rechnen. (Zum Vergleich: Die stärksten Stöße in Mexiko wurden mit 7,7 gemessen.)

Die beiden Platten haben sich im südlichen Teil des San Andreas verhakt. Sie werden sich irgendwann explosiv voneinander lösen. Dabei wird es zu Verschiebungen von bis zu sechs Metern kommen. Im ganzen Großraum Los Angeles wird sich sandiger Boden verflüssigen. Die Erde wird bis zu zwei Minuten anhaltend und heftig beben.

Andrews: „Wir wissen alle, daß die Uhr unaufhörlich tickt. Bodenuntersuchungen haben ergeben, daß es in dieser Gegend im Schnitt etwa alle 130 Jahre ein katastrophales Beben gibt. Das letzte derartige Beben haben wir 1857 gehabt, als Südkalifornien noch ganz dünn besiedelt war. Damals wurden noch 40 Kilometer vom Bebenzentrum entfernt Pferde und Reiter zu Boden geschleudert. Zeitlich sind wir heute, und daran hat uns Mexiko erinnert, wieder dran."

Eines der Hauptprobleme für die Bebenplaner von Los Angeles ist, daß es in der Stadt niemanden gibt, der sich noch an ein katastrophales Beben erinnern kann. „Die Leute sagen immer: Es wird schon nicht so schlimm werden", erläuterte Andrews, „sie vergessen aber, daß das Beben von 1971, bei dem in Los Angeles immerhin 58 Menschen ums Leben kamen und Schaden im Werte von einer halben Milliarde Dollar angerichtet wurde, vergleichsweise harmlos war. Das wirklich große Beben – ‚The Big One' – wird fast 100mal so stark sein wie das 71er Beben."

In Los Angeles gibt es noch rund 8000 gemauerte, strukturell nicht verstärkte Gebäude, die aus der Zeit vor 1933 stammen. Damals wurden nach einem Beben in Long Beach die ersten Erbeben-Baubestimmungen erlassen. Diese Gebäude, in denen rund 100 000 Menschen leben oder arbeiten, würden bei „The Big One" mit größter Wahrscheinlichkeit in sich zusammenstürzen. Bebenexperten rechneten schon vor dem mexikanischen Beben für Los Angeles mit 14 000 Toten, 55 000 Schwer- und 250 000 Leichtverletzten. Diese Zahlen müssen jetzt wahrscheinlich noch erhöht werden.

Besonders groß ist in Los Angeles auch die Brand-Gefahr. „Mein Alptraum ist", verriet Andrews, „daß das Beben, sagen wir mal, Mitte Oktober kommt, wenn in Los Angeles die Santa-Ana-Wüstenwinde wehen und die Tagestemperatur um 40 Grad Celsius liegt. Da würden wir einen Feuersturm ohnegleichen erleben.

Mehrere Flüssiggas- und Ölpipelines kreuzen den San-Andreas-Graben in den mit trockenem Busch bewachsenen Bergen nahe der Stadt. Sie werden unweigerlich bersten und viele Buschbrände zünden. Löschen wird kaum möglich sein, da auch die meisten Wasserleitungen den San Andreas überqueren und ebenfalls unterbrochen sein dürften."

Für den Fall eines katastrophalen Bebens stehen im Raum Los Angeles zwei Einsatzzentren bereit. Das eine ist ein mit modernsten Kommunikationsmitteln ausgerüsteter Raum in der Innenstadt, sechs Stockwerke unter dem Rathaus. Das zweite Zentrum befindet sich südlich von Los Angeles auf dem Gelände des Militärstützpunktes Los Alamitos. Von hier aus werden unmittelbar nach dem Beben mehrere Hubschrauber starten und festgelegte Routen abfliegen. So will sich der Krisenstab ein ungefähres Bild vom Ausmaß der Verwüstungen machen.

Auch viele Einwohner von Los Angeles sind durch die starken Beben von Chile bis Mittelasien nervös geworden. Im Rathaus häufen sich die Anrufe Ratsuchender, denen plötzlich wieder einmal bewußt geworden ist, daß sie in einem Teil der USA leben, in dem sich 85 Prozent aller Erdbeben in der Welt – 15 000 pro Jahr – ereignen.

Supermärkte und Campingläden melden eine hohe Nachfrage bei Artikeln, die zu der empfohlenen Notausrüstung zählen: Taschenlampen, Transistorradios, Tabletten zur Trinkwasserbehandlung, Wasserkanister, Kerzen und Batterien.

Andrews: „Wir warnen die Leute immer wieder, daß sie sich bei einem wirklich großen Beben nicht auf Hilfe von außen verlassen dürfen. Es wird tagelang weder Wasser noch Gas noch Elektrizität noch Telefon geben. Jeder sollte so ausgerüstet sein, daß er 72 Stunden ohne Hilfe auskommt."

Kreuzfahrtschiffe meiden ägyptische Häfen

DW. Rom

Mehrere Reedereien haben nach der Entführung der „Achille Lauro" ihre Luxusschiffe angewiesen, ägyptische Häfen zu meiden und nach Israel auszuweichen. Wie die italienische Nachrichtenagentur ANSA aus Tel Aviv meldete, hat die Reederei Costa aus Genua alle ägyptischen Häfen vorerst aus ihrem Programm gestrichen. Auch die schwedische „Vistafjord" habe für zwei Tage mit 600 amerikanischen Passagieren in Haifa statt in Ägypten festgemacht. Die norwegische „Royal Viking Sky" weiche ebenfalls von Ägypten auf Israel aus. Die „Achille Lauro", die morgen in Genua anlegen wird, will bereits am 17. Oktober wieder auf Kreuzfahrt ins östliche Mittelmeer gehen, wobei auch Alexandria und Port Said angelaufen werden. Dies teilte gestern die Generalagentur der Flotta Lauro in Deutschland mit.

Urteil angenommen

AP, München

Der als Haupttäter bei der Entführung des Verleger-Enkels Axel Sven Springer zu vier Jahren Haft verurteilte 23jährige Unternehmersohn Robert Tilitzki hat auf eine Revision gegen den Richterspruch der Jugendkammer am Landgericht München I vom 8. Oktober verzichtet. Tilitzkis Verteidiger Rolf Bossi erklärte gestern in München, sein Mandant nehme das Urteil an. Er wolle damit „dem Entführungsopfer Genugtuung geben und die volle Verantwortung für seine Tat tragen".

Kein Schmerzensgeld

AP, Frankfurt

Nicht für jede Art von Schmerz besteht auch ein Anspruch auf Schmerzensgeld. Dies hat das Frankfurter Landgericht im Falle eines neun Jahre alten Schülers entschieden, der im Unterricht von seiner Lehrerin hart angepackt worden war. Wie das Gericht feststellte, war die „körperliche Beeinträchtigung" des Jungen so geringfügig, daß die Schwelle zu einem Körperschaden nicht überschritten wurde. (Az: 2/16 S 113/85)

Matte gegen Krippentod

dpa, Hagen

Eine elektronische Sensormatte zur Überwachung von „Krippentod"-bedrohten Säuglingen und Kleinkindern ist an der Fachhochschule in Hagen entwickelt worden. An der heimtückischen Krankheit, bei der die Babys das Atmen „vergessen", sterben in der Bundesrepublik Deutschland jährlich etwa 3000 Kinder. Wie Professor Heinrich Reents gestern in Hagen zeigte, überwacht die Matte, die die Größe einer Matratze hat, kontinuierlich die Atmung und gibt einen Alarmton, falls die Atmung abflacht.

Sowjets gegen „Rambo"

SAD, London

Die Sowjetunion fühlt sich durch den Hollywood-Erfolgsfilm „Rambo" beleidigt. Das wurde bekannt, nachdem sowjetische Diplomaten die Aufführung des Films im afrikanischen Staat Simbabwe erfolgreich verhindert haben. „Rambo" war bereits sechs Wochen lang mit großem Erfolg vor ausverkauften Häusern in der Hauptstadt Harare und anderen großen Städten gezeigt worden.

Mord mit Schwert

dpa, Hamburg

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit hat gestern vor einer Jugendkammer des Hamburger Landgerichts ein Mordprozeß begonnen, in dem zwei junge Prostituierte angeklagt sind, mit einem Samurai-Schwert den St.-Pauli-Wirt Karl-Heinz Püfken getötet zu haben. Angeklagt sind neben den beiden 19 und 20 Jahre alten Frauen ihre zum Tatzeitpunkt am 13. Januar dieses Jahres 25 und 21 Jahre alten Freunde.

„Schufa-Klausel" gilt nicht mehr

AP, Karlsruhe

Die in Kreditverträgen von Teilzahlungsbanken verwendete sogenannte „Schufa-Klausel" über die Weitergabe von Daten des Kreditnehmers ist vom Bundesgerichtshof (BGH) in einem gestern veröffentlichten Urteil für unwirksam erklärt worden.

In dieser Klausel erklärt sich das Kreditinstitut für berechtigt, der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa) und der KSV-Kreditschutzvereinigung Wiesbaden Daten des Kreditnehmers und etwaiger Mitschuldner über die Aufnahme und Abwicklung des Kredits zur Speicherung zu übermitteln. Eine solche pauschale Einwilligung des Kreditnehmers in die Weitergabe aller Kreditdaten kann nach Auffassung des BGH vom Kreditnehmer nicht verlangt werden. Eine Übermittlung und Speicherung solcher Daten sei deshalb aber nicht schlechthin unzulässig.

In der gleichen Entscheidung hat der Bundesgerichtshof Kreditvertrags-Klauseln für unwirksam erklärt, wenn sie die sofortige Fälligkeit eines Ratenkredits schon dann eintreten lassen, wenn der Kreditnehmer mit weniger als zwei vollen aufeinanderfolgenden Raten in Zahlungsverzug geraten ist. (Az.: Bundesgerichtshof III ZR 213/83)

Ein Anwalt zieht kräftig vom Leder

Befangenheitsanträge gegen 30 Mainzer Richter gestellt / Landgericht beschlußunfähig

JOACHIM NEANDER, Mainz

Der Rechtsanwalt Carlos Schulz-Knappe (51) aus Neustadt an der Weinstraße ist ein höchst streitbarer Herr. Seit Jahren liegt er mit Teilen der deutschen Weinwirtschaft im Clinch, weil er über das Weinrecht und die Praxis in deutschen Winzerkellern äußerst Provozierendes öffentlich äußert, manchmal berechtigt, manchmal aber auch überzogen und im Ton kränkend. Nun ist es ihm gelungen, das gesamte Mainzer Landgericht sozusagen lahmzulegen – zumindest in Sachen Schulz-Knappe.

Die Vorgeschichte hat etwas mit den seit Jahren bekannten Weinskandalen zu tun. 1982 wurde Rechtsanwalt Schulz-Knappe als Zeuge vor einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß des rheinland-pfälzischen Landtages geladen, um ganz allgemein über die herrschende Praxis und im besonderen zu einem Fall auszusagen, in dem einer seiner Mandanten, ein Weinkommissionär, 1978 wegen der Vermittlung von 1,3 Millionen gesetzwidrig manipulierten Weines zu einem Bußgeld von 100 000 Mark verdonnert worden war. Das eigentliche Strafverfahren war damals eingestellt worden.

Die Parlamentarier wollten wissen, ob der Verdacht zutrifft, das Verfahren sei auf Druck eines großen Kellereiunternehmens eingestellt worden, das als ahnungsloser Empfänger der Ware bei einem öffentlichen Prozeß ebenfalls ins Gerede gekommen wäre.

Schulz-Knappe zog als Zeuge kräftig vom Leder. Ja, sagte er, die Verfahrenseinstellung sei damals gegen seinen Willen und ohne sein Zutun erfolgt.

Dies empfand jedoch der damals zuständige Vorsitzende der Mainzer Weinstrafkammer, der Vorsitzende Richter Pahl, als verleumderischen Vorwurf der Rechtsbeugung. Seine ursprüngliche Absicht, Klage gegen Schulz-Knappe zu erheben, machte er zwar nicht wahr. Dafür aber eröffnete die Mainzer Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen falscher uneidlicher Aussage vor dem Untersuchungsausschuß.

In erster Instanz wurde Schulz-Knappe im Sommer dieses Jahres aufgrund der eindeutigen Zeugenaussage des Richters Pahl, das Gericht habe der Einstellung ohne jeden Druck von außen zugestimmt, zu neun Monaten Freiheitsentzug mit Bewährung verurteilt. In der Berufungsverhandlung vor der 4. Großen Strafkammer des Mainzer Landgerichts in der vergangenen Woche kam es jedoch gar nicht erst zum Beginn der Beiweisaufnahme. Nacheinander lehnte der Angeklagte Schulz-Knappe zuerst den Vertreter der Anklage, Oberstaatsanwalt Neumann, und dann die Richter wegen Besorgnis der Befangenheit ab.

Der gleiche Ablehnungsantrag traf anschließend weitere 30 Mainzer Richter, die über die Befangenheitsanträge hätten entscheiden können oder als mögliche Ersatzrichter zur Verfügung gestanden hätten. Daran änderte auch nichts, daß alle diese Richter in dienstlichen Erklärungen jede Befangenheit verneinten.

Schulz-Knappes Argument: Seine Äußerungen vor dem Ausschuß und vor allem sein deutlich geäußerter Verdacht über die Hintergründe der Verfahrenseinstellung müsse von sämtlichen Richtern des Mainzer Landgerichts als diskriminierend und im Grunde beleidigend empfunden werden. Das mache sie in der Sache allesamt befangen. Vor allem seien sie nicht in der Lage, die Zeugenaussage ihres Kollegen Pahl unparteiisch zu würdigen.

In ihrer Verzweiflung faßte die Strafkammer schließlich den Beschluß, den ganzen Fall dem Oberlandesgericht Koblenz zur Entscheidung zu übergeben. Dort war bis gestern nachmittag noch kein Beschluß gefaßt worden.

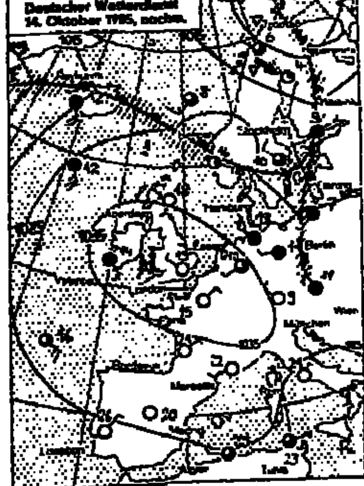
LEUTE HEUTE

Glamour Girl

Sie wechselte ihre Liebhaber wie andere Damen die Blusen, wobei die ihr standesamtlich Angetrauten nur einen Bruchteil der Schwadron ausmachten. So war sie verheiratet mit dem Jazzer Artie Shaw, dem Makler Steven Crane, dem Zinn-Millionär Bob Topping, dem Schauspieler Lex Barker, mit Fred May und Bob Eaton. Ihre Tochter Cheryl sorgte ihrerseits für Aufregung, als sie 1958 einen Liebhaber ihrer Mutter, den Mafioso Johnny Stompanato, mit dem Küchenmesser erstach. Am Sonntag stand die ehemalige Hollywood-Schauspielerin **Lana Turner** (Foto), für die 1938 in Hollywood der Begriff „Glamour Girl" geprägt wurde, wieder einmal im Rampenlicht. In Los Angeles erhielt sie die Auszeichnung „Wonderful Award". Die 65jährige sieht eben noch immer blendend aus.

WETTER: Im Osten etwas Regen

Wetterlage: Über der Osthälfte Deutschlands machen sich Tiefausläufer bemerkbar, die Westhälfte liegt unter umfangreichem Hochdruckeinfluß mit Schwerpunkt über den britischen Inseln.



Vorhersage für Dienstag:

Im östlichen Bundesgebiet und Raum Berlin stark bewolkt. Gelegentlich etwas Regen. In der Westhälfte frühmorgens neblig-dunstig, sonst wechselnd wolkig mit Aufheiterungen. Temperaturen nachmittags im Westen 13 bis 16 Grad, sonst um 11 Grad. Tiefstwerte nachts je nach Bewölkung 4 und 8 Grad. Im Osten schwacher Wind aus Nord, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Im ganzen wenig Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	28°
Bonn	12°	Kopenh.	13°
Dresden	9°	Las Palmas	25°
Essen	10°	London	13°
Frankfurt	14°	Madrid	20°
Hamburg	13°	Mailand	16°
List/Sylt	14°	Mallorca	25°
München	9°	Moskau	8°
Stuttgart	10°	Nizza	23°
Algier	22°	Oslo	16°
Amsterdam	16°	Paris	15°
Athen	14°	Prag	7°
Barcelona	25°	Rom	21°
Brüssel	13°	Stockholm	10°
Budapest	11°	Tel Aviv	26°
Bukarest	13°	Tunis	25°
Helsinki	6°	Wien	11°
Istanbul	19°	Zürich	13°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.47 Uhr, Untergang: 17.27 Uhr; **Mondaufgang**: 9.56 Uhr, Untergang: 18.26 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„*Vorsicht, der Gesuchte hat Aids und beißt*"

F. DIEDERICHS, Berlin

Am Mittwoch vergangener Woche ging es auf den Kanälen des Berliner Polizeifunks drunter und drüber: „Vorsicht, Kollegen, der Gesuchte hat vermutlich Aids und beißt", warnten sich die Fahnder gegenseitig. Der zur Festnahme Ausgeschriebene, ein 26jähriger heroinabhängiger Straftäter, war am gleichen Tag aus dem Berliner Urban-Krankenhaus entflohen und konnte wenige Stunden später gefaßt werden.

Ins Krankenhaus hatten ihn zwei Tage vor der Flucht Beamte gebracht, weil er für einen in Deutschland bislang einmaligen Fall gesorgt hatte: Bei seiner Festnahme auf einem Berliner U-Bahnhof hatte er am Montag vergangener Woche einen 42jährigen Obermeister der Schutzpolizei durch den Hosenstoff tief in den Oberschenkel gebissen. Danach rief er dem verletzten Beamten höhnisch ins Gesicht: „Jetzt hast du auch Aids!"

Die Berliner Polizeiführung versuchte, diesen Fall eines möglicherweise „versuchten Tötungsdeliktes" (so der Polizeigewerkschafter Günther Brosius) unter der Decke zu halten. Der Heroinabhängige wurde sofort ins Urban-Krankenhaus im Bezirk Kreuzberg gebracht, um bei ihm feststellen zu lassen, ob er wirklich an Aids leidet. Als ihm zwei Tage später die Flucht aus dem Krankenzimmer gelang und nach ihm erneut gefahndet wurde, machte ein Beamter die Sache publik. Er informierte vertraulich Berliner Journalisten von dem einmaligen Vorgang.

Gestern hieß es auf Anfrage der WELT bei der Berliner Polizei: „Wir wissen noch nicht, ob der Straftäter Aids hat." Aus Senatskreisen wurde jedoch bekannt, daß man bei der Polizei weiterhin diesen Vorfall mit größter Zurückhaltung handhaben will. Nach Ansicht von Medizinern müßte das Untersuchungsergebnis längst vorliegen.

„So eine Prüfung kann an einem Tag erfolgen", äußerte der Berliner Aids-Experte Professor Meinrad Koch vom Robert-Koch-Institut gegenüber der WELT. Der Mediziner vertrat die Ansicht, eine Infizierung von Personen duch Bißwunden mit Aids-Viren sei „sicherlich möglich", da Aids unter anderem durch Blut und Speichel übertragen wird.

Ob der betroffene Polizist letztlich mit Aids-Erregern infiziert worden ist – vorausgesetzt natürlich, daß der Drogenabhängige an dieser tödlich verlaufenden Immunschwächekrankheit leidet – kann frühestens drei Wochen nach dem Vorfall diagnostisch nachgewiesen werden.

Die Gewerkschaft der Polizei nimmt den Fall so ernst, daß sie dem betroffenen Polizisten mittlerweile einen Anwalt zur Seite gestellt hat. Dieser erklärte gestern auf Anfrage, es gehe seinem Mandanten vor allem darum, definitiv zu wissen, ob der Drogenabhängige an Aids erkrankt sei und ob er durch die Bißwunde infiziert worden sei.

Sollte dies zutreffen, gelte es, mögliche Schadensersatzansprüche an den Verursacher, aber auch mögliche Versorgungsansprüche an die Polizei zu stellen. „Schließlich handelte es sich um eine Art Dienstunfall", so der Berliner GdP-Vorsitzende Günther Brosius zur WELT.

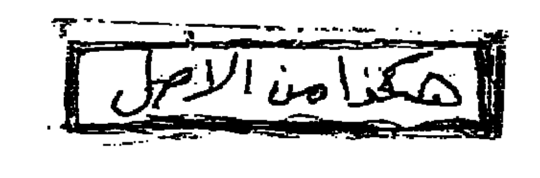
Die Polizeigewerkschaft fordert jetzt von der Polizeiführung, klare Verhaltens- und Schutzregeln für den gesamten Exekutivdienst der Polizei auszuarbeiten, um eine weitere Gefährdung von Polizeibeamten angesichts der rasch ansteigenden Zahl von Aids-Kranken in der Stadt weitgehend zu reduzieren. Eine sicherlich nicht leichte Aufgabe, denn „bei Festnahmen müssen unsere Beamten ja zupacken", so ein Polizeisprecher.

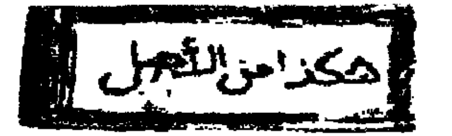
Auch rechtlich wirft der Fall erhebliche Probleme auf. So ist völlig offen, ob bei einem Wiederholungsfall Täter gezwungen werden können, sich Blut für eine Aids-Untersuchung abzapfen zu lassen. Der Berliner Rechtsanwalt Heinz-Joachim Hentschke, der den Berliner Polizeiobermeister vertritt, sieht derzeit für eine zwangsweise Blutuntersuchung noch keine ausreichende rechtliche Grundlage: „Wir haben hier einen Fall, mit dem völliges Neuland beschritten wird." Vorstellbar sei es aber, so Hentschke, bei Aids-Verdacht eine Regelung wie bei der zwangsweisen Blutentnahme bei Verdacht auf Alkohol im Straßenverkehr zu treffen.

Bei dem jetzigen Vorfall kam eine derartige juristische Zwickmühle noch nicht zustande: „Der Drogenabhängige erklärte sich zur Blutuntersuchung bereit, nachdem ihm lange gut zugeredet worden war", berichtet der Rechtsanwalt. Nun warten alle Betroffenen mit größter Spannung auf das Ergebnis.

ZU GUTER LETZT

Verbandspräsident Mader: Volleyball-Mädchen sind „pflegeleichter". Aus einer Pressemitteilung des Deutschlandfunks.





Rosa Zeiten

Längst nicht alle Häuslebauer schaffen es, den Wunsch in die Wirklichkeit umzusetzen – den Traum von den eigenen vier Wänden. In der Bundesrepublik sind es lediglich 40 Prozent der Haushalte, die über Wohneigentum verfügen, eine im internationalen Vergleich niedrige Quote.

Nach wie vor ist der Bau eines Hauses oder der Immobilienkauf mit einem Kraftakt verbunden, der das Budget des Haushalts strapaziert. Dies kann auch nicht verwundern, sind doch die Bauland- und Baupreise im Laufe der Zeit in Höhen geklettert, daß es jungen Familien schwerfällt, zu einem eigenen Haus oder einer eigenen Wohnung zu kommen. Freilich haben staatliche Fördermaßnahmen inzwischen hier etwas Milderung geschaffen.

Bauträger und Finanzierungsinstitute rühren derzeit die Werbetrommel wie schon lange nicht mehr. Tatsächlich sind die Preise für Immobilien und Bauleistungen – nach Regionen unterschiedlich – mehr oder minder deutlich zurückgegangen. Die Inseratenteile der Zeitungen sind voll von Angeboten. Aus dieser Sicht mag der Zugriff schon lohnenswert sein. Dies um so mehr, als ja eine Trendumkehr durchaus vor der Tür stehen könnte.

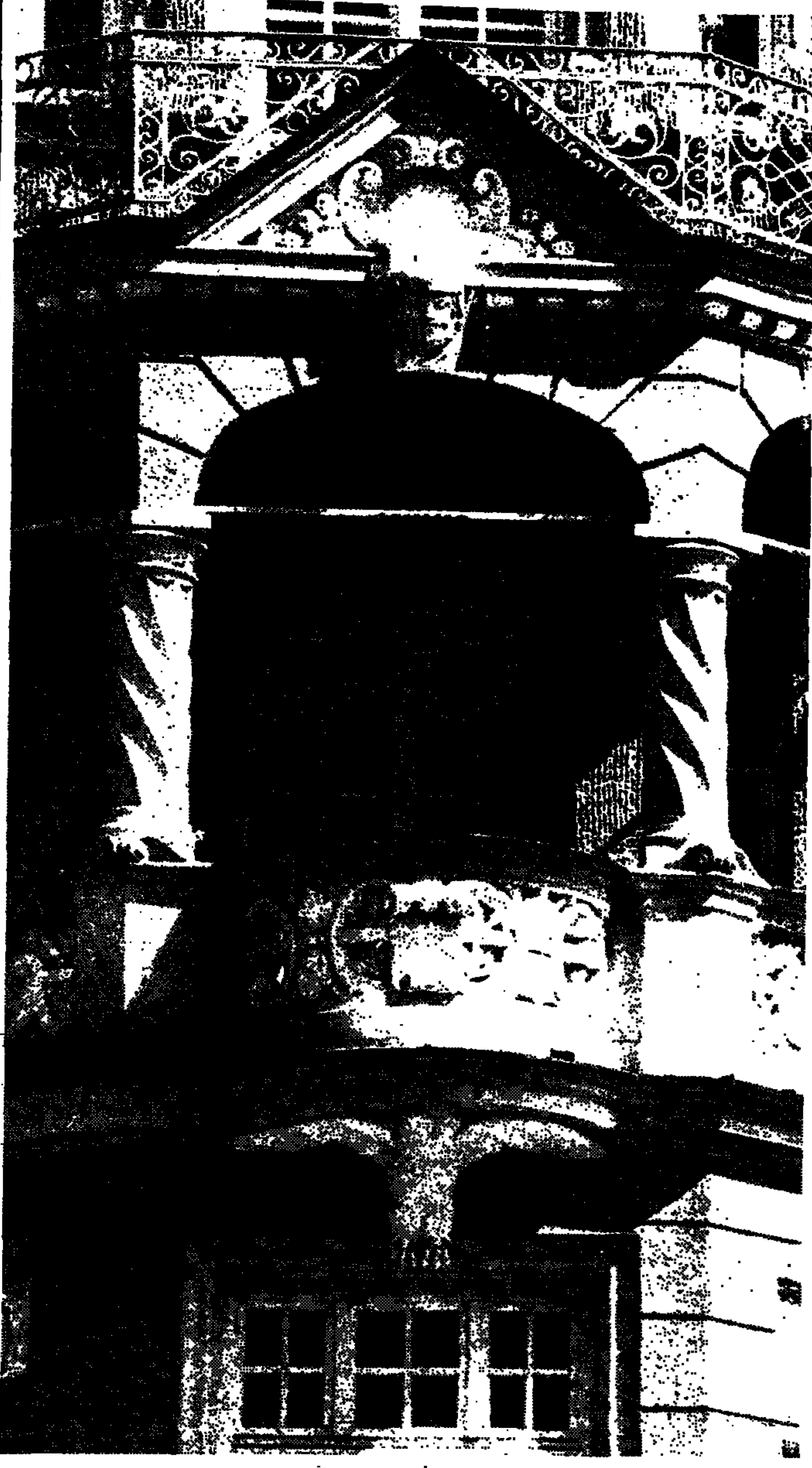
Die Talfahrt der Zinsen hat das Baugeld so billig gemacht, daß es für viele potentielle Häuslebauer interessant erscheinen mag, dem Gedanken an die Realisierung des Vorhabens näherzutreten. Ihm bleibt allerdings die Qual der Wahl unter einer Fülle auf den ersten Blick verlockender Finanzierungsofferten. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Lebensversicherungen sind mit Finanzierungsmodellen am Markt, daß der Durchblick nicht gerade erleichtert wird.

Erschwert wird die Suche nach dem kostengünstigsten Finanzierungspaket vor allem auch dadurch, daß die Berater in aller Regel aus der Perspektive und zugunsten der jeweiligen Institution, der sie angehören, Ratschläge erteilen. Jedenfalls läßt sich oft dieser Eindruck nicht verwischen. Es ist verständlich, wenn der Interessierte mit einer gehörigen Portion Vorsicht und Skepsis an dieses Thema herangeht. Ist es doch bei einem Wohnobjekt, das mehrere 100 000 Markt kostet, so, daß schon vermeintlich geringe Unterschiede bei den Konditionen über die Länge der Zeitstrekke hinweg, in der Zins- und Tilgungsleistungen zu erbringen sind, zu gewaltigen Summen anwachsen.

Grundsätzlich sollte gelten, daß sich der Bau- oder Kaufwillige, wie es auch die Stiftung Warentest empfiehlt, über das von ihm mobilisierte Eigenkapital hinaus zunächst darüber Klarheit verschafft, ob er nicht von seinem Arbeitgeber ein Darlehen bekommen kann oder ob nicht öffentliche Fördermittel in Frage kommen. Diese Geldquellen sind im allgemeinen immer noch günstiger als die von anderen Kreditgebern. Auch der Einsatz bereits zugeteilter Bausparverträge dürfte kein Kopfzerbrechen bereiten.

Schwierig wird es, wenn es um den großen Brocken „restlicher" Finanzierungsmittel geht. Da gilt es, beim Konditionenvergleich hellwach zu sein. So sollte man sich nicht durch Kostenvergleiche bei ungleicher Zinsbindungsdauer oder ungleicher Ratenhöhe aufs Glatteis führen lassen. Um Lockvogelangebote als solche zu enttarnen, ist scharfes Nachrechnen bei voller Vergleichbarkeit der Ausgangsdaten erforderlich.

WERNER NEITZEL



Investitionen beim Bestand erhalten alte Werte — FOTO: LEONBERGER

Am Bauhorizont zeigen sich jetzt weniger Wolken

Die Probleme der Bauwirtschaft sind von der Bundesregierung stets ernst genommen worden. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung hat sie den größten Wirtschaftszweig unserer Volkswirtschaft mit einer Vielzahl von gezielten Maßnahmen in ihrem schwierigen und teilweise sehr schmerzhaften Anpassungsprozeß unterstützt. Den alles entscheidenden Rahmen dazu muß notwendigerweise eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik abgeben, ohne die auch einzelne Maßnahmen, wie sie am 1. Juli 1985 im Rahmen des Haushaltsentwurfs für 1986 zur Stützung der Bauwirtschaft verabschiedet worden waren, nicht in entscheidendem Maße greifen könnten.

Jetzt aber sprechen erste Anzeichen dafür, daß die gedrückte Lage am Baumarkt sich allmählich entspannt. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben im zweiten Quartal dieses Jahres saisonbereinigt erstmals seit eineinhalb Jahren wieder den entsprechenden Vorjahresstand übertroffen, nämlich um rund 1,5 Prozent. Allerdings sollte diese Entwicklung nicht den Blick dafür verstellen, daß die allmähliche Nachfrage- und Produktionsbelebung auf einem außergewöhnlich niedrigem Niveau einsetzt. Es ist auch nicht zu übersehen, daß die Lage in den einzelnen Bausparten sehr unterschiedlich ist.

Investitionsneigung hat sich verstärkt

Im gewerblichen Bau hat die Auftragsvergabe besonders stark zugenommen. Saisonbereinigt gingen die Aufträge im zweiten Quartal '85 um rund 14,5 Prozent über das Niveau des Vorquartals hinaus. Das entsprechende Vorjahresquartal übertrafen sie um 16,5 Prozent. Die gewerbliche Baunachfrage bezieht ihre Schubkraft in erster Linie aus der allgemein gestiegenen Investitionsneigung und der wachsenden Bereitschaft, vorhandene Produktionkapazitäten auszuweiten. Diese Entwicklung wird durch die Entscheidung der Bundesregierung, die Abschreibung für Wirtschaftsgebäude kräftig zu verbessern, noch verstärkt.

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung ist in einer Simulationsrechnung zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Abschreibungsverbesserung im ersten Jahr Bauinvestitionen von einer Milliarde Mark, im zweiten Jahr von drei Milliarden Mark und im dritten Jahr von vier bis fünf Milliarden Mark anstoßen wird. Das ist ein gewaltiger Effekt und bestätigt die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

Auch im öffentlichen Bereich hat die Nachfrage in jüngster Zeit angezogen. Die Gemeinden als wichtigste öffentliche Investoren können bei verbesserter Haushaltslage verstärkt Maßnahmen der Stadterneuerung, Entsorgung und des Umweltschutzes beginnen.

Jedenfalls ist der seit Anfang der 80er Jahre zu verzeichnende Einbruch der öffentlichen Baunachfrage gestoppt. Sorgenkind ist nach wie vor der Wohnungsbau, für den Zukunftschancen nicht zuletzt in Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durchaus vorhanden sind. Auch künftig werden Wohnungen in einer Größenordnung von jährlich 300 000 bis 350 000 Wohneinheiten fertiggestellt. Aber schon jetzt hat sich die Nachfrage im zweiten Quartal 1985 verstärkt. Allerdings liegt sie hier noch um rund 25 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Im Bereich des Wohnungsbaus kann man spätestens ab 1986 einen positiven Umschwung erwarten. Trotz des immer wieder beschworenen Bevölkerungsrückgangs kann nicht von einer allgemeinen Sättigung gesprochen werden, denn bis 1990 wird die Zahl der Haushalte noch leicht ansteigen und erst nach dem Jahre 2000 zurückgehen. Wesentlich stärker als die demographischen Faktoren wirkt jedoch eine nachhaltige Steigerung der Einkommen. Summa summarum kann man feststellen:

Bestandspflege wird zur tragenden Säule

Im längerfristigen Trend wird der Wohnungsneubau etwas nachlassen und werden Bestandsinvestitionen an Bedeutung gewinnen. Bei allem Verständnis für die vielfach vorgetragenen Wünsche nach weiteren und umfangreicheren Maßnahmen des Bundes zugunsten der Bauwirtschaft müssen wir jedoch darauf achten, daß wir die Grundsätze unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht vernachlässigen. Nur über eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sind die Voraussetzungen für ein gesundes und lang andauerndes wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Wir haben in den 70er Jahren erlebt, mit wie geringem Erfolg strukturelle Fehlentwicklungen mit kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen bekämpft worden sind. Diese negativen Folgen für die öffentlichen Haushalte, für den Kapitalmarkt, für das Preisniveau und für die Bauwirtschaft schlechthin sind hinreichend bekannt. Konsolidierung heißt „Abbüßen der Sünden der Vergangenheit" und Wiederherstellung einer soliden Basis für die künftige Entwicklung. Ich glaube, daß die Bauwirtschaft den schwierigsten Teil der Anpassung an die veränderte Nachfrage inzwischen hinter sich gebracht hat.

OSCAR SCHNEIDER

Der Autor ist Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Verständlichere Baufinanzierung

twk, München

Wieder aufgelegt hat die Süddeutsche Bodencreditbank, München, die übersichtliche Broschüre „Das Wichtigste über Baufinanzierung". Auf 30 Seiten enthält das Heft Informationen über Darlehen, die Kosten- und Finanzplanung sowie steuerliche Aspekte. Es kann bei der Südboden-Hauptverwaltung (Ottostraße 2, 8000 München 2) angefordert werden.

Bessere Regelung

nl, Stuttgart

Die verbesserte Einkommensregelung für den sozialen Wohnungsbau gilt auch für die Eigentumsförderung, zum Beispiel für die Gewährung von Aufwendungsdarlehen. Nach Mitteilung der Bausparkasse Schwäbisch Hall sollten Bauinteressenten prüfen, ob sie aufgrund der Verbesserungen die Einkommensvoraussetzungen erfüllen. Das zulässige Haushaltseinkommen nach Paragraph 25 II Wohnungsbaugesetz erhöht sich jetzt für die dritte und jede weitere Person um 8000 Mark, bisher waren es 6300 Mark. Einkommen wird nur noch zu 90 Prozent auf die Einkommensgrenzen angerechnet, wenn davon Steuern entrichtet werden.

Größere Fläche

nl, Stuttgart

Oft können auf einem kleineren Grundstück nur dann Einfamilienhäuser gebaut werden, wenn diese als Eigentumswohnungen ausgewiesen werden. Es stellt sich dann die Frage, ob für die Grundsteuervergünstigung die Wohnflächengrenze von 156 Quadratmeter (Einfamilienhaus) oder von 144 Quadratmeter (Eigentumswohnung) gilt. Schwäbisch Hall verweist dazu auf eine Stellungnahme des Innenministeriums Baden-Württemberg (AZ: V 8215/138), wonach in solchen Fällen die Wohnflächengrenze für Eigentumswohnungen von 144 Quadratmetern maßgeblich ist. Auf die Grundfläche werden aber nur solche Räume angerechnet, die den Anforderungen des Bauordnungsrechts entsprechen. Sonstige wohnlich genutzte Räume (Keller, Dachgeschoß), die diesen Anforderungen nicht genügen, werden nicht angerechnet. Die nutzbare Fläche kann also größer als 144 Quadratmeter sein.

Baupreise steigen

nl, Wiesbaden

Der für das Bundesgebiet berechnete Baupreisindex für konventionell gefertigte Wohngebäude stellte sich im August auf 114,8 (1980 = 100). Er lag damit um 0,5 Prozent höher als im Mai und um 0,3 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Im Mai war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der Index gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat unverändert.

BAUFINANZIERUNG / Die Monatsraten müssen mit der individuellen Leistungfähigkeit des Bauherren übereinstimmen

Auf dem „Patentrezept" steht Eigenkapital an erster Stelle

Bauherren haben die Wahl unter einer Fülle von Finanzierungsmöglichkeiten, angeboten von Banken, Sparkassen und Bausparkassen. Diese Vielfalt ist kaum mehr überschaubar, da die Feinheiten überaus kompliziert sind. Auf den sachkundigen Berater wird man daher in der Praxis nicht verzichten können.

Baufinanzierung ist und bleibt eine individuelle Finanzierung. Für eine umfassende Beratung ist daher die genaue Analyse der Wünsche und Möglichkeiten des Interessenten unerläßlich. Eine gute Finanzierung berücksichtigt demnach nicht nur die Höhe des Finanzierungsbetrages, sondern auch die persönlichen und finanziellen Verhältnisse, das Eigenkapital, das Jahreseinkommen, die voraussichtliche Einkommensentwicklung, mögliche Steuerersparnisse und die private Zukunftsplanung.

Die einstmals goldene Finanzierungsregel – ein Drittel Eigenkapital, ein Drittel Hypothek, ein Drittel Bauspardarlehen – ist heute kaum mehr anzutreffen, weil dem Wunsch nach den eigenen vier Wänden oft ein sehr geringes Eigenkapital gegenübersteht.

Kostete ein Haus 1976 rund 250 000 Mark, so waren vier Jahre später dafür bereits 350 000, 1984 knapp 400 000 Mark zu zahlen. Erst vier von zehn Haushalten (möglicherweise auch fünf) haben den Wunsch nach der eigenen Wohnung verwirklichen können. Vielen ist die Vermögensbildung in Form von Wohneigentum verschlossen geblieben, obwohl es an gutem Willen nicht fehlte.

Fremdfinanzierung niedrig halten

So wurden die Finanzierungsangebote verfeinert. Sie orientieren sich nicht mehr an starren Prozentsätzen, an Gesamtkosten oder am Verkehrswert, sondern ziehen die persönliche Leistungsfähigkeit des Bauherrn oder Käufers mit ein. Wesentlich dabei ist die Frage, ob die sich aus der Finanzierung ergebende Monatsrate zur Einkommenssituation der Familie langfristig tragbar ist. Banken und Bausparkassen haben heute Möglichkeiten, eine Finanzierung so zu konstruieren, daß die Belastungen niedrig gehalten werden.

Seit geraumer Zeit ist zu beobachten, daß die Entscheidung für den Entschluß, zu bauen oder Immobilien zu kaufen, zunehmend weniger von den Gesamtkosten des Objekts bestimmt wird, sondern davon, ob und inwieweit die Monatsraten so gestaltet werden können, daß sie mit der individuellen Leistungsfähigkeit übereinstimmen.

Bei jeder Finanzierung sind dennoch Grundregeln zu beachten. Der Anteil der Fremdfinanzierung sollte nicht zu hoch sein. Ein Teil der Herstellungskosten sollte langfristig finanziert werden. Das betrifft nicht nur die Laufzeit des Kredits, sondern auch die Laufzeit der Zinsen.

Eine Faustformel für die tragbare Belastung: Bei kleineren Einkommen (monatlich bis netto 1500 Mark) 25 bis 30 Prozent, bei mittleren Einkommen 40 Prozent des Einkommens nicht überschreiten. Bei höheren Einkommen (etwa netto 4000 Mark) kann die Belastung auch einmal die Hälfte ausmachen. Neben Ausgaben für Verkehrsmittel, Urlaub, Anschaffungen sollten für den Lebensunterhalt jedes Erwachsenen monatlich etwa 300, für jedes Kind 200 Mark übrigbleiben.

Die Schuldenaufnahme muß demnach so angelegt sein, daß aus dem dauernd gesicherten Einkommen die Kredite getilgt werden können, ohne den Familienunterhalt und andere notwendige private Vorhaben zu gefährden. Ohne ein Minimum an Eigenkapital sind Finanzierungen im privaten Wohnungsbau für Normalverdiener nur schwer realisierbar. Jeder übermäßige Fremdkapitalanteil erweist sich als Bumerang für den Bauherren. 20 bis 30 Prozent Eigenkapital und Eigenleistung sollten deshalb vorhanden sein. Bei zu erwartenden bescheideneren Einkommenszuwächsen erweist sich ein solcher Anteil immer als solides Fundament.

Auch die Zinsen bei der Kalkulation beachten

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben so manchem Eigenheimer gezeigt, wie notwendig ausreichende Vorsparleistungen sind. Wer Zinserhöhungen voll mittragen mußte, geriet nicht selten in große finanzielle Bedrängnis. Gerade für einen Bauherren oder Immobilienkäufer, der gewöhnlich sein Haus, sein Leben und alles Mögliche gegen die Unwägbarkeiten der Zukunft versichert hat, darf es aber keine spekulative Betrachtungsweise geben: Vielleicht kommt auch mal eine Zinssenkung ... Die beste Versicherung für ein Immobilienprojekt ist zweifellos eine kalkulierbare Finanzierung.

Mit einem gesunden Polster an Eigenmitteln ist der Bauherr unabhängig von der Hektik der Zinsschwankungen. Jedem Interessenten kommt daher zugute, wenn er frühzeitig dafür gesorgt hat, Eigenkapital anzusammeln. Mit dem rechtzeitigen Abschluß eines Bausparvertrages befindet er sich auf jeden Fall auf dem richtigen Weg. Die Zinslast der Gesamtfinanzierung wird vermindert, und Schutz vor unliebsamen Zinsüberraschungen ist gegeben. In neun von zehn Fällen werden Bausparverträge in eine Baufinanzierung miteinbezogen.

Das für den Bauherrn günstigste Finanzierungsmodell, das seine Zahlungskraft nicht überfordert, kann nur der Fachmann übersehen. Eine Finanzierung ist immer Maßarbeit. Patentrezepte, wie so oft im Leben, gibt es nicht. Von der Stange sollte man eine so wichtige „Ware" aber nie kaufen – sie paßt selten und wenn, dann meist nur bis zum ersten Regen.

HELMUTH KIESEL

AUSBLICK / Bausparen ist keine Wunderwaffe, jedoch flexibel und wandlungsfähig

Das Kollektivsystem wird auch im nächsten Jahrhundert Bestand haben

Bei der Beurteilung der Zukunftschancen des Bausparens muß man sich sowohl von einem übertriebenen Optimismus als auch von einem unbegründeten Pessimismus fernhalten. Möglicherweise haben 1980 sieben magere Jahre begonnen. Dem Bausparen ginge es dann aber nicht anders als der Gesamtwirtschaft. Das Bausparen lebt nicht auf einer Insel der Seligen, sondern ist in der Kredit-, Wohnungs- und Volkswirtschaft eingebettet. Man kann von den Bausparkassen nicht hohe Steigerungsraten erwarten, wenn die Auspizien sonst nicht auf Zuwachs stehen.

Es ist auch unfair, die Leistungen der Bausparkollektive an den extraordinären und nicht dauernd durchzuhaltenden Verhältnisse des Anlaufstadiums oder eines dynamischen Beharrungszustandes bei hoher Progression zu messen. Ebenso unzulänglich wäre es – wenn dieser Vergleich erlaubt ist – ein Menschenbild nach den sportlichen Leistungen von Teenagern auszurichten.

Das Bausparen in der Bundesrepublik hat sich in den letzten fünf bis sieben Jahren als erstaunlich flexibel und wandlungsfähig erwiesen. Die heutige Tarifvielfalt erlaubt dem Bausparer eine Optimierung des Vertragsablaufs je nach seinen Absichten und Möglichkeiten. Die Anpassung des Wartezeitniveaus an die veränderten Bestimmungsgrößen ist weitgehend vollzogen. Im Grunde handelt es sich hier um einen Normalisierungsprozeß: Normal sind die heutigen Zielbewertungszahlen, nicht die früheren.

Entgegen einer zuweilen geäußerten Ansicht ist das Bausparsystem auch ohne Dauerprogression des Neuzugangs lebensfähig. Bei geringerem Gewicht der wartezeitverkürzenden Momente müssen allerdings die Darlehensnehmer einen größeren Beitrag zur Refinanzierung leisten, also ein höheres Sparer-/Kassenleistungsverhältnis aufbringen.

Die Bausparkassen sehen die Bewältigung der Schwierigkeiten, die von den Veränderungen des wirtschaftlichen Umfeldes ausgehen, ebenso als eine Herausforderung an wie die Konkurrenz um das Sparaufkommen mit den übrigen Sparformen und wie den Wettbewerb auf dem Baufinanzierungsmarkt mit den anderen Geldgebern. Völlig geräuschlos hat sich schon eine Art neuer Bausparreform vollzogen, durch die das Tarifwerk der Bausparkassen auf eine gesündere Grundlage gestellt worden ist.

Deshalb kann man durchaus zuversichtlich sein, daß das Kollektivsystem als solches auch noch im nächsten Jahrhundert weiterbestehen wird. Dabei sollte nicht verkannt werden, daß eine Öffnung der Bausparkollektive zum Markt hin längst verwirklicht ist, und zwar in Gestalt der Vor- und Zwischenfinanzierungen zur Überbrückung der Wartezeit und der Annuitätshilfedarlehen zur Senkung der Zins- und Tilgungslast.

Natürlich ist der Bausparvertrag keine Wunderwaffe, die alle Probleme löst und nur Vorteile aufweist. Der Rechtsanspruch auf das zinsgünstige und zinsgarantierte Baudarlehen, der auf andere Weise nicht zu erlangen ist, kostet nun einmal seinen Preis, der in der niedrigen Verzinsung der Bausparguthaben und in der Wartezeit auf die Zuteilung zu erblikken ist.

Diese Zusammenhänge sind den Bausparern durchaus geläufig. Deshalb stützt sich die insgesamt positive Einschätzung der weiteren Bausparzukunft darauf, daß sich das Bausparen im Bewußtsein der Bevölkerung als ein bewährtes Instrument des Sparens und der Darlehensaufnahme der Zukunftsvorsorge und der Baufinanzierung durchgesetzt und etabliert hat.

HANS LAUX

VERORDNUNGEN / Qualitäts- und Sicherheitsnormen verteuern das Bauen

Den Bürokratie-Dschungel lichten

Die eigenen vier Wände stehen an der Spitze der Wunschskala der Bundesbürger. Vor der Erreichung dieses Ziels sind allerdings zwei Hürden zu nehmen: Die Monatsbelastung aus der Fremdfinanzierung und die hohen Baukosten.

Während die erste Hürde angesichts des erreichten niedrigen Zinsniveaus sowie ergänzt um staatliche Hilfen derzeit relativ leicht zu überwinden ist, könnte zur Senkung der zweiten Hürde noch einiges getan werden. Zuviel Bürokratie macht das Bauen teurer, als es sein müßte.

In der Bundesrepublik findet eine nachhaltige, bis ins Detail gehende öffentlich-rechtliche Einflußnahme auf das Baugeschehen statt, die in ihren Auswirkungen weit über das hinausgeht, was in den meisten anderen Ländern geschieht. Extreme Anforderungen an Qualitätsstandard und Sicherheitsdenken führen zu hohen Baukosten und damit zu extremen Belastungen.

Am Bau ist alles irgendwie und irgendwo geregelt. Ein Teil der Vorschriften sind die etwa 2400 DIN-Normen sowie die etwa 660 Baunormen des Normenauschuß Bauwesen. Außerdem blüht eine noch viel weitergehende „Regelungsbürokratie":

- In vielen Bundes- und Ländergesetzen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften sind Regelungen enthalten, die mit dem Bauen unmittelbar nichts zu tun haben. Dieses mit „Baunebenrecht" bezeichnete, etwa 200 Einzelwerke umfassende Paket ist das größte Problem für das Bauschaffen.
- Neben der Bürokratie im Bauplanungs- und Bauordnungsrecht gibt es bautechnische Zulassungen von Behörden und anderen Stellen für neue oder nicht genormte Bauprodukte.
- In den Vergaberessorts der öffentlichen Hände gibt es zusätzliche technische Vertragsbedingungen.
- Technische Regeln von technisch-wissenschaftlichen Vereinen, Berufsgenossenschaften, Wirtschaftsverbänden und anderen verkomplizieren und verteuern das Baugeschehen.

HANS BUSKASE

DER MARKT / Realisierung des Wunsches nach Wohneigentum ist nicht unwesentlich vom Eigenkapital abhängig

Das eigene Heim – kein unerfüllbarer Traum

Der Wunsch nach dem eigenen Heim beseelt – wie immer wieder in Meinungsumfragen bestätigt wird – nach wie vor vier von fünf der Deutschen. Dennoch zeigte sich in letzter Zeit zuweilen eine gewisse Skepsis, ob der Traum auch realisierbar sein würde. Resignation ist indes fehl am Platze, Kommentatoren der Szene sprechen sogar von „rosa Zeiten" für Bauherren und Hauskäufer.

Die Situation vor einigen Jahren war tatsächlich geeignet, manchem das Interesse am eigenen Haus zu verderben: Extrem hohe Zinsen, scheinbar ins Uferlose steigende Grundstückskosten, saftige Baupreise und auch auf dem Markt für Gebrauchtimmobilien Kaufpreisforderungen, die keineswegs zimperlich waren.

Baulandpreise erstmals wieder rückläufig

Die Szenerie hat sich inzwischen in einem Maße zum Positiven gewandelt, wie es kaum jemand für möglich gehalten hätte: So ist Baugeld zur Zeit günstig wie lange nicht. Die Effektivzinsen für Fünf-Jahres-Geld liegen knapp über sieben Prozent, selbst Zehn-Jahres-Geld ist unter acht Prozent zu haben.

Die Baulandpreise sind erstmals seit Jahren sogar rückläufig, während man sich noch Anfang der 80er Jahre mit zweistelligen Steigerungsraten abfinden mußte. Selbst die Preise für Bauleistungen verzeichnen keine oder nicht nennenswerte Veränderungen. Hinzu kommen wieder wachsende Realeinkommen und die Zuversicht in eine wirtschaftlich bessere Zukunft.

Bei den Baupreisen profitiert der Interessierte nicht nur von der aus Sicht der Baubranche schlechten Konjunktursituation, sondern auch von einem allseits gewachsenen Verständnis für kostengünstiges Bauen. Diese Idee, ursprünglich ein Kind der Not, hat mittlerweile allen am Bau Beteiligten deutlich gemacht, daß in Deutschland schlichtweg zu teuer gebaut wurde.

Dementsprechend ist das Ziel des neuen, kostenbewußten Bauens nicht die Abmagerung des Wunschhauses, sondern das Erreichen gleicher Wohnqualität zu reduzierten Preisen. Eine Vielzahl von Musterobjekten hat mittlerweile bewiesen, daß ein in jeder Beziehung familientaugliches Einfamilienhaus durchaus unter 200 000 Mark zu erstellen ist, wobei allerdings das Grundstück hinzugerechnet werden muß.

Trotz mancher Meldungen über Zwangsversteigerungen von Eigenheimen können die Bauherren in ihrer überwiegenden Mehrzahl auch nach wie vor auf eine solide Finanzierungsbasis bauen. So betrug der Eigenkapitalanteil nach einer Infratest-Studie auch Anfang dieses Jahrzehnts beim durchschnittlichen Wohneigentumserwerber noch 43 Prozent der Gesamtkosten.

Das Eigenkapital von im Schnitt über 100 000 Mark wurde mit stark steigenden Beträgen acht Jahre lang etwa zur Hälfte selbst angespart, im übrigen durch Eigenleistungen und aus sonstigen Quellen zusammengebracht. Dabei testeten die Bauherren in spe auch durchaus schon ihre Leistungsfähigkeit. Gemessen am Netto-Einkommen wurden nämlich im Jahr vor dem Erwerb monatlich bereits um 23 Prozent bei einem Ein-Personen-Haushalt und 18 bis 20 Prozent bei einem Mehr-Personen-Haushalt gespart.

Auch wenn die volkswirtschaftliche Sparquote in letzter Zeit stagniert, die genannten Zahlen dürfen weiterhin Geltung beanspruchen. „Der Bundesbürger ist heute reich", formulierte vor einiger Zeit ein bekannter Informationsdienst.

Relation: Gesamtkosten und das Familienbudget

Aus einem Geldvermögen von zwei Billionen Mark haben die Bundesbürger 1984 allein an Zinsen und sonstigen Erträgen gut 90 Milliarden Mark erzielt.

Hieran ist auch der Normalverdiener durchaus beteiligt. Nach einer Emnid-Untersuchung sparen immerhin 75 Prozent aller Haushalte. Dabei rangiert das Sparziel „Vorsorge" – zu dem auch die Wohneigentumsbildung zählt – hinter der Rücklage für Notfälle unverändert an zweiter Stelle.

Natürlich muß derjenige Bauherr, der nicht aus dem vollen schöpfen kann, bei seinem Vorhaben eine Reihe von Grundsätzen beachten, damit seine Leistungsfähigkeit nicht überstrapaziert wird. So müssen die Gesamtkosten des Objektes mit dem Familienbudget in Einklang gebracht werden, was allerdings bei dem schon erwähnten Modell des kostengünstigen Bauens nicht schwierig sein dürfte.

Weiter sollten für ein gegebenes Objekt die Kosten von vornherein ehrlich kalkuliert werden, um spätere Nachfinanzierungen auszuschließen. Schließlich muß bei der Prüfung der individuellen Leistungsfähigkeit die Belastungsentwicklung im Zeitablauf geprüft werden. Finanzierungsmodelle mit stark steigenden Belastungen sollten nur akzeptiert werden, wenn eine entsprechende Einkommensentwicklung sicher erscheint.

Neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie dem Wollen und Können des einzelnen Bauinteressenten spielt die staatliche Wohneigentumsförderung eine entscheidende Rolle, wenn die eigenen vier Wände für möglichst viele Bürger erreichbar sein sollen. Wie schon beschrieben, ist das Eigenkapital der privaten Bauherren zwar immer noch respektabel.

Der Anteil ist aber rückläufig, worin sich die Auswirkungen einer veränderten und inzwischen falschen Förderungsstruktur zeigen. Es wurde nämlich immer weniger das Ansparen des Eigenkapitals und immer mehr die Verschuldung gefördert. Dadurch ließ die Wertschätzung des Eigenkapitals nach, so daß sich die Politik zum Teil schließlich in Form von Hilfsprogrammen wie der nordrhein-westfälischen „Wohneigentumssicherungshilfe bei drohender Zwangsversteigerung" die Quittung selbst ausstellen mußte.

Die in letzter Zeit wieder wachsende Wertschätzung des Eigenkapitals bei Bauherren und Banken muß nun auch in der Förderpolitik aufgegriffen werden. Ein erster Schritt scheint mit der Neuordnung der Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums getan zu werden. Der vorliegende Gesetzentwurf mit dem Denkansatz „Privatgutlösung" und dem Anknüpfen der Förderung an die Kosten und nicht an die Fremdfinanzierung belohnt jedenfalls mittelbar die Ansammlung von Eigenkapital.

Näherliegend wäre freilich gewesen, den direkten Weg zu gehen und einen Teil der Fördermittel unmittelbar in die Vorsparförderung zu leiten. Damit hätte der Fiskus zugleich die Chance, mittels des hohen Multiplikator-Effektes (die Wirkung der Förderung vervielfältigt sich durch die eigenen Sparleistungen der Geförderten) zu einer gegenüber der sogenannten „Nachsparförderung" relativ geringeren fiskalischen Belastung zu kommen. Einen Ansatzpunkt zur Korrektur der Förderpolitik bietet auch die Neuordnung der Vermögensbildung.

Wie gesehen hängt die Realisierbarkeit des eigenen Heimes auf der Finanzierungsseite nicht unwesentlich vom Faktor Eigenkapital ab. Um den Eigenkapitalanteil und damit eine solide Finanzierungsbasis zu stärken, sind eben alle Beteiligten aufgerufen.

Aufgrund der negativen Erfahrungen nach der letzten Hochzins-Phase dürften die Bauherren selbst eine solide Eigenkapitalbasis wieder schätzen gelernt haben.

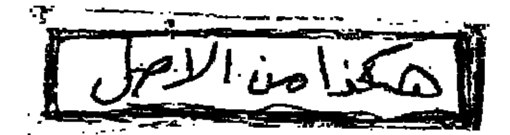
Die besondere Chance der Bausparkassen

Angesichts niedrigerer Inflationsraten sind heute in der Sparzeit auch real wieder Zinsgewinne zu erzielen, so daß die Befürchtung, beim Sparen mit der Inflationsrate nicht Schritt halten zu können, ihre Berechtigung verloren hat.

Die Kreditinstitute werden dem Eigenkapital unter Risikogesichtspunkten ebenfalls wieder mehr Aufmerksamkeit widmen. Die Bausparkassen haben dabei eine besondere Chance, da sie frühzeitiger als andere Institute den potentiellen Bauherren erkennen und ansprechen können.

Zu hoffen bleibt, daß auch die Wohnungspolitik sich anschließt. Hier geht es nicht um die Ausweitung des Finanzaufwandes für die Wohneigentumsförderung. Erkannt werden muß allerdings, daß die politisch gewollte Erhöhung der Wohneigentumsquote – was ja nichts anderes ist als die Kehrseite des individuellen Wunsches nach den eigenen vier Wänden – am besten durch eine ausgewogene Förderung sowohl der Eigenkapitalbildung als auch der Entschuldungsphase erfüllt weren kann.

HANS-DIETER FREMANN



NACHRICHTEN

Die Teuersten und die Billigsten

München (np) – Heizung ist nicht gleich Heizung. Einen Überblick über die „gesamten monatlichen Kosten der Raumheizung je Wohnungseinheit" hat das Münchner Ifo-Institut zusammengestellt. Bis zu 45 Prozent liegen zwischen der teuersten und der kostengünstigsten Art zu heizen. Die Ergebnisse im einzelnen:

Reihenhäuser – 203 Mark (Gas) bis 290 Mark (Öl), Kostenunterschied 43 Prozent;

Einfamilienhaus – 249 Mark (Gas) bis 350 Mark (Öl), Kostenunterschied 41 Prozent;

Sechsfamilienhaus – 127 Mark (Gas) bis 167 Mark (Strom), Kostenunterschied 31 Prozent;

Zwölffamilienhaus – 100 Mark (Gas) bis 145 Mark (Strom), Kostenunterschied: 45 Prozent.

Staatshilfe für Eigenheimer

Stuttgart (np) – Auch Eigenheimer können in Form eines Lastenzuschusses Hilfe vom Staat erhalten, wenn ihre Belastungen durch Hypotheken und Abgaben – gemessen am Familieneinkommen – zu hoch sind. Auf Lastenzuschuß besteht ebenso ein Rechtsanspruch wie auf den Mietzuschuß; er ist kein Almosen. So erhielten 1983 insgesamt 14 400 Einpersonenhaushalte, 9900 Vierpersonenhaushalte und rund 33 000 Eigenheimer mit mehreren Familienmitgliedern Lastenzuschüsse zwischen 84 und 225 Mark im Monat. Bewilligungsstellen sind je nach Bundesland die Kreis- oder Bezirksverwaltungen.

Überraschend gute Rendite

Bonn (np) – Die Rendite der Bausparverträge hat sich Unterlagen des Verbandes der Privaten Bausparkassen zufolge mit der Verkürzung der Bindungsfrist auf sieben Jahre gesteigert. Sie betrage je nach Einkommen, Familienstand und Prämie zwischen 6,9 und 9,8 Prozent.

Anschluß aus Bauspargeld

Münster (np) – Prämien- und steuerunschädlich können Eigenheimer ihren Bausparvertrag auch für Kanalanschlußkosten einsetzen. Dies gilt für Neubauten und für nachträglich geforderte Beträge beim Anschluß bestehender Gebäude. Die Oberfinanzdirektion Münster entschied (Az.: S 2221 – 145 – St 16-31) am 7. Mai 1985, Bausparmittel seien nicht nur für Grundstückserwerb und Neubauerrichtung, sondern auch in Altbauten einsetzbar.

WOHNUNGSPOLITIK / Die heutige Bauförderung wird den demographischen und sozialen Entwicklungen nicht mehr gerecht – Wandel vom Vermieter- zum Mietermarkt

Der Markt wartet auf neuformulierte Subventionskriterien

Die gegenwärtig lebhafte wohnungswirtschaftliche Diskussion über Wohnungsleerstände, Insolvenzen im Baugewerbe sowie über den künftigen Neubaubedarf läßt bedeutsame Entwicklungen, die sich seit Kriegsende auf dem deutschen Wohnungsmarkt vollzogen haben, in den Hintergrund treten; vor allem offenbart die Debatte, daß immer noch einige Politiker, mehr aber noch zahlreiche Repräsentanten relevanter Bereiche in den Denkkategorien von Wohnungsnot und Baurekorden behaftet sind. Ihre Forderungen nach weiteren Investitionen und staatlichen Mittelzuweisungen ignorieren die zwischenzeitlich eingetretenen Wandlungen.

1945 war die Hälfte des damaligen Wohnungsbestandes von 10,6 Millionen Wohnungen zerstört oder schwer beschädigt gewesen; diesem stark verminderten Wohnungsangebot standen erheblich mehr Privathaushalte als vor Kriegsausbruch gegenüber. Während im Jahr 1936 3,6 Personen in einer Wohnung lebten, stieg die Wohndichte 1946 auf sechs Personen an.

Eine in der deutschen Geschichte beispiellose Neubautätigkeit setzte ein. 18 Millionen Wohnungen wurden errichtet. Die Angebotsausweitung ging mit erheblichen qualitativen Verbesserungen einher; der jeweils neueste Jahrgang war prinzipiell größer und besser ausgestattet als die zuvor errichteten Wohnungen.

1953 hatten lediglich sechs, 1984 rund 99 Prozent der im betreffenden Jahr fertiggestellten Wohnungen Sammelheizung. Die durchschnittliche Wohnfläche stieg von 55 auf 93 Quadratmeter an. Da die Zahl der Privathaushalte lediglich um zehn Millionen wuchs, verbesserte sich die Wohnversorgung wesentlich. Kamen 1950 auf 1000 Einwohner etwa 200 Wohnungen, so waren es 1984 bereits 430. Die Wohndichte sank auf 2,6 Personen ab; in einigen Großstädten liegt sie inzwischen deutlich unter zwei. Nunmehr stehen einer Person 34 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung; bei Kriegsende waren es 14 Quadratmeter gewesen. Trotz der qualitativen Verbesserungen mußten in den letzten Jahren für die Brutto-Kaltmiete kaum höhere Einkommensteile aufgewandt werden. Nach dem Wohngeld- und Mietenbericht 1985 hat sich in letzter Zeit der Mietanstieg sogar so stark abgeschwächt, daß er unter der Entwicklung der Lebenshaltungskosten liegt. Entgegen einer weit verbreiteten Klischeevorstellung verlief die Vermögensbildung im Wohnungssektor, vor allem ab Mitte der siebziger Jahre, ebenfalls positiv. Die Eigentumsquote, also der Anteil der Privathaushalte, die ihr Wohneigentum selbst nutzen, stieg von 36 (1972) auf über 40 Prozent (1984) an.



Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person beträgt heute 34 Quadratmeter; nach dem Kriege waren es lediglich 14 Quadratmeter.

FOTO: LEONBERGER

Der Wohnungsmarkt ist 1985, bundesweit gesehen, ausgeglichen. In weiten Teilen der Bundesrepublik hat sich der Wandel vom Vermieter- zum Mietermarkt vollzogen; die immer umfangreicher werdenden Immobilienanzeigen in den Tageszeitungen sind ein entsprechendes Indiz. Vielerorts ist eine Verwertung gar nicht mehr möglich; alle Vermietergruppen berichten übereinstimmend von wachsenden Wohnungsleerständen. In Nordrhein-Westfalen sind sie innerhalb von drei Jahren um über 200 Prozent gewachsen. Ähnliche Vorgänge vollziehen sich, wenn auch auf niedrigerem Niveau, im Eigentumsbereich.

Trotz eines sehr behutsamen Vorgehens der Bauträger ergeben sich bei neuerrichteten Familienheimen und Eigentumswohnungen ebenfalls Vermarktungsschwierigkeiten. Vor allem aber die Veräußerung von früher errichtetem Wohneigentum verläuft auf einzelnen Märkten schleppend. Dies schlägt bereits auf die Mobilität durch; da ein angemessener Preis nicht erzielt werden kann, unterbleibt zuweilen die berufliche Mobilität.

Sämtliche Feststellungen relativieren sich allerdings bei einer Untergliederung nach Regionen und Gruppen; es werden Defizite in der Wohnungsversorgung und bei der Bildung von Immobilienvermögen sichtbar. Angebotsüberhängen an hochwertigem Wohnraum steht auf dem gleichen Teilmarkt eine nicht deckungsfähige Nachfrage nach preiswerten Wohnungen gegenüber. Betroffen sind insbesondere Familien mit Kindern, Alleinstehende, Behinderte und Ausländer. In altindustrialisierten Gebieten steht bereits jede 30. Wohnung leer, während in attraktiven Zuzugsgebieten Knappheit vorherrscht.

Während einige Privathaushalte über immer mehr Wohneigentum verfügen – in bestimmten landschaftlich bevorzugten Räumen konzentrieren sich die Zweitwohnungen –, ist anderen Bevölkerungsschichten der Erwerb nahezu unmöglich geworden. Das Verhältnis der Verkaufspreise von Einfamilienhäusern zum Jahreseinkommen eines Industriearbeiters betrug 1976 in den USA 3:1 und in der Bundesrepublik 9:1; inzwischen beläuft sich die Relation bei uns auf 13:1, während sie in anderen westeuropäischen Staaten ziemlich konstant geblieben ist. Die staatliche Förderung kompensiert die Nachteile, die sich aufgrund der höheren finanziellen Belastungen durch Kinder ergeben, nicht.

Die Wohnungspolitik von morgen und ein ihr adäquates Förderinstrumentarium müssen aber nicht nur im Eigentumsbereich revidiert werden; ebenso maßgeblich ist, daß sie den veränderten demographischen und ökonomischen Rahmenbedingungen Rechnung tragen, soll eine Verschwendung von Steuermitteln vermieden und ein Wertverfall durch staatlicherseits begünstigte Überproduktion verhindert werden. Nach der kürzlich vorgelegten Raumordnungsprognose 1995 wird die Bevölkerung weiter zurückgehen; in einigen Regionen kommt ein negativer Wanderungssaldo hinzu. In bestimmten Räumen sind die im Jahre 2000 benötigten Wohnungen heute bereits sämtlich vorhanden. Darauf wird förderungsmäßig Rücksicht genommen werden müssen.

Infolge der hohen und lang andauernden Arbeitslosigkeit werden sich die Einkommensdisparitäten verschärfen. Gegenwärtig wird aber noch der Bau solcher Wohnungen begünstigt, aus denen sich die Leerstände rekrutieren.

Nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz sind unverändert öffentliche Mittel bevorzugt in Räume mit erhöhtem Wohnungsbedarf zu lenken. Sodann sollen vordringlich kinderreiche Familien, junge Ehepaare, alleinstehende Menschen und Schwerbehinderte gefördert werden. Ferner sind insbesondere die Wohnbedürfnisse von Flüchtlingen und Heimkehrern zu berücksichtigen. Dieser Katalog deckt etwa 70 Prozent aller Haushalte ab; das sind 18 Millionen. Da es nach amtlicher Wohnungsstichprobe von 1978 knapp fünf Millionen Sozialwohnungen gibt, errechnet sich – rein theoretisch – zur Schließung dieser Lücke ein Subventionsaufwand von etwa drei Billionen Mark.

Dies verdeutlicht, wie notwendig angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte eine Neubesinnung ist. Die amtliche Wohnungspolitik kann nicht mehr auf „breite Schichten" aufgefächert werden. Bei der Eigentumspolitik verdienen Vermögenstransaktionen stärkere Beachtung. Die Privathaushalte verfügen zwischenzeitlich über ein Vermögen von 5,4 Billionen Mark, das nunmehr über Erbschaften und Schenkungen umverteilt wird. Bestimmte Gruppen bleiben hiervon aber ausgeschlossen; die staatliche Förderung berücksichtigt dies nicht. Die Aufgabe ist es, bei der Überwindung der Eigentumsschwelle denjenigen zu helfen, die am Erwerb interessiert sind und grundsätzlich hierfür in Frage kommen, es aber nicht vermögen.

Angesichts des erreichten Versorgungsgrades sowie der sich abzeichnenden demographischen Entwicklungen ist eine Kurskorrektur der amtlichen Wohnungs- und Städtepolitik überfällig; eine Abwendung von der Neubau- und eine Hinwendung zur Bestandspolitik ist vonnöten. Das, was heute im Markt ist, muß besser genutzt werden. Überfällig sind klare Entscheidungen, durch die die Erblasten der Vergangenheit beseitigt und die Anforderungen von morgen berücksichtigt werden.

ROLF KORNEMANN

VERMÖGENSBILDUNG / Regierung favorisiert Produktivvermögen – Höchststufe für Bausparer noch offen

Bundesratsentwurf mit Finanzplanung vereinbar

Die Bundesregierung hat am 2. Oktober ihre Gegenäußerung zu dem Bundesratsentwurf eines Gesetzes zur Förderung von Arbeitnehmerbeteiligungen beschlossen. Dieser Gesetzesvorschlag sieht bekanntlich unter anderem folgende Änderungen des Vermögensbildungsgesetzes vor:

- Der geförderte Höchstbetrag von 936 Mark gilt für alle Anlageformen.
- Die Arbeitnehmer-Sparzulage wird für Produktivvermögenswerte auf 30 Prozent, für das Bausparen auf 23 Prozent und für das Geldsparen (insbesondere Konten und Versicherungssparen, sofern die Erträge daraus zum Erwerb von Beteiligungstiteln verwendet werden) auf 15 Prozent festgesetzt.
- Das reine Kontensparen scheidet nach einer Übergangsfrist von drei Jahren aus dem Anlagekatalog aus.

Zu dem ersten und wichtigsten Punkt – der Einbeziehung der verschiedenen Anlageformen in den Förderungshöchstbetrag von 936 Mark – enthält die Stellungnahme der Bundesregierung bemerkenswert nuancierte Formulierungen: Dem Vorschlag des Bundesrates wird entgegengehalten, im Falle der Öffnung des Förderungshöchstbetrages von 936 Mark für alle Anlageformen würde sich der 1983 für Vermögensbeteiligungen beschlossene Förderungsvorsprung wieder entscheidend verringern und praktisch kaum noch auswirken.

Man beachte die präzise Formulierung: Dieser Effekt würde nach Ansicht der Bundesregierung eintreten, wenn der Förderungshöchstbetrag für a l l e Anlageformen gelten würde. Das läßt immerhin den Schluß zu, daß die Bundesregierung keinen entscheidenden Widerstand leisten würde, wenn – außer den Vermögensbeteiligungen – eine Sparform, das Bausparen, *in den 936-Mark-Betrag* einbezogen würde.

Just diese Interpretation bestätigte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, indem er klarstellte, daß der Nutzung des Förderungshöchstbetrages zwischen 624 und 936 Mark eine strategische Bedeutung zukomme, und hinzufügte: Auf keinen Fall führe es weiter, wenn das Geld- und Versicherungssparen, bei dem nur die *Zinsen für den Beteiligungserwerb* verwendet werden sollen, in die dritte Förderungsstufe aufgenommen würde.

Hier sollte wohl die entscheidende Widerstandslinie der Bundesregierung markiert werden. Das belegen auch die weiteren Ausführungen des Bundesarbeitsministers. Auf die Frage, wie die Bundesregierung zu der Meinung der Arbeitskreise der Fraktion stünde, die die Aufnahme des Bausparens in das dritte Drittel gefordert und konjunkturpolitisch fast für zwingend erklärt hätten, antwortete der Bundesarbeitsminister: Er habe sich nicht gegen das Bausparen ausgesprochen. Der Akzent freilich läge auf den Produktivvermögen; er berichte hier über die Stellungnahme der Bundesregierung: Für ein Gesetz müßten sich Bundesregierung und Fraktion einigen.

Es scheint wichtig, die Ausführungen des Bundesarbeitsministers bei der Auslegung der Stellungnahme der Bundesregierung zu berücksichtigen, um die in der Öffentlichkeit bereits geäußerte Vermutung zu widerlegen, die Bundesregierung werde *sich auf jeden Fall gegen eine* Aufnahme des Bausparens in den Förderungshöchstbetrag von 936 Mark wehren.

Bemerkenswert ist schließlich der Hinweis der Bundesregierung, der Gesetzentwurf des Bundesrates würde voraussichtlich zusätzliche steuerliche Mindereinnahmen von 300 bis 400 Millionen Mark bewirken: Derartige Steuerausfälle seien mit dem Haushalt 1986 und der mittelfristigen Finanzplanung nicht vereinbar. Hierzu ist zu sagen:

Von dieser Summe entfallen rund 70 Millionen Mark Steuermindereinnahmen auf die Anhebung des Lohnsteuerfreibetrages bei Belassung von Vermögensbeteiligungen an die Arbeitnehmer von 300 bis 500 Mark. Insbesondere aber: Diese Steuermindereinnahmen von 300 bis 400 Millionen Mark betreffen Bund u n d Länderhaushalte. Der Bundesrat hat durch seinen Gesetzesantrag implizit seine Zustimmung dazu gegeben, daß die Länder zumindest die Hälfte der Steuerausfälle, also 150 bis 200 Millionen Mark, tragen. Würde man auf die Anhebung des Lohnsteuerfreibetrages verzichten, wären es gar nur 115 bis 165 Millionen Mark.

Die Fraktionen werden zu entscheiden haben, ob die Vorschläge des Bundesrates, die das Attribut „Reform der Vermögenspolitik" verdienen, an einer solchen Größenordnung scheitern sollen.

Schließlich würden für die Verbesserung der Vermögensbildung jährlich rund 500 Millionen Mark bereitgestellt, die bisher bei weitem nicht ausgeschöpft worden sind. Der Subventionsbericht weist für die Jahre 1984 bis 1986 zusammen nur einen Zuwachs der Steuermindereinnahmen als Folge der Gewährung der Arbeitnehmersparzulage in Höhe von 240 Millionen Mark auf. Die Vorschläge des Bundesrates sind also – insgesamt gesehen – sehr wohl mit der mittelfristigen Finanzplanung vereinbar.

Immerhin hat die Bundesregierung mehrfach dem Wohneigentum eine besondere Bedeutung beigemessen. Bereits in seiner Regierungserklärung im Jahre 1983 hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl für mehr Wohneigentum für breite Bevölkerungsschichten ausgesprochen. Erst kürzlich hat – durchaus folgerichtig – Staatssekretär Hansjörg Häfele in der Einbringungsdebatte zu dem Gesetzentwurf zur Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums im Deutschen Bundestag am 12. September 1985 die Bildung von Wohneigentum als wesentlichen Bestandteil der privaten Altersvorsorge bezeichnet: „Wir wollen als die vierte Säule der Lebens- und Altersvorsorge ... das ‚erlebte Eigentum' des eigenen ‚Häusles' verstärken."

JOACHIM DEGNER

Der Autor ist Geschäftsführer des Verbandes der Privaten Bausparkassen.

ERBBAURECHT

Bauen auf fremdem Grund

WR, Stuttgart

Bei 400 Mark und mehr Kosten pro Quadratmeter Bauland ist wohl für viele „Häuslebauer" die finanzielle Grenze des Möglichen überschritten. Das Erbbaurecht bietet hier nach Ansicht der Landesbausparkassen einen akzeptablen Kompromiß. Dieses Erbbaurecht erlaubt nämlich dem Bauwilligen, auf einem fremden Grundstück für sich ein Haus zu errichten.

Für dieses Recht muß der Bauherr dem Grundstückseigentümer einen Erbbauzins zahlen; er wird bei Vertragsabschluß üblicherweise mit „pro Quadratmeter und Jahr" angegeben. Die Dauer des Erbbaurechts beträgt in der Regel 99 Jahre und kann nach *Ablauf dieser Zeit verlängert werden*; falls nicht, so erhält der Hauseigentümer – oder seine Erben – eine angemessene Entschädigung für das Haus. *Dieses Recht, in einem* neben dem eigentlichen Grundbuch geführten Erbbaugrundbuch eingetragen, kann verkauft oder auch vererbt werden.

LEBENSVERSICHERUNG / Variante für Tilgungs- und Festzinshypothek

Statt Ratenverlust Beitragsrendite

Von jeder „Anlage-Mark" vergeben die deutschen Lebensversicherer zur Zeit 15 Pfennig als Hypotheken oder ähnliche Darlehen an ihre Kunden. Da die Lebensversicherung eine Kapitalgarantie für den Todesfall bietet, eignet sie sich in verschiedenen Vertragsformen auch zur Absicherung von Hypothekenschulden. Mit der Lebensversicherung können unvorhersehbare Risiken, wie der plötzliche Tod des Hausbesitzers oder der völlige Ausfall seines laufenden Einkommens aus Invaliditätsgründen, abgedeckt werden.

Wird eine Hypothek als Tilgungshypothek (mit laufenden Tilgungsleistungen) gewährt, so liegt es nahe, eine Versicherung abzuschließen, bei der im Todesfall die noch bestehende Schuld aus der Versicherungssumme gedeckt werden kann. Im Prinzip *handelt es sich dabei um eine Versicherung* mit „fallender Summe". Die Versicherungssumme entspricht zu Beginn der vollen Darlehenshöhe; sie *sinkt von Jahr zu Jahr in etwa um den* Betrag wie die Darlehensschuld. Immer dann, wenn eine Festhypothek vereinbart wird, bietet sich in Verbindung mit der Hypothekenaufnahme die Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall an.

Diese „gemischte" Lebensversicherung *schließt einen Sparvorgang* ein und ermöglicht eine vorteilhafte Absicherung und Rückzahlung von Hypothekenschulden. Damit ist einerseits *sichergestellt, daß beim vorzeitigen* Tod des Schuldners die Hypothek in Höhe der fällig werdenden Versicherungsleistung abgelöst werden kann, so daß die Belastungen der Hinterbliebenen insoweit vermindert werden. Zum anderen ist gewährleistet, daß bei Fälligkeit des Hypothekendarlehens Versicherungssumme samt Gewinnbeteiligung angespart sind und in der Regel zur Darlehenstilgung ausreichen.

Der Vorteil besteht darin, daß an die Stelle von Tilgungsraten, die steuerlich nicht als Belastung geltend gemacht *werden können*, laufende Beitragszahlungen für die Lebensversicherung treten, die im Rahmen der Sonderausgaben absetzbar sind. Die jährliche Zinsbelastung ist bei einem Verrechnungsabkommen gleichbleibend hoch. Ihr steht jedoch die vom Lebensversicherer erzielte Rendite auf die Beitragszahlungen gegenüber – eine leistungsfähige Gesellschaft wie die Allianz erreicht für ihre Vermögensanlagen eine Verzinsung von annähernd acht Prozent.

Wegen der Kosten für den Versicherungsschutz müßte an und für sich die Hausfinanzierung in Verbindung mit einer Lebensversicherung teurer sein als ein „unversicherter" Finanzierungsplan. Tatsächlich ist aber die Kombination von Hypothek und Lebensversicherung wegen der steuerlichen Möglichkeiten häufig vorteilhafter. Die Lebensversicherung trägt während der gesamten Laufzeit des Vertrages auch das Todesfallrisiko von der ersten *Beitragszahlung an.* *MANFRED AYASSE*

EG UND BAUSPAREN / Angebotsfreiheit für grundpfandgesicherte Kredite?

Überwindung der Grenzschranken bleibt vorerst noch Zukunftsmusik

Die EG-Kommission hat kürzlich einen Vorschlag für eine Hypothekarkredit-Richtlinie vorgelegt. Da*mit sollen Niederlassungsfreiheit und* freier Dienstleistungsverkehr entsprechend den der Gründung der Europäischen Gemeinschaft zugrundeliegenden Verträgen von Rom auch im Bereich des Immobiliarkredits verwirklicht werden. Im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen, in denen die Bemühungen der EG-Kommission darauf abzielen, die in den Mitgliedsstaaten geltenden Rechtsvorschriften zu harmonisieren und zu koordinieren, sieht der Vorschlag für eine Hypothekarkredit-Richtlinie vor, daß die in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlichen Formen des Hypothekarkredits nebeneinander auf dem Markt eines jeden Mitgliedsstaates angeboten werden können, sei es durch eine örtliche Niederlassung, sei es als grenzüberschreitende Dienstleistung. Das soll für alle durch Grundpfandrechte gesicherten Kredite, damit auch für die Geschäftstätigkeit der Bausparkassen, gelten.

Ein Blick über die Grenzen ist deshalb von Interesse sowohl wegen der ausländischen Angebote, die dann auf den deutschen Markt kommen, als auch wegen der Geschäftsmöglichkeiten, die sich damit auch für deutsche Bausparkassen im Ausland eröffnen.

Der deutsche Bausparer darf allerdings gerade auf dem Gebiet des Bausparens keine grundlegenden Neuerungen erwarten. Denn Bausparen ist – als kollektives System, bei dem der Bausparer mit seinen Sparleistungen einen Anspruch auf ein besonders zinsgünstiges und über die gesamte Laufzeit zinskonstantes *Bauspar-Darlehen erwirbt – in dieser* Form einzigartig in der EG, abgesehen von den Staaten Luxemburg und dem – freilich nicht zu der EG gehörenden – *Österreich sowie den mit* der EG assoziierten Ländern Tunesien und Türkei, wo man nach deutschem Vorbild und mit deutscher Unterstützung vor einigen Jahren das Bausparen eingeführt hat.

Baukredite im Ausland meist zinsvariabel

Gewisse Parallelen zeigt nur das französische Bausparsystem, dem aber die Vorteile des niedrigen, konstanten Zinssatzes fehlen. Ansonsten arbeiten in den Staaten der EG eine Reihe von Realkredit-Instituten, die die Wohnungsbaukredite mit recht unterschiedlichen, von ihrer Arbeitsweise abhängigen Zinssätzen, und mit zum Teil engen, teilweise aber auch recht großzügigen Beleihungs*ausläufen anbieten. Diese* werden über Depositen refinanziert, die wie Spargelder oder auch wie Gesellschaftsanteile hereingenommen oder *über Pfandbriefe unterschiedlichster* Qualität, was den Sparerschutz anlangt, beschafft werden.

Als vor über 60 Jahren in Wüstenrot die erste deutsche Bausparkasse gegründet wurde, gab es in England zwar bereits seit längerem „Building-Societies". Das waren Kreditgenossenschaften, die ursprünglich in ähnlicher Weise wie deutsche Bausparkassen arbeiteten und deren al*leiniger Geschäftszweck die Wohnei*gentumsfinanzierung war und bis jetzt noch ist (wobei allerdings eine Änderung der Rechtsgrundlage in Vorbereitung ist, *die das Tätigkeits*feld dieser Gesellschaften wesentlich erweitern soll). Diese Building-Societies haben allerdings historisch eine andere Entwicklung genommen. Der Zins auf Spareinlagen und der Soll-Zins für den Kredit sind dort nicht vertraglich festgelegt, sondern richten sich *im wesentlichen nach den* Gegebenheiten des allgemeinen Kapitalmarkts.

Daß sich daraus für den Kreditnehmer in Hochzinsphasen unangenehme Überraschungen ergeben können, wissen die Wohneigentumserwerber, die mit zinsvariablen Krediten finanziert haben, aus eigener Erfahrung. Deshalb können sich die deutschen Bausparkassen mit ihrem, einen günstigen Festzinssatz garantierenden kollektiven System im Ausland eine Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit erwarten. Inflationsraten und allgemeines Zinsniveau der einzelnen Länder spielen dabei sicher für die potentielle Nachfrage in den einzelnen Ländern auch eine bedeutende Rolle. Die Erfolgschancen sind aber nicht allein von den Vorteilen des Produkts Bausparen abhängig, sondern auch von den politischen und *steuerrechtlichen Rahmenbedingungen*, wie zum Beispiel davon, ob das Vorsparen als Hilfe zur Selbsthilfe begünstigt wird oder ob etwa die Steu*erabzugsfähigkeit von Schuldzinsen* die Schuldaufnahme erleichtert.

Einstweilen ist der Vorschlag der EG-Kommission für eine Hypothekarkredit-Richtlinie noch Zukunftsmusik. Die Umsetzung wird wahrscheinlich noch einige Jahre dauern. Bis das Gesetzgebungsverfahren der EG und der Mitgliedsländer abgeschlossen ist, muß sich noch eine Reihe von Organen und Gremien verschiedenster Art vornehmlich im politischen Bereich mit der Materie befassen. Im Augenblick zeigen sich erhebliche Widerstände, sei es aus dem Kreis der betroffenen Institute gegen einzelne Formen der vorgesehenen grenzüberschreitenden Tätigkeit, sei es von seiten einzelner Mitgliedsstaa*ten, die ganz grundsätzliche* Bedenken gegen die Zielsetzung des *Richt*linienentwurfs geltend machen. So wird zum Beispiel eine gewisse Koor*dinierung* der einschlägigen Rechtsvorschriften und der bankrechtlichen Rahmenbedingungen bei den in den einzelnen Mitgliedsstaaten historisch sehr *unterschiedlich* gewachsenen Systemen als unverzichtbar behauptet.

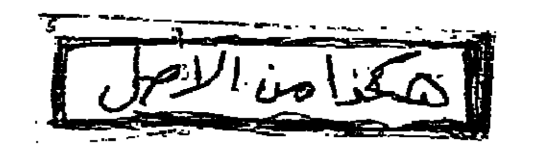
Brüssel für paralleles Angebot der Systeme

Kreditrecht, Grundschuldrecht, Grundbuchsystem, Bankrecht und Aufsichtsrecht müßten *aufeinander* abgestimmt sein. Demgegenüber geht die EG-Kommission davon aus, daß sich die unterschiedlichen Arbeitsweisen in ihren *Heimatländer* bewährt haben, so daß sie durchaus nebeneinander bestehen können, und daß in den Gastländern eben die dort *geltenden Bestimmungen des Hypo*thekenrechts zu beachten sind.

Wenn der Vorschlag der EG-Kommission früher oder später einmal Wirklichkeit wird, kann der deutsche Kunde zwischen einer noch größeren Vielfalt von Hypothekarkredit-Angeboten auswählen als sie schon heute auf dem Markt sind.

Die verschiedenen Arten von Bausparverträgen, mit Hoch- oder Niedrigzinstarif, als Langzeittarif oder Schnelläufer, falls erforderlich mit späterer Zwischenfinanzierung oder als Sofortkredit, häufig in Kombination sei es mit einem erstrangigem Pfandbriefkredit, Lebensversicherungshypothek oder einer sonstigen zinsvariablen Bank- oder Sparkassenhypothek, falls gewünscht mit Disagio und Tilgungsstreckung, soweit vom Beleihungsauslauf her notwendig auch aufgestockt durch einen Personalkredit, eröffnen allerdings schon heute eine für den Laien kaum zu überblickende Vielfalt von Kombinationsmöglichkeiten, um den Finanzierungsverlauf optimal den jeweiligen Bedürfnissen anzupassen. Die Bausparkassen bieten diese ganze Palette *inzwischen* selbst in Kooperation mit anderen Kreditinstituten als Finanzierung aus einer Hand. Damit ist jeweils im Einzelfall eine optimale Zusammensetzung der verschiedenen Finanzierungsbausteine möglich.

Beim Blick über die Grenzen brauchen deshalb die deutschen Bausparkassen keine über den heute schon scharfen Wettbewerb hinausgehende Konkurenz zu fürchten, können *aber* andererseits *nach* Erschließung geeigneter Absatzwege durchaus Chancen für ihr eigenes Produkt in anderen EG-Ländern wahrnehmen. *OTTO SCHÄFER*



HYPOTHEKENBANKEN / Stille Umsatzkönige

Besonnene Geldpolitik bestimmt die Zinshöhe

Die Bedeutung der Hypothekenbanken ist in der Öffentlichkeit weithin unbekannt. Dagegen weiß fast schon jedes Kind, was eine Bausparkasse ist oder glaubt es zumindest zu wissen. Geschickte Werbung und Öffentlichkeitsarbeit der Bausparkassen sowie wenig Aufklärung beim breiten Publikum durch die Hpyothekenbanken verschieben die Relationen beider Institutsgruppen.

Die Hypothekenbanken sind Spezialinstitute für die Baufinanzierung mit mehr als 100jähriger Tradition. Ihre Tätigkeit gründet auf dem Hypothekenbankgesetz, das mit den wesentlichen Grundsätzen unverändert seit dem Jahre 1900 in Kraft ist. Zu den Hauptaufgaben der Hypothekenbanken gehört die Gewährung von Krediten gegen Grundpfandrechte, also die Immobilienfinanzierung schlechthin, und der Kommunalkredit, also Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, zum Beispiel an Städte und Gemeinden.

Die Mittel für diese Kredite beschaffen sich die Hypothekenbanken durch Ausgabe von Pfandbriefen und Kommunalobligationen, also festverzinslichen Wertpapieren. Die gesetzliche Begrenzung auf diese sehr sicheren Bankgeschäfte dient dem Schutz der Pfandbriefsparer und der preisgünstigen Kreditbeschaffung für Baufinanzierungen und Investitionen der öffentlichen Haushalte.

Die deutschen Hypothekenbanken verzeichneten Ende 1984 ein Bilanzvolumen von 335 Milliarden Mark (einschließlich Hypothekenbankgeschäft der gemischten Institute). Die Bausparkassen hatten zum gleichen Zeitpunkt mit einer Bilanzsumme von rund 160 Milliarden Mark nur ein halb so großes Volumen.

Die Bayerische Vereinsbank als eine der ältesten „gemischten Institute" vereinigt Hypotheken- und Universalbank. Diese Kombination ist nur solchen Kreditinstituten vorbehalten, die bereits vor 1900 beide Sparten vertreten haben. Als eine der großen privaten Kreditbanken ist sie auch auf dem Hypothekensektor sehr leistungsfähig.

Sie gewährt Darlehen nicht nur zur Finanzierung von Neubauten, sondern auch auf bereits bestehende Objekte. Man kann also beispielsweise auch den Kauf eines bestehenden Hauses oder einer Eigentumswohnung von ihr finanzieren lassen. In der Regel kann man einen Kredit bis zu 80 Prozent des angemessenen Kaufpreises oder der Gesamtherstellungskosten einschließlich des Grundstücks erhalten.

Wer modernisieren, renovieren oder gar bauen möchte, wird bemerkt haben, daß die Zinssätze für Hypothekendarlehen sinken. Eine sehr wichtige Voraussetzung für niedrige Zinsen am Kapitalmarkt ist die geringere Kreditverschuldung der öffentlichen Hand und eine besonnene geldpolitische Steuerung. Sie wurde unterstützt durch die Leitzinssenkung.

Die Zinsen für Hypotheken haben schon frühzeitig auf die sinkenden Renditen am Rentenmarkt reagiert. Die Bayerische Vereinsbank hat ihre Hypothekenzinsen mehrfach gesenkt. Der auf fünf Jahre festgeschriebene Zinssatz beträgt zur Zeit 7,1 Prozent bei 100prozentiger Auszahlung, bei zehn Jahren sind es 7,6 Prozent (100 Prozent Auszahlung). Bei einer Festschreibung auf 15 Jahre werden bei einer Auszahlug von 95,5 Prozent für Immobilienfinanzierungen 7,25 Prozent Zinsen erhoben. Neben dem üblichen Tilgungssatz von einem Prozent sind höhere Tilgungsraten oder auch tilgungsfreie Jahre vereinbar. Wartezeiten gibt es in der Regel nicht. KARLHEINZ MÜSSIG

NACHRICHTEN

Noch ist Zeit zum Aufstocken

Hamburg (np) – Wenn der Bausparvertrag vier Jahre alt wird, müssen die Sparer aufpassen, ob sie für die erwünschten Prämien- und Steuervorteile der nachfolgenden Jahre auch genug angespart haben. Laut Gesetz werden vom fünften Jahr an Prämien und Steuervorteile nur noch bis zum Eineinhalbfachen des in den ersten vier Jahren durchschnittlich eingezahlten Sparbetrages gewährt. Noch ist Zeit, für 1985 eine aufstokkende Zahlung vorzunehmen.

Bausparen im Team

Stuttgart (np) – Die Mitglieder einer Eigentümergemeinschaft in einem Haus mit Eigentumswohnungen können für die Ansammlung der Instandhaltungsrücklage einen gemeinsamen Bausparvertrag abschließen und entsprechend dem Einzahlungsanteil Steuer- und Prämienvorteile nutzen. Außerdem kommt die Gemeinschaft in den Genuß niedriger Darlehenszinsen bei relativ schneller Schuldentilgung. So kann sich die Eigentümergemeinschaft auch eine größere Instandhaltung leisten. Voraussetzung ist nach Angabe der Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, daß sich alle Bewohner einig sind, denn sonst kann das Bauspardarlehen nicht in Form der Einzelbeleihung je Wohnung sichergestellt werden.

Kohle ist preiswerter

Essen (np) – Mit heimischer Kohle läßt sich umweltfreundlich und preiswert heizen. Moderne Anlagen sparen bis zu 40 Prozent Heizkosten. Einen weiteren Preisvorteil errechnete jetzt die Vereinigung der Deutschen Elektrizitätswerke (VDEW): Fernwärme aus Kohle ist am günstigsten. Für ein Mehrfamilienhaus errechneten die Statistiker einen Wärmepreis von 15,80 Mark je Quadratmeter.

FESTZINSHYPOTHEK / Universalbanken bieten für Langzeit-Kredite meist nur Fristen bis fünf Jahren

Darlehen mit stabilen Zinsen bieten Sicherheit gegen Zinsschwankungen oder Hochzinsphasen

Festzinshypotheken, also Hypothekendarlehen, bei denen die darlehensgebende Bank mit dem Darlehenskunden vereinbart, daß die Darlehenskonditionen während einer bestimmten Zeit von zum Beispiel fünf, zehn Jahren oder gar während der gesamten rund 30jährigen Laufzeit des Darlehens unverändert bleiben, werden in der Bundesrepublik Deutschland vor allem von den sogenannten Pfandbriefinstituten (Hypothekenbanken und einigen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten wie Girozentralen) angeboten. Die Sonderstellung der Pfandbriefinstitute innerhalb des deutschen Banksystems beruht darauf, daß nur diese Spezialinstitute das Recht haben, sich durch die Ausgabe entsprechend langfristiger und festverzinslicher Pfandbriefe zu refinanzieren.

Diesem Vorrecht, das sich für die Hypothekenbanken aus dem Hypothekenbankgesetz von 1900 ergibt, hat der Gesetzgeber im Interesse der Sicherheit der Schuldverschreibungsgläubiger eine Geschäftsbeschränkung dieser Institute auf die Gewährung von Hypotheken- und Kommunalkrediten entgegengestellt. Die Hypothekenbanken haben aus dieser gesetzlichen Beschränkung ihrer Geschäftstätigkeit eine Tugend gemacht und sich auf langfristige Finanzierungen spezialisiert, wobei die langfristige Festzinshypothek ihr Markenzeichen wurde.

Die Hypothekendarlehen der übrigen, nicht als Pfandbrief- sondern universell tätigen Kreditinstitute, weisen meist einen jederzeit veränderbaren Zins auf (sogenannte Gleitzinshypotheken), da sie sich vor allem aus zinsvariablen Einlagen refinanzieren, deren Zinsänderungen sie an die Darlehensnehmer weitergeben müssen. Wenn die Konditionen von diesen Instituten dennoch für eine bestimmte Zeit festgeschrieben wurde, so in der Regel höchstens für fünf Jahre. Die Vorteile der Festzinshypothek liegen klar auf der Hand:

- Feste Zinsen machen den Darlehensnehmer unabhängig von künftigen Zinsschwankungen.
- Feste Zinsen erlauben eine präzise Kalkulation der Investitionen.
- Lange Darlehenslaufzeiten ermöglichen eine geringe Tilgung ab einem Prozent (zuzüglich ersparter Zinsen) und damit eine tragbare Gesamtbelastung.

Der Vorteil der Festzinshypothek, ihre langfristige Zinsstabilität, ist zugleich auch ihr einziger potentieller Nachteil. Denn nicht nur die Bank garantiert für den Festschreibungszeitraum die Unveränderbarkeit der Konditionen, auch der Darlehensnehmer ist während der Festschreibungszeit an die im Darlehensvertrag vereinbarten Bedingungen gebunden. Allerdings hat der Darlehensnehmer einer Hypothekenbank, nicht hingegen die Hypothekenbank, das Recht, den Darlehensvertrag spätestens nach zehn Jahren vorzeitig zu kündigen.

Zinsdurchschnitt früherer Jahre ist Richtwert

Mit einer in einer Hochzinsphase aufgenommenen längerfristigen Festzinshypothek begibt sich mithin der Darlehensnehmer der Möglichkeit, von zukünftigen Zinssenkungen zu profitieren, es sei denn, die nach Ablauf der Konditionsbindungsfrist notwendige Zinsanpassung fällt in eine Niedrigzinsphase.

Hieraus kann die generelle Empfehlung abgeleitet werden, in Niedrigzinsphasen längerfristige Festzinshypotheken und in Hochzinsphasen Gleitzinshypotheken oder eine kürzerfristige Festzinshypothek aufzunehmen. Nur ist es in der Praxis auch bei relativ hohen Zinsen kaum abzuschätzen, wie lange die Hochzinsphase dauert. Darlehensnehmer, die sich beispielsweise im Frühjahr 1980 angesichts der die Zehn-Prozent-Marke überschreitenden Hypothekenzinsen in der Hoffnung auf den baldigen Zinsrückgang für eine Gleitzinshypothek entschieden, erlebten eine böse Überraschung. Die Hypothekenzinsen stiegen nämlich in den folgenden Monaten auf bis zu 15 Prozent.

Wenn auch die zukünftige Zinsentwicklung über einen längeren Zeitpunkt hin nicht prognostizierbar ist, so kann doch aus der Zinsentwicklung der vergangenen Jahre eine Faustregel abgeleitet werden: Vorteilhaft sind Festzinshypotheken in jedem Fall dann, wenn die aktuellen Hypothekenzinsen auf oder unter dem durchschnittlichen Zinsniveau der zurückliegenden Jahre von rund neun Prozent liegen.

Gegenwärtig liegen die Hypothekenzinsen im zehnjährigen Bereich um rund ein Prozent und im fünfjährigen Bereich um rund 1½ Prozent unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Wer jetzt zugreift, vergibt mit einer Entscheidung für die Festzinshypothek schlimmstenfalls die Chance, an einem denkbaren weiteren Zinsrückgang von allenfalls bis zu ½ Prozent teilzuhaben; er ist aber vor möglichen zukünftigen Zinssteigerungen, die nach den Erfahrungen der Vergangenheit zu einer glatten Verdoppelung der gegenwärtigen Zinsbelastungen führen können, während der Zinsfestschreibungsperiode absolut sicher.

Zinschance und Zinsrisiko, die bei der Entscheidung zwischen Festzinshypothek und Gleitzinshypothek gegeneinander abzuwägen sind, sprechen daher gegenwärtig eindeutig für die Festzinshypothek, denn die Zinsen für langfristige Kredite sind so günstig wie zuletzt im Jahr 1978. Und davor hatte es sogar seit 1959 über 19 Jahre gedauert, ehe die Zinsen das Rekordtief vom Frühjahr 1978 erreichten. Viele Darlehensnehmer haben es später bitter bereut, daß sie 1979 nicht rechtzeitig zugegriffen und sich nicht die niedrigen Zinsen durch eine Festzinshypothek für zehn, 15, 20 oder gar 30 Jahre gesichert haben.

Erhöht neues Steuerrecht Zinsrisiko für Bauherren?

Die Risikoabwägung zwischen Festzinshypothek und Gleitzinshypothek und die Wahl der Festschreibungsfrist sollte von den Darlehensnehmern sorgfältig vorgenommen werden. Der ab 1. September 1985 von den Kreditinstituten anzugebende „anfängliche Effektivzins" nimmt ihnen diese Abwägung nicht ab. Im Gegenteil: Der letztlich verwirrende statt erhellende Effektivzins könnte die Darlehensnehmer verführen, sogar in Niedrigzinsphasen, wie gegenwärtig, kurzfristige Darlehen zu wählen.

Der Effektivzins berücksichtigt übrigens auch nicht die steuerlichen Regelungen, die jeder Bauherr bei seiner Entscheidung prüfen muß. So kann das Damnum, also die Differenz zwischen Auszahlungskurs und Nennbetrag des Darlehens, steuerlich voll abgesetzt werden, Schuldzinsen dagegen nur begrenzt. Das ab 1. Januar 1987 geltende Steuerrecht sieht nach den gegenwärtig im Bundestag debattierten Reformplänen keinerlei Abzug von Schuldzinsen mehr vor. Den Bauherren und Erwerbern von Eigenheimen und Eigentumswohnungen wird daher voll das Zinsänderungsrisiko aufgebürdet. Für sie muß daher der Grundsatz lauten: im Zweifel für die Festzinshypothek.

HANS WALTER SCHMIDT

ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN / Eine Sparkasse analysierte Eigenheimpleiten

Wenn die Handwerker-Rechnung das Wolkenkuckucksheim zerstört . . .

In den Medien wird immer wieder über die angeblich starke Zunahme von Zwangsversteigerungen privater Wohnhäuser und Eigentumswohnungen berichtet. Für die Öffentlichkeit gibt dies doch die Gelegenheit, die immer noch gut verdienenden Banken als „Scharfrichter" abzustempeln. Sie waren es, die den Kunden zum Erwerb oder Bau eines Eigenheims animierten, ihn aber jetzt bei Zahlungsschwierigkeiten ohne Rücksicht auf seine Lage von „Haus und Hof jagen". Versuche der Kreditwirtschaft, das Thema zu versachlichen, blieben bisher ohne Resonanz.

Forscht man nach den Ursachen der Zwangsversteigerungen, so soll keineswegs verschwiegen werden, daß auch die kreditgebenden Banken nicht frei von Schuld sind. Bis zum Anfang der 80er Jahre galt das Grundvermögen als eine solide und im Wert ständig steigende Kapitalanlage. Es war deshalb verständlich, daß – entgegen früheren Beleihungsgrundsätzen – auch künftige Wertsteigerungen in die Beleihungswertberechnungen der Kreditinstitute miteinflossen. Hinzu kam, daß der Realkredit als besonders sicherer Teil des Aktivgeschäfts auch von solchen Banken „entdeckt" wurde, die bisher in anderen Bereichen des Kreditgeschäfts tätig waren.

Der größere Wettbewerb unter den Banken führte zu einer großzügigeren Beleihungspraxis und bei dem Kunden zu einer immer höheren Fremdfinanzierung bis schließlich zur 100-Prozent-Finanzierung. Daß dabei gelegentlich mehr auf das zu beleihende Objekt als auf die Leistungsfähigkeit des Kunden gesehen wurde, kann nicht geleugnet werden. Aufgrund der Erfahrungen früherer Jahre überstieg der Verkehrswert des Objektes schnell den Anschaffungs- oder Herstellungspreis, so daß auch Stundungen oder Tilgungsaussetzungen in Erwägung gezogen werden konnten, bevor man an eine Immobilien-Zwangsvollstreckung dachte. Schließlich soll es auch Kundenberater gegeben haben, die den Beleihungswert nach den Kreditwünschen der Kunden ermittelten und festsetzten und somit wesentlich zur Schuldenmentalität beitrugen.

Die Erfahrungen der letzten drei Jahre zeigen, daß die Risiken des Wohnbaukredits auch heute noch weniger im Objekt selbst als in der Person des Darlehensnehmers liegen. Die Preise für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen sind nach den Feststellungen des Rings deutscher Makler seit 1980 nicht mehr angestiegen. Die radikal veränderte Lage am Immobilienmarkt, die Umkehr vom Verkäufer- zum Käufermarkt und die Marktsättigung führten zwangsläufig zu Preisrückgängen. Der Begriff der „100-Prozent-Finanzierung" ist aus der Bankenlandschaft wieder verschwunden. Zwangsverkäufe und Versteigerungen erfolgen heute mit erheblichen Abschlägen.

Die Analyse von Eigenheimpleiten bei einer Flächensparkasse zeigt, daß die Ursachen sehr vielfältig sind. Hauptursache dürfte die finanzielle Überschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit des Kunden unter dem Gesichtspunkt der inflationären Wertsteigerung des Objektes und des erwarteten Realeinkommenzuwachses gewesen sein. Baukostenaufstellung und Finanzierungsplan stimmten auf dem Papier zwar überein. Der Bauherr vergaß jedoch, Baupreissteigerungen miteinzukalkulieren oder mit den Bauhandwerkern Festpreise zu vereinbaren. Bereits bei nur einer Lohnerhöhung während der Bauzeit gingen die Relationen verloren. Die erforderlichen Nachfinanzierungen wurden – an der Hausbank vorbei – vorgenommen und führten zu einer weiteren Kostenbelastung. Gelegentlich mußte die Sparkasse nachträglich feststellen, daß sich der Bauherr bei der Aufstellung seines Finanzplanes von „Provisionsjägern" hatte beraten lassen, die nur ihren eigenen Vorteil im Auge hatten. Der Einsatz öffentlicher Mittel geschah ohne vorherige Prüfung der Anspruchsberechtigung. Die Angaben über das vorhandene oder bereits verbaute Eigenkapital wurden bewußt „geschönt". Vielfach wurde auch nicht berücksichtigt, daß Teile dieser Reserven für die Wiederbeschaffung abgängiger Fahrzeuge oder Haushaltsgegenstände benötigt wurden. Lükken im Finanzierungsplan wurden unter der Spalte „Selbst- und Verwandtenhilfe" großzügig aufgefüllt und erwiesen sich in zahlreichen Fällen als Reinfall. Bei der Objektverwertung führen hohe Eigenleistungen heute zu Qualitätsabschlägen.

Probleme in Ehe und Familie spielten und spielen eine weitere wichtige Rolle bei der Zwangsversteigerung von Wohneigentum. Die Arbeitslosigkeit oder der krankheitsbedingte Ausfall eines mitverdienenden Ehegatten führten in vielen Fällen zu Zahlungsschwierigkeiten.

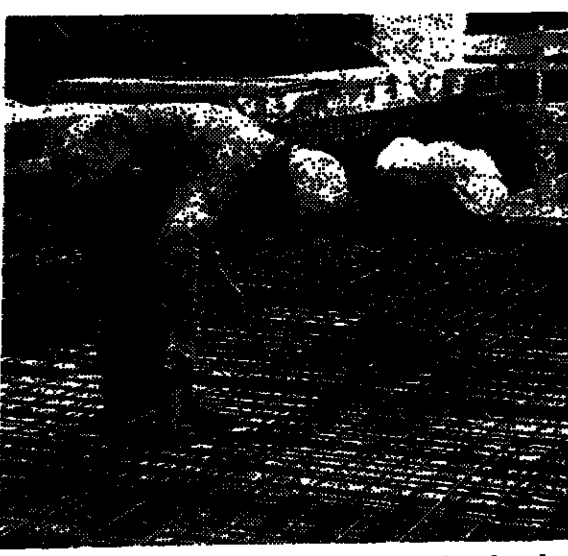
Durch gezielte Maßnahmen der Sparkasse (Stundungen, Tilgungsaussetzungen oder -herabsetzungen, langfristige Umschuldungen) oder Hilfeleistungen der öffentlichen Hand – insbesondere bei kinderreichen Familien – konnte eine zwangsweise Verwertung des Eigenheims oft abgewendet werden. Dies setzte jedoch voraus, daß sich der Kunde rechtzeitig mit der Sparkasse und der Kommune in Verbindung setzte und seine mißliche Lage offenbarte. Im übrigen zeigen die letzten Jahre, daß bei einer wirtschaftlichen Notlage die Ehepartner und Familienangehörigen bereit sind, erhebliche Einschränkungen in ihrem persönlichen Bereich in Kauf zu nehmen, wenn es nur gelingt, der Familie das Haus zu erhalten. In einer solchen Situation kommt auch der Verwandtenhilfe weiterhin eine besondere Bedeutung zu, während ihre Einplanung bereits vor Baubeginn oft als fragwürdig angesehen werden muß.

Bei einer Ehescheidung und dem Auszug eines Partners aus dem gemeinsam angeschafften Haus war und ist eine Sanierung meist aussichtslos. Der Erlös aus dem Zwangsverkauf des Eigenheims reicht vielfach nicht einmal aus, um die Verpflichtungen bei den Grundpfandgläubigern abzudecken. Wurde das Objekt zudem noch in einer verkehrsmäßig ungünstigen Lage errichtet oder war die Bauweise zu aufwendig, so bleibt der Sparkasse vielfach keine andere Wahl, als das Objekt selbst zu ersteigern in der Hoffnung, es bei einer Besserung der Konjunkturlage – wenn auch unter Preisabschlägen und der Zusage einer günstigen Finanzierung – wieder an den Mann zu bringen.

Bei alledem sollte man jedoch eines nicht vergessen: Auch vor 15 Jahren gab es schon zahlreiche Zwangsversteigerungen. Die Verwertung war aufgrund des Verkäufermarktes günstiger, und sie vollzog sich auch meist „unter Ausschluß der Öffentlichkeit". Nach den Feststellungen der deutschen Hypothekenbanken machten die im Jahre 1984 eingeleiteten Zwangsversteigerungen nicht einmal ein Prozent der Zahl von 850 000 Deckungshypotheken aus. Nur in jedem vierten Verfahren kam es überhaupt zu einer zwangsweisen Verwertung der belasteten Obejekte. Wenn auch diese Zahlen nicht als repräsentativ für den gesamten Wohnbaukredit angesehen werden können, so beweisen sie doch, wie abwegig und irreführend es ist, in der Öffentlichkeit von einer Katastrophe bei den Eigenheimpleiten zu sprechen.

JOSEF RIEDER

Entnommen aus der Zeitschrift „Sparkasse", Heft 9/85



Festpreis-Vereinbarungen mit den Bauhandwerkern schützen vor Überraschungen FOTO: LEONBERGER

BELEIHUNGSPRAXIS / Grundschuld als Sicherheit

Der Beleihungswert ist wichtigste Richtgröße

Kreditgewährung ist Vertrauenssache. Wie für jedes Wohnungsdarlehen gilt deshalb auch für die Bausparfinanzierung: Der Bausparer, der mit der Zuteilung seines Vertrages das zinsfeste und zinsgünstige Bauspardarlehen beanspruchen kann, muß auch wirtschaftlich in der Lage sein, das Darlehen zurückzuzahlen. Nur selten allerdings kann man bereits zu Beginn einer Finanzierung feststellen, daß diese Voraussetzungen nicht vorliegen, zum Beispiel danmn, wenn der Bausparer überschuldet ist und eine eidesstattliche Versicherung zu seinen Vermögensverhältnissen abgegeben hat.

Das Bausparkassengesetz verpflichtet deshalb die Bausparkassen, im Interesse aller Bausparer, die der Zuteilung ihrer Verträge noch entgegensehen, die ihr anvertrauten Gelder auch sorgfältig und sicher anzulegen. Sie müssen deshalb grundsätzlich durch Bestellung von Grundschulden an *inländischen Grundstücken* sichergestellt werden.

Früher diente als Sicherheit meist eine Hypothek oder ein Pfandobjekt. Heute wird anstelle der Hypothek die Grundschuld als Kreditsicherungsinstrument bevorzugt, denn sie kann vielseitiger verwendet werden. Auch Eigenheim oder Eigentumswohnung des Bausparers können Sicherungsobjekte für Bauspar- oder Vorfinanzierungsdarlehen sein. Pfandobjekte dritter Personen können als Sicherheit verwendet werden, sofern die wohnwirtschaftliche Verwendung des Bauspardarlehens gewährleistet ist.

Die Sicherstellung durch Grundschuld setzt die Ermittlung des Beleihungswertes von Grundstück oder Wohnung voraus. Er ist nicht mit den Herstellungskosten eines Bauvorhabens, dem Verkehrswert oder dem Kaufpreis identisch, sondern stellt einen langfristig realisierbaren Wert des Grundstücks dar; es handelt sich gewissermaßen um einen Notverkaufswert. Die Feststellung des Beleihungswertes muß sehr sorgfältig vorgenommen werden, wenn, insbesondere in Zeiten fallender Immobilienpreise, die Bausparkasse Verluste vermeiden will.

Die Bausparkasse ermittelt den Beleihungswert in eigener Verantwortung. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern ist allgemeinen Richtlinien zufolge *in erster Linie der Bau- und* Bodenwert maßgeblich. Für den Bauwert werden die angemessenen Herstellungskosten zugrunde gelegt und ein Risikoabschlag vorgenommen, dessen Höhe sich nach der voraussichtlichen Verwertbarkeit des Objekts richtet. Beim Bodenwert wird von Preisen ausgegangen, die Grundstücke gleicher Art und Lage auf Dauer erzielen.

Bau- und Bodenwerte liegen im allgemeinen bei etwa 80 Prozent der angemessenen Bau- und Bodenpreise, so daß die Baufinanzierung bei ungefähr 60 bis 70 Prozent der Gesamtkosten ausläuft. Diese Faustregel gilt freilich nicht bei Mehrfamilienhäusern und gemischt oder gewerblich genutzten Objekten, bei denen der erzielbare Ertrag nach einem sogenannten Ertragswertverfahren ermittelt wird, demgegenüber die Bau- und Bodenkosten eine untergeordnete Rolle spielen.

Die für die Ermittlung des Beleihungswertes erforderlichen Unterlagen hat der Bausparer der Bausparkasse zur Verfügung zu stellen. Das sind Dokumente wie der Darlehensantrag mit Baubeschreibung, eine Kostenaufstellung, ein amtlicher Lageplan, der Grundbuchauszug und anderes mehr. Die Außendienst-Mitarbeiter der Kassen sind dabei behilflich.

Auf bis höchstens 80 Prozent des Beleihungswertes dürfen die Bausparkassen dann ein Darlehen geben. Benötigt der Bausparer, wie in der Vergangenheit bei sogenannten 100-Prozent-Finanzierungen häufig der Fall, weitere Mittel, so sind zusätzliche Sicherheiten etwa in Form einer Bankbürgschaft zu stellen.

Von einer Sicherung durch Grundschuld kann bei Ersatzsicherheiten in Form von Guthaben oder Wertpapieren abgesehen werden. Für Darlehen bis 15 000 Mark genügt sogar nur die Verpflichtung des Bausparers, das grundschuldbelastete Objekt nicht zu verpfänden oder zu veräußern. Auf eine Grundschuld oder eine Ersatzsicherheit kann in diesem Falle ausnahmsweise verzichtet werden.

BERND MOHRBACHER

BAUKOSTEN / Die Anfangsplanung ist entscheidend – Ein unwirtschaftlicher Grundriß läßt sich später im Preis nicht mehr wesentlich senken

Das Verhältnis von Rauminhalt zu Bruttowohnfläche ist Schlüssel für einen Hausbau ohne Kostenexplosion

Kostensenkung im Wohnungsbau ist eine besonders aktuelle Forderung. Die Wohnungsbau-Förderungsprogramme sind darauf ausgerichtet. Vor diesem Hintergrund sollen mit den folgenden Anregungen Einstiegshilfen in die Thematik gegeben werden, und zwar für Bauaufgaben, wie sie für die Mehrzahl der Wohnungsunternehmen typisch sind: kleinere bis mittlere Objekte, die im Rahmen eines bereits bestehenden Bebauungsplanes verwirklicht werden sollen.

Die Eignung des Baugrundstückes, die Ökonomie des Bebauungsplanes, vor allem der Erschließung, sind nicht Gegenstand dieser Betrachtungen, obgleich sie das Kostenbild eines Objektes ganz wesentlich beeinflussen können. Es wird auch nicht unterschieden zwischen öffentlich gefördertem Mietwohnungsbau und Eigentumsmaßnahmen. Gespart werden kann bei beiden.

Es steht nicht zur Diskussion, an Funktionen des Gebäudes substantiell zu sparen, die später nicht oder nur mit unvertretbaren Mehrkosten ergänzt werden können. Dazu gehören unter anderen ausreichende Wohnflächen, Standsicherheit, Brandschutz, guter Schall- und Wärmeschutz sowie hohe Nutzungsqualität durch gut geschnittene Wohnungen mit angemessenen Freibereichen. Bei allen Überlegungen sollte die spätere Modernisierbarkeit nicht außer acht gelassen werden.

Anzustreben sind vom Entwurfskonzept bis zum Finish durchdachte Lösungen, die heutigen Anforderungen genügen. Fehler der Vergangenheit sollen vermieden, Gutes früherer Jahre soll wieder aufgegriffen werden. Schlichtes und streng zweckgerichtetes Bauen hat nichts mit Dürftigkeit und Unzumutbarkeit zu tun. Der Kostendruck zwingt in erster Linie zu schärferem Nachdenken, zu einer besseren Durchforstung des Marktes für Baumaterialien, zur Rückkehr zu Bewährtem und Vergessenem, und er bewahrt vor stilloser Überladung.

Mit dem Entwurf erfolgt die wesentlichste Weichenstellung in bezug auf die Kosten. Ein Gebäude, das unwirtschaftlich konzipiert worden ist, läßt sich zwar durch „Herumdoktern an den Symptomen", vor allem durch den Einsatz preisgünstiger Baustoffe oder einfacherer Details, verbilligen, diese Maßnahmen kämen aber einem Gebäude, das bereits vom Ansatz her wirtschaftlich ist, zusätzlich zugute.



Schlichtheit am Bau – keine Dürftigkeit, sondern Zeichen vernünftiger Planung FOTO: LEONBERGER

Wichtigstes Merkmal eines kostengünstigen Entwurfs ist ein Verhältnis von Brutto-Rauminhalt zu Wohnfläche von etwa 4:1. Wird dies nicht erreicht, sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, sich ihm zu nähern. Eine Möglichkeit ist der Verzicht auf Vollunterkellerung, eine andere die Unterbringung von Garagen im Untergeschoß.

Ein kostengünstiger Entwurf muß ein kostengünstiges Tragwerk haben. Die Lastabtragung sollte direkt, ohne aufwendige Abfangungen erfolgen. Es empfiehlt sich, den Tragwerkplaner bereits im Anfangsstadium des Entwurfs hinzuzuziehen.

„Optische" Einsparungen bei den Belägen

Gleiche, zumindest ähnliche Deckenfelder, wenn möglich unter Ausnutzung der Durchlaufwirkung, sind anzustreben. Die Frage, welche Stützweite am wirtschaftlichsten ist, muß im Zusammenhang mit dem Aufwand für die tragenden Wände gesehen werden. Nicht immer ist die kleine Stützweite wegen des größeren Wandanteils die günstigste Lösung. Die größere Stützweite kann in Verbindung mit leichten Trennwänden durchaus Vorteile haben.

Auf die Anwendung wirtschaftlicher Berechnungsverfahren sei verwiesen. Tragende Wände sollten möglichst ohne Wechsel des Baustoffs hergestellt werden können. Das bedeutet, daß vor allem Öffnungen so gelegt werden müssen, daß beispielsweise in einer gemauerten Wand keine Betonpfeiler nötig werden. Die lichte Rohbauhöhe der Räume ist auf das Schichtmaß des zu verwendenden Steinmaterials abzustimmen.

Wandöffnungen sollten sturzlos ausgeführt werden, wenn andere als Kostengesichtspunkte nicht dagegensprechen. Das gilt auch für Fenster. Herkömmliche Rolladenkästen müssen nicht unbedingt sein. Heizkörpernischen erfordern konstruktiven Aufwand und hemmen den Bauablauf.

Nichttragende Wände werden zweckmäßig als leichte Trennwände, zum Beispiel aus Gipsbauplatten oder als beplankte Ständerkonstruktion, ausgeführt. Die 11,5 Zentimeter dicke, beidseitig verputzte Wand ist *nicht nur teurer, sie erfordert auch* höhere Aufwendungen für die Tragfähigkeit des Decks (0,5 KN/qm mehr Verkehrslast).

Die Wärmedämmung der Außenwand ist im Zusammenhang mit der beabsichtigten Oberflächengestaltung zu sehen. Bei der herkömmlich verputzten Wand stehen Wandbausteine zur Verfügung, deren Wärmedämmung durch den Stein selbst oder in Kombination mit einer integrierten Dämmschicht erreicht wird. Konstruktionen *dieser Art sind* noch immer die preisgünstigsten.

Bei höheren Anforderungen an den Wärmeschutz bietet sich entweder die vorgehängte hinterlüftete Fassade oder die sogenannte Thermohaut an. Bei diesen Konstruktionen empfiehlt es sich, Wandbausteine zu wählen, die selbst keine erhöhte Wärmedämmung besitzen, zum Beispiel die gleichen Steine, die für tragende Innenwände verwendet werden.

Decken werden im Wohnungsbau in der Regel als Stahlbetonplatten ausgeführt. Kosteneinsparungen werden erreicht, wenn auf den Deckenputz verzichtet und die Untersicht rohbauseitig so glatt ausgebildet wird, daß direkt eine Tapete oder ein Spritzputz aufgebracht werden kann.

Bei Fenstern bringt eine Beschränkung auf wenige vernünftige Formate Kosteneinsparungen. Die im Ausland verwendeten vereinfachten Beschläge haben bei uns noch keine Preisvorteile ergeben. Dies muß nicht so bleiben. Fest scheint zu stehen, daß eine Abkehr von Isolierglasfenster hin zum Verbund- oder Kastenfenster aus fertigungstechnischen *Gründen keine Einsparungen* bringen würde. Festverglaste Teile sind billiger als bewegliche. Sie sollten dort gewählt werden, wo bewegliche Flügel zur Lüftung oder Sauberhaltung nicht erforderlich sind, also vorzugsweise im Balkon- oder Terrassenbereich.

Bei Wand- und Bodenbelägen fallen Einsparungen optisch ins Gewicht. Deshalb gilt es abzuwägen, in welchem Maße sie sinnvoll sind. Die Zusammenfassung der Installationen spart Rohrleitungen und Aufwand für Meßeinrichtungen. Sie hat außerdem den Vorteil, daß Nutzungsgeräusche, vor allem der sanitären Installation, nur in einem eng begrenzten Bereich auftreten, so daß die Gefahr der Geräuschübertragung in Aufenthaltsräume gering ist.

Zentrale *Warmwasserbereitung* ist zumindest bei kleinen Anlagen in der Regel teurer als dezentrale über Elektrogeräte. Bei Warmwasser-Zentralheizungen sind DIN-Radiatoren und Heizplatten, die an der Wand befestigt sind, preisgünstiger als beispielsweise *Röhrenradiatoren*. Bei Eigenheimen kann der Aufwand für Regeleinrichtungen eingeschränkt werden. Es genügt eine Regelung über einen Raumthermostaten mit Nachtabsenkung.

Das übliche Verfahren, erst Planung, dann Ausschreibung und Kostenfixierung, beschränkt sich auf einen reinen Wettbewerb der Preise. Dieser kann nur einen Teil der Einsparungsmöglichkeiten ausschöpfen.

Fachfirmen bereits in die Planung einbeziehen

Vorteilhaft ist es, wenn vor der Kostenfixierung ein Wettbewerb technischer Lösungsmöglichkeiten in Gang gesetzt wird. Dies geschähe prinzipiell am wirksamsten durch eine funktionale Leistungsbeschreibung. Die VOB sieht diese Möglichkeit ausdrücklich vor. Eine funktionale Leistungsbeschreibung ist in der Praxis jedoch für mittlere bis kleinere Bauvorhaben zu umständlich.

Effektiver kann es sein, wenn zusätzlich *zum Team von* Architekt und Fachingenieuren verstärkt Fachfirmen oder gar ein Generalunternehmer in den Planungsprozeß eingeschaltet werden. Die Landeskreditbank Baden-Württemberg hat bei ihrem Demonstrativ-Reihenhausprojekt in Karlsruhe, Lindenallee, mit einem Generalunternehmer beste Erfahrungen gemacht.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Preisvorteile durch kontinuierliche Bauabwicklung entstehen. Wohnungsunternehmen, die die Möglichkeit haben, und sei es durch Kooperation mit anderen Unternehmen, Aufträge zu vergeben, die eine Serie ermöglichen, sollten dies tun.

KLAUS BEER

